

ARBEITSLOSE IN BERLIN

Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung
zwischen 1918 und 1923

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13 (Geschichtswissenschaften)

der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Klaus Dettmer

aus Stolp (Pommern)

Berlin 1977

ARBEITSLOSE IN BERLIN

Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13 (Geschichtswissenschaften)

der

Freien Universität Berlin



vorgelegt von

Klaus Dettmer

aus Stolp (Pommern)

Berlin 1977

ARBEITSTHESE IN BERLIN

Zur politischen Geschichte der Arbeiterbewegung
zwischen 1918 und 1933

Verlag: Dietrich

von

Einleitung des Lesers eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13 (Geisteswissenschaften)

der

Freien Universität Berlin



ausgegeben von

Klaus Dietrich

aus Leipzig (Prüfung)

Berlin 1977

1. Referent: Professor Dr. R. Dietrich
2. Referent: Professor Dr. H. Volkmann

Tag der mündlichen Prüfung: 15.4.1977

Abkürzungsverzeichnis	Seite
Vorbemerkung	5
Kapitel I Die Arbeitslosenfrage in der Vor-	6
kriegszeit	9
1. Die Grundzüge der Arbeitslosigkeit	9
2. Die freien Gewerkschaften und die	20
Arbeitslosenfrage	25
3. Die SPD und die Arbeitslosenfrage	30
4. Arbeitslosendemonstrationen und	
Stadtparlament	
Kapitel II Die Anfänge der Arbeitslosenbewegung	40
1918 - 1919	
1. Die Arbeitslosigkeit im Ersten Weltkrieg	40
2. Die Bedeutung der Arbeitslosenfrage vor	42
und in der Novemberrevolution	
3. Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin	51
1918-1919	
4. Die Arbeitslosenfrage und Arbeitslosen-	58
bewegung bis zu den Januarkämpfen	
5. Die Arbeitslosenbewegung in der Phase	72
der nachrevolutionären Kämpfe	
6. Die Arbeitslosenbewegung vom 1.Reichs-	84
erwerbslosenkongreß bis Ende 1919	
7. Die Bedeutung der Arbeitslosen in der	98
Programmatik der Arbeiterparteien	
Kapitel III Der Aufschwung der Arbeitslosenbewegung	106
1920	
1. Arbeitslosigkeit und soziale Lage der	106
Arbeitslosen 1920	
2. Die Linksentwicklung der Arbeitslosen-	110
bewegung bis August 1920	
3. Verschärfte Differenzen in der Arbeits-	128
losenbewegung von September bis Novem-	
ber 1920	
Kapitel IV Der Höhepunkt der Arbeitslosenbewegung	143
1921	
1. Die Arbeitslosigkeit in Berlin 1921-1922	143
2. Einigungsversuche der Arbeitslosenbewe-	148
gung durch die VKPD	
3. Die Parlamentarische Aktion für die	152
Arbeitslosen	
4. Der 'Offene Brief' der VKPD und die	165
'Zehn Forderungen' des ADGB für die	
Arbeitslosen	

5. Die Rolle der Arbeitslosen in den März-	kämpfen 1921	173
6. Die Verschleppung der Arbeitslosenforde-	runen in den Parlamenten	179
7. Die Nachmärzpolitik der VKPD unter den	Arbeitslosen	188
8. Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Ver-	tretung der Arbeitslosen	199
9. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversamm-	lung am 16. Oktober 1921 und letzte ra-	dikale Ausbrüche der Arbeitslosen Ende
1921		207
Kapitel V	Der Ausklang der Arbeitslosenbewegung	
	1922 - 1923	212
1. Der Zusammenbruch der Widerstandskraft	der Arbeitslosen 1922	212
2. Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1923		218
3. Der Höhepunkt der Inflation als Tief-	punkt der Arbeitslosenbewegung	223
Ausblick		236
Anmerkungen Kapitel I		239
Kapitel II		246
Kapitel III		259
Kapitel IV		265
Kapitel V		286
Literaturverzeichnis		293
Anhang: Tabellen und graphische Skizzen		304

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
ADGB	Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund
BA	Bundesarchiv Koblenz
BW	Berliner Wirtschaftsberichte
DuM	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
DLVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
F	Die Freiheit
GB	Gemeindeblatt
GdA	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
GSTA	Geheimes Staatsarchiv
JuK	Jahres- und Kassenberichte der Berliner Gewerkschaftskommission
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA	Landesarchiv Berlin
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
RABL	Reichsarbeitsblatt
RF	Die Rote Fahne
RGBL	Reichsgesetzblatt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STJBB	Statistische Jahrbücher der Stadt Berlin
STJBR	Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich
STVO	Amtliche stenographische Berichte über die Sitzungen der Berliner Stadtverordneten- versammlung
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands
V	Vorwärts

VORBEMERKUNG

Eine der markanten sozialen Erscheinungen, mit der die Geschichte der Weimarer Republik gleichgesetzt wird, ist die Arbeitslosigkeit. Allerdings trifft diese Gleichsetzung nur auf deren Schlußabschnitt zu. Weniger bekannt ist, daß sich die Arbeitslosigkeit schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zu einer Dauererscheinung entwickelte, deren Beginn nicht erst mit der Anpassung der wirtschaftlichen Verhältnisse an die stabilisierte politische Lage nach 1924 anzusetzen ist. Im Schatten der Nachkriegsereignisse und der Inflation bildeten sich die Grundzüge der Arbeitslosenproblematik heraus. Nach der wirtschaftlichen Seite hin gewann die Dauerarbeitslosigkeit Konturen, die nun gleichermaßen gelernte wie ungelernte Berufe traf, nach der politisch-sozialen Seite veränderte sich die Reaktionsweise der Arbeitslosen. Der Aufbau besonderer Behördenapparate von der Reichs- bis auf die Kommunalebene spiegelt die anwachsende Bedeutung, die den mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Fragen zugemessen werden mußte. Daß es aber zu verstärkter politischer Beschäftigung mit der Arbeitslosigkeit kam, war dem Umstand zuzurechnen, daß die Arbeitslosen selbst in neuer politischer Qualität als geschlossene Gruppierung auftraten, die mit dem Anspruch des Rechts auf Arbeit das Selbstverständnis des neuen Staates an einer wesentlichen sozialen Stelle in Frage stellten. In der bisherigen Literatur hat die Arbeitslosenfrage nur eine untergeordnete Rolle in der Darstellung der Arbeiterbewegung, des Rätegedankens und der Gewerkschaftsgeschichte gespielt. Die Rolle der Arbeitslosen verdient aber deswegen eine genauere Betrachtung, weil ihre soziale Zusammensetzung Anlaß zu Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung gab, weil sie in den taktischen Entscheidungen maßgeblich berücksichtigt wurden und weil die Niederlage der Arbeitslosen die gesamte Arbeiterbewegung von ihrer schwächsten Stelle her bedrohte. Diese Arbeit unternimmt daher den Versuch, auf dem Hintergrund des mit der veränderten wirtschaftlichen Struktur gewandelten Erscheinungsbildes der Arbeitslosigkeit im Raum Berlin die Reaktionsmuster der Arbeitsloser,

die theoretische und praktische Aufmerksamkeit der davon besonders angesprochenen Arbeiterparteien und den Anteil der Arbeitslosenaktivitäten am Zustandekommen von sozialpolitischen Maßnahmen auf der Kommunalebene und, soweit für den Zusammenhang nötig, auch auf der Reichsebene aufzuzeigen. Diese Zielstellung bestimmte auch die Auswahl der herangezogenen Quellen und Materialien. Da das sozialstatistische Material in der Nachkriegszeit lückenhaft und durch den Aufbau der entsprechenden Behörden bedingt noch unregelmäßig floß, konnten die Angaben über die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Schichten, Berufsgruppen und Bezirken sowie über die soziale Lage der Arbeitslosen nur als Hintergrund zur Erklärung ihrer Reaktionsweise benutzt werden. Für die Darstellung der Ursachen der Arbeitslosenbewegung stützt sich die Arbeit im wesentlichen auf die Aussagen der Arbeiterparteien. Deshalb spielen die Parteitageprotokolle eine wichtige Rolle bei der Herausarbeitung der theoretischen Einschätzung, während die Tageszeitungen der drei wichtigsten Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD über die wichtigsten Ereignisse Aufschluß geben mußten. Eine ausführlichere Berücksichtigung von Zeitungs- und Broschürenmaterial der linksradikalen Gruppierungen, besonders der KAPD, unterblieb, weil sie das Gewicht zu sehr auf einen Teilaspekt verlagert hätte. Die Berichte des "Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" wurden in Ermangelung der Berliner Polizeifakten zur Ergänzung des Parteimaterials, zur Ausfüllung der Lücken in der Chronologie und zur Überprüfung der in der Tagespresse gemeldeten Ereignisse unter Berücksichtigung ihres oft tendenziellen Berichtstones mitherangezogen¹. Die Berücksichtigung städtischen Berichtsmaterials erschien wegen seines Selbstverständnisses als Erfolgsberichte weniger sinnvoll, ebenso hätte die Betrachtung der Auseinandersetzungen innerhalb des Magistrats das Gewicht zu sehr von den sozialen Auseinandersetzungen auf den Sektor von Maßnahmen verlagert. Für eine kontroverse Betrachtung der zur Frage stehenden Probleme boten aber die stenographischen Berichte der Stadtverordnetenversammlung hinreichend Material. Die zeitliche

Eingrenzung der Arbeit konnte sich an die Zäsuren des Kriegsendes und der Inflationszeit als Ende der Nachkriegszeit anlehnen, da beide Zeitpunkte von Höhepunkten der Arbeitslosigkeit begleitet waren, die aber verschiedene politische Reaktionen zeitigten.

I. DIE ARBEITSLOSENFRAGE IN DER VORKRIEGSZEIT

1. Die Grundzüge der Arbeitslosigkeit

Nach langen Jahren der wirtschaftlichen Stagnation begann seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Aufstieg bis zum Jahr 1914, der nur durch die Krisen 1891-1893, 1900-1903, 1908-1909 und 1913-1914 unterbrochen wurde¹. Die in dieser Entwicklung inbegriffene Entstehung einer industriellen Reservearmee² wurde zwar durch die starke Auswanderung³ etwas verschleiert, trat aber zunehmend in den Arbeitslosenzahlen hervor. Die Möglichkeit, den Umfang der Reservearmee festzustellen, ergab sich am exaktesten für den von Marx als flüssigen Teil der Reservearmee bezeichneten Bereich, die Industriearbeiterschaft. Für die als latente Überbevölkerung - besonders die Landarbeiterschaft -, die stockende Überbevölkerung - besonders das Hausgewerbe und die untergehenden Handwerke - sowie das getrennt davon angeführte Lumpenproletariat, sind weit weniger genaue Daten verfügbar⁴. Deshalb indiziert die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen lediglich einen Minimalwert, während die Angaben über die latente und stockende Überbevölkerung einen ungefähren Begriff von der die sichtbare Arbeitslosigkeit stets begleitenden unsichtbaren Arbeitslosigkeit vermitteln. Aber auch für die Industriearbeiterschaft waren die Angaben über Arbeitslosigkeit sehr ungenau, solange große Teile der Arbeiterschaft unorganisiert waren. Unter ihnen herrschte regelmäßig eine weit höhere Arbeitslosigkeit als unter den Gewerkschaftsmitgliedern⁵.

Die Unorganisierten umfaßten Teile der flüssigen, der stockenden als auch latenten Überbevölkerung und des Lumpenproletariats. Während der Umfang der latenten und stockenden Überbevölkerung in den Angaben über die Ost-Westwanderung und in der Überbesetzung des Handwerks erschien, fanden sich Teile der stockenden und lumpenproletarischen Überbevölkerung in den Angaben über Almosenempfänger und die geschlossene Anstaltspflege, in denen Arbeitsscheue, Liederliche und Trunksüchtige aufbewahrt wurden, sowie in den Zahlen der Insassen

der Arbeitshäuser wieder⁶.

Den wesentlichen Anteil an den Arbeitslosen vor der Jahrhundertwende stellten die agrarischen Arbeitskräfte, die als Zuwanderer und Ungelernte unter den Arbeitslosen in Erscheinung traten. Diese aus der Veränderung von einer agrarischen zu einer Industriegesellschaft sich ergebende strukturelle Arbeitslosigkeit wurde von der nach der Häufigkeit vorgenommenen periodischen Einteilung in Wetterarbeitslosigkeit (Landwirtschaft, Baugewerbe), gewöhnliche Saisonarbeitslosigkeit (Buchdrucker, Textilgewerbe) und Konjunkturarbeitslosigkeit verdeckt⁷. Während noch 1882 43% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es 1895 nur noch 36% und 1907 nur noch 34%⁸. Bei starker Zunahme der Bevölkerung und Stagnation der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft erhielten die Städte, und besonders Berlin, im Zuge der Ost-Westwanderung überproportionalen Zuwachs⁹.

Die vorwiegend aus Brandenburg und Schlesien nach Berlin Zugezogenen bestanden zu 78% aus Gewerbehilfen, Dienstboten und Tagelöhnern¹⁰. Die Zuwandernden mußten, wenn sie nicht schon handwerklich vorgebildet waren, auf der untersten Stufe der Industriearbeit als Ungelernte beginnen¹¹. Die Aufsaugung niedergehender Handwerkszweige durch die Industrie führte die Betroffenen ebenfalls entweder über die Anlernung in gleichgeartete oder fremde Industrieprozesse¹² oder, bei Ersetzung durch billigere Zuwandernde, zur Abwanderung¹³. Auch der Überschuß Abhängiger über die Selbständigen im Bereich des Handwerks, 1895 im Verhältnis 113:100, schuf ein Handwerkerproletariat, das sich einen Platz in den neuen Industrien suchen mußte, der nicht immer einem Aufstieg gleichkam¹⁴. Die mit der Industrie vordringende Arbeitsteilung verursachte einerseits einen Facharbeitermangel, ermöglichte aber andererseits die Beschäftigung von Ungelernten, besonders Frauen und Jugendlichen, in großem Stil¹⁵.

Der Anteil der Ungelernten an der Gesamtarbeiterschaft wurde um 1890 mit rund 30% beziffert, für 1907 bestätigt. Die preußische Statistik ergab 1909 etwas höhere Sätze und 38% für 1895 und 42% für 1907¹⁶.

Da die statistischen Ämter nur unregelmäßig Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anstellten, die Gewerkschaften erst seit 1890 die Arbeitslosigkeit in ihren Verbänden registrierten, aber mit der systematischen Beobachtung auch erst seit 1903 begannen, lagen bis zu diesem Zeitpunkt nur vereinzelte Angaben vor, die wenig Verallgemeinerung zuließen. Da die Ungelernten die letzten waren, die sich den Gewerkschaften anschlossen, war auch von dieser Seite wenig Auskunft zu erwarten.

Eine Berliner Untersuchung von 1894 ergab immerhin, daß von insgesamt 17 487 männlichen Arbeitslosen über 9000 zugezogen waren. Bis zu vier Wochen waren rund 7700 Arbeitslose ohne Arbeit, der Rest bis zu einem Jahr. Nach der Herkunft geordnet stammte der größte Teil aus der Provinz Brandenburg, dann aus den westlichen Provinzen, aus Schlesien, Posen und Pommern. In Berlin waren nur 3820 von den 17 487 Arbeitslosen geboren. Von den weiblichen 6498 Arbeitslosen waren über 3000 zugezogen, in Berlin geboren nur 1758. Bis zu vier Wochen waren 3600 Frauen arbeitslos, zwischen einem und drei Monaten rund 1800, darüber nur wenige. Als Herkunftsprovinzen wurden der Reihenfolge nach angegeben Brandenburg, Schlesien, Pommern, die westlichen Provinzen, Ostpreußen und Posen. Nach Berufen aufgegliedert stellten unter den männlichen Arbeitslosen die Bauarbeiter den stärksten Teil, gefolgt von der "gemeinen Handarbeit" (Ungelernte), dem Versicherungswesen, der Maschinen- und Werkzeugindustrie, dem Bekleidungsgewerbe und dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die weiblichen Arbeitslosen stammten vor allem aus dem Reinigungsgewerbe und dem Bereich persönlicher Dienstleistungen (Dienstboten, Ungelernte)¹⁷.

Die erste Zählung auf Reichsebene, die überhaupt Vergleichsmöglichkeiten schaffte und die Grundzüge der Arbeitslosigkeit deutlicher hervortreten ließ, fand am 14.6. und 2.12.1895 statt. Die getrennten Erhebungstermine ermöglichten eine genauere Bestimmung der Saisonarbeitslosigkeit. Auf Grund des milden Winters lag die Arbeitslosigkeit unter der Höhe vorangegangener Jahre. Die Konjunkturlage - sie befand

sich in einer Aufschwungsphase nach einem kurzen Rückgang zu Beginn der neunziger Jahre - begünstigte die Arbeitsmarktlage.

Die Arbeitslosigkeit betrug danach im Reich im Juni 1895 0,58%, im Dezember 1,48% der Bevölkerung. Nur auf die erwerbstätige Bevölkerung ohne Gewerbetreibende bezogen lauteten die Werte 1,89% für Juni und 4,88% für Dezember. Die absoluten Zahlen betrugen im Juni 299 352 und im Dezember 771 005 bei einer Gesamtzahl von 13,7 Mill. Arbeitern. Die Arbeitslosenrate betrug in siebzig Prozent aller Berufe weniger als 2%, nur in fünfzehn Prozent lag sie über 3%. Über zwei Drittel aller Arbeitslosen stammten aus der Gruppe der Winterarbeitslosigkeit¹⁸. Die Arbeitslosigkeit der Frauen war noch erheblich geringer als die der Männer. Die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit stand in enger Beziehung mit der entsprechenden Vorbildung der Arbeitslosen, d.h. je höher die Berufsbildung, desto seltener trat Arbeitslosigkeit ein, war aber im Falle des Eintretens um so langwieriger. Am häufigsten trat sie bei Ungelernten ein, bei Angelernten dann eher als bei Gelernten, bei Angestellten eher unter den Büroangestellten als unter den geschulten kaufmännischen und technischen Angestellten.

Das bestätigte auch die Berliner Zählung, nach der die Majorität von 58 073 Arbeitslosen im Dezember 1895 in der Gruppe der Gehilfen, Gesellen, Arbeiter, Wärter und Dienstpersonal mit 54 827 Arbeitslosen gegenüber 2802 Arbeitslosen in der Gruppe Verwaltungs-, Aufsichts-, Rechnungs- und Büropersonal und 444 Arbeitslosen der Gruppe Privatsekretäre, -schreiber, -lehrer, -gelehrte, Schriftsteller, Schauspieler und Musiker zu finden war¹⁹.

Ein Charakteristikum der Arbeitslosigkeit, ihr verstärktes Auftreten in den Städten und ihre relative Zunahme entsprechend der wachsenden Stadtgröße, hatte für Berlin eine besondere Bedeutung. In den Städten bis zu 10 000 Einwohnern kamen auf 10 000 Bewohner im Juni 1895 32 Arbeitslose, im Dezember 126, in der Größenklasse zwischen 10-100 000 Einwohnern 79 und 159, in den Großstädten 166 und 243 und in

Berlin im Dezember 346 Arbeitslose auf 10 000 Einwohner²⁰.

Das Verhältnis der Arbeitslosen zur Bevölkerung von Berlin lag mit 3,46% deutlich über dem Reichswert von 1,48%. Die Arbeitslosigkeit der Frauen betrug in Berlin rund 1% der Bevölkerung. Wenn die Gesamtzahl der Berliner Arbeitslosen nur 7,6% der Arbeitslosigkeit im Reich ausmachten, so muß man berücksichtigen, daß die teilweise schon stark industrialisierten Vororte nicht in die Berliner Zahlen miteinbezogen waren.

Die Tabelle auf S. 14 zeigt die Arbeitslosigkeit in den für Berlin wichtigsten Gewerben im Vergleich mit denen des Reiches. Danach lag die Arbeitslosigkeit in allen Gewerbegruppen in Berlin höher als der Reichsdurchschnitt. Es können für diesen höheren Satz auch nicht ein oder mehrere Gewerbe mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, sondern in allen großen Gewerben herrschte eine Arbeitslosigkeit zwischen fünf und zehn Prozent, womit die Arbeitslosigkeit als großstädtisches Phänomen noch betont wurde.

Wie die Rangliste der Gewerbebezüge zeigt, standen in Berlin an erster Stelle mit der höchsten Arbeitslosigkeit noch die Gewerbe aus der Gruppe der Wintersaisonarbeitslosigkeit (Bauwirtschaft absolut und prozentual, Landwirtschaft nur prozentual, da in Berlin unbedeutend nach der Anzahl der Beschäftigten), gefolgt von der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der Saisongewerbe (Bekleidung absolut und prozentual), die zusammen noch fast die Hälfte der Gesamtarbeitslosenzahl ergaben. Die Gewerbe aus der Gruppe der Konjunkturarbeitslosigkeit (Metallverarbeitung, Maschinen-, Textil-, Papier-, Leder-, Holz- und Schnitzstoff-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) zählten zusammen nur rund 12 000 Arbeitslose, die Hälfte der Arbeitslosenzahlen aus dem Wetter- und Saisongewerbe. Im Verhältnis der Arbeitslosen zur Anzahl der Beschäftigten standen Wetter- und Saisongewerbe mit 24 000 : 153 000 der Konjunkturgewerbe mit 12 000 : 164 000 Beschäftigten gegenüber. Trotz günstiger Konjunkturlage waren die Konjunkturgewerbe noch von stärkeren Saisonschwankungen beeinflusst.

Wenn die Tabelle über den Anteil der Ungelernten ausdrück-

Die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Gewerbebezügen in Berlin									
Gewerbebezüge	Arbeit- nehmer in Berlin	Rang des Gewerbes	absolut	Prozent	Arbeit- nehmer im Reich	Rang des Gewerbes	Arbeitslose in Prozent, in Kl. für 14.6.95		
Landwirtschaft	1 935	21	430	22,2	5 607 213	1	3,6 (0,6)		
Metallverarbeit- ung	46 068	3	3 076	6,6	719 775	5	3,7 (2,8)		
Maschinen, In- strumente	26 897	7	1 475	5,4	304 463	13	3,4 (2,5)		
Textilindustrie	12 608	12	955	7,5	878 494	3	1,9 (1,6)		
Papierindustrie	16 450	9	1 550	9,4	121 526	15	2,8 (2,6)		
Lederindustrie	7 702	14	720	9,4	123 914	14	6,4 (3,4)		
Holz-u. Schnitz- stoffindustrie	34 590	5	2 361	6,8	456 229	11	4,0 (2,9)		
Nahrungs-u. Ge- nußmittelind.	27 584	6	2 718	9,8	650 970	6	4,3 (3,2)		1 14 1
Bekleidung	91 969	1	10 590	11,5	775 671	4	5,4 (3,1)		
Baugewerbe	46 014	4	13 174	26,6	1 151 851	2	15,6 (2,8)		
Graphische Gewerbe	15 269	10	1 013	6,6	106 526	17	4,3 (4,1)		
Handelsgewerbe	76 734	2	4 244	5,5	626 637	7	4,2 (3,5)		
Privates Ver- kehrsgewerbe	14 948	11	1 079	7,2	533 150	9	3,0 (1,3)		
Beherbergung	17 069	8	3 217	18,8	316 951	12	4,9 (2,5)		
Dienstboten	81 825	-	4 129	5,0	-	-	-		
Lohrarbeit wech- selnder Art	26 756	-	1 935	7,2	-	-	-		
Gesamtzahl der Arbeits- losen aller Gewerbegruppen			58 073						(21)

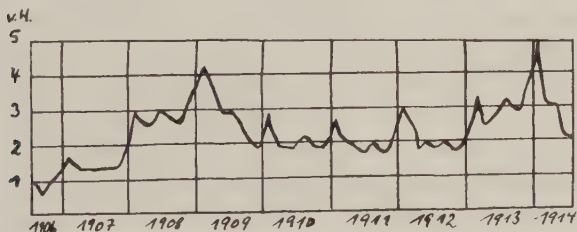
lich nur in der Gruppe "Lohnarbeit wechselnder Art" Auskunft gibt, muß doch angenommen werden, daß im Bereich des Baugewerbes viele ungelernte Hilfskräfte mitbetroffen waren. Allein die Arbeitslosen der Gruppen Handelsgewerbe, Verkehrsgewerbe, Beherbergung, Dienstboten und Lohnarbeit wechselnder Art, vorwiegend unorganisiert und zu großen Teilen ungelernt, ergaben einen Anteil von 14 000 Arbeitslosen, die zusammen mit den Hilfskräften des Baugewerbes und den Ungelernten im Bekleidungsgewerbe gut ein Drittel aller Arbeitslosen ausmachten.

Die Angaben über die durchschnittliche gewerkschaftliche Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich von der Jahrhundertwende bis 1914 bezeugen einerseits eine mit späteren Zeiten vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote, bedürfen aber der Anmerkung, daß darin weder die höhere Arbeitslosigkeit in den Großstädten, in einzelnen Berufen und überhaupt nicht unter den Unorganisierten und Ungelernten zum Ausdruck kommt:

Durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder im Deutschen Reich 1904-1913 (v.H.)
 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910 1911 1912 1913
 2,1 1,6 1,1 1,6 2,9 2,8 1,9 1,9 2,0 2,9 (22)

Deutlicher zeigt schon die Skizze des Verlaufs der Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern die noch stark rhythmischen Bewegungen der Saisonarbeitslosigkeit mit leichten Anstiegen im Sommer und erheblich stärkeren zum Winter:

Die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern 1906-1914 (v.H.)



(23)

In dieser, was die Saisonhöhepunkte betrifft, regelmäßigen Kurve beginnen seit der Jahrhundertwende die Spitzenwerte der konjunkturarbeitslosigkeit die der Wintersaisonarbeitslosigkeit krisenfreier Jahre zu überragen, so 1908 -1909 und 1913-1914.

Absolut belief sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin

im Winter	1890-1891 auf rund 70 000
	1901-1902 auf rund 77 000
	1907-1908 auf rund 40 000
	1908-1909 auf rund 95 000
	1913-1914 auf rund 83 000.

Bei Kriegsbeginn stieg sie über 100 000²⁴.

Die Krisen hoben die Sommertiefpunkte auf ein jeweils höheres Niveau, so daß sie die vorhergehenden Winterhöhepunkte nicht mehr unterschritten und nur noch eine Zwischenstufe vom Winterhöhepunkt zum Krisenhöchstpunkt bildeten.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit nach der Jahrhundertwende betrug bei den Textilarbeitern 1,1%, bei den Fabrikarbeitern 1,7%, bei den Transportarbeitern 2,1%, bei den Holzarbeitern 3,8% und bei den Buchdruckern 4,4%. Die mehr handwerklichen Berufszweige wiesen die verhältnismäßig höchste Arbeitslosigkeit auf. Unter den Sattlern, Tapezierern und Portefeuellern betrug sie 5,3%, unter den Bäckern und Konditoren 6,3%, unter den Fleischern 8,1% und unter den Friseuren 13,0%²⁵.

Seit 1895 verschob sich die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit zunehmend von den wetter- und saisonabhängigen zu den konjunkturabhängigen Berufen. In der Krise 1907-1908 lagen die Arbeitslosen der Industriebetriebe in Berlin wie die Metallarbeiter mit absolut 6700 und die Holzarbeiter mit 4200 Arbeitslosen deutlich vor den saisonabhängigen Berufen. der Bauhilfsarbeiter mit 3000, der Maler mit ebenfalls 3000 und Maurer mit 2000 Arbeitslosen bei insgesamt 24 000 gewerkschaftlichen Arbeitslosen²⁶.

Im weiteren Verlauf der Krise schob sich gegen Ende 1908 die Zahl der Arbeitslosen aus dem Baugewerbe mit 13 000 Arbeitslosen aus der Metallverarbeitung mit 5200, der Holzindustrie mit 3700 und der Maschinen- und Werkzeugindustrie mit

3100 Arbeitslosen²⁷. Auch mit dem Prozentsatz der Arbeitslosen an der Mitgliederzahl der gesamten Berufsgruppe lag das Baugewerbe mit 32,4% weit vor allen anderen Berufsgruppen, wie Metallverarbeitung und Maschinenindustrie mit 12%, Handels- und Versicherungsgewerbe mit 11,7% und dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 7,6%²⁸.

Der Anteil der Ungelernten betrug 1907 beim paritätischen Arbeitsnachweis mit 3655 ungelernten Arbeitern und 939 ungelernten Arbeiterinnen rund ein Drittel der 12 448 Arbeitssuchenden²⁹. Beim Zentralarbeitsnachweis waren die Sätze noch höher:

Ungelernte Arbeitssuchende beim Zentralarbeitsnachweis 1906 - 1908			
	1906	1907	1908
Männl.ältere Arbeiter	46 135	40 784	28 036
Männl.jugendl. Arbeiter	14 331	16 546	12 947
I Arb.suchende aller Berufe	137 680	134 063	125 479
Weibl.Arb.	12 863	16 686	16 617
II Weibl.Arb.suchende aller Berufe	19 137	24 035	26 481
I+II	156 817	158 098	151 960 (30)

Machten die männlichen, älteren, ungelernten Arbeitssuchenden allein ein Drittel aller männlichen Arbeitssuchenden aus, so erhöhte sich der Satz mit den jugendlichen Ungelernten auf fast 40% für 1906, 34% für 1907 und 32% für 1908. Da die ungelernten Frauen zwei Drittel der Arbeitssuchenden ihres Geschlechts stellten, ergaben männliche und weibliche Ungelernte an der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden für 1906 47%, für 1907 46% und für 1908 38%.

Die Frauen stellten im Februar 1909 15,2% aller Arbeitslosen. Trotz ihrer größeren beruflichen Mobilität waren sie durchschnittlich länger arbeitslos als die Männer³¹.

Hinsichtlich der Zuwanderung wurde 1902 festgestellt, daß fünf Sechstel der Arbeitslosen und Kurzarbeiter bereits länger als zwei Jahre in Berlin ansässig gewesen waren:

Aufenthaltsdauer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter		
Zeit	Arbeitslose	Kurzarbeiter
unter 2 Jahren	8 021	4 029
über 2 Jahre	59 997	45 259
Zeit nicht an- gegeben	4 777	3 747
	72 795	53 035
in Asylen und Herbergen	4 256	
	77 051	(32)

Im Krisenwinter 1913-1914 endlich stellten die Metallarbeiter mit rund 5100 Arbeitslosen den größten Teil vor den Holzarbeitern mit 4200, den Bauarbeitern mit 2300 und den Transportarbeitern mit 1800 Arbeitslosen³³.

Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit ließ sich für 1901-1902 feststellen, daß von insgesamt 77 000 Arbeitslosen 8600 bis vier Monate, 3700 bis fünf Monate, 2300 bis sechs Monate und 2400 sechs bis neun Monate beschäftigungslos gewesen waren, also 22% länger als ein Vierteljahr³⁴.

Im Winter 1908-1909 waren arbeitslos bis zu vier Wochen 34,1%, vier bis zwölf Wochen 39,5%, drei bis sechs Monate 19,2%, sechs bis zwölf Monate 5,5% und über ein Jahr 1,7%³⁵.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug zehn Wochen. Über diesem Durchschnitt lagen noch die Textilindustrie mit 11,5 Wochen, das Handels- und Versicherungsgewerbe mit 13,8, das Musik-, Theater- und Schaustellergewerbe mit 12 und die Bereiche Erziehung, Unterricht und freie Berufe mit 16,6 Wochen³⁶.

Im Sommer 1913, also noch vor der eigentlichen Zuspitzung der Krise im Winter 1913-1914, waren bis zu vier Wochen 41%, bis zu zwölf Wochen 36% und über zwölf Wochen noch 22% arbeitslos³⁷.

Bis zu vier Wochen arbeitslos waren am häufigsten die Metall-, dann die Holz-, die Bau- und schließlich die Transportarbeiter. In der Gruppe der bis zu drei Monate Arbeitslosen standen an der Spitze die Holzarbeiter, gefolgt von den Metall-, den Transport- und Brauereiarbeitern. Länger als fünf Monate arbeitslos waren am häufigsten die Holz-, dann die Brauerei-, die Metallarbeiter und die Buchdrucker³⁸.

Die Verteilung der Arbeitslosen auf die Altersgruppen

ergab für 1901-1902, daß der Anteil der über Dreißigjährigen die Hälfte aller Arbeitslosen ausmachte³⁹. Auch im Winter 1908-1909 betrug der Anteil dieser Altersgruppe etwa 50%, der der Zwanzig- bis Dreißigjährigen 34%, während 52% der weiblichen Arbeitslosen in der Gruppe zwischen sechzehn bis dreißig Jahren zu finden waren⁴⁰.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges lagen die Arbeitslosenzahlen der Holz-, Metall- und Transportarbeiter wiederum absolut an der Spitze und betrugen bei den Holzarbeitern im September 1914 41%, bei den Buchdruckern 38%, bei den Mauern 25%, bei den Transportarbeitern 12% und bei den Metallarbeitern 11% der Gewerkschaftsmitglieder⁴¹. Diese plötzliche Arbeitslosigkeit wich aber bald einem Arbeitskräftemangel, der wiederum zur verstärkten Heranziehung von Frauen führte. Ausnahme davon bildeten die Industriezweige, die unter Rohstoffverknappung litten wie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

Seit das statistische Amt der Stadt Berlin die Zahl aller Arbeitslosen festhielt, wurde der Umfang der dauernden industriellen Reservearmee deutlich. In der Zeit zwischen Mitte 1909 und Ende 1913, einer Zeit ohne ausgesprochenen Kriseneinfluß, sank die Arbeitslosenzahl nie unter 11 000 und schwankte zwischen diesem Wert und 30 000⁴². Diese Angaben, verglichen mit der Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, ergaben, daß die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzahlen nur einen Teil aller Arbeitslosen ausmachten:

Verhältnis der gewerkschaftlichen Arbeitslosen zur
Gesamtzahl der Arbeitslosen in Berlin 1909-1913

Zeitpunkt	gew.Arb.lose	Gesamtzahl Arb.lose
8/1909	8 044	14 023
1/1910	8 783	16 495
6/1910	3 291	13 086
1/1911	14 754	24 751
6/1911	11 265	15 824
1/1912	15 397	26 848
6/1912	19 944	20 986
1/1913	15 850	30 004
6/1913	15 905	24 438

(43)

Die Entwicklung der Struktur der Arbeitslosigkeit zwischen 1890 und 1914 zeigt einerseits eine durch den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft bedingte Form der Arbeitslosigkeit, die sich in dem hohen Anteil der Ungelernten an der Arbeitslosenzahl ausdrückt, andererseits zeichnet sich in den von den Gewerkschaften erfaßten handwerklichen und industriellen Berufen eine Verlagerung von der saisonabhängigen zur konjunkturabhängigen Arbeitslosigkeit ab. Die absoluten Zahlen der Arbeitslosen in den Industriebereufen beginnen die der handwerklichen zu übertreffen, während diese in einzelnen Berufsgruppen noch höhere Anteile an Arbeitslosen aufweisen. Auch in Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung bildet sich ein Bodensatz ständiger Arbeitsloser heraus. Dem Vordringen der Frauen in industrielle Berufe entspricht ein deutlicher Anteil an der Arbeitslosenziffer. Jugendliche und ältere Arbeiter sind bereits von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit betroffen, lediglich die Dauer der Arbeitslosigkeit bleibt für den größten Teil der Arbeitslosen im Durchschnitt niedrig.

2. Die Freien Gewerkschaften und die Arbeitslosenfrage

Um sich gegen die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen die Arbeiter zu schützen, lag es im ureigenen Interesse der Gewerkschaften, Unterstützungsfonds gegen die Konkurrenz unter den Arbeitern im Falle der Arbeitslosigkeit zu schaffen und durch breiteste Organisierung den daraus entstehenden Gefahren für die Solidarität vorzubeugen. Diese bestanden darin, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften durch den Beitragsrückgang der arbeitslosen Mitglieder ökonomisch geschwächt wurde, daß die Arbeitslosen zu Streikbrecherdiensten verleitet oder für "gelbe" Gewerkvereine gewonnen werden konnten. Eine weitere Gefahr für die Arbeiterbewegung drohte dann, wenn Arbeiter durch das Abgleiten in das Elendsstadium an das Lumpenproletariat heranrückten, wenn nicht sogar hineinglitten. Auf die Bereitwilligkeit des Lumpenproletariats, sich mit Streik-

brecher-, Söldner- und Spitzeldiensten gegen das Proletariat einsetzen zu lassen, war mit hinreichender Deutlichkeit aufmerksam gemacht worden⁴⁴.

Die Gewerkschaften konzentrierten sich vorrangig auf die materielle Absicherung und Erhaltung der Kampfkraft ihrer Mitglieder durch die Empfehlung an die Verbände auf dem 2. Gewerkschaftskongreß 1896 in Berlin zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Man bezweckte damit gleichzeitig, die Anziehungskraft der Gewerkschaften zu erhöhen. Die Zahl der Zentralorganisationen der Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung gewährten, erhöhte sich von 15 (insgesamt 46 Verbände) im Jahre 1894 auf 42 (von insgesamt 49) im Jahre 1913⁴⁵. Für Arbeitslosenunterstützung wurden für den Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1913 dreißig Prozent der Gesamtausgaben verwendet⁴⁷.

Auf breiterer Ebene versuchten die Gewerkschaften durch sozialpolitische Bestrebungen, wie den Kampf um die kommunale Arbeitsvermittlung, den Arbeitsschutz, die Regelung der Heimarbeit und besonders durch die Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, die Gefahr der Verelendung abzuwenden⁴⁸. Besonders seit 1910 wurde klar erkannt, daß die Arbeitslosigkeit der Unorganisierten den Kampf der Gewerkschaften hindere, da die Arbeitsnachweise der Unternehmer systematisch die Unorganisierten bevorzugten⁴⁹. Es hatte sich aber gezeigt, daß die Gewerkschaften durch die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung auch an Unorganisierte gestärkt worden waren⁵⁰. Da die Anziehungskraft der Gewerkschaften allgemein wuchs und nicht länger durch die Arbeitslosenunterstützung ein Anreiz geschaffen zu werden brauchte, andererseits die Unterstützungen einen relativen Umfang angenommen hatten, bestanden die Gewerkschaften zunehmend darauf, eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung von staatlicher Seite einzuführen und begrüßten daher die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherungen als Vorarbeit dazu⁵¹.

Wenn die Gewerkschaften hofften, durch eine staatliche Versicherung die finanzielle Belastung für die Unorganisierten auf die Schultern des Staates zu legen, so entgingen sie

doch nicht der Brisanz des Unorganisiertenproblems, das sich allein durch die Arbeitslosenversicherung nicht abfangen ließ. Offenbar schien die Frage der Unorganisierten und Indifferenten in keinem engeren Zusammenhang mit der des Lumpenproletariats zu stehen, was aber nicht der Fall war. Das fehlende Glied in dieser Kette stellten die Ungelernten. Mit der Entwicklung der Lohnarbeiterschaft und des sie kennzeichnenden politischen und Klassenbewußtseins als Kern des Proletariats, trennte sich die Problematik des Lumpenproletariats von der der Lohnarbeiter, ebenso wie die der Verelendung von dem Pauperismusproblem⁵². Trotz der Einengung des Begriffs "Proletarier" auf Lohnarbeiter, hielt sich neben dem eingengten Begriff ein nur vage definierter Begriff, der unter "Proletarier" im Gegensatz zum anständigen Arbeiter gefühlsmäßig, d.h. moralisch beurteilt, den schlechtergestellten Arbeiter verstand, ja diesen dem Lumpenproletarier gleichsetzte⁵³. Dabei bildete "Lumpenproletarier" den Nenner einerseits für die mangelnde definitorische Unterscheidung der Unterschichten, andererseits für Lebenbedeutungen des Begriffs "Pöbel", die in dem ihm geschichtlich nachfolgenden Begriff "Proletariat" nicht aufgegangen waren, wenn nicht sogar die direkte Fortsetzung für "Pöbel"⁵⁴.

Obwohl es das ausgesprochene Ziel der Gewerkschaften war, das Konkurrenzverhalten der Arbeiter untereinander, das sie in dem anderen Arbeiter stets einen "Lumpen" sehen ließ⁵⁵, durch die Förderung solidarischen Verhaltens aufzuheben, kam in den Klagen über die Indifferenz der Unorganisierten die Neigung zum Ausdruck, die Indifferenz als Gesinnungslosigkeit und moralische Ver lumpung zu verurteilen. Der vage Lumpenproletariatsbegriff, nun auf die moralische Ebene verschoben, trat wieder hervor und verdeckte und verfälschte die damit verbundenen sozialen Probleme⁵⁶.

Der sozialgeschichtliche Hintergrund, der sich in dieser Sprachregelung ausdrückte, war einerseits darin zu sehen, daß Angehörige der Unterschichten, die durch äußere Merkmale dem Lumpenproletariat nahestanden, dem Proletariat der Industrie zuströmten. Die zunehmende zahlenmäßige Bedeutung der Unge-

lernten in der Großindustrie und die sich damit auf höherer Ebene wiederholende Konkurrenz zwischen Facharbeitern und Ungelernten - das Aufkommen des Begriffs "Arbeiteraristokratie" reflektierte diesen Vorgang ebenfalls -, veranlaßte die bereits aufgestiegenen Arbeiter, sich bei der Abwehr gegen die Nachdrängenden auf Vorbehalte zu stützen, die aus Elementen des Kastendenkens aus der handwerklichen Entwicklungsstufe der Gewerkschaften herrührten. Tatsächlich erfaßten die gewerkschaftlichen Organisationen bis um 1890 fast ausschließlich gelernte Arbeiter⁵⁷.

Anlaß für die Klagen über die Indifferenz der Unorganisierten schien reichlich gegeben. Zu den Ursachen dafür gehörte das Nachwirken der patriarchalischen Disziplin der aus östlichen Gebieten Zugewanderten, bei den ehemaligen Handwerkern aus ländlichen Gegenden die aus der Arbeitsweise herrührende Vereinzelung und Individualismus, die Unkenntnis über das Bestehen von Interessenvertretungen, die abschreckende Wirkung von Unterdrückungsmaßnahmen des Sozialistengesetzes, die Attraktivität auch der geringsten Industrielöhne gegenüber den noch niedrigeren Löhnen in der Landwirtschaft und nicht zuletzt die Überanstrengung infolge der langen Arbeitszeit. Da die Ungelernten die schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten verrichteten, wechselten sie am häufigsten die Arbeitsstelle. Die unsichere Zukunftsperspektive⁵⁸ behinderte wiederum die Einsicht in den Sinn kontinuierlicher Interessenvertretung. Auch die Abhängigkeit als Angelernte, die darin bestand, leicht ersetzt werden zu können, förderte die Organisationsbereitschaft weniger als sie sie behinderte. Die unter den Ungelernten am häufigsten auftretende Arbeitslosigkeit verhinderte oder unterbrach den sozialen Verankerungsprozeß durch feste Arbeitsverhältnisse. Die durch längere Arbeitslosigkeit drohende Kriminalisierung brachte die Ungelernten erneut in die Nähe wenn nicht sogar in das Lumpenproletariat.

Dieser Kreislauf der Hilflosigkeit konnte von den Unorganisierten nicht ohne Entgegenkommen der Gewerkschaften durchbrochen werden. Als organisatorisches Problem spiegelten sich

diese Vorgänge in den Auseinandersetzungen um das Branchen- und Industrieverbandsprinzip in den Gewerkschaften wider. Der Gewerkschaftskongreß 1892 in Halle entschied sich für die Organisationsform des Branchenprinzips, das sich stärker auf die Zusammenfassung der Fachberufe ausrichtete⁵⁹. Das vorerst unterlegene Industrieverbandsprinzip setzte sich zum Ziel die Zusammenfassung aller in einem Betrieb bzw. einer Industrie-Gruppe vertretenen Berufe, förderte das Zusammengehörigkeitsgefühl und verminderte die Schranken zwischen den Ausbildungsgraden, die die Berufsverbände mit ihrem teilweise erhalten gebliebenen Zunft- und Kastengeist aufrechterhielten. Der Entstehung einer größeren sozialen Kluft zwischen Facharbeitern und Ungelernten versuchte man durch die Einbeziehung der Ungelernten in alle Lohnkämpfe und durch die Gründung von besonderen Hilfsarbeiterabteilungen bei den einzelnen Verbänden sowie durch die Schaffung eines Fabrikarbeiterverbandes entgegenzuwirken⁶⁰. Die nach dem Industrieverbandsprinzip organisierten Verbände gingen in dieser Hinsicht voran. Während sich die christlichen Gewerkvereine dieser Einsicht anschlossen, beharrten die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine weiterhin auf der Organisierung der Facharbeiter.

Die Organisierung der Ungelernten war für Berlin besonders wichtig geworden, weil das unorganisierte Landproletariat aus den östlichen Provinzen hier besonders stark zuwanderte⁶¹. Daß es den freien Gewerkschaften in Berlin gelang, beträchtliche Teile der Ungelernten zu erfassen, beruhte darauf, daß sich das Industrieverbandsprinzip hier schneller durchsetzen konnte. Ihrer Größe nach standen die Industrieverbände an der Spitze aller Verbände, voran die Metallarbeiter, dann die Transportarbeiter, die Holzarbeiter und die Bauarbeiter. Die Fabrikarbeiter folgten in dieser Reihenfolge aus dem Jahr 1913 erst an achter Stelle, die Textilarbeiter spielten in Berlin nur eine geringere Rolle. Diese sechs Industrieverbände erfaßten rund 64% der in den freien Gewerkschaften Berlins organisierten Arbeiter⁶². Ihre Arbeitslosenunterstützungen beliefen sich 1913 bei den

Metallarbeitern auf 31% der Gesamtausgaben, bei den Holzarbeitern auf 54% und bei den Transportarbeitern auf 20%⁶³. Die Gewerbe, die von der Saisonarbeitslosigkeit am häufigsten betroffen waren, hatten entweder eine zu geringe Mitgliederzahl, um genügend Mittel für eine Unterstützung aufbringen zu können oder mußten bis zu 50% ihrer Gesamtausgaben dafür aufwenden, wenn sie nicht, wie die Bauarbeiter, völlig von der Arbeitslosenunterstützung Abstand nahmen.

Die relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung der Vorkriegszeit, die durchschnittlich geringe Dauer der Arbeitslosigkeit, ihr zeitlich begrenztes Auftreten und das Fehlen der Dauerarbeitslosigkeit verhinderten, daß die Ungelernten zur Quelle größerer Spannungen innerhalb der Gewerkschaften wurden.

3. Die SPD und die Arbeitslosenfrage

Die Behandlung der Arbeitslosenfrage auf den sozialdemokratischen Parteitagern der Vorkriegszeit spielte nur im untergeordneten Bereich eine Rolle und wurde unter der Ausklammerung ihrer grundsätzlichen Problematik in der Frage der Arbeitslosenversicherung behandelt. Die Einschätzung, daß nur die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise ihre vollständige Beseitigung bringen könne, blieb zwar unverbindliches Allgemeingut der Partei, erfuhr aber in der Haltung zur Arbeitslosenversicherung einen grundsätzlichen Wandel. Die sowohl von Liebknecht auf dem Erfurter Parteitag 1891 und von Bebel auf dem Kölner Parteitag 1893 als Utopie zurückgewiesene Möglichkeit der Einrichtung einer gewerkschaftlichen oder sogar staatlichen Arbeitslosenversicherung als Versuch der Durchsetzung des Rechts auf Arbeit⁶⁴ wurde nun doch als gangbarer Weg der Einflußgewinnung und der Veränderung der Gesellschaft angesehen. Unter Hinweis auf die eigene Programmatik wurden derartige Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit weiterhin als Palliativmittel zur Minderung ihrer Auswirkungen bezeichnet⁶⁵, erhielten aber unter der gegen Ende des Jahrhunderts zum führenden Einfluß gelangten

evolutionären Parteirichtung eine höhere Bewertung. Zwar wurde perspektivisch formuliert, daß Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht bloß als Vorbeugung verstanden werden dürften, sondern auch die Keime einer sozialistischen Gesellschaftsordnung enthalten müßten⁶⁶, der konkrete Weg dahin über die gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherungen schien aber den früheren Warnungen zu widersprechen und wurde positiv verstanden als Möglichkeit, durch Übernahme von Unterstützungsaufgaben seitens der Gewerkschaften, den Staat zur Anerkennung der Unterstützungspflicht und zur Übernahme dieser Aufgaben zu zwingen⁶⁷. Unter Hintansetzung der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit nur mit der Verwandlung der gesamten Gesellschaftsform beseitigt werden könne, wurde die Diskussion um das Recht auf Arbeit auf die Forderungen nach Anerkennung und Übernahme der Unterstützungspflicht und Bereitstellung von Arbeit für die Arbeitslosen eingeengt⁶⁸. Die Entschärfung der Forderung nach dem Recht auf Arbeit, das explizit nicht aufgegeben, sondern in eine Reihe von Einzelorderungen, wie die nach Aufbau einer amtlichen Arbeitsmarktstatistik, Vergabe staatlicher und städtischer Arbeiten, Verkürzung der Arbeitszeit, Aufbau eines Arbeitsnachweiswesens unter der Regie der Gewerkschaften, Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung und Einrichtung von Staatsämtern mit einem dem späteren Reichsarbeitsamt vergleichbaren Aufgabenbereich, aufgespalten wurde⁶⁹, entsprach der allgemeinen Entwicklungsrichtung der Partei von einer umstürzlerischen zu einer staatstragenden Partei, die sich durch die Beteiligung an und die Übernahme von sozialen Teilaufgaben als integrationsfähig erweisen wollte, und die sich die Erreichung des sozialistischen Endziels nur über die Erfüllung dieser Einzelforderungen vorstellte⁷⁰.

Abgesehen von dem auf Grundsatzfragen zielenden Antrag auf Einschränkung der Rüstungsausgaben und Verwendung der eingesparten Mittel für die Arbeitslosen⁷¹, wandten sich die Anträge der Parteitage Einzelfragen aus dem Komplex der Arbeitslosigkeit zu. Zurückgewiesen wurde die Diffamierung der Arbeitslosen als Arbeitsscheue, die durch zu lange

Unterstützung in ihrer Faulheit bestärkt würden⁷². Den von agrarischen Kreisen und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geäußerten Vorschlägen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Steuerung der Landflucht und Rückführung arbeitswilliger Arbeitsloser in die Landwirtschaft wurde entgegengehalten, daß im Sommer ein Überangebot von Arbeitskräften in der Landwirtschaft durch die Anwerbung von Wanderarbeitern aus den östlichen Provinzen herrsche, während für die Wintersaisonarbeitslosen aus den Städten auf Grund der in der Landwirtschaft herrschenden Saisonarbeitslosigkeit erst recht keine Arbeit bereitgestellt werden könne, zumal die landwirtschaftlichen Saisonarbeitslosen im Winter in der Stadt nach Arbeit suchten⁷³. Für den Bereich der Notstandsarbeiten verlangte man Tarifzahlung, um ihren Mißbrauch zu Lohndrückerei und Schmutzkonkurrenz zu verhindern⁷⁴. Da bei derlei Arbeiten vorwiegend Ungelernte beschäftigt wurden, sollten entsprechend geeignete Arbeiten auch für Gelernte bereitgestellt werden. Beschleunigung in Aussicht gestellter Bauprojekte, besonders beim Kleinwohnungsbau, sollte die entsprechenden Möglichkeiten schaffen⁷⁵. Ausdrücklich wurde darauf gedrungen, eine Bevorzugung ausländischer Arbeitskräfte zu verhindern⁷⁶. Die Unterstützung der Arbeitslosen dürfe nicht mit der Beschränkung des Wahlrechtes verbunden werden. Speziell unterstützt wurden die Forderungen der Gewerkschaften nach Errichtung gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise sowie der Verkürzung der Arbeitszeit⁷⁷.

Die Vertreter der Sozialdemokratie sollten bei der Forderung nach Einführung der reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden und Parlamenten durch Massenbewegungen unterstützt werden⁷⁸. Dabei verwiesen die Berliner Vertreter auf ihre Erfolge, durch die Vorlage konkreter Untersuchungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit die Gemeindebehörden zum Handeln gezwungen zu haben und empfohlen, ein besonderes Augenmerk auf die Kommunen zu richten, da diese durch die auf sie zukommenden Fürsorgekosten der geeignete Bundesgenosse für die Forderung nach einer reichsgesetzlichen Lösung der Arbeitslosenversicherungsfrage

seien⁷⁹. Die Einbeziehung der Angestellten, Handwerker und kleinen Geschäftsleute in den Kreis der Verbündeten zur Lösung der Arbeitslosenfrage⁸⁰ bedeutete einen Schritt hinaus über die Vertretung von reinen Arbeiterforderungen zu der Vertretung eines alle Schichten umfassenden Volkswohls. Gegen den Vorwurf parteipolitischer Agitation betonte man, daß nie eine Aktion für die Arbeitslosen ohne das Vorliegen eines Notstandes betrieben worden sei⁸¹. Die Linderung der durch die Arbeitslosigkeit verursachten Not sei eine hoch über allem Parteigetriebe stehende Sache des Kulturgewissens, des menschlich-sittlichen Empfindens und nicht zuletzt eine im Interesse der Erhaltung der Wehrkraft des Volkes stehende Frage⁸². Wie sehr hinter der Unterstützung der Arbeitslosenversicherungspläne die Absicht stand, den auf dem linken Flügel der Partei vorgetragenen völlig entgegengesetzten Vorstellungen zur Lösung der Arbeitslosenfrage den Weg zu verstellen, bewies die Äußerung, daß es im Interesse der Partei läge, zu beweisen, daß sie nicht nur eine Partei der Massenstreikler, sondern auch der Arbeitswilligen für des Volkes Wohlfahrt sei⁸³.

Ähnlich dem Kampf innerhalb der Gewerkschaften um das evolutionäre oder revolutionäre Entwicklungskonzept in dem Streit um die Kampf- oder Unterstützungsfunktion der Gewerkschaften, fand innerhalb der SPD zwischen rechtem und linkem Flügel in der Massenstreikdebatte eine vergleichbare Polarisierung statt. Der linke Flügel setzte sich am konsequentesten für die Probleme der Unorganisierten ein. In Abgrenzung gegen die Anarchisten, die ihre Agitation an der absoluten Verelendung ausrichteten, betonte der linke Flügel, daß nicht eine Schicht allein, statt des ganzen Proletariats, vertreten werden könne. Die Partei sei nicht imstande, die herabsinkenden, verelendeten Schichten der Arbeiterschaft zu vertreten, da sie mit dem Übertritt in das Lumpenproletariat vollständig aus dem Zielbereich der Sozialdemokratie verschwände⁸⁴. Mit dieser klaren Abgrenzung gegen das Lumpenproletariat wurde aber auch der Fehler vermieden, in der Taktik hinsichtlich der Zielgruppen der politischen Arbeit

ärmere Schichten ungerechtfertigterweise dem Lumpenproletariat zuzurechnen, dadurch aber auch von der politischen Bearbeitung auszuschließen. Der Geringschätzung gegenüber den mit diesen ärmeren Schichten identischen unorganisierten Proletariern und der daraus resultierenden Einschränkung des politischen Betätigungsfeldes wurde die verstärkte Arbeit unter den Unorganisierten entgegengesetzt. Deshalb wardte man sich gegen die allzu starke Betonung der Gefährlichkeit der Anarchosyndikalisten bei gleichzeitiger entschlossener Abgrenzung der Sozialdemokraten nach links und Offenhaltung nach rechts⁸⁵. Das trug der Exponentin dieser Vorstellungen, Rosa Luxemburg, den Vorwurf ein, daß sie den Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten gering schätze, den einzigen Unterschied im Besitz eines Mitgliedbuches sähe⁸⁶.

Während der linke Flügel der SPD den Aktionsradius der Partei stärker auf die Unorganisierten auszudehnen gedachte, ohne aber die Priorität dorthin zu verlegen, ging es den leitenden Instanzen in den Gewerkschaften und der SPD um die ausdrückliche Distanzierung von schwer zu kontrollierenden Bewegungen der Unorganisierten⁸⁷. Im Massenstreik sah der linke Flügel das wichtigste Mittel zur Mobilisierung der indifferenten Schichten des Proletariats⁸⁸. Große Schichten bisher unberührter Proletarier, die sonst nicht organisierbar seien, könnten nur durch breite Aktionen erfaßt werden, an denen es bisher gefehlt habe, weil keiner der vereinzelt Lohnkämpfe in eine breite Aktion umgeschlagen sei. Der Geringschätzung der politischen Reife der Unorganisierten hielt man deren Masseninstinkt und Radikalität entgegen. Zwar seien sie in ihrem Bewußtsein zurückgeblieben, dürften aber nicht als Mitgeschleppte angesehen werden. Die Wahlerfolge der SPD selbst bewiesen, daß eine Volksbewegung nie eine Bewegung der organisierten Minderheit sein könne. Die deutschen Gewerkschaften seien trotz ihres glänzenden Ausbaus, da sie im Grunde nur die Industriearbeiterschaft erfaßten, ein schwaches Teilbild des Proletariats, von dem große Schichten, wie Landarbeiter, Berg-, Textil-, Heim-,

Konfektions- und Elektrizitätsarbeiter, bisher nur teilweise oder überhaupt nicht in den gewerkschaftlichen Kampf einbezogen worden seien⁸⁹.

Die Gewerkschaften lehnten die Massenstreikkonzeption auf ihrem 5. Kongreß in Köln 1905 völlig ab, die SPD beschränkte sie zu einem Verteidigungsmittel für den äußersten Notfall auf ihrem Jenaer Parteitag 1905.

Mochte auch aus der Konzeption eine zu große Zuversicht in die Spontaneität der Unorganisierten sprechen, wichtig war daran die Ausrichtung der politischen Arbeit auf die großen bisher nicht erfaßten Schichten des Proletariats, der Versuch, ihre Bewegungen an die bestehenden Arbeiterorganisationen zu knüpfen, um dadurch die ganze Arbeiterbewegung zu stärken. Die Versuche nach dem Ersten Weltkrieg, durch die Arbeit unter den Arbeitslosen diese stärker an die Arbeiterbewegung heranzuführen, hatten ihren theoretischen Vorläufer in den Überlegungen zur Organisation der Unorganisierten. Die Mißerfolge dabei bewiesen lediglich die Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Aufgabe.

4. Arbeitslosendemonstrationen und Stadtparlament

Bereits ein halbes Jahr nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes fanden in Berlin am 13.1.1891 die ersten großen Arbeitslosenversammlungen statt. In Resolutionen an die Behörden wurden die Inangriffnahme schon beschlossener und notwendiger Bauten, die Beschäftigung von Arbeitslosen bei der Stadtreinigung und die Vergabe von warmem Essen an die Kinder durch die Schulen gefordert. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die ihr in Form einer Petition vorgelegten Forderungen ab, wrauf sie in erneuten Arbeitslosenversammlungen am 28.1.1891 bekräftigt wurden.

Die zu drei verschiedenen Zeitpunkten, so im Januar, im September und November 1891 von den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorgelegten Anträge zu Arbeitslosenfragen wurden alle mit der Begründung abgelehnt, daß ein außerordentlicher Notstand nicht anerkannt werden könne, daß die

Anträge lediglich agitatorischen Zweck hätten und Bresche legen würden für weitere derartige Forderungen. Die Anträge sahen die Inangriffnahme städtischer Arbeiten im Bereich des Hoch- und Tiefbaus, der Straßenreinigung und -pflasterung, den Einkauf von Lebensmitteln und ihre Abgabe zu Selbstkostenpreisen, die unentgeltliche Verteilung von Lebensmitteln, Heizmaterial und Kleidung, die Einrichtung von Wärmestuben und die Vergabe eines warmen Frühstücks in den Schulen vor. Eine gemischte Deputation beriet aber nur über die provisorische Erweiterung des Obdachs, die Erhöhung der Almosenbeträge, die Einrichtung von Wärmehallen und die Vergabe von Zuschüssen an private Wohltätigkeitsvereine⁹⁰.

Da die Krise im Januar 1892 noch anhielt, wurden erneut Arbeitslosenversammlungen abgehalten. Versammlungen der arbeitslosen Bauhandwerker Ende Februar 1892, die auch mit Demonstrationen verbunden waren, mündeten in Unruhen, Ladensplünderungen und Zusammenstöße mit der Polizei aus. Die Sozialdemokraten betonten, daß die Vorkommnisse aus der Notlage heraus psychologisch verständlich seien, den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterbewegung aber zum Nachteil gereichten und Beteiligung und auch nur moralische Unterstützung ähnlicher Vorkommnisse grundsätzlich abzulehnen seien⁹¹. Der "Vorwärts" argwöhnte, daß Lockspitzel bei den Vorkommnissen im Spiel gewesen seien und äußerte sich abfällig über das jugendliche Alter der Beteiligten und die Teilnahme von Straßengesindel an den Zusammenstößen. Gegen diese zu starke Verallgemeinerung erhob sich von seiten der Lokalorganisation der Bauarbeiter⁹² Protest über die Beschimpfung notleidender Proletarier. Die Anschuldigungen des "Vorwärts" waren der Anlaß zu weiteren Versammlungen der Bauhandwerker, die ihre Forderungen nicht durch die Gleichsetzung mit jugendlichen Krawallmachern und Straßengesindel herabgesetzt sehen wollten.

Die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung glichen denen des Vorjahres. Ein Dringlichkeitsantrag vom Beginn des Jahres 1892 wurde erst im März behandelt. Dem Magistrat ging es besonders darum, zu verhindern, daß durch öffentliche

Behandlung von Abhilfemaßnahmen der Zuzug nach Berlin gefördert würde. Mit dem Übergang zur Tagesordnung blieb auch alles beim alten. Im September des gleichen Jahres auf Abhilfe gegen die drohende Winterarbeitslosigkeit angesprochen, wurde diese Gefahr überhaupt abgestritten und erneut mit dem Hinweis auf die erhöhte Zuzugsgefahr die Einleitung von Maßnahmen abgelehnt. Dringlichkeitsanträge im Dezember 1892 verfielen auf dem Umweg über die Ausschußberatung ebenfalls der Ablehnung⁹³.

Auch im Winter 1892-1893 fanden Arbeitslosenversammlungen statt, die entweder von den betroffenen Berufsverbänden oder allgemein für die politisch organisierten Arbeiter veranstaltet wurden. Da bis zu diesem Zeitpunkt die Gewerkschaften vorwiegend die qualifizierten Arbeiter erfaßt hatten, setzten sich die Teilnehmer der sozialdemokratischen Arbeitslosenversammlungen aus den verhältnismäßig besser situierten Schichten der industriellen Arbeiterschaft zusammen. Erstmals im Winter 1893-1894 versuchten die Anarchisten daher die untersten Schichten des Proletariats in einer großen Arbeitslosenzusammenkunft zu versammeln. Neben Inseraten in der Arbeiterpresse und Plakaten an Anschlagssäulen sprachen sie diese Schichten direkt an ihren Aufenthaltsorten in Volkskaffeehäusern, Wärmehallen und Asylen an, um sie für die Versammlung in Bewegung zu bringen. Entgegen der Annahme, diese stumme Masse sei zu interesselos, um sich mobilisieren zu lassen, waren die Versammlungsräume bereits vor der Eröffnung der Veranstaltung überfüllt. Nach Auflösung der Versammlung wegen Ausbleiben des Veranstalters ging die Polizei ohne Anlaß gegen die Abmarschierenden vor. Gegen die über diese Ereignisse berichtenden sozialdemokratischen Blätter wurde ein Prozeß eröffnet⁹⁴. Der Verdacht der Lockspitzelei⁹⁵ fand seine Bestätigung in dem Geständnis eines Anarchisten, wonach die Polizei Mittel zur Organisation der Veranstaltung bereitgestellt hatte⁹⁶. Die sozialdemokratische Fraktion brachte wegen dieser Ereignisse im Reichstag eine Interpellation zur herrschenden Notlage ein, deren abschlägigen Beantwortung weitere Versammlungen zur Folge

hatte, denen durch Verbot ein Ende gesetzt wurde.

Sowohl 1893 als 1894 empfahlen die Sozialdemokraten die Aufnahme von Bauarbeiten und die Verminderung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben zugunsten der Einstellung von Arbeitslosen. Sie versuchten auch, die Betreuung der Arbeitslosen aus den Händen der privaten Wohlfahrt auf die städtische Verwaltung übertragen zu lassen, um dadurch gegenüber der Almosenunterstützung der Pflicht zur Unterstützung der Arbeitslosen, wenn auch erst nur auf kommunaler Ebene, Anerkennung zu verschaffen. Die Ablehnungsgründe des Magistrats und der bürgerlichen Parteien reichten über den Vorwurf der Begehrlichkeit der Arbeiter und der Agitation bis zur Bestreitung einer Notstandssituation überhaupt⁹⁷.

Mit dem Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung ab 1895 fiel der Anlaß für weitere Demonstrationen fort. Diese setzten im Winter 1900-1901 erneut mit Versammlungen der Metallarbeiter ein. Früher als in den Vorjahren wurden sie bereits im September 1901 wiederholt. Die Termine der Arbeitslosenversammlungen der Vorjahre hatten deutlich im Zusammenhang mit der Saisonarbeitslosigkeit gestanden, ihre Teilnehmer waren vor allem die Winterarbeitslosen aus dem Baugewerbe gewesen. Der vergleichbar frühe Termin der Metallarbeiterversammlung deutete hingegen auf die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe hin.

Im November 1902 fanden achte weitere allgemeine Arbeitslosenversammlungen statt, die in den folgenden Tagen auch auf die Nachbarorte Berlins ausgedehnt wurden. Wie schon bei früheren Gelegenheiten verlangte man in Resolutionen Hilfe von den Behörden. Da bei der Hinauszögerung dieser Maßnahmen das Argument der fehlenden Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit eine Rolle spielte, veranstalteten die Gewerkschaften eine eigene Zählung, deren Ergebnisse von rund 70 000 Arbeitslosen und 50 000 Kurzarbeitern in Berlin und seinen Vororten zur Bekräftigung der Forderungen der Arbeitslosenversammlungen an den Magistrat und die leitenden Ministerien Preußens und des Reiches gesandt wurden⁹⁸.

Gegen Ende des Jahres 1908 ergab eine Umfrage der

Gewerkschaftskommission erneut eine Arbeitslosenzahl zwischen 40-60 000 Arbeitslosen. Die bemängelte Genauigkeit dieses Ergebnisses hatte ihren Grund in der Zählmethode nach dem Meldesystem, wobei sich herausstellte, daß vor allem langfristig Arbeitslose aus Resignation und die Unorganisierten aus Desinteresse der Zählung ferngeblieben waren⁹⁹. Die Gewerkschaftskommission wollte nun aber auf die Abhaltung von Arbeitslosenversammlungen verzichten und auf dem Wege des direkten Appells an die Behörden Abhilfemaßnahmen erreichen, wogegen sich aus den eigenen Reihen Widerspruch erhob¹⁰⁰. Die von der Veröffentlichung des Zahlenmaterials über die Arbeitslosigkeit erwartete Wirkung blieb aus. Weder bürgerliche Zeitungen, noch der "Vorwärts" hielten es für notwendig, auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ausführlicher einzugehen. Gewerkschaftskommission, sozialdemokratische Wahlvereine und Stadtverordnete berieten im Dezember 1908 über weitere Aktionen. Die Gewerkschaften zogen den direkten Appell an die Behörden dem Umweg über den Weg in die Öffentlichkeit durch Arbeitslosenversammlungen einerseits deshalb vor, weil sie so zu schnelleren Abhilfemaßnahmen zu gelangen hofften, weil die vorangegangenen Versammlungen diese Schritte nicht hatten beschleunigen können und weil sie andererseits damit der Abwälzung der Hilfsmaßnahmen auf die Arbeitslosenunterstützungen durch ihre Verbände vermeiden wollten. Die Parteigremien versprachen, durch ihre Stadtverordneten die Forderung nach Inangriffnahme sofort ausführbarer Arbeiten sowie die Bereitstellung außerplanmäßiger Geldmittel zur Unterstützung der Arbeitslosen vorbringen zu lassen. Notstandsarbeiten sollten zu Tariflöhnen für gelernte Arbeiter und auch für Auswärtige beantragt werden. Zur Unterstützung der Stadtverordneten müßten Resolutionen von den einzelnen Gewerkschaften in dieser Richtung verabschiedet und besonders auch Versammlungen veranstaltet werden, um Druck auf die Behörden ausüben zu können. Beide Teile wollten aber vor allem durch Beibringung ausführlichen Zahlenmaterials ihre Forderungen bekräftigen, um der hinhaltenden Behandlung dieser Fragen in der städti-

schen gemischten Kommission entgegenzuwirken und um den Verweis auf die angebliche Geringfügigkeit der Arbeitslosigkeit durch die Dokumentation ihres wirklichen Umfangs zu entkräften. Radikalere Stimmen in der SPD versprachen sich von der Konzentration auf die Beibringung genauerer Zahlenmaterialien weniger als von der verstärkten Agitation für die Umwandlung der Gesellschaftsform¹⁰¹. Beschlossen wurde aber lediglich die Durchführung einer größeren Zählung für Februar 1909. In zwei Richtungen bestanden dabei Schwierigkeiten. Einerseits mußte vermieden werden, daß wiederum ein großer Teil der Arbeitslosen aus Furcht vor einer schärferen Heranziehung zur Steuer, aus Sorge, Arbeitsangebote während der Zählzeit zu versäumen, aus Passivität und Desinteresse der Zählung fernblieb. Dem sollte durch Flugblattaktionen und für diesen Zweck einzuberufende Versammlungen vorgebaut werden. Das bisherige Meldesystem wurde durch das Hauslistensystem, das erst noch gegen den Widerstand der Gemeindevertretungen durchgesetzt werden mußte, ersetzt. Die nach diesem Verfahren durchgeführte Zählung ergab dann für Groß-Berlin rund 95 000 Arbeitslose im Februar 1909.

In der Zwischenzeit versuchte eine Deputation beim Oberbürgermeister Unterstützung für dringende Maßnahmen zu erreichen, sah sich aber mit zu nichts verpflichtenden Worten abgefertigt. Ein weiteres Vorgehen auf diesem Wege versprach keinen Erfolg¹⁰².

Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosennot waren bereits im Januar 1908 von den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorgelegt und in einem eigens dafür eingesetzten Ausschuß beraten worden. Stadt und Staat sollten die Planung und Inangriffnahme von Bauten beschleunigen, kleinere Umbauten und Reparaturen sofort beginnen lassen. Die Einrichtung von Wärmehallen, Schulspeisung, Verkürzung der Arbeitszeit waren in früheren Forderungskatalogen verlangt worden. Als Modifikation der Arbeitszeitverkürzung wurde nun auch die Vermeidung von Überstunden und Doppelschichten in den städtischen Betrieben als Hilfsmaßnahme vorgeschlagen. Weitere Punkte sahen die Beihilfe zur Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaft-

ten, Nachsicht bei der Beitreibung der städtischen Steuern, die Einrichtung einer fortlaufenden Arbeitsmarktstatistik sowie die Einsetzung einer Kommission für soziale Angelegenheiten vor. Die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung durch die Stadt Berlin sollte der Arbeitslosigkeit auf lange Sicht vorbeugen helfen.

Entsprechende Anträge auf sofortige Einleitung von Notstandsarbeiten, auf Unterstützung ohne diskriminierenden Charakter und Überweisung der dafür zu bewilligenden Mittel an die Gewerkschaften für die Organisierten und an den Zentral-Arbeitsnachweis für die Unorganisierten wurden auch in den einzelnen Gemeinden gestellt. Von dreißig angesprochenen Gemeinden und Stadtvertretungen antworteten überhaupt nur zwei und diese auch ablehnend¹⁰³. Je schleppender die Behandlung von Arbeitslosenfragen in den Parlamenten voranging, desto eilfertiger wurde die Polizei bereitgestellt, um bei Arbeitslosendemonstrationen deren Forderungen einen Riegel vorzuschieben.

Die Verschleppung der Hilfsmaßnahmen durch Deputationen, Magistrat und Gemeinden baute auf die Hoffnung, daß mit der vorangeschrittenen Jahreszeit die Belegung des Arbeitsmarktes für die Aufsaugung der Arbeitslosen sorgen werde. Da die Statistik die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt noch nicht kontinuierlich erfaßte¹⁰⁴, mußte der Eindruck vorherrschen, daß die Arbeitslosigkeit eine reine Saisonerscheinung sei. Verborgен blieb, daß durch die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit, deren erste Anzeichen das jahreszeitlich frühere Auftreten in den Jahren 1900-1901 und 1908 gewesen waren, sich der Umfang und die Struktur der Arbeitslosigkeit verändert hatten.

Die wirtschaftliche Krise seit Mitte 1913 ließ die Saisonarbeitslosigkeit länger als gewohnt andauern und die Arbeitslosenziffer bereits bis November auf 83 000 in Groß-Berlin ansteigen. Anders als in den Vorjahren lagen nun in den Berichten des Statistischen Amtes fortlaufende Materialien über die Bewegung der Arbeitslosigkeit vor. Der Wandel der Einstellung gegenüber der Arbeitslosenfrage bei den

städtischen Behörden zeigte sich darin, daß der Bürgermeister von Berlin in einer Petition an den Reichskanzler um die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung für die Saisonberufe ersuchte. Auf Arbeitslosenversammlungen, die bereits im August stattfanden, lag die Betonung nur noch auf den zwei Forderungen nach Vergabe von Arbeiten zu Tarifbedingungen und nach Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die Stadtverordnetenversammlung zeigte sich im September 1913 gegenüber sozialdemokratischen Anträgen nach Inangriffnahme von Hoch- und Tiefbauten und der Einberufung einer Deputation zur Beratung der Arbeitslosenversicherung aufgeschlossen und nahm beide an.

Schöneberg war unter allen Groß-Berliner Gemeinden die einzige, die eine Unterstützung für die Arbeitslosen nach dem "Genter System" seit 1910 einrichtete¹⁰⁵. Von den Gewerkschaften wurde dieser Schritt als Vorbild für Berlin und als Vorarbeit der Kommunen für die staatliche Arbeitslosenversicherung begrüßt¹⁰⁶. Die Bemühungen Schönebergs um Absprachen mit anderen Gemeinden scheiterten. Eine Denkschrift des Magistrats von Neukölln zur Arbeitslosenversicherung wiederholte nochmals die Problematik der Einrichtung solcher Unterstützungen, wenn nur einzelne Gemeinden sich dazu bereitfänden. Die Gewerkschaften regten daraufhin die Schaffung eines freiwilligen Zweckverbandes zur Lösung dieser Frage an, zu dessen Bildung es aber vor dem Krieg nicht mehr kam¹⁰⁷.

Da Baumaßnahmen nur den Arbeitslosen der Bauberufe Hilfe verschafften, beantragten die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Dezember 1913 die Bewilligung von 500 000 Mark zur Unterstützung der Arbeitslosen, die auf 300 000 Mark reduziert, im Februar 1914 bewilligt wurden. Den Bedürftigen sprangen die Gewerkschaften durch öffentliche Sammlungen bei, die in Form von Geld und Lebensmitteln an die Arbeitslosen zu Weihnachten verteilt wurden.

Im Zeitraum zwischen 1890 und 1914 gelang es den Gewerkschaften und der SPD, im kommunalen Bereich Berlins die verantwortlichen Behörden zu zwingen, die Probleme der

Arbeitslosigkeit zur Kenntnis zu nehmen und für ihre Lösung aktiv zu werden. Gewerkschaftliche Arbeitslosenzählungen und -unterstützungen bildeten das Vorbild und die Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Kommune, wobei es aber nicht gelang, diese Arbeit durch die Erzwingung einer kommunalen, geschweige denn der staatlichen, Arbeitslosenversicherung zu krönen¹⁰⁸.

Die Einengung der Arbeitslosenfrage zur Arbeitslosenversicherungsfrage ließ deren gesellschaftliche Ursachen immer mehr in den Hintergrund treten. Je mehr lediglich die Folgen der Arbeitslosigkeit bekämpft wurden, konnte diese Arbeit sogar als Ausbau des Bismarck'schen Sozialversicherungssystems verstanden werden. Mochten sich die Gewerkschaften auch noch so sehr in diesem Bereich zur verantwortlichen Mitarbeit empfehlen, die Gegenseite, von der Reichsregierung bis zu den Unternehmerverbänden, fürchtete in jedem Zugeständnis eine Stärkung der Gewerkschaften, sei es durch Freiwerden von Mitteln für den Streik, sei es durch den indirekten Koalitionszwang¹⁰⁹. Erst zu Kriegsbeginn ließ man diese Bedenken fallen, als den Gewerkschaften die Vermittlung der Arbeitslosen auf das Land übertragen und als Gegenleistung der Gewerkschaften die Streichung aller Streikmittel und ihre Verwendung zur Arbeitslosenunterstützung beschlossen wurde¹¹⁰.

Die Arbeitslosenaktionen in den Jahren nach 1890 trugen noch am deutlichsten die Merkmale von spontanen Protestmanifestationen. Während die Gewerkschaften ihren Teilnehmerkreis auf die betroffenen Berufsgruppen beschränkten, veranstaltete die SPD sie, soweit ihr Einfluß auf die Unorganisierten es erlaubte, auf einer breiteren Basis. Beide drängten die Bedeutung der Arbeitslosenversammlungen und -demonstrationen als Kampfmittel zurück und gaben ihnen lediglich die Funktion, die von den Führungsgremien formulierten Petitionen, Anträge und Denkschriften zu bekräftigen, wobei die Gewerkschaften bereit waren, ganz auf sie zu verzichten, während die SPD sich ihrer als Hilfe für parlamentarische Auseinandersetzungen weiter bediente, sie aber

loslöste von allgemeinen politischen Kämpfen¹¹¹.

Das zurückhaltende Engagement in dieser als sozial-politischer Frage und nicht als gesellschaftlichem Grundproblem betrachteten Problematik hatte seinen Grund in der Furcht, durch Konflikte mit der Staatsgewalt Verbote der sozialdemokratischen Organisationen zu bewirken. Zugunsten der Verbreiterung des parlamentarischen Einflusses mit Hilfe der nichtproletarischen Schichten¹¹² wurde auf das Wirken in die tieferen Schichten des Proletariats durch stärkere Arbeitslosenaktivitäten verzichtet.

II. DIE ANFÄNGE DER ARBEITSLOSENBEWEGUNG 1918 - 1919

1. Die Arbeitslosigkeit im Ersten Weltkrieg

Die durch den Krieg hervorgerufenen Störungen des Wirtschaftsablaufes durch Verkehrsunterbrechungen, Drosselung der Rohstoffzufuhr und des Exports, durch die Einziehung von Fachpersonal und die allgemeine Umstellung auf den Kriegsbedarf bedingten eine seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland ungekannte Arbeitslosigkeit. Diese erreichte bereits im September 1914 ihren Höhepunkt, ging von da an je nach Branche stetig zurück und erreichte im April 1915 mit 2,9% den Durchschnittswert vom April 1914 mit 2,8%¹. Außer in dem von der Rohstoffzufuhr abgeschnittenen Textil- und Bekleidungs Gewerbe stellte sich bald ein Arbeitskräftemangel ein. Die noch übrig gebliebenen Arbeitslosen wurden von den Industriezweigen, in denen Arbeitskräftemangel herrschte, aufgenommen. Die restlose Auflösung der Arbeitslosenreserve führte im weiteren zur Einstellung von Frauen und Jugendlichen und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen. Die Zunahme der Frauenarbeit, die vor allem in ungelernter Arbeit erfolgte, zeigte sich bei den Versichertenzahlen der Berliner Krankenkassen. Im Juli 1914 betrug die Zahl der männlichen Versicherten 523 195, die der weiblichen 399 008. Sie sank im September 1914 auf 375 026 männliche und 281 518 weibliche Versicherte. Während die männliche Ziffer im Kriegsverlauf weiter auf 325 000 fiel, stieg die der weiblichen Versicherten auf einen Höchstwert von 545 000 und lag bei Kriegsende bei 519 000².

Die Rohstoffverknappung seit 1916 verstärkte die Arbeitslosigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie derart, daß für die betroffenen Arbeitslosen eine Sonderfürsorge eingerichtet werden mußte, die 1917 auch auf die Schuhmacher ausgedehnt wurde. Der allgemeine Kräfterangel hielt trotz der Freisetzung in diesen Bereichen bis Kriegsende an.

Bei den Berliner Arbeitsnachweisen waren in den ersten

fünf Kriegsmonaten 189 000 Arbeitsuchende registriert, die doppelte Zahl der gleichen Vorjahrsmonate. Die Zahl der offenen Stellen stieg von 48 000 auf 125 000, von denen 110 000 Stellen (41 000 im Vorjahr) besetzt wurden³. Bei den Frauen war die Arbeitslosigkeit, wie schon aus den Krankenversichertenzahlen ersichtlich, deutlich höher. Die Nachfrage überstieg das Stellenangebot um das Drei- bis Vierfache.

Die höchste absolute Arbeitslosigkeit wiesen in Berlin im September 1914 die Holz-, Metall- und Transportarbeiter sowie die Buchdrucker auf. In Prozenten der Gewerkschaftsmitglieder betrug die Arbeitslosigkeit bei den Holzarbeitern im September 41,4% und sank bis Dezember 1914 auf 19%, bei den Metallarbeitern 11,1% und sank auf 2,4%. Bei den Buchdruckern sank sie von 38,6% auf 30,6%, bei den Transportarbeitern von 12,1% auf 1,1% und bei den Maurern von 25,4% auf 13,1%⁴.

Vom Höhepunkt im September 1914 mit über 100 000 Arbeitslosen in Groß-Berlin⁵ entwickelte sie sich unter den Berliner Gewerkschaftsmitgliedern folgendermaßen:

Arbeitslosigkeit in den Berliner Gewerkschaften
1914 - 1917 absolut

Zeitpunkt	Arbeitslose absolut
6.6.1914	16 577
5.9.1914	43 479
3.10.1914	36 547
7.11.1914	26 586
5.12.1914	19 440
5.6.1915	3 597
3.6.1916	2 372
3.6.1917	695 (6)

Arbeitslosigkeit in den Berliner Gewerkschaften
1914 - 1918 in v.H.

Zeitpunkt	männlich	weiblich	Reichsdurchschnitt
Jan. 1914	7,5	3,7	4,7
Sept. 1914	17,7	23,9	15,7
Dez. 1914	7,1	6,2	7,2
Juni 1915	2,1	4,1	2,5
Sept. 1915	1,5	3,8	2,6
Dez. 1915	1,0	3,5	2,6
März 1917	0,7	0,4	1,3
Dez. 1917	0,6	0,6	0,9
März 1918	0,6	0,7	0,9 (7)

Beim Vergleich der Berliner Arbeitslosigkeit mit der im Reich ergab sich für die männlichen Berufe bis Dezember 1914 ein höherer Wert für Berlin, dann aber ein Absinken unter den Reichsdurchschnitt für den Rest des Krieges. Die weibliche Arbeitslosigkeit war sowohl höher als die männliche in Berlin als auch im Reichsdurchschnitt. Darin spielten sich die Anpassungsschwierigkeiten des weiblichen Arbeitskräftepotentials an die veränderten Anforderungen des Kriegsarbeitsmarktes wider. Der Anpassungsprozeß wurde durch das Hilfsdienstgesetz von 1916, durch das auch die Frauen verstärkt zur Arbeit herangezogen wurden, abgeschlossen. Die Berliner Frauen waren dennoch in geringerem Maße arbeitslos als die Frauen im Reich. Dort ging die Arbeitslosigkeit 1915 nur auf 10% gegenüber 5% in Berlin zurück. 1916 pendelte sie im Reich zwischen 8 bis 9%, in Berlin verminderte sie sich auf 2%. Nach Einführung des Hilfsdienstgesetzes blieb die Arbeitslosigkeit der Frauen im Reich bei 2%, in Berlin fiel sie unter 1%⁸.

Diese gewaltsame Veränderung der Arbeitskräftestruktur zugunsten der Frauen schuf zusätzliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit, da viele Frauen aus ökonomischer Notwendigkeit auf der Beibehaltung ihres Arbeitsverhältnisses bestehen mußten, andere sich nicht ohne weiteres in die alten Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse als Hausfrauen oder Dienstpersonal zu begeben gedachten.

2. Die Bedeutung der Arbeitslosenfrage vor und in der Novemberrevolution

Die bereits kurz nach Revolutionsausbruch erlassenen Verordnungen lassen deutlich Überlegungen und Vorarbeit zur Lösung der Arbeitslosenfrage erkennen. Die durch das Hilfsdienstgesetz als Vertreter der Arbeiter anerkannten Gewerkschaften legten Ende November 1917 ihre Vorstellungen über den weiteren Ausbau der Arbeitervertretung in einem "Sozialpolitischen Arbeitsprogramm" vor, das die Errichtung eines

Reichsarbeitsamtes, die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften, arbeitsrechtliche und soziale Reformen vorsah. Konkretere Vorschläge, die besonders die Arbeitslosen betrafen, wurden mit den Leitsätzen für die Übergangswirtschaft nach Friedensschluß durch die Berliner Gewerkschaftskommission zu Beginn des Jahres 1918 unterbreitet. Das Hauptgewicht der darin vorgesehenen Maßnahmen lag auf der Arbeitsbeschaffung durch den Beginn unterbliebener und geplanter Bauten, im Ausbau des Arbeitsnachweiswesens und erst nach Ausschöpfung dieser Hilfsmöglichkeiten in der Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung⁹.

Erst mit dem Schwinden der Hoffnungen auf einen siegreichen Kriegsausgang und der nicht mehr zu unterdrückenden Gärung in der Arbeiterschaft durch Kriegsmüdigkeit und die Auswirkungen der Oktoberrevolution lenkten einsichtige Kreise - besonders aus der Elektroindustrie - auf einen Kurs der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein und schufen damit die Voraussetzungen für die Realisierung der vorgelegten Pläne¹⁰.

Unter der Regierung des Prinzen Max von Baden wurden Gewerkschaften und Sozialdemokraten schließlich zur Mitarbeit an der Regierung herangezogen. Die Gewerkschaften sahen mit der Errichtung des Reichsarbeitsamtes, zu dessen Staatssekretär der zweite Vorsitzende der Gewerkschaftskommission berufen wurde, die Erfüllung einer wichtigen Forderung erreicht und damit die Möglichkeit zur Durchsetzung solcher Forderungen wie eines Gesetzes über Arbeitskammern, die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens, die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung und einer breiten Fürsorge ohne Änderung der Staatsform gegeben¹¹. Auch in der Mehrheitssozialdemokratie herrschte nach der Änderung der Reichsverfassung und der Zusicherung des gleichen Wahlrechts seitens der Reichsregierung unter dem Prinzen Max von Baden die Auffassung, daß weitergehende Forderungen auf dieser Verfassungsgrundlage zu verwirklichen wären¹². Die im "Aktionsprogramm" der SPD vom Mai 1918 unter Punkt III vorgesehene Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Krieg

durch planmäßige Organisation der Arbeitsvermittlung seitens Staat und Gemeinden und durch eine einheitliche Regelung von Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reich stand in keinem Widerspruch zu dem Bestreben bürgerlicher Kreise, der erwarteten sozialistischen Hochflut durch rasche Reformen zuvorzukommen¹³.

Konkrete Schritte zur Realisierung dieser Pläne wurden mit den Vorarbeiten zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften und mit dem Aufbau des Demobilmachungsamtes unternommen. Die Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften spielte nicht nur bei der Konsolidierung der politischen Verhältnisse in der revolutionären Übergangsphase eine wichtige Rolle, sondern bereits vorher bei dem Versuch, mit Hilfe des von beiden Seiten befürworteten Demobilmachungsamtes dem Ausbruch der Revolution vorzubeugen¹⁴.

Seit dem 18. Oktober 1918 war eine einheitliche Auffassung zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Industrie erreicht, und die Bemühungen um die konkrete Form der Arbeitsgemeinschaft konnten zentral fortgeführt werden¹⁵. Die am 15.11.1918 veröffentlichte Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften¹⁶ war schon am 22.10. 1918 in ihren grundsätzlichen Punkten ohne Debatte gebilligt, wenn auch nicht beschlossen worden¹⁷. Um die gemeinsamen Interessen an der Stabilisierung der Lage nicht zu früh offenzulegen und dadurch den Verlauf der Revolution in eine ungewollte Richtung zu lenken, wurde die Veröffentlichung bis zum 15.11.1918 hinausgezögert¹⁸.

Ein gemeinsam von den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaftsspitzen gremien beschlossener Antrag verlangte am 1.1.1918 von der Reichsregierung die Schaffung einer Demobilmachungsbehörde. Zu den vorrangigen Fragen dieses Amtes sollte die Zurückführung und Verteilung der Arbeitskräfte, die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung, Auftragsbeschaffung und Bereitstellung von Notstandsarbeiten und generell die Umstellung der Wirtschaft von der Kriegs- auf die Friedensproduktion

gehören¹⁹.

Den sozialen Hintergrund zum Verständnis dieser administrativen Schritte umschrieb Walther Rathenau in einem Brief an den Kriegsminister Scheuch²⁰. Das Zusammenströmen großer, teils durch verringerte Arbeitszeit, teils ganz arbeitsloser und durch staatliche Versicherung unterstützter Massen in den Städten, könne leicht zum Anschluß an Aufstands- und Streikbewegungen führen. Daher müßten, neben der Zurückrufung zuverlässiger Kräfte in Wirtschaft und Verwaltung, besonders der Zuführung der Arbeiter zu Arbeitsstellen durch vorsichtige Entlassung der beschäftigten Frauen und durch Schichtverkürzung Aufmerksamkeit geschenkt werden. Rohstoff- und Auftragsverteilung ständen in engem Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen an die Unternehmen zur Unterbringung der zuströmenden Arbeiter und der Lösung von Unterbringungs- und Ernährungsfragen. Rathenau legte nicht nur Wert auf Wiederaufbau- und Meliorationsmaßnahmen der Städte und Kommunen im Maßstab der bisher geübten Notstandsmaßnahmen, sondern betonte die Wichtigkeit überregionaler Projekte, die als Staatsaufgaben in Form von Eisenbahn-, Kanal-, Flußregulierungs- und Tunnelbauten in größtem Umfang dazu beitragen sollten, die Arbeiter von den großen Städten zu entfernen. Nur im Falle des Versagens dieser Maßnahmen sei auf immunisierte Truppen oder Bürgerorganisationen zurückzugreifen.

Auch der Städtetag erkannte auf einer Vorstandssitzung am 30.10.1918 die Vordringlichkeit der Erwerbslosenfürsorge noch vor den dringenden Ernährungsfragen an und sprach sich für eine Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen an den Demobilmachungsaufgaben aus²¹.

Die Verhandlungen um die Bildung der Demobilmachungsbehörde wurden schon am 7.11.1918 mit einer Verordnung des Bundesrates über die wirtschaftliche Demobilmachung, die sofort in Kraft trat, abgeschlossen²². Die darin geregelte paritätische Besetzung der Demobilmachungsausschüsse war aber dahingehend entschärft worden, daß die hinzuzuziehenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter vor den Demobil-

machungsbehörden ernannt wurden²³. Diese noch vor der vor-revolutionären Regierung eingesetzte Behörde wurde durch den Erlaß der Volksbeauftragten vom 12.11.1918 mit gleicher Struktur und Aufgabenbereich als selbständige Reichsbehörde neben dem Reichswirtschaftsamt bestätigt²⁴. Da das Reichswirtschaftsamt aus der Erfahrung des Krieges gesehen zu wenig die Garantie bot, bei den bevorstehenden tief einschneidenden Wirtschaftsfragen mit der genügenden Tatkraft vorzugehen, wurde das Demobilmachungsamt mit fast diktatorischen Vollmachten über alle Zweige behördlicher, wirtschaftlicher und militärischer Organisationen ausgestattet²⁵. Es war damit die zentrale Stelle, die sich die Erhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems zur Aufgabe gestellt hatte und die von Rathenau vorgeschlagene Ersatzinstitution für Kriegsministerium und Oberste Heeresleitung im Bürgerkriegsfall²⁶. Der Leiter des neuen Amtes wurde von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite akzeptiert²⁷. In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah er neben der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern die Hauptaufgabe bei der Erhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung. Da weder die Unterstützung der Unternehmen mit Reichsmitteln hinreichend Aussicht bot, genügend Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen zu schaffen, und da weder die im Bergbau und in der Landwirtschaft dringend benötigten Arbeitskräfte ohne weiteres aus den Reihen der Ungelernten genommen werden und andererseits Notstandsarbeiten im benötigten großen Umfang im Winter nicht mehr eingeleitet werden konnten, blieb als einziger Ausweg die Einführung der Erwerbslosenfürsorge. Die mit dieser Maßregel verbundenen Nachteile gedachte man mit der Beruhigung der Verhältnisse wieder rückgängig zu machen²⁸.

Das Versprechen der Erwerbslosenunterstützung im ersten Aufruf der Volksbeauftragten vom 12.11.1918 bedeutete trotz Anscheines eines taktischen Zuges das prinzipielle Zugeständnis eines allgemeinen Anspruches auf Unterstützung. Dieser wurde im Artikel 163 der Weimarer Verfassung formuliert, die endgültige gesetzliche Ausgestaltung konnte erst im Jahre 1927 im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgenommen

werden. Bis dahin unterlag die Erwerbslosenunterstützung vielfältigen Abänderungen. Unmittelbar nach Kriegsende hatte sie noch den Charakter einer Übergangsregelung bzw. die erweiterte Form der im Krieg erprobten Kriegswohlfahrt²⁹. Das bewies die bald darauf folgende Einschränkung des Unterstütztenkreises mit dem Hinweis, daß die Unterstützung lediglich auf die kriegsbedingte Arbeitslosigkeit hin bezogen werden könne³⁰.

Aus der gemeinsamen Ablehnung eines revolutionären Umsturzes heraus billigten die Führungsgremien von MSPD und der Gewerkschaftskommission die Maßnahmen des Demobilisierungsamtes und befolgten dessen Weisungen gegen die Eingriffe der Räte, da sie Änderungen nur auf dem Wege von Reformen durchzusetzen gedachten³¹. Damit war auch die Richtung zur Lösung des Arbeitslosenproblems vorgezeichnet. Ursprünglich verbunden mit der Frage der Veränderung der Gesellschaftsform, wurde sie nun zur Arbeitsmarktproblematik und Wohlfahrtsfrage modifiziert, in diesen Bereichen allerdings stärker in den Bereich staatlicher Aufgaben eingeeordnet.

Die aus der Arbeitslosigkeit herrührenden sozialen Spannungen lenkten dennoch immer wieder auf die Grundfrage nach der sie verursachenden Gesellschaftsform zurück, solange es durch Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik nicht gelang, sie in erträglichen Grenzen zu halten.

Zum politischen Sprachrohr der Arbeitslosen entwickelten sich deshalb die Parteien und politischen Gruppierungen links von der MSPD, besonders die USPD, die KPD und die KAPD. Der Stellenwert der Arbeitslosenfrage in der Programmatik der einzelnen Parteien bildete dabei einen Indikator für deren Linksradikalität.

Vorerst kam es zu keinen Gegensätzen in der Arbeitslosenfrage. Die Arbeitslosen selbst waren als Gruppe zu inhomogen, um sofort ein Bewußtsein als Sondergruppe zu entwickeln. Die beschleunigt einsetzende verhältnismäßig großzügige Unterstützung linderte die größte Not, und die nach dem Vorbild der Arbeiter- und Soldatenräte gebildeten

Arbeitslosenräte schienen eine wirksame Vertretung sozialpolitischer Arbeitslosenforderungen zu ermöglichen.

Die Arbeitslosenräte waren derjenige Teil der Rätebewegung, der nicht in den Gegensatz zu den Kommunalbehörden trat, sondern deren Autorität und Wirksamkeit stützen half, indem sie sich der Weisungsbefugnis der Behörden unterwarfen und, als sich deren Stellung wieder gefestigt hatte, sich auf Beraterfunktionen beschränkten oder ganz in den Behörden aufgingen.

Noch in den letzten Tagen vor Ausbruch der Revolution war an Landes- und Kommunalbehörden die Instruktion ergangen, die Aufrechterhaltung der Behörden mit dem Hinweis auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung und die Durchführung der Volksernährung anzustreben³². Da die Stadtverwaltung vom Vollzugsrat zur Weiterarbeit aufgefordert wurde, Oberbürgermeister, Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher ihrerseits ihr Einverständnis zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern gaben, war von diesem Punkt her die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Sinne des Demobilmachungsamtes nicht gefährdet³³. Der Ausbau der Demobilmachungsbehörden führte am 13.11.1918 zur Bildung eines Demobilmachungsausschusses, zu dessen Kommissar der Oberbürgermeister Wermuth durch den Oberpräsidenten ernannt wurde. Die untergeordneten Demobilmachungsausschüsse in den Gemeinden wurden ebenfalls mit kommunalbeamten besetzt³⁴. Der Demobilmachungsausschuss setzte fünf Unterausschüsse ein, je einen für Unterkunftsbeschaffung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge und für Freimachung von Arbeitsstellen. Aus dem Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge entwickelte sich eine selbständige Verwaltung mit dem umfangreichsten Verwaltungsapparat, den die Gemeinde bis dahin organisiert hatte³⁵. In diesem Gremium wurde den Vertretern der Arbeitslosen erstmalig volles Stimmrecht zugestimmt³⁶.

Die Arbeit der bis auf zwanzig angestiegenen Arbeitslosenräte wurde von den Behörden unterstützt, da sie sich zu deren verlängertem Arm gebrauchen ließen. Sie waren den Behörden besonders willkommen, weil sie "ungerechtfertigten"

Forderungen besser entgegenzutreten verstanden, durch Entgegennahme von Beschwerden Konflikte vermeiden halfen und durch Auskunftserteilung die Behörden entlasteten³⁷. Gegen diese reitungslose Unterordnung der Arbeitslosenräte erhob sich mit voranschreitender Zeit Widerspruch aus radikaleren Kreisen, der aber zu keiner Einstellung ihrer Tätigkeit führte, da sie von allen Räten noch die konkretesten Mitwirkungsrechte besaßen. Anders als bei den Arbeiter- und Soldatenräten blieb das Mitspracherecht der Arbeitslosenräte erheblich länger erhalten.

Die den meisten Arbeitslosen fehlenden Traditionen aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung stellten einen Unsicherheitsfaktor bei dem Versuch ihrer Lenkung dar. Das betraf nicht nur die Unorganisierten, sondern auch die neuere Mitgliederschaft der Gewerkschaften und der SPD. Die freien Gewerkschaften hatten vor dem Ersten Weltkrieg rund 14% der Erwerbstätigen erfaßt. Von einem Mitgliederbestand von 2,5 Mill. im Jahre 1913 verloren sie bis 1916 über 1,5 Mill., der Mitgliederbestand sank auf 966 705³⁸. Von diesem Tiefpunkt nahm die Mitgliederzahl bis zum Herbst 1918 wieder auf 1,5 Mill. zu. Unter den neuen Mitgliedern waren erheblich stärker als früher Frauen und Jugendliche vertreten, die durch ihre größere Spontaneität und Zuneigung zu radikalen Parolen den Gewerkschaften größere Schwierigkeiten bereiteten³⁹. Da auch in der SPD die Abspaltungen immer größeren Umfang annahmen, konnten sich die Führungen der MSPD und die Gewerkschaftskommission ihrer Mitglieder bei der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern bzw. bei der Teilung der Macht mit den ehemals herrschenden Klassen nicht sicher sein. Die breiten Schichten der Arbeiter, die zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und dem Lumpenproletariat standen, man könnte sie als den 5. Stand der Unorganisierten, Ungelernten und Arbeitslosen bezeichnen, die vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend passiv geblieben waren, betraten im November 1918 die politische Szene. Die Vorhersagen des linken Flügels der SPD aus der Vorkriegszeit, daß das junge, ungeschulte und schwach aufgeklärte

Proletariat in einer allgemeinen politischen Aktion des Proletariats in wenigen Stunden aus seiner Unbeweglichkeit gerissen werden könnte und daß es dann auf Grund seines Klasseninstinktes die radikalsten Elemente stellen würde, gingen in der Novemberrevolution in Erfüllung⁴⁰. Diese Schichten ließen einerseits die Gewerkschaften zu ungeahnter Stärke anwachsen⁴¹, sie beteiligten sich aber auch an den revolutionären Kämpfen und waren die soziale Voraussetzung für die Entstehung einer starken linksradikalen Strömung in der Weimarer Zeit. Das erleichterte es der MSPD-Führung, die Bewegungen dieser Schichten als lumpenproletarische Abenteuer zurückzuweisen⁴², damit den alten Vorwurf, der den Arbeitslosen die angeborene Umsturzbereitschaft nachsagte⁴³, unter Verbindung mit einem Begriff aus der Arbeiterbewegung gegen ihre Konkurrenten aus der Arbeiterbewegung selbst anzuwenden.

Die Arbeitslosen waren im November 1918 nur ein Teil der großen Massen radikalisierten Arbeiter, die das Kriegsende zur Veränderung der politischen Verhältnisse zu nutzen suchten. Größere gemeinsame Ziele waren noch greifbar nahe, die Arbeitslosenzahlen gerade erst im Ansteigen begriffen, die Einlösung gegebener Versprechen wie der Sozialisierung, der Arbeitsplatzsicherung für zurückkehrende Soldaten schienen durch den Einfluß der Arbeiter ihrer Verwirklichung nahe. Arbeitslosenfregen wurden daher noch als untergeordnet betrachtet und in den wenigsten Fällen in die Forderungskataloge der Arbeiter- und Soldatenräte aufgenommen.

Das Bewußtsein der Arbeitslosen über sich selbst als 'Stand' konnte erst mit dem Ansteigen ihrer Zahl und der Dauer der Arbeitslosigkeit an Kontur gewinnen. Bis dahin blieb ihr Bewußtsein den sozialen und ökonomischen Schichten verhaftet, aus denen sie stammten. Nur die langandauernde Arbeitslosigkeit konnte eine Verschmelzung verschiedener ökonomischer Schichten in einem sozialen Degradierungsprozeß verursachen, der aber keinen einheitlichen Bewußtseinsnenner zeigte.

Gegenüber dem bis heute gültigen Standardargument in

der sozialgeschichtlichen Literatur, das die Radikalität der Arbeitslosen aus der Anfälligkeit gegenüber Versprechungen und demagogischer Aufhetzung psychologisch erklärt⁴⁴, bedeutet der Hinweis auf den Utopismus verarmter und verelendeter Arbeiterschichten⁴⁵ einen Schritt zur Anerkennung eines selbständigen Bewußtseins dieser Schichten, wenn auch die Vermittlung zwischen sozialer Lage und dem Bewußtsein noch weitgehend ungeklärt bleibt. Nicht so sehr die subjektiven Motive des sozialen Neides sind allein die Ursachen des Radikalisierungsprozesses, sondern das Zusammenwirken so verschiedener Faktoren wie die Gewalteinübung durch den Krieg, die Verbitterung über die versäumten Möglichkeiten der Revolution sowie konkret durch die Aushöhlung der Erwerbslosenunterstützung die faktische Negierung des Rechts auf Arbeit und Unterstützung.

3. Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin 1918 - 1919

Der Umschlag von der Kriegshochkonjunktur zur Umstellungskrise auf die Friedenswirtschaft zeigte sich auf dem Arbeitsmarkt mit einem Monat Verzögerung erst in den Zahlen für Dezember. Das erklärt unter anderem, warum die Arbeitslosen in der ersten Phase der Novemberrevolution noch nicht gesondert hervortraten und ihre Forderungen in den Programmen der Arbeiter- und Soldatenräte noch keinen Widerhall fanden.

Zwischen November und Dezember erhöhte sie sich allerdings schlagartig und stieg, wie die Anfrangsziffern auf die offenen Arbeitsstellen zeigen, auf das Doppelte:

Arbeitsuchende im Reich auf 100 offene Stellen

1918			1919		
	männl.	weibl.		männl.	weibl.
Okt.	46	70	Jan.	190	213
Nov.	74	101	Feb.	206	203
Dez.	131	157	März	171	159
			Apr.	160	153
			Mai	169	146 (46)

Diese Zahlen können nur einen Trend beschreiben, da bei Kriegsende Berlin mit seiner fast ausschließlich industriell-

len Beschäftigungsstruktur erheblich stärker vom Produktionsrückgang betroffen wurde, als das die Durchschnittsziffern des Reiches erkennen ließen. Zudem war das Arbeitsnachweiswesen noch immer so stark zersplittert, daß die vorhandenen Ziffern über die Arbeitsuchenden nur ein lückenhaftes Bild geben konnten.

Während im Oktober 1918 auf 100 freie Stellen nur 46 männliche Arbeitsuchende entfielen, was einem Defizit von über 50% an männlicher Arbeitskraft gleichkam, und im November immer noch ein Arbeitskräftemangel bestand, entstand seit Dezember ein Überhang, der sich bis Februar auf das Doppelte der verfügbaren Stellen erhöhte. Ab März war die Vorkriegsziffer (Mai 1914:172), ohne Berücksichtigung der weiblichen Arbeitslosigkeit, wieder erreicht.

Deutlicher sprachen die Zahlen über den absoluten Umfang der Arbeitslosigkeit. Erste Angaben wurden erst im Dezember bekannt. Am 5.12.1918 betrug die Zahl rund 19 000⁴⁷. Am 19.12.1918 wurden 60-70 000 Arbeitslose geschätzt, davon in Neukölln 22 000⁴⁸. Wie unzuverlässig diese Angaben waren, beweist eine Schätzung von 400 000 Arbeitslosen in Groß-Berlin für den 25.12.1918⁴⁹. Erst die Ziffern der Erwerbslosenunterstützung ergaben dann ein genaueres Bild:

Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Groß-Berlin						
	29.12.18	19.1.19	26.1.19	2.2.19	15.2.19	
Berlin	65 000	126 800	147 100	161 600	182 600	
Charl.burg	2 500	-	-	10 200	12 800	
Neukölln	12 500	22 600	25 000	26 200	28 500	
Schöneberg	1 300	4 300	5 100	5 100	5 200	
Wilmersdorf	1 400	-	-	3 200	3 600	
Lichtenberg	5 800	9 700	10 300	10 600	11 300	
	88 500	163 400	187 500	216 900	244 000	
Groß-Berlin	-	189 000	219 500	241 000	271 300	(50)

Wie berechtigt der Nachdruck des Demobilisierungsamtsleiters Koeth auf die Einrichtung der Erwerbslosenfürsorge gewesen war, zeigten die geringfügigen Arbeitsvermittlungsergebnisse Ende Dezember, wobei von 88 000 gemeldeten Arbeitslosen nur 3060 vermittelt werden konnten⁵¹.

Mitte Februar war der Höhepunkt der Entwicklung erreicht, seitdem sank die Arbeitslosigkeit stetig, blieb aber während des ganzen Jahres 1919 über 100 000.

Unterstützte Arbeitslose und Gewerkschaftsmitglieder in Groß-Berlin und Alt-Berlin 1919

Zeitpunkt	Groß-Berlin	Alt-Berlin	gew.Arbeitslose
30.3.1919	235 900 (256 000)	178 000	73 600
1.6.1919	201 200 (230 000)	161 000	63 900
29.6.1919	176 000	140 000	64 100
13.9.1919	116 000 (221 000)	84 000	43 000
25.10.1919	101 400	76 000	42 900
Jan. 1920	110 000	59 000	31 600

(52)

Das Überwiegen der Arbeitslosen in Alt-Berlin gegenüber den Vororten im Verhältnis 2:1 glich sich ab März 1919 aus, das Verhältnis verschob sich sogar zu Ungunsten der Vororte.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ging in Berlin langsamer vonstatten als im Reich. Zu den rein wirtschaftlichen Ursachen der Umstellung der in Berlin stark konzentrierten Kriegsproduktion, dem Fehlen von Grundstoffindustrien, die eine ausgleichende Funktion auf den Arbeitsmarkt hätten ausüben können, kamen die Schwierigkeiten bei der Vermittlung Berliner Arbeitsloser nach auswärts, besonders in die Landwirtschaft und den Bergbau. In dem Verkehrsknotenpunkt Berlin sammelten sich demobilisierte Soldaten, strömten die Flüchtlinge zu, vermehrt von den Zuwandernden, die sich in der Großstadt bessere Arbeitsmöglichkeiten versprachen⁵³.

Die gegen die Arbeitslosigkeit gerichteten Maßnahmen wurden, mit Ausnahme der Verordnung über die Einstellung von Kriegsteilnehmern⁵⁴ im Januar 1919, erst nach dem Abklingen ihres größten Umfangs ergriffen. Die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen und über die Entlassung Auswärtiger wurden Ende März bzw. Anfang April erlassen⁵⁵. Die kommunale Arbeitsbeschaffung lief ebenfalls erst seit Ende März an⁵⁶.

Wie die Zahlen über den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit nur vereinzelt andeuteten, war der Rückgang geringer als ihn die Arbeitslosenstatistik auswies, da ein großer Teil der Arbeitslosen durch die Einschränkung des Unterstütztenkreises nur statistisch verschwand.

Innerhalb des Lebensmittelverbandes, des Vorläufers von Groß-Berlin, zeigten sich bei den Arbeitslosenraten der Berlin vorgelagerten Städte und Gemeinden und Berlins selbst

beträchtliche Unterschiede:

Arbeitslose bezogen auf die Einwohnerzahl am 15.2.19			
Ort	Einwohner	Arbeitslose	Arbeitslose auf 100 Einw.
Berlin	1 907 466	182 641	9,5
Neukölln	279 447	28 474	10,2
Charlottenb.	325 084	12 795	3,9
Schöneberg	218 926	5 180	2,3
Wilmerdorf	157 944	3 606	2,3
Lichtenberg	183 706	11 369	6,1
Weißensee	54 553	5 100	9,2

(57)

Die Werte für die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften, für 1919 im Reich mit 3,7% und Berlin-Brandenburg mit 4,0% angegeben, zeigen nach Jahreszeiten aufgegliedert ein differenzierteres Bild:

Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Reich und Berlin-Brandenburg (v.H.)

Zeitraum	Reich	Berlin-Brandenburg
1.Vierteljahr 1919	4,1	7,2
2.Vierteljahr 1919	2,6	3,5
3.Vierteljahr 1919	2,2	2,8
4.Vierteljahr 1919	3,0	2,6

(58)

Auch diese Werte zeigten nicht die Höhepunkte auf, weil die Vierteljahreswerte vom Ende des jeweiligen Vierteljahres gewählt waren. Für das erste Vierteljahr 1919 lag der Höhepunkt aber im Februar.

Innerhalb der einzelnen Verbände herrschte geringe Arbeitslosigkeit im Maschinenbau und der Metallverarbeitung, im Spinnstoffgewerbe und bei den Fabrikarbeitern. An der Spitze lagen die Lederindustrie, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das Vervielfältigungs- und Holz- und Schnitzstoffgewerbe:

Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaftsverbänden in Berlin-Brandenburg 1919, jeweils Vierteljahresende (v.H.)

Gew.verband	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Lederind.	24,5	9,5	11,4	7,2
Nahrungs-u. Genußmittel	11,7	8,5	7,4	6,0
Holz-u.Schnitzstoff	15,3	6,5	3,4	2,4
Vervielfält.gew.	9,1	5,4	4,1	3,6
Handel-Verkehr	5,9	3,2	2,6	2,4
Maschinenbau u. Metallverarb.	2,6	1,5	1,3	1,3
Spinnstoffgew.	2,7	1,7	1,7	2,0
Fabrikarbeiter	1,7	1,1	1,0	1,7
Baugewerbe	8,8	6,8	3,6	7,5
Berlin-Brandenburg	7,2	3,5	2,8	2,6

(59)

In den handwerklichen Berufen fiel die Arbeitslosigkeit besonders scharf aus:

Arbeitslosigkeit in besonders betroffenen Verbänden in Berlin-Brandenburg 1919 (v.H.)

Gew.verband	Dez.1918	März 1919	Juni 1919	Sept.1919
Sattler	27,1	47,3	17,9	26,1
Bäcker	23,6	17,0	8,4	8,8
Friseurgehilfen	43,1	19,3	8,4	5,9
Maler-Lackierer	23,4	16,0	17,1	11,0

(60)

Vergleicht man die Anzahl der Groß-Berliner Arbeitslosen mit den gewerkschaftlichen Arbeitslosen Ende Januar und Mitte Februar 1919, so ergibt sich, daß von den Arbeitslosen nur 22 bzw. 28% in den Gewerkschaften organisiert waren⁶¹. Das bedeutete, daß zwei Drittel der Arbeitslosen nicht organisiert waren. Dabei handelte es sich nicht nur um Ungelernte, denn in den Gewerkschaften, die traditionell Ungelernte organisierten, herrschte mit Ausnahme der Holz- und Bauarbeiter unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei den Metall-, Transport- und Fabrikarbeitern.

Die Frauen wurden von der Nachkriegsarbeitslosigkeit eindeutig stärker betroffen. Wie die Tabelle der Arbeit-suchenden auf 100 offene Stellen zeigt, erhöhte sich der Andrang auf der weiblichen Seite erheblich stärker(S.51).Im

Februar 1919 erreichte der Anteil der männlichen Arbeit-suchenden den weiblichen. In der Folgezeit sank der weibliche Anteil unter den männlichen und zwar nicht, weil die Frauen wieder in erhöhtem Maße Anstellung fanden, sondern weil sie unter dem Druck der männlichen Arbeitslosen gänzlich aus der Arbeit in die stille Reservearmee der Hausarbeit, Heim- und Hausindustrie oder Teilzeitbeschäftigung verdrängt wurden, die sämtlich von der Statistik nicht unter Arbeitslosigkeit erfaßt wurden. Die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 28.3.1919, in erneuter Fassung vom 1.12.1919⁶², war eindeutig auf die Entfernung derjenigen Personen vom Arbeitsmarkt gerichtet, die erst durch den Krieg auf ihm erschienen waren, und das betraf vor allem die Frauen⁶³. Die dennoch weiterbestehende Konkurrenz weiblicher Arbeitskräfte, ihre Zunahme⁶⁴ nach anfänglich starken Entlassungen im ersten halben Jahr 1919, bestärkte auch in Teilen der Arbeiterbewegung, besonders in der MSPD und den Gewerkschaften, die Auffassung, daß in Notfällen die Frauen ihre Arbeitsplätze den männlichen Kollegen zur Verfügung zu stellen hätten. Ausdruck dieser Bestrebungen war die Debatte um die 'Doppelexistenz', die besagte, daß im Falle von zwei getrennten vollen Einkommen in einer Familie bei Arbeitsplatzmangel eine verheiratete Frau zugunsten eines unbeschäftigten Familienoberhauptes auf ihren Arbeitsplatz verzichten sollte.

Auch in den Zahlen für die Unterstützungsempfänger ließ sich dieser Verdrängungsprozeß ablesen. Von einem Anteil um 50% zu Beginn 1919 sank er auf fast 20% Mitte 1920:

Unterstützte Arbeitslose nach Geschlecht 1919-1920

Zeitpunkt jeweils Monatsende	männl.	weibl.
Jan. 1919	104 000	43 000
Mai 1919	109 000	52 000
Sept. 1919	64 000	20 000
Dez. 1919	41 000	10 000
Feb. 1920	40 000	7 000
Okt. 1920	39 000	9 000

Für die Altersgliederung machten die ersten Angaben nach dem Krieg lediglich die Unterscheidung der Jugendlichen in den Altersgruppen bis zwanzig Jahre bei den Neuzugängen der Unterstützten:

Anteil der Jugendlichen bei den Neuzugängen der unterstützten Arbeitslosen

Neuzugänge	Feb.1919	März 1919	Juli 1919
männl.bis 20 J.	3 687	2 904	1 650
männl.insges.	33 565	19 907	9 751
v.H.d.Neuzugänge bis 20 Jahre	11,0	14,7	16,9
weibl.bis 20 J.	4 051	2 167	353
weibl.insges.	19 834	9 219	1 997
v.H.d.Neuzugänge bis 20 Jahre	15,7	19,6	17,3

(66)

Bis einschließlich März 1919 nahm die Arbeitslosigkeit bei männlichen und weiblichen Jugendlichen absolut in fast gleichem Umfang zu, sank aber weiblicherseits bis Juli 1919 auf ein Viertel der männlichen Zugänge. Innerhalb der Geschlechtergruppen waren die Jugendlichen stärker in der weiblichen Gruppe arbeitslos.

Diese Ergebnisse glichen den Feststellungen über die Altersstruktur der Arbeitslosen in der Vorkriegszeit, die in Charlottenburg in dieser Altersgruppe am 21.2.1904 18,8% und am 20.11.1904 21,4% und in Berlin am 18.2.1909 14,4% betrug⁶⁷.

Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde Ende 1919 festgestellt, daß von 51 000 unterstützten Arbeitslosen 13 000 (10 000 männl., 3 000 weibl.) seit April 1919 und länger arbeitslos gewesen waren⁶⁸. Im August 1920 wurden von 83 000 Unterstützten (64 000 männl., 19 000 weibl.) 15 000 (12 000 männl., 3 000 weibl.) länger als sechs Monate unterhalten. Im März 1921 waren es rund 21 000 von insgesamt 68 000⁶⁹. Der Anteil der langfristig Arbeitslosen erhöhte sich also von rund einem Viertel zu Beginn 1920 auf rund ein Drittel im Jahr 1921.

4. Die Arbeitslosenfrage und Arbeitslosenbewegung bis zu den Januarkämpfen

Ansätze für die ersten Arbeitslosenorganisationen waren die Deserteurversammlungen am 16.11.1918, die in den Germaniafestsälen in der Chausseestraße stattfanden⁷⁰. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der Arbeitslosen nach Schätzungen bereits über zehntausend, die der Deserteure lag wahrscheinlich noch höher. In der Versammlung wurde über die Anteilnahme der Arbeitslosen an den revolutionären Kämpfen berichtet. Der radikale Grundzug dieser Versammlung äußerte sich in der Forderung nach Beseitigung der städtischen Arbeitsnachweise und der Einführung von Betriebsarbeitsnachweisen bei den einzelnen Fabriken. Aus der Versammlung wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat der Arbeitslosen gewählt. Die Forderungen der Arbeitslosen trug man auf der Versammlung der Berliner Arbeiterräte am 19. und 20.11.1918 vor, wo sie aber ohne Diskussion an einen besonderen Ausschuß überwiesen wurden⁷¹.

Auf vier weiteren Versammlungen der Arbeitslosen am 25.11.1918, unter anderem in den Germaniafestsälen, in den Andreasfestsälen und in der Urania, die von jeweils rund 1500 Personen besucht waren, berichtete eine Kommission über die Bemühungen um Arbeitsbeschaffung beim Vollzugsrat. Der Vollzugsrat hatte sein allgemeines Verständnis für die Arbeitslosen und seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, in den Betrieben, die noch mit Aufträgen versehen waren, die Arbeitszeit auf vier Stunden herabsetzen zu lassen, um dafür neue Arbeitskräfte einzustellen. Des weiteren wurde von der Bereitschaft der Stadt, 10 bis 15 Mill. Mark für Notstandsarbeiten bereitzustellen und zwecks Weiterführung der Arbeiten an der Untergrundbahn auf die AEG Druck auszuüben, berichtet⁷². Bereits jetzt klagte man über die hinhaltende Verhandlungstaktik der Regierungsstellen, die die Arbeitslosen unter Hinweis auf ihnen fehlende Kompetenzen jeweils an andere Regierungsstellen weiterverwiesen. Da Stadtrat Sassenbach (SPD) der Arbeitslosenkommision jegliches Vertretungsrecht absprach, äußerte die Versammlung ihr

Mißtrauen gegenüber rechtssozialdemokratischen Regierungsbeamten überhaupt und forderte das Kontrollrecht für den Arbeitslosenrat bei größeren Betrieben, bei den Arbeitsnachweisen, bei den Gewerkschaften und allen für Arbeitslosenprobleme in Frage kommenden Behörden. Zur Begründung wurde erklärt, daß durch die Kontrolle des Arbeitslosenrates Nichtstuer und Faulenzer von den Arbeitslosen ferngehalten werden könnten. Sowohl der Versuch, den Arbeitslosenrat an die Gewerkschaften zu verweisen, als auch die Arbeitslosenfürsorge den Gewerkschaften zu übertragen, lehnte die Versammlung ab und sprach den Gewerkschaften auf Grund ihres bisherigen Verhaltens das Vertrauen ab.

Interessant an der Begründung für die Übertragung des Kontrollrechts an den Arbeitslosenrat war die Abgrenzung innerhalb der Reihen der Arbeitslosen gegen lumpenproletarische Einflüsse⁷³. Der Beweggrund für das angestrebte Kontrollrecht war ausdrücklich die Überwachung der Regierungstätigkeit der Mehrheitssozialdemokraten. Das ging auch aus dem Forderungskatalog der Arbeitslosenversammlung hervor, in dem, neben den speziell die Arbeitslosen betreffenden Fragen der Schaffung eines Arbeitslosenantes unter Kontrolle der Arbeiter⁷⁴, der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, der Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich zur vermehrten Einstellung neuer Arbeiter, der Bereitstellung geeigneten Wohnraumes, sowohl in überdurchschnittlich großen bürgerlichen Wohnungen als auch in öffentlichen Gebäuden und der Rückgängigmachung von Mietsteigerungen und Kündigungen, das Gewicht der Forderungen auf der Stärkung der Befugnisse des Vollzugsrates lag. Die Vorschläge verlangten, statt für Gewerkschaften und Unternehmer, für den Arbeiterat das gesetzliche Bestimmungsrecht bei wirtschaftlichen Maßnahmen wie der Förderung der Produktion, der Erfassung und Beschlagnahme von Rohstoffen, von Vorräten, Lebensmitteln und Bekleidung durch Arbeiterkommissionen als Beauftragte des Vollzugsrates, strenge Maßnahmen gegen die Behinderung der Bestimmungen und Gesetze des Arbeiterrates und schließlich zielbewußte Schritte und Maßnahmen des Vollzugs-

rates zur Sozialisierung durch Enteignung und Verstaatlichung der Produktionsmittel⁷⁵.

Trotz der Abgrenzung gegen die Lumpproletarier durch die Arbeitslosen erhob der 'Vorwärts' gegenüber dem Spartakusbund den Vorwurf der Schmutzkonkurrenz und des Appells an lumpenproletarische Instinkte in der Haltung zur Arbeitslosenfrage⁷⁶. Daß es mit diesem Vorwurf nicht um die zufällig zur Debatte stehende Arbeitszeitfrage, sondern um die Diskreditierung des Spartakusbundes ging, zeigten die in Hinsicht auf die Arbeitszeit noch weitergehenden Richtlinien des Vollzugsrates für die Betriebsräte, in denen vorgesehen war, Entlassungen nicht eher vorzunehmen, bevor nicht die Arbeitszeit bis zu vier Stunden herabgesetzt worden sei⁷⁷. Da die MSPD in diesem Gremium maßgeblich mitvertreten war, trug sie die Verantwortung für diesen Beschluß mit, setzte sich dazugleichzeitig in Widerspruch mit ihren Vorwürfen gegen den Spartakusbund und enthüllte ihr eigenes Taktieren in der Arbeitszeitfrage, das darin bestand, den Achtstundentag als revolutionäre Errungenschaft zu bezeichnen, seine Unterschreitung aber mit allen Mitteln zu verhindern. Das Programm des Spartakusbundes sah die Arbeitszeitverkürzung vor allem in Hinblick auf die Steuerung der Arbeitslosigkeit vor⁷⁸. Die Forderung der Arbeitslosen vom 25.11.1918 war ebenfalls so gefaßt, daß darin keine Konfrontation gegen die Politik der Volksbeauftragten zum Ausdruck gekommen wäre:

"Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohn-erhöhung (als außerordentliche Maßnahme während der Demobilisation und Übergangswirtschaft) in einem Maße, daß allen Arbeitern Arbeit gegeben wird" (79).

Der Anwurf des 'Vorwärts' bezog sich auf die Tatsache, daß der Spartakusbund unter den Deserteuren und Arbeitslosen größeren Anhang fand, und daß seine Politik darin bestand, die Arbeitslosen bewußt heranzuziehen und sie auf die politische Perspektive bei der Lösung des Arbeitslosenproblems zu lenken.

Ein weiterer Schritt bei der Zusammenfassung der Arbeitslosen war die Wahl eines Arbeitslosenrates für sämtliche

Groß-Berliner Arbeitslose am 9.12.1918⁸⁰, der aber durch keine eigenen Aktivitäten in Erscheinung trat. Dagegen fanden sich die auf bezirklicher Ebene gebildeten Arbeitslosenräte weitgehend zur Zusammenarbeit mit den Behörden bei der Lösung praktischer Fragen bereit. Eigene Ansätze dieser Räte zur Bewältigung der Arbeitslosenfragen bewegten sich zwischen der Übernahme des Aufrufs des Vollzugsrats vom 23.11.1918, der die Arbeitslosen besonders auf die Benutzung der Arbeitsnachweise verwies und sie zur Landarbeit und zu Be- und Entladungsarbeiten zu werben suchte⁸¹, und zaghaften Versuchen, durch selbständige Initiativen zur Lösung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Das geschah durch die Ausarbeitung von Richtlinien über Entlassungen und zur Reduzierung der Arbeitszeit durch den Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat⁸² und mit dem Vorschlag, durch Anbahnung von Verbindungen zu Rußland und Polen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen seitens des Neuköllner Vollzugsausschusses⁸³. Diese Versuche zeigten keine Erfolge, sobald sie neben oder gegen die Behörden oder Gewerkschaften vorgetragen wurden oder sobald sie deren Kompetenzen zu übergehen drohten.

Die Inaktivität des Groß-Berliner Arbeitslosenrates deutete auf Uneinigkeit unter den Arbeitslosenräten über Ziele und Wege. Der anfängliche Aufschwung einer gesonderten radikalen Arbeitslosenbewegung ebhte ab und trat hinter die Machtauseinandersetzungen auf anderen Ebenen zurück. Die Zusammenfassung der Berliner Arbeitslosen war damit ein verfrühter Schritt gewesen. Die radikaleren Arbeitslosen traten erst wieder in die Öffentlichkeit, als auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16.12.1918 die linken Kräfte, besonders der Spartakusbund, von dem Vortrag ihrer Konzeptionen ausgeschlossen worden waren.

Auf diesem Kongreß setzten sich die Auffassungen der MSPD über den Verlauf der weiteren Entwicklung durch. Mit der Entscheidung für die Nationalversammlung wurden die grundsätzliche gesellschaftliche Umgestaltung aufgeschoben, die Behebung der Arbeitslosigkeit mit der Hoffnung auf

wirtschaftliche Gesundung verbunden und alle Anstrengungen auf dieses Ziel gerichtet. Eine grundsätzliche Lösung der Arbeitslosigkeit wurde nicht in Aussicht genommen, lediglich sollten durch breitere Wohlfahrtsmaßnahmen deren Folgen abgefangen werden. Auf dem Kongreß standen Fragen der Arbeitslosigkeit nicht zur Debatte.

Für die MSPD galt es, weiteren Zusammenballungen von Unruhe durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Zu diesen Bemühungen gehörten die vorbehaltlose Unterstützung der Arbeit des Demobilmachungsamtes, Unterstützung für Aufrufe des Magistrats zur Arbeitsbeschaffung⁸⁴, Aufrufe an die Arbeitgeber in derselben Richtung⁸⁵, Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung von Notstandsarbeiten, die Einführung der Erwerbslosenfürsorge, die Zentralisierung des Arbeitsnachweiswesens⁸⁶ und die Einrichtung von Bildungsveranstaltungen für nicht unterzubringende Arbeitslose⁸⁷.

Die besonderen Aufgaben der MSPD als Arbeiterpartei lagen darin, die Einflußnahme der linken Kräfte zu verhindern und den Zulauf zu ihnen durch die Diskreditierung ihrer Ziele zu bremsen. Die Einsetzung der Sozialisierungskommission bezweckte das Abfangen des Drucks auf die grundsätzliche Lösung wirtschaftlicher Probleme⁸⁸. Aufbauend auf der Fiktion des bereits erreichten Sozialismus, bzw. der nahen sozialistischen Vollendung der politischen Revolution, verband die MSPD mit den Aufrufen zur Arbeitsaufnahme die sozialistische Pflicht zur Arbeit⁸⁹. Zwischen MSPD und USPD bestand bei den Aufforderungen zur Arbeitsaufnahme nur der Unterschied, daß sich die USPD nicht der Illusion des erreichten Sozialismus und der daraus gefolgerten Pflicht zur Arbeit hingab.

Der Ankündigung einer Erwerbslosenfürsorge am 12.11.1918 folgte die Verordnung, die ihren Aufbau regelte, bereits am 13.11.1918⁹⁰. Die praktische Unterstützung setzte mit dem 23.11.1918 in Berlin ein⁹¹. Es wurde ausdrücklich betont, daß bei der Vergabe nicht kleinlich verfahren werden sollte. Nachzuweisen waren aber Bedürftigkeit infolge des

Krieges und Angewiesensein auf Arbeit. Es bestand die Pflicht zur Arbeitsaufnahme außerhalb des Wohnortes unter der Voraussetzung des Tariflohnes und der Garantie gesundheitlicher und sittlicher Verhältnisse. Die Erwerbslosenfürsorge unterstützte auch Kurzarbeiter. Für jugendliche Arbeitslose war der Besuch von Bildungsveranstaltungen Vorbedingung für die Unterstützung. Die Unterstützungssätze betrugen für 14-17jährige 3 Mark (für Frauen 2,50 Mark) pro Tag, für älter als 17 Jahre alte Arbeitslose 4 Mark (Frauen 3 Mark) und für Ehefrauen, Kinder und Unterhaltsberechtigte jeweils 1 Mark Zuschlag (s. Anhang, Tab.7, S.32).

Da die Aufforderung der 'Freiheit' an die Soldaten, im eigenen und im Interesse der arbeitenden Massen noch bei der Truppe zu bleiben⁹², keinen Anklang fand, mußte den zurückkehrenden Soldaten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Solange sie noch Waffen besaßen und die Machtfrage noch nicht entschieden war, schien besonderes Feingefühl geraten. Das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften reservierte den zurückkehrenden Soldaten ausdrücklich die vor dem Krieg innegehabten Arbeitsplätze⁹³. Die Volksbeauftragten versprachen den Soldaten am 22.11.1918 Arbeitsbeschaffung, Schutz der Arbeit, erhöhte Einkommen, Achtstundentag, Bezug der Erwerbslosenunterstützung ohne die übliche sechstägige Wartezeit, Steuerung der Wohnungsnot und Sozialisierung der dafür reifen Betriebe⁹⁴. Die Stadt kümmerte sich um die sofortige Unterbringung und Verpflegung zurückkehrender Soldaten⁹⁵.

Gegenüber der vorsichtigen Behandlung der Soldaten sprach der 'Vorwärts' in aller Offenheit zu den Frauen die Notwendigkeit aus, durch ihre Arbeitsplätze eine größere Arbeitslosigkeit vermeiden zu helfen, indem sie diese den Heimkehrern zur Verfügung stellten. Den auf Arbeit angewiesenen Frauen⁹⁶ müsse der Verdienst für die nahe Zeit belassen werden, ein Verweis auf die unzureichende Arbeitslosenunterstützung sei abzulehnen, da statt des Privatkapitals der Staat und die Gewerkschaften die Unterstüt-

zungskosten zu tragen hätten. Mit starken Worten verziert, verlangte der 'Vorwärts' nichts anderes als die Rückkehr der Frauen zur Hausarbeit, der er einen volkswirtschaftlichen Wert verlieh⁹⁷. Sogar die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten durch Frauen sollte solange vermieden werden wie sie durch bezahlte Arbeit ersetzt werden konnte.

Noch vor den Freisetzungsverordnungen des Demobilisierungsamtes wurde hiermit versucht, die Arbeitslosigkeit auf Kosten der beschäftigten Frauen zu beheben. Obwohl der Organisationsgrad der Frauen in den Gewerkschaften gegenüber der Vorkriegszeit auf das Dreifache gestiegen war⁹⁸, reichte das nicht aus, um sich mit genügendem Rückhalt gegen diese Tendenzen zur Wehr setzen zu können.

Die weitestgehende Aufmerksamkeit fanden die Arbeitslosen für ihre täglichen Probleme bei der USPD und dem Spartakusbund. Die USPD beteiligte sich an der Lösung dieser Fragen durch die Mitarbeit ihrer Mitglieder in den bezirklichen Arbeitslosenräten. Der Arbeitslosenfrage maß sie aber nicht die Bedeutung einer grundsätzlichen Frage in der anstehenden Auseinandersetzungen zu. Auch der Spartakusbund machte keinen Versuch, sich theoretisch oder praktisch besonders auf die Arbeitslosen, mit Ausnahme der Soldaten, zu stützen. Auf ihrem Gründungsparteitag verwies die KPD nur warnend darauf, daß rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufgehetzt werden könnten⁹⁹. Gegen die Auffassung von Engels, daß Veränderungen nicht durch Revolutionen des Proletariats auf der Straße herbeigeführt werden könnten, stellte der Parteitag fest, daß sich die derzeitige Revolution gerade in dieser Form vollzöge¹⁰⁰. Der Spartakusbund verabsolutierte diese Form aber nicht, sondern sah seine Aufgabe in der Verbreiterung der Rätebewegung. In der zweiten Phase der Revolution, die erste hatte nach Auffassung des Spartakusbundes lediglich einen politischen Regierungswechsel gebracht, lag die Hauptaufgabe in der Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch die Unterstützung der Streikbewegung vorangetrieben werden sollte¹⁰¹. Ganz am Rande wollte man dabei auch

den Arbeitslosen die Möglichkeit geben, in Anlehnung an das Muster der Betriebsräte durch Arbeitslosenräte ihre Interessen zu vertreten¹⁰². Einen untergeordneten Platz nahmen auch die Unterstützungsfragen ein. Die Übernahme der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich sollte die Gewerkschaften für ihre eigentlichen Aufgaben freimachen¹⁰³. Die Form und Ausgestaltung der Unterstützung überließ man dem zukünftigen Kräfteverhältnis, lehnte jedoch die bisherige Form grundsätzlich ab¹⁰⁴. Die Verwerfung der Mitarbeit in der Nationalversammlung und in den Gewerkschaften durch die Mehrheit der Delegierten des Parteitages eröffnete den Weg zu linksradikalen Versuchen bei der Organisierung der Arbeiter und speziell auch der Arbeitslosen.

Gegen Ende Dezember wuchs die Unruhe unter den Arbeitslosen. Die Diskrepanz zwischen den Versprechungen nach dem 9. November und der Wirklichkeit begann, sich zu entfalten. Dabei spielten allgemeine Gründe wie die Zusammenstöße am 6. und 24. Dezember, der Rücktritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten und die Zusammenziehung von Freiwilligen in den Vororten ebenso eine Rolle wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit selbst. Schätzungen beliefen sich auf 400 000 Arbeitslose in Berlin, offiziell wurden rund 90 000 gezählt, von denen 67 000 Unterstützung erhielten.

Den politisch aktiven Arbeitslosen mußte das Übergehen verschiedener bereits am 20.12.1918 gestellter Fragen und Forderungen durch die angesprochenen Behörden als Zurücksetzung und Mißachtung ihrer Bedürfnisse und Rechte und damit auch die bisherigen Mittel zu ihrer Durchsetzung als fragwürdig erscheinen.

Am 2.1.1919 fand im Zirkus Busch eine überfüllte Arbeitslosenversammlung statt, deren Resolutionen die Radikalisierung unter den Arbeitslosen signalisierte¹⁰⁵. Die Forderungen verrieten eine Differenzierung der hinter ihnen stehenden Kräfte, vor allem der USPD und der KPD. Einig war man sich in der politischen Forderung nach dem Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann, die an den Zentralrat

adressiert war. Die Volksmarinedivision sollte mit den Berliner Truppen zum Schutz der Republik eingesetzt und eine rote Garde gebildet werden. Die letztere Forderung wies auf den Einfluß der KPD. Auch bei den Anträgen zu praktischen Fragen der Arbeitslosen zeigte sich das Bild widerstrebender Vorstellungen. Einerseits verlangte man die Erhöhung der Unterstützungssätze, den Mietkündigungsschutz für arbeitslose Soldaten, Mietpreisstop, die Abschiebung der während des Krieges zugewanderten Arbeitskräfte, andererseits die Beschlagnahme von Hamstererlagern zugunsten der Arbeitslosen. Mit Ausnahme der ersten Forderung, und diese auch in ablehnendem Sinn, wurden die Anträge keiner Beantwortung wert befunden. Das Demobilmachungsamt bewies seine Flexibilität, indem es nach dem 20.12.1918 der Bildung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Kohlenbergbau, bestehend aus Mitgliedern des Amtes des Magistrats und des Arbeitslosenrates, zugestimmt hatte. Da sich auf der Versammlung die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der den Arbeitslosen gemachten Versprechungen hinsichtlich der Unterkunft-, Kost- und Arbeitsbedingungen bei auswärtiger Arbeit durch konkrete Berichte verstärkt hatten, bestand die Versammlung darauf, daß ohne vorherige Überprüfung keine Arbeitslosen nach auswärts vermittelt werden dürften. Sie waren entschlossen, sich nicht zu Streikbrecherarbeiten anwerben zu lassen¹⁰⁶. Weiter kam die rücksichtslose Verdrängung der Frauen aus den Betrieben, die Widersprüche in den Meldungen über reichliche Arbeitsgelegenheiten¹⁰⁷ und ihrer Unauffindbarkeit in vielen Vermittlungsfällen sowie die mangelnde Arbeitsbeschaffung zur Sprache. Anträge auf sofortige Umwandlung der Versammlung in eine Straßendemonstration lehnte man zwar ab, der Arbeitslosenrat wurde aber zur Festlegung eines Termines in den folgenden Tagen beauftragt. Die Arbeitslosen standen noch soweit unter Kontrolle der USPD, daß sie radikaleren Losungen nicht ohne weiteres folgten. Ein Teil der Versammelten zog anschließend zum Vollzugsrat, um dort seine Forderungen auf Erhöhung der Unterstützungssätze, für Verheiratete auf 10 Mark, für Unverheiratete auf 8 Mark, für

Frauen auf 6 und Kinder auf 2 Mark, vorzutragen.

Der Gegensatz in den Auffassungen über die Arbeitslosenfrage zwischen der MSPD und links von ihr stehenden Gruppierungen trat deutlich hervor in zwei Leitartikeln des 'Vorwärts' und der 'Roten Fahne' zu diesem Thema¹⁰⁸. Ausgangspunkt der Betrachtung des 'Vorwärts' bildete die Charakterisierung des Wirtschaftszusammenbruchs als Krise des totalen Mangels im Gegensatz zu Übersättigungskrisen der Vorkriegszeit. Ziel des Artikels war es, die Notwendigkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme zu begründen, die sich mit der Herausstellung der absoluten Mangelsituation auch logisch begründen ließ¹⁰⁹. Da als Ziel der Aufstieg des als Volksstaat begriffenen Deutschlands gesetzt wurde, ergab sich daraus als Schlußforderung der möglichst sinnvolle Einsatz des Arbeitskräftepotentials. Unter der Voraussetzung des Volksstaates standen Fragen der Veränderung der Gesellschaftsstruktur mit der Behandlung der Arbeitslosenfrage nicht mehr im Zusammenhang, der Kontext der Sozialisierungsfrage blieb damit ausgespart. Die Arbeitslosigkeit stellte sich vor allem als Problem des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmoral. Der vorrangige Wiederaufbau des Exports und die Sicherung der Lebensmittelversorgung verlangten eine Umverteilung der Arbeitskräfte auf die Nahrungsmittelproduktion, da die Industrie auf lange Sicht wenige Arbeitsplätze bieten würde und durch die eigenständige Lebensmittelproduktion Kosten für deren Einfuhr gespart werden könnten. Die Unmöglichkeit, eine große Zahl Arbeitsloser über längere Zeit zu unterstützen, verlange die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die bei der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Industrie vorrangig im Bereich der Landwirtschaft einzurichten wären. Energetisch wandte sich der Artikel gegen die Arbeitszeitreduzierung als Mittel zur Unterbringungen von Arbeitslosen. Beklagt wurde die Arbeitsunlust, die man den Arbeitslosen nicht direkt vorzuwerfen wagte und daher aus der Entwöhnung von geregelter Arbeit durch das Kriegsleben erklärte. Die Behauptung von dem Mißverhältnis zwischen dem Angebot offener Arbeitsstellen und dem Mangel an Arbeitsbereiten bot den Anlaß, die

Bindung der Arbeitslosenunterstützung an die Erbringung einer Arbeitsleistung zu verlangen. Es müsse zu der Verpflichtung kommen, daß auch ungünstig, d.h. außerhalb des Wohnortes, gelegene Arbeit angenommen werden müsse. In einem rein wirtschaftlichen Zusammenhang waren diese Überlegungen schlüssig, verloren aber an Überzeugungskraft, da sie die konkreten Verhältnisse in der Landwirtschaft außer Acht ließen. Die Arbeitslosen kannten die Verhältnisse entweder aus eigener Erfahrung oder waren nicht bereit, unter ihr Qualifikationsniveau zu gehen und zu ungelernter landwirtschaftlicher Arbeit zurückzukehren. Der Artikel des 'Vorwärts' behandelte die Arbeitslosenfrage aus der Sicht des Staatswohles, in keinem Punkt aus der Sicht der Arbeitslosen. Er verlangte von den Arbeitslosen, mit der Unterordnung unter höhere Gemeinschaftsziele von der Vertretung partikularer Forderungen abzusehen. Mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen deutete er in Grundzügen die Entwicklung an, die die Behandlung der Arbeitslosenfrage in der Öffentlichkeit nehmen sollte: Bindung der Unterstützungsleistungen an die gesamtwirtschaftliche Lage, Einschränkung der Unterstützung auf die Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge, Einschränkung des Unterstütztenkreises, Bindung der Unterstützung an die Arbeitspflicht und Kampagnen gegen die Arbeitslosen zu ihrer Einschüchterung und Isolierung.

Obwohl sich der Gründungsparteitag der KPD nur indirekt mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt hatte, rückten die Arbeitslosen bereits am 5.1.1919 in den Mittelpunkt der Taktik der KPD. Das ergab sich aus der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und deckte sich auch mit der Betonung der ökonomischen Kämpfe in der zweiten Phase der Revolution. Mit dem Artikel zur Arbeitslosenfrage machte sich die 'Rote Fahne' zum Sprecher der Arbeitslosen und schaltete sie direkt in den Kampf um die Macht ein. Nach einem Überblick über die Arbeitslosigkeit in den Krisen des vergangenen Jahrhunderts stellte die 'Rote Fahne' heraus, daß es sich bei der gegebenen Lage um keine Handelskrise im Maßstab vergangener Krisen handele, sondern um den Zusammenbruch

des Wirtschaftssystems. Die Lösung der Arbeitslosenfrage könne nur durch den Sozialismus erfolgen, der Weg dahin führe über die Machtergreifung durch den Sturz der Regierung. Die Arbeitslosigkeit sei die brennendste Frage der Revolution. Die Lösung der Arbeitslosigkeit durch die Verschiebung aufs Land werde nicht dem Qualifikationsgrad der Industriearbeiter gerecht, denen es für die Landarbeit an Kraft, Geschicklichkeit und Gewohnheit fehle. Die Verschiebung aufs Land könne nur unter der Voraussetzung der Schaffung sozialistischer Verhältnisse auf dem Land erfolgen. Darunter rechnete die 'Rote Fahne' die Konfiszierung von Grund und Boden der Großgrundbesitzer, die Bildung von Nationaleigentum, die Errichtung landwirtschaftlicher Musterbetriebe nach sozialistischen Grundsätzen und die Schaffung kulturwürdiger Arbeits- und Wohnverhältnisse¹¹⁰. Der Versuch, die Arbeitslosen auf das Land auszuweisen, sei eine sozial und kulturell reaktionäre Maßnahme, da sie den Großgrundbesitzern billige Arbeitskräfte liefere, die Arbeiter aber zu rückständigen Arbeiten und Lebensbedingungen degradiere, aus denen sie, wie es die Landarbeiterflucht der vergangenen Jahrzehnte gezeigt hätte, schon immer geflohen seien. Die Maßnahme verfolge auch den Zweck, da große Massen arbeitsloser Arbeiter eine Bedrohung der gegenwärtigen Regierung bedeuteten, die unruhigen und rebellischen Elemente durch die Verschiebung in rückständige Gegenden zu zerstreuen, zu schwächen und die Aktionsfähigkeit der bewußten Arbeiter zu verhindern.

An den Groß-Berliner Arbeiterrat richtete die 'Rote Fahne' die Aufforderung, mit folgenden Maßnahmen in der Behebung der Arbeitslosigkeit aktiv zu werden: Regelung der Arbeitszeit derart, daß eine möglichst große Zahl Arbeitsloser unter Zusicherung eines Minimallohnes Arbeit fänden, Besetzung derjenigen Betriebe, die entweder bereits stillgelegt seien oder deren Stilllegung geplant sei und deren Umwandlung in sozialistische Betriebe unter Leitung der Betriebsräte, die Besetzung der Munitions- und Waffenfabriken und die Umstellung ihrer Produktion auf den täglichen Bedarf, die Beschlagnahme von Bankkonten und Depositen der betreffenden

Betriebe, um die Mittel zur Weiterführung der Produktion und Entlohnung der Arbeiter zu sichern und um die Kapitalflucht zu verhindern und schließlich die Organisation der Belieferung mit Rohstoffen unter Beteiligung der Betriebsräte. Die Arbeitslosigkeit könne nur durch die Sozialisierung eingeschränkt werden. Das zu dieser Aufgabe berufene Organ sei der Arbeiterrat, den die Arbeitslosen durch energischen Druck zum Handeln bewegen müßten. Die Reihenfolge der Parolen 'Arbeit', 'Sozialisierung', 'Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten' unterstrich den Vorrang, den die KPD den Arbeitslosen in den weiteren Auseinandersetzungen einräumte.

Die angewachsene Unruhe veranlaßte den 'Vorwärts' am 5.1.1919, den Arbeitslosen erneut weit über die derzeitigen Notstandsarbeiten hinausgehende Kultivierungsarbeiten zu versprechen¹¹¹. Um die Einwände gegen verheißungsvoll umschriebene Landarbeit von vornherein zu mildern, wurde den Arbeitslosen dabei ein Mitbestimmungsrecht in großem Stil versprochen. Grundlage der Mitbestimmung sollten den Arbeiterräten in den Fabriken vergleichbare Räte der Arbeitslosen sein.

Derartige Zugeständnisse konnten die in Bewegung geratenen Arbeitslosen nicht mehr bremsen. Auf einer Arbeitslosenversammlung der USPD am 5.1.1919¹¹² wurden Forderungen erhoben, die sich von denen der KPD in fast keinem Punkt unterschieden. So verlangten die Arbeitslosen den Rücktritt der Regierung, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Ersetzung durch eine sozialistische, die Beibehaltung des Rätessystems, die Aufstellung einer roten Garde, der Beginn der Sozialisierung, die Mitwirkung der Arbeiter bei der Besetzung von Arbeitsstellen, die Erhöhung der Unterstützungen, Vergabe von warmen Essen, Beschlagnahme von Hamstererlagern, die Überprüfung der Kleiderbestände, die Untersuchung der Belegungsquote der Wohnungen, um die Einquartierung von Arbeitsloser und Soldaten zu ermöglichen. Lediglich in der Forderung nach Beseitigung der Frauenarbeit deckten sich noch die Vorstellungen von

MSPD und USPD. Neu hinzu trat der Vorschlag, die Arbeitslosen durch einen Delegierten im Vollzugsrat vertreten zu lassen und ein Mitglied des Arbeitslosenrates auf eine vorrere Stelle in der Kandidatenliste der USPD zu stellen.

Gleichlautende Forderungen stellte man auf weiteren Versammlungen am 6.1.1919 in verschiedenen Berliner Bezirken, so vor der Siegestsäule, auf den Treptower Wiesen und im Humboldthain¹¹³.

Seit dem 5.1.1919 verband sich die Arbeitslosenbewegung mit der politischen Bewegung gegen die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn und mit dem am 6.1.1919 beginnenden Generalstreik. Noch mitten in den Kämpfen wurde den Arbeitslosen am 9.1.1919 eine Erhöhung der Unterstützungen zugesagt¹¹⁴. Das kam einer indirekten Bestätigung des Drucks und der Rolle, die die Arbeitslosen in der noch unentschiedenen Machtsituation spielen konnten, gleich und setzte die Taktik des vorläufigen Entgegenkommens und der vorsichtigen Sprache in Appellen und Aufrufen fort.

Die lockere Organisationsform der Arbeitslosen, das Schwanken zwischen dem Vertrauen auf die Durchsetzung ihrer Forderungen in der Zusammenarbeit mit den Behörden und der Entscheidung für Kampfaktionen sowie der relativ späte Versuch, sich auf den höheren Ebenen der Rätebewegung vertreten zu lassen, behinderte eine effektive Zusammenfassung ihrer Kräfte. Im Gegensatz zu vielen anderen Räten, deren sozialistische Terminologie das Fehlen eines Programmes verdeckte¹¹⁵, stellten die Arbeitslosen die enge Verbindung ihrer Problematik mit der Frage des gesellschaftlichen Wandels auf dem Weg über die Sozialisierung her. Mit der Niederschlagung der Kämpfe am 15.1.1919 wandelte sich der offensive Kampf in den Kampf um die Verteidigung ihrer Interessen.

5. Die Arbeitslosenbewegung in der Phase der nachrevolutionären Kämpfe

Als nach dem 15.1.1919 der Druck der Arbeitslosen auf die Behörden und Regierungsorgane vorerst beseitigt war, setzte der Gegendruck ein, dessen Träger von den bürgerlichen Parteien bis zur MSPD reichten. Er fand Ausdruck in der nun einsetzenden Pressekampagne gegen die "Arbeits-scheuen". Für den ökonomischen Nachdruck sorgten Abänderungen der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom November 1918, die den Arbeitslosen die Aufnahme zumutbarer Arbeit auch außerhalb des Wohnortes bei Androhung des Unterstützungsentzugs zur Pflicht machten. Gleichzeitig wurden auch die Unterstützungssätze wieder herabgesetzt, um ein Gefälle zwischen Löhnen und Unterstützungen herzustellen und dadurch die Arbeitslosen zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Obwohl die Arbeitslosen damit in die Defensive gedrängt wurden, blieben die engen Beziehungen mit den Arbeitern und die wechselseitige Vertretung ihrer Forderungen erhalten. Die Arbeitslosenbewegung nahm an Breite und Verschiedenartigkeit ihrer politischen Ausrichtung und Organisationsformen noch zu. Höhepunkt dieser Entwicklung bildete der Reichskongreß der Erwerbslosen im April 1919 in Berlin.

Die Vorbereitungen der restriktiven Politik gegen die Arbeitslosen waren schon seit Dezember von langer Hand in Angriff genommen worden. Der Leitartikel im "Vorwärts" hatte davon Zeugnis abgelegt. Bereits im Dezember 1918 äußerte der Vertreter der Gewerkschaften in einer Besprechung in der Reichskanzlei den Gedanken, mit der Androhung des Unterstützungsentzuges die Arbeitslosen zur Arbeitsaufnahme außerhalb Berlins zu bewegen¹¹⁶. Der Zeitpunkt war noch zu verfrüht, um damit an die Öffentlichkeit zu treten. Daher verlegte sich die MSPD auf die Appelle an die Pflicht zur Arbeitsaufnahme. Als das nichts fruchtete, wurde man mit der Warnung deutlicher, daß ohne die Einführung der Arbeitspflicht die Erwerbslosenunterstützung nicht aufrechterhalten werden könne¹¹⁷. Der zunehmende Druck der Arbeitslosen vereitelte jedoch eine gesetzliche Regelung. Der "Vorwärts"

trug diesen Gedanken daher vorsichtiger, aber der Sache nach unverändert, vor:

"Die Not zwingt uns, mit aller Dringlichkeit zu betonen, daß ... jeder Arbeitslose verpflichtet wird, Arbeit, die er nach seinen persönlichen Verhältnissen zu leisten imstande ist, anzunehmen"(118).

Die Arbeitslosenunterstützung müsse von der Annahme auch ungünstig gelegener Arbeit abhängig gemacht werden.

Erste Versuche zur Senkung der Arbeitslosenunterstützung gingen von der Handwerkskammer aus, die in der Sachverständigenkommission der Erwerbslosenfürsorge die Herabsetzung der Unterstützung für Jugendliche vorschlug. Dem hielt man entgegen, daß die Beträge bereits so gering seien, daß sie die Jugendlichen nicht von der Aufnahme einer Arbeit oder vom Eintritt in ein Lehrverhältnis abhalte¹¹⁹.

Vorläufer der 'Arbeitsscheuenkampagne' fanden sich ebenfalls schon im Dezember 1918. So versuchte der 'Vorwärts', den Kohlenmangel der Arbeitsverweigerung der vom Spartakusbund beeinflussten Arbeitslosen anzulasten¹²⁰, während ein gleichfalls im 'Vorwärts' abgedruckter Aufruf der Antibolschewistischen Liga den Bolschewismus als die Diktatur der Arbeitsunwilligen, Faulenzer und Arbeitslosen diskriminierte¹²¹. Ebenso warnten Flugblätter die Militärangehörigen vor drohender Arbeitslosigkeit bei der Übernahme der Herrschaft durch die radikalen Elemente¹²².

Im Zentralrat äußerte Cohen von der Gewerkschaftskommission zu Anfang Januar 1919 zur Arbeitsaufnahme als dem wichtigsten wirtschaftspolitischen Erfordernis:

"Ich erinnere daran, daß wir den Arbeitszwang im Krieg hatten., sollten da die Sozialisten es nicht fertigbringen, den Arbeitszwang für die eigene sozialistische Republik durchzusetzen"(123)?

Die Vertreter der Gewerkschaften und der MSPD erklärten sich auf der Grundlage des Arbeitszwanges als Bestandteil der sozialistischen Idee¹²⁴ für die Einführung der Arbeitspflicht¹²⁵.

Die Abänderungsverordnung zur Erwerbslosenfürsorge vom 15.1.1919¹²⁶ gab den Gemeinden die dazu nötige Handhabe.

Die Gemeinden waren nun verpflichtet, die Unterstützung zu entziehen, wenn Arbeitslose nachgewiesene Arbeit, die außerhalb ihres Berufes und des Wohnortes liegen konnte und körperlich zumutbar war, verweigerten. In den Wirren der politischen Kämpfe entging den Betroffenen vorerst die Bedeutung dieser Regelung. Erst anlässlich der Ausführungsbestimmungen erhob sich Protest. Die Lage hatte sich nach dem 15.1.1919 für die Arbeitslosen so verschlechtert, daß der Leiter der Berliner Erwerbslosenfürsorge, Sassenbach, erklären konnte, die unter dem Druck der Spartakuspropaganda und der Demonstrationen zugestandenen Unterstützungssätze seien viel zu hoch¹²⁷. Das Demobilisierungsamt sprach von der Notwendigkeit, allgemein die Ansprüche herabzuschrauben¹²⁸ und erläuterte dies den Arbeitslosen mit der unwiderlegbaren Erklärung, daß mit der Herabsetzung zu hoher Ansprüche jederzeit Arbeit zu erhalten sei¹²⁹.

Der 'Vorwärts' sah das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit im Januar vor allem in der Durchsetzung der Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme¹³⁰. Die Klausel, daß die Arbeit körperlich zugemutet werden könne, war weniger auf den Schutz der Arbeitslosen vor Überanstrengung bedacht, als gegen den Haupteinwand bei der Ablehnung von Arbeit mit dem Hinweis auf die Qualifikation gerichtet. Die Ausführungsbestimmungen von Mitte Februar sahen daher die Aufnahme ungelernter Arbeit durch Gelernte ausdrücklich vor¹³¹. Generell sollte dadurch die Verschiebung von städtischen Arbeitskräften in die Landwirtschaft ermöglicht werden. Gegen den zweiten Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit, die Rückkehr der während des Krieges Zugewanderten in ihre früheren Wohnorte, hatten die Arbeitslosen selbst keine Einwände erhoben, sie sogar ausdrücklich gefordert und sahen erst später darin eine Beschränkung der Freizügigkeit. Ausdrücklich wandte sich der 'Vorwärts' gegen die Freiheit der Gemeinden bei der Bemessung der Unterstützungssätze, da die zu hohen Sätze die Arbeitslosen von der Arbeitsaufnahme abhielten. Das Demobilisierungsamt ließ daraufhin den Abbau der Unterstützung durch die Erwerbslosenfürsorgeausschüsse prüfen und setzte nach

Ortsklassen gestufte Höchstsätze fest¹³². Um schließlich auch Verheirateten die Arbeitsaufnahme außerhalb des Wohnortes zu ermöglichen, erwog man, den zurückbleibenden Familienmitgliedern die Familienzuschläge der Unterstützung zu belassen. Diese Überlegungen deuteten den Widerstand der Arbeitslosen an, die nur auf Zwang nicht reagierten, und denen man daraufhin Zugeständnisse machen mußte.

Den nach Kriegsbeginn nach Berlin Zugezogenen wurde die Unterstützungsdauer auf 14 Tage beschränkt und als letzter Termin der 4.2.1919 festgelegt¹³³. Eine strenge Überprüfung der Anträge auf Unterstützung sollte durch die Polizei vorgenommen werden¹³⁴. Jugendliche Arbeitslose erhielten Unterstützung nur noch bei regelmäßigem Besuch von Fach- und Fortbildungsschulen (20 Stunden pro Woche)¹³⁵.

Die reichlichen Arbeitsmöglichkeiten lagen nach Ansicht der MSPD vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau¹³⁶. Plakate und Artikel sprachen von 600 000 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und 100 000 im Bergbau¹³⁷. Die MSPD propagierte noch vor Notstandsarbeiten besonders Kultivationsarbeiten in der Landwirtschaft. Eine zentrale Stelle, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, sollte die geeigneten Ländereien erfassen, im Notfall auch enteignen. Die Arbeitskräfte dürften nicht in den Unterkünften der ausländischen Wanderarbeiter, sondern nur in nahe gelegenen Quartieren und Militärbaracken untergebracht werden. Statt Geldlohn sei die Naturalentlohnung vorzuziehen. Um den Widerstand gegen die Arbeitspflicht in privatwirtschaftlichen Verhältnissen zu dämpfen, wollte man durch Gesetz die Schaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland ermöglichen. Das neuerschlossene Land sollte in Staatseigentum übergehen und darauf Kleinbauernstellen in Erbpacht vergeben werden. In diesen Vorstellungen waren keinerlei Anzeichen einer sozialistischen Agrarpolitik zu entdecken. Sie waren die Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Arbeitsmarktpolitik. Die Gewinnung gesellschaftlichen Bodens und Genossenschaften der Arbeitslosen bei der Durchführung von Notstandsarbeiten bedeuteten lediglich Zugeständnisse an das gewandelte Kräftever-

hältnis¹³⁸.

Die Schwierigkeiten bei der Rückführung der Arbeitslosen zur Arbeit waren gleichermaßen subjektiv und objektiv bedingt. Auf der subjektiven Seite standen die Entkräftung und das Bedürfnis nach Ruhe bis hin zu wirklichen Fällen von Arbeitsscheu. Objektiv bedingt und gravierender waren die Probleme mit der Bereitstellung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten. Dennoch wollte man auf der einen Seite nur die Arbeitsscheu sehen und dieser als der vermeintlichen Ursache aller Schwierigkeiten mit der militärischen Durchführung der Arbeitspflicht in Form von Arbeiterbataillonen zu Leibe rücken¹³⁹. Wo jedoch Arbeitsbereitschaft bestand, mußten die amtlichen Stellen zugeben, daß die Zahl der offenen Arbeitsstellen gering sei - in Berlin waren am 17.1.1919 bei den Arbeitsnachweisen nur 800 offene Stellen gemeldet¹⁴⁰, daß der tatsächliche Bedarf übertrieben sei und sowohl Landwirtschaft als auch Bergbau mit genügend örtlichen Arbeitskräften versorgt wären¹⁴¹. Auch im weiteren Verlauf nahm die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften nur geringfügig zu¹⁴². Teilweise lag das an dem Partikularismus der örtlichen Arbeitsnachweise, zum anderen an der Abneigung der Landwirte, die Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Die Landwirte verlangten nur gelernte Kräfte, d.h. ehemalige Landarbeiter, und weigerten sich, unruhige Elemente aus der Stadt anzustellen¹⁴³. Haupthindernis für die Vermittlung in die Landwirtschaft bildete die Lohnfrage, da sowohl in den Provinzen und Kreisen und zwischen diesen und den Städten starke Unterschiede in der Lohnhöhe bestanden. Für 2 Mark Tagesentgelt bei schlechter Verpflegung und Unterkunft, schwerer körperlicher Arbeit und Trennung von der Familie ließen sich nur schwer Kräfte finden. Der Appell an die Landwirte, die Löhne zu erhöhen, zeitigte keine Resonanz. Die Landwirte zogen weiter billigere Arbeiter aus den Gefangenennagern oder ausländische Arbeiter vor. Im Januar 1919 konnten in Berlin nur 1500 Arbeiter für die Landwirtschaft angeworben oder vermittelt werden¹⁴⁴. Deshalb versuchten die Behörden, stärker die

früheren Landarbeiter anzusprechen und versprochen ihnen freie Fahrt, Ersetzung der Umzugskosten, Zuschläge für die zurückbleibende Familie, Selbstversorgungsrationen und Pachtland. Ein Vertreter der Stadt mußte aber zugeben, daß die Anstellung ausländischer Arbeiter die Verhältnisse für die deutschen Landarbeiter ruiniert hatten¹⁴⁵.

Die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau und den Ziegeleien mit Schichtlöhnen von 9-12 Mark bzw. 5-6 Mark zeugten davon, daß auch hier ausländische Arbeiter zu Löhnen weit unter dem deutschen Niveau gearbeitet hatten¹⁴⁶. Im Braunkohlenbergbau war der Arbeitskräftebedarf gedeckt, oder es bestanden für weitere Kräfte keine Unterbringungsmöglichkeiten¹⁴⁷.

Von seiten der Stadt gab man zu, daß die Lohnforderungen angesichts der Lebensmittelkosten berechtigt seien. Das Versprechen durch den Leiter der Berliner Erwerbslosenfürsorge, die Lebensmittelpreise rücksichtslos herabzusetzen, entsprach einer Forderung der Arbeitslosen, wurde aber nicht in die Praxis umgesetzt¹⁴⁸. Die Gleichwertigkeit eines Einkommens von 2400-2800 Mark einschließlich des Naturallohnes in der Landwirtschaft, mit einem Einkommen von 4000-4500 Mark in der Stadt, mußte in Anbetracht der tariflosen Lohn- und unregulierten Arbeits- und Wohnverhältnisse doch zweifelhaft erscheinen¹⁴⁹. Die arbeitsbereiten Arbeitslosen beklagten sich daher mit Recht über die ungenügenden Auskünfte über die Arbeitsbedingungen auf dem Lande¹⁵⁰.

Die Lösung der weiblichen Arbeitslosigkeit im Sinne bürgerlicher Kreise durch die Unterbringung der arbeitslosen Frauen als Dienstboten ließ sich nicht, wie in der Öffentlichkeit gefordert, mit der Streichung der Unterstützung für die arbeitslosen Frauen herbeiführen¹⁵¹. Sie waren dafür teils nicht ausgebildet teils auch nicht bereit, sich in alte Unterordnungsverhältnisse zu fügen. Mit Hilfe polizeilicher Verfügungen über ausreichende Schlafgelegenheiten, Beköstigung und würdige Behandlung mußten ertragbare Verhältnisse erst hergestellt werden¹⁵². Die Bedingungen des täglichen Arbeitslosendaseins vermehrten deren Mißstimmung.

Die bis zu diesem Zeitpunkt noch weitgehende Zersplitterung des Arbeitsnachweiswesens, die lange Bearbeitungsdauer der Anträge durch Beamtenmangel, die verschärfte Kontrolle, das tägliche Warten auf dem Arbeitsnachweis, die Besteuerung auch der geringfügigen Unterstützung und die Ablehnung der Unterstützung bei Streiks trugen zur Radikalisierung der Arbeitslosen entscheidend mit bei¹⁵³.

Trotz dieser objektiven Schwierigkeiten nahmen die Presseberichte zu, die den Arbeitslosen Arbeitsunlust, Arbeitsscheu und Faulenzerei auf Grund zu hoher Unterstützungen vorwarfen und die Senkung der Unterstützung verlangten, nötigenfalls auch den Entzug der Lebensmittelkarten vorschlugen¹⁵⁴. Der 'Vorwärts' beteiligte sich zwar nicht mit dem Vorwurf der Arbeitsscheu, wies aber auf viele Fälle, in denen Löhne unter den Unterstützungsbeträgen lagen¹⁵⁵. Mit Recht wandte der Arbeiterrat der Arbeitslosen ein, daß die Unterstützung nicht als Maßstab für Löhne herangezogen werden dürfe, da sie lediglich das Existenzminimum decke¹⁵⁶. Die Einwände gingen unter in den Beschuldigungen über den ungeheuren Mißbrauch, der mit der Erwerbslosenunterstützung getrieben würde¹⁵⁷. Die Arbeitslosenvertreter sahen die Betrügereien da vorliegen, wo Entlassungen vorgenommen wurden, wenn Arbeiter in Lohnsenkungen nicht einwilligten und unter Umgehung der Arbeitsnachweise Neuanwerbungen vorgenommen wurden. Zwar stellte sich heraus, daß es sich bei den Betrügereien um Einzelfälle handelte, der Direktor des Berliner Arbeitsnachweises bescheinigte den Arbeitslosen Arbeitswilligkeit und im Verhältnis zur Gesamtzahl der Vermittlungen eine sehr geringe Anzahl von Arbeitsscheuen, aber der Makel blieb haften und verschärfte Kontrollen wurden gefordert¹⁵⁸. Mit diesem Vorwand gingen besonders die Vororte daran, den Abbau der Unterstützung zu veranlassen¹⁵⁹.

Bis zum Februar 1919 hatte die Kampagne gegen die Arbeitslosen derart zugenommen, daß sich diese durch ihren Arbeiterrat in Schreiben an den 'Vorwärts', die 'Freiheit' und die 'Rote Fahne' gegen die erhobenen Vorwürfe zur Wehr setzen mußten¹⁶⁰. Unter Hinweis auf die zunehmenden

Betriebsstillegungen, auf Umfang und Art der angebotenen Arbeiten, verlangte der Arbeitslosenrat die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Beweise für die Arbeitsscheu, andernfalls die Vorwürfe als Verleumdung angesehen werden müßten.

Die 'Freiheit' wies in einem Leitartikel den Versuch zurück, die Verantwortung für den wirtschaftlichen Zusammenbruch auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und daraus folgende Beeinträchtigung der Arbeitsmoral abzuwälzen¹⁶¹. Moralischer Ruin sowie körperliche Entkräftung durch Nahrungsmangel und Unterernährung hätten als Kriegsfolgen die Arbeitsfähigkeit generell beeinträchtigt. Der erzwungene Arbeitswechsel durch den Krieg und die Entlassung mit dem Ende der Kriegsproduktion machte es Gelernten wie Ungelernten gleichermaßen unmöglich, in die alten Berufe zurückzukehren. Auch durch den besten Arbeitsnachweis ließe sich der Umschwung im Arbeitskräftebedarf nicht bewältigen. Der durch Rohstoffmangel, Feierschichten und Betriebsstillegungen verursachten Arbeitslosigkeit mußte vorrangig durch große Staatsaufträge abgeholfen werden.

Der politische Kern der großenteils unberechtigterweise gegen die Arbeitslosen gerichteten Angriffe bestand in der unentschiedenen Situation nach den Januarkämpfen, in denen die Arbeitslosen zwar zurückgedrängt, aber nicht besiegt worden waren, geschweige denn die Arbeitslosenfrage gelöst worden war. Mit der Wahl zur Nationalversammlung war eine politische Entscheidung von weittragender Bedeutung gefällt worden, die aber durch die Verschärfung der Arbeitslosigkeit von der sozialen Seite her bedroht war¹⁶². Von Mitte Januar bis Mitte Februar erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen noch einmal um die Hälfte von 190.000 auf 270 000. Die Kämpfe um den 15. Januar hatten die Widersprüche verschärft, und die nachfolgende Entwicklung zeigte den Arbeitslosen, daß eine Lösung der Arbeitslosenfrage auf ihre Kosten angestrebt wurde. Die Neigung zu aktivistischen Aktionen wuchs¹⁶³, hielt sich aber im Rahmen einer Verbreiterung der Arbeitslosenrätebewegung. Die Arbeitslosenräte verharrten weiter auf ihrer Kooperationsbereitschaft mit den Behörden und

verzichteten auf Demonstrationen zur Bekräftigung ihrer Forderungen.

Für den 23.1.1919 rief der Arbeitslosenrat die Arbeitslosen zur Beteiligung an der Beerdigung der Revolutionsopfer auf¹⁶⁴. Ebenfalls am 23.1. trug eine Deputation der Arbeitslosen nach Vorverhandlungen mit dem Oberbürgermeister beim Demobilmachungsamt ihre Forderungen vor. Neben der obligatorischen Unterstützungserhöhung wurden die Entfernung nicht Ortsansässiger, die Erhöhung der Mindestlöhne bei den Notstandsarbeiten, die Hinzuziehung älterer Arbeitsloser zu Notstandsarbeiten, bessere Auskunft der Arbeitsnachweise über die Lebensbedingungen an den vermittelten Arbeitsstellen, Kommissionen der Arbeitslosen zu deren Überprüfung, Abbau der Frauenarbeit, die Bereitstellung von Bekleidung und Schuhwerk für Arbeiten im Freien, örtliche Kommissionen der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Notstandsarbeiten und die Einrichtung einer ständigen Verbindung zwischen dem Demobilmachungsamt und den Arbeitslosen verlangt¹⁶⁵. Die Forderungen fanden weitestgehend Anerkennung, allerdings erfolgten keine bindenden Zusagen. Das Entgegenkommen des Demobilmachungsamtes demonstrierte dessen taktische Flexibilität, zeigte aber auch den Charakter des Arbeitslosenrates, dessen Forderungen von denen des Demobilmachungsamtes keineswegs so weit abwichen, um größeren Widerspruch zu finden. Die Forderung nach Kontrollbefugnissen für die Arbeitslosenräte intendierte keine Beschneidung der Behördenkompetenzen, sondern eine effiziente Arbeit bei der Bereitstellung und Verteilung der benötigten Arbeiten.

Die offenere Sprache gegen die Arbeitslosen mußte die Bemühungen der kooperationsbereiten Arbeitslosenräte erschweren und desavouieren und die Differenzierung unter den Arbeitslosen fördern. Die rücksichtslosen Durchsuchungsaktionen nach Waffen durch die Freiwilligenverbände, die besonders in Bereichen der Arbeitsnachweise unter der Annahme, dort viele ehemalige Militärangehörige zu finden, vorgenommen wurden, wirkten besonders aufreizend und beschleunigten den Differenzierungsprozeß. Am 8.2.1919

führten sie zu blutigen Zusammenstößen bei einem der am stärksten besuchten Arbeitsnachweise in der Gormannstraße im Bezirk Mitte¹⁶⁶.

Wie fest Arbeiter und Arbeitslose noch verbunden waren, zeigte sich auf Betriebsversammlungen in Moabit und Mariendorf, auf denen sich die von Stillegungen bedrohten Arbeiter mit den Arbeitslosen solidarisierten, gegen deren Beschimpfung protestierten und die Verhinderung von weiteren Stillegungen verlangten. Aus gleicher Interessenlage mit den Arbeitslosen forderten sie die Sozialisierung dafür reifer Betriebe, die Sozialisierung von Straßen-, Hoch- und Untergrundbahnen, die Beschlagnahme von Rohstoffen und ihre Verteilung auf die Betriebe, Maßnahmen gegen den Schleichhandel, Herabsetzung der Lebensmittelpreise, die Entlassung Jugendlicher unter 18 Jahren und die Einstellung verheirateter Arbeitsloser an ihrer Stelle, die Einstellung von Witwen, Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern¹⁶⁷.

Wo diese feste Bindung zwischen Arbeitern und Arbeitslosen durch einen gemeinsamen Betrieb nicht bestand, organisierten sich die Arbeitslosen auf Bezirks- und Stadtteilebene. Die Ausnahme davon machten die Buchdrucker, die sich um eine rein innerberufliche Lösung der Arbeitslosenfrage durch Schichtarbeit und auf die Abschiebung Zugewanderter beschränkten¹⁶⁸.

Seit Mitte Februar fanden fortlaufend Arbeitslosenversammlungen vorwiegend im Norden und Osten der Stadt, aber auch in Steglitz, Schöneberg, Friedenau, Charlottenburg und Spandau statt, in denen neue Arbeitslosenräte gebildet, Vorträge und Schulungen abgehalten oder die Forderungen der Arbeitslosen formuliert wurden¹⁶⁹. Der "Vorwärts" mußte am 26.2.1919 eingestehen, daß sich noch andere als regierungstreue Arbeitslosenräte gebildet hatten¹⁷⁰. Sogar der Schöneberger Arbeitslosenrat, der sich abseits von parteipolitischen Zielen der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitslosen widmete, bekundete seine Abneigung gegen die Regierung und die MSPD.

Hier wurde auch dagegen protestiert, daß der "Vorwärts" die Annahme von Annoncen zur Bildung neuer Arbeitslosenräte verweigerte¹⁷¹.

Bei der MSPD fanden die Arbeitslosen vor allem Ablehnung ihrer Belange, wie die häufigen Proteste gegen die Haltung des "Vorwärts" bewiesen¹⁷². Ihr war an der Bremsung der Rätebewegung, der Einschränkung ihrer Befugnisse und ihrer Zurückdrängung gelegen¹⁷³. Für sie waren die Gewerkschaften die kompetenten Vertreter der Arbeitslosen¹⁷⁴. Wesentlicher war dagegen, daß sich die stärkste Berliner Partei, die USPD, zum Sprecher für die Interessen der Arbeitslosen, sowohl publizistisch als auch im Stadtparlament, machte. Mit der MSPD in dem Hauptanliegen der Produktionssteigerung einig, orientierte sie sich stärker auf die Sozialisierung, da erst auf diesem Wege eine grundsätzliche Lösung der Arbeitslosenfrage in Aussicht stünde¹⁷⁵ und Aufrufe zur Pflichtarbeit ihre Berechtigung hätten. Für die Zwischenzeit unterstützte sie eine Politik, die durch effektivere Organisation der Arbeitsnachweise¹⁷⁶, durch von Staat und Gemeinden bereitzustellende Arbeiten sowie durch staatliche Auftragsvergabe die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung schaffen sollte. Von der stärkeren Vertretung der Arbeitslosen in der Partei und Rätegremien hatte sie nach dem 15. 1. 1919 Abstand genommen. Der Vollzugsrat, in dem sie mit Abstand am stärksten vertreten war, erkannte neben dem Groß-Berliner Arbeitslosenrat keine weiteren Arbeitslosenräte an und gedachte, die Arbeitslosen durch die Arbeiterräte der stillgelegten Betriebe vertreten zu lassen¹⁷⁷. Eine über die wirtschaftliche Funktion hinausgehende Bedeutung wollte auch die USPD den Arbeitslosenräten nicht zuerkennen. Sie verteidigte die in die Defensive gedrängten Arbeitslosen, indem sie als vordringliche Aufgabe die Sicherung des Einflusses auf und damit die Vertretung der Arbeitsloseninteressen über die Kommunalparlamente in den Vordergrund stellte. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf die Gemeindewahlen, um "... die Machtstellung in den Gemeinden

(zu benutzen), die Arbeitslosen wenigstens gegen alle Willkür sicherzustellen¹⁷⁸.

Radikalere Arbeitslosenversammlungen beharrten aber weiterhin auf dem sofortigen Beginn der uneingeschränkten Sozialisierung und der Ersetzung der Regierung durch eine Räteregierung¹⁷⁹. Die KPD unterstützte diese Bestrebungen durch Vorträge über die Funktion des Rätesystems und die Aufgaben der Arbeitslosenräte¹⁸⁰. Mit der Forderung nach Anschluß der Arbeitslosen an die Arbeiterräte und dem Antrag auf Neuwahl der Arbeiterräte, wobei den Arbeitslosen auf je 1000 ein Arbeitslosenrat zugestanden werden sollte, versuchte sie, das Rätesystem auszubauen und durch das revolutionäre Potential der Arbeitslosen zu stärken¹⁸¹.

Einschliesslich des ganzen Monats März 1919 lag die Arbeitslosenzahl in Berlin über 200 000. Die anfänglich großzügig gewährten Unterstützungen nahmen für die Stadt einen Umfang an, der sie schon von rein finanzieller Seite zwang, um Reichsunterstützung zu bitten und die Einrichtung einer Reichsarbeitslosenversicherung zu fordern¹⁸². Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ließ aber die Erörterung einer umfassenden Lösung der Arbeitslosenfrage durch eine Reichsversicherung wieder in den Hintergrund treten. Die für dringend erachteten Notstandsarbeiten kamen ebenfalls verspätet in Gang, da sich die Verhandlungen um die Finanzierung in die Länge zogen und die Widerstände einzelner Vororte ein einheitliches Vorgehen behinderten. Ein größeres Notstandsarbeitsprogramm konnte deshalb erst Ende März in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Mit der Niederschlagung der Märzkämpfe und der Ausschaltung der größten Zusammenballung von Arbeitslosen durch den Belagerungszustand seit dem 3.3.1919 und der Besetzung Berlins durch Freiwilligentruppen war die akute Gefahr durch die mit den streikenden Arbeitern verbundenen Arbeitslosen gebannt.

Da die soziale Unruhe auf Grund der Arbeitslosigkeit erhalten blieb, und da sich die Arbeitslosen noch nicht auf die rein wirtschaftliche Vertretung ihrer Interessen

durch die Gewerkschaften einschränken ließen, bestand für Organisationsversuche neben den Gewerkschaften weiter Aussicht auf Erfolg. Die Arbeitslosenräte behielten neben wirtschaftlichen Problemen weitergehende politische Ziele im Auge und entsprachen damit eher dem Aktionsbedürfnis der Arbeitslosen. Darin begannen sie, sich auch von den Arbeitslosenräten zu unterscheiden, die ihre Aufgabe rein sozialpolitisch verstanden¹⁸³. Zwischen Gewerkschaften und politischen Arbeitslosenräten verstärkte sich die Konkurrenz um die Gunst der Arbeitslosen und der Streit um den Vertretungsanspruch für die Arbeitslosen, je mehr die Arbeitslosenräte durch die Beschneidung ihrer politischen Wirkungssphäre gezwungen waren, sich auf die wirtschaftliche Vertretung zu verlegen. Durch die Vernachlässigung ihrer Aufgaben auf diesem Gebiet ermöglichten die Gewerkschaften überhaupt erst bis zu einem gewissen Grade die Erfolge der Arbeitslosenräte. Entscheidend für die Beibehaltung der Rätekonzeption für die Arbeitslosen war allerdings die Haltung der links von der USPD stehenden Parteien zur Frage der parlamentarischen Vertretung.

6. Die Arbeitslosenbewegung vom 1. Reichserwerbslosenkongreß April 1919 bis Ende 1919

Die Verstärkung und Verbreiterung des Einflusses der Arbeitslosen strebte der von den Groß-Berliner Arbeitslosen gewählte 'Provisorische Reichserwerbslosenausschuß' mit der Einberufung eines Reichserwerbslosenkongresses für den 5.4.1919 nach Berlin an. Die USPD, der an der Erhaltung ihres Einflusses unter den Arbeitslosen gelegen war, unterstützte das Projekt, da sie den Ausbau des Räte-systems, wenn auch auf diesem Nebenzweig, zu bewerkstelligen hoffte¹⁸⁴. Positive Ansätze dafür sah sie in den bisherigen Erfahrungen mit den Arbeitslosenräten bei der Unterstützung und Beratung der Stadtverwaltungen. Aufgabe des Kongresses müsse sein, eine feste Reichsorganisation zu bilden, die in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Reichsbehörden die Forderung nach Beginn der Soziali-

sierung in die Realität umsetzen sollte. Nur über den Wandel des Wirtschaftssystems im sozialistischen Sinne sei eine Hebung der Arbeitsbereitschaft zu erreichen. Die Arbeitslosenunterstützung dürfe nicht als Teil der Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen, sondern nur als Teilaspekt des Sozialisierungsprogramms angesehen werden.

An dem Kongreß nahmen neben 76 Delegierten, davon ein Drittel aus Berlin, die wiederum überwiegend kommunistisch orientiert waren, die Vertreter des Demobilmachungsamtes, des Reichswirtschaftsrates und der bayrischen Regierung teil. Vom Demobilmachungsamt wurde der Sinn einer reichsweiten Organisation von vornherein angezweifelt, da die Arbeitslosigkeit als vorübergehende Erscheinung zu werten sei und die Interessen der Arbeitslosen durch die Berufsvertretungen der Arbeiter im Verein mit den staatlichen Organen unter Mitwirkung der Arbeitslosen gewahrt sein dürften¹⁸⁵. Das Amt versprach, die Wünsche der Arbeitslosen zu berücksichtigen und den Kommunen die Mitwirkung der Erwerbslosen bei der Durchführung von Hilfsmaßnahmen zu empfehlen.

Die scheinbar entgegenkommende Haltung wollte die rechtliche Fixierung irgendwelcher Befugnisse auf unverbindliche Mitwirkungsverhältnisse ablenken. Den Arbeitslosen war aber weniger an untergeordneter Mitarbeit gelegen. Vom Reichspräsidenten, vom Demobilmachungsamt, vom Reichswirtschaftsrat und vom Reichsarbeitsamt verlangte der Kongreß die Ausarbeitung eines Reichsgesetzes für die Erwerbslosenfürsorge. Darin sollten die Erwerbslosenausschüsse rechtlich verankert, die Anerkennung durch die Behörden und die Regelung der Entschädigungen abgesichert werden. In einem Entwurf des Kongresses für dieses Gesetz war vorgesehen, den Reichserwerbslosenausschuß als Dezernat an das Reichsarbeitsamt anzugliedern und ihm darin das volle Mitbestimmungsrecht zuzugestehen. Zu den Aufgaben des Dezernats sollte die Rohstoffbeschaffung und -verteilung, die Arbeitsbeschaffung und -vermittlung und das ländliche Siedlungswesen gehören.

Obwohl das Arbeitslosenzernat im Reichsarbeitsamt Platz finden sollte, dehnten sich seine Mitspracherechte auf die Arbeitsbereiche anderer Behörden aus, die der Sache nach zum Arbeitslosenproblem gehörten. Dieser Anspruch war von dem Bestreben getragen, das Arbeitslosenproblem grundsätzlich zu lösen und die Aufspaltung in einen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aspekt zu verhindern. Damit war aber auch ein konkurrierender Machtanspruch zu der durch parlamentarische Wahl bestellten Regierung und der von ihr eingesetzten Ministerien ausgedrückt.

Um eine bessere Repräsentanz der Arbeitslosen zu ermöglichen, war vorgesehen, auf je 1000 Arbeitslose einen Arbeitslosenrat zu wählen, der nach dem Vorbild der direkten Demokratie jederzeit abberufbar bleiben sollte.

Auch nach den gescheiterten Generalstreiks im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland und der Besetzung Berlins glaubten sich die Vertreter der Arbeitslosen noch stark genug, ihre Rechte ultimativ einfordern und bei Ablehnung mit Sympathiestreiks der verbündeten Arbeiter und Arbeitslosen drohen zu können. Radikalere Kräfte auf dem Kongreß bezeichneten den Kampf der Arbeitslosen um ihre Rechte als Notwehrpflicht, die zur Ausweitung der Auseinandersetzungen zum Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus führen könne. Anlässlich der während der Tagungszeit des Kongresses gemeldeten Besetzung Frankfurts durch Regierungstruppen forderte der Kongreß den Rückzug der Truppen und drohte ebenfalls mit Generalstreik. Großtelegramme sandte man an die Ungarische und Bayrische Räterepublik. Die Selbsteinschätzung der Arbeitslosen als Pioniere der Weltrevolution spiegelte die Revolutionshoffnungen und den revolutionären Tatendrang, beruhte aber auch auf der Rolle der Arbeitslosen in den vergangenen Kämpfen und entsprach auch der sozialen Tatsache, daß ein großer Teil der ehemaligen Soldaten noch keine Arbeit gefunden hatte¹⁸⁶. Unter Verkennung des wirklichen Kräfteverhältnisses hielt man an der These vom Kampf um die Macht fest. In der Übergangszeit zu einer neuen Revolution gedachte

man, die Arbeitslosen mit Kontrollaufgaben bei der Preisüberwachung, bei der Durchführung der Sozialisierung und der Überwachung der Behörden zu betrauen und sie andererseits als Kader für den nachrevolutionären Aufbau in Sicherheitsorgane zur Sicherung von Ruhe und Ordnung einzuordnen und in Roten Garden zusammenzufassen. Von dieser Position her machte man praktische Schritte zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß von der vorherigen Lösung politischer und wirtschaftlicher Grundprobleme abhängig. Bezeichnend dafür war, daß der Kongreß den Plänen für die landwirtschaftliche Besiedlung weit geringere Bedeutung als von der USPD erwartet zumaß und lediglich die Notwendigkeit betonte, Produktionsgenossenschaften auf sozialistischer Basis zu organisieren.

Zum ersten Mal wurde auch von größerer Tribüne zur Auswanderung nach Rußland aufgerufen und an die Regierung appelliert, über das Außenministerium Erkundungen über die Existenzmöglichkeiten für deutsche Handwerker und Landarbeiter einzuholen.

In scharfer Form verurteilten verschiedene Anträge die Freiwilligenverbände und forderten zum Boykott der ihnen beigetretenen Arbeiter, als auch von Geschäften und Zeitungen auf, die für die Freiwilligenverbände Werbung betrieben. Nach anfänglichen Vorschlägen, die Freiwilligenverbände mit zuverlässigen Leuten zu besetzen¹⁸⁷, hatte die folgende Entwicklung alle dahingehenden Illusionen beseitigt und die organisierten Arbeiter bis weit in die MSPD hinein gegen die Verbände geeint¹⁸⁸. Mit den Anträgen auf dem Kongreß schlossen sich auch die Arbeitslosen der Ablehnung an und distanzierten sich von Versuchen, sie aus ihrer materiellen Abhängigkeit heraus zur Bekämpfung ihrer eigenen politischen Organisationen zu gewinnen. Arbeitslose fanden dagegen bevorzugte Aufnahme bei der Aufstellung militärischer Verbände in der Münchner Räterepublik¹⁸⁹. Der Kongreß nahm schließlich auch die Neuwahl des Reichsausschusses der Erwerbslosen als ständiger überregionaler Vertretung der Arbeitslosen vor¹⁹⁰.

Da die an Regierung und Reichsbehörden gerichteten Forderungen in den meisten Fällen unbeantwortet blieben, hing viel für die Glaubwürdigkeit der Arbeitslosen davon ab, wie weit es gelang, die angestrebte Zusammenfassung auf Reichsebene zu verwirklichen. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Bildung eines Preußischen Landeserwerbslosenausschusses als Bindeglied zwischen den örtlichen Erwerbslosenausschüssen und dem Reichserwerbslosenausschuss¹⁹¹.

Bedingung und Bezugsrahmen für die weitere Entfaltung der Arbeitslosenbewegung bildeten der Umfang der Arbeitslosigkeit selbst, die materielle Lage der Arbeitslosen, die Entwicklung der Rätebewegung, das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitslosen, der Differenzierungsprozeß unter den linken Parteien und nicht zuletzt die allgemeinen innenpolitischen Auseinandersetzungen.

Noch unter dem Eindruck des Generalstreiks im Ruhrgebiet hatten die Arbeitslosen auf ihrem 1. Reichskongreß Kampffaktionen zur Bekräftigung ihrer Forderungen angedroht. Die Kampfbereitschaft allein konnte die nötigen Bundesgenossen nicht ersetzen. Auf dem 2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands vom 8. bis 14.4.1919 waren die Arbeitslosen durch keine Delegierten vertreten, obwohl führende Arbeitslosenvertreter Mitglieder der USPD waren¹⁹². Die Arbeitslosenbewegung blieb eine Parallelbewegung zur Arbeiter- und Soldatenrätebewegung. Auf dem Kongreß zeigte sich deutlich, wie weit die Arbeiterräte gegenüber den Behörden in der Defensive waren¹⁹³ und wie stark sich Gewerkschaften, MSPD und DDP für das partnerschaftliche Modell der berufsständischen Kammern der Arbeit neben oder an Stelle der Betriebsräte einsetzten¹⁹⁴.

Der neugewählte Reichserwerbslosenausschuß setzte auch ohne die breitere Unterstützung der Arbeiterräte nach Ablauf der zur Beantwortung der Arbeitslosenforderungen gesetzten Frist Protestversammlungen der Arbeitslosen für das ganze Reich am 24.4.1919 fest. Die für diesen Zweck

ausgearbeitete Resolution wiederholte die Forderungen des 1. Kongresses nach Anerkennung der Erwerbslosenräte durch die Behörden auf allen Ebenen, verlangte die Erhöhung der Unterstützungssätze und die Gleichstellung von Mann und Frau in der Unterstützung. Mit Hilfe des Gesetzentwurfes für eine Reichserwerbslosenfürsorge hoffte der Reichsausschuß, die geplante Reichsarbeitslosenversicherung, die auf eine Ausschaltung der Arbeitslosenräte zielte, zu verhindern¹⁹⁵.

Die Protestversammlungen konnten unter dem Belagerungszustand nur als geschlossene Veranstaltungen stattfinden. Damit war aber auch die Interessennahme der Öffentlichkeit an den Problemen der Arbeitslosen behindert. Gemäßigte Arbeitslosenräte warnten die Arbeitslosen ausdrücklich, durch öffentliches Auftreten Anlaß zu Zusammenstößen zu geben. Die Versammlungen fanden, mit Ausnahme von Charlottenburg, in den überwiegend proletarischen Bezirken Moabit, Prenzlauer Berg, Neukölln, Lichtenberg, Reinickendorf, Kreuzberg und Friedrichshain statt. Daß die Warnungen vor aktionistischen Unternehmungen berechtigt gewesen waren, zeigten die stark kommunistisch gefärbten Diskussionsbeiträge auf den Versammlungen¹⁹⁶.

Nach diesem ersten Anlauf verebbte die reichseinheitliche Bewegung der Arbeitslosen wieder. Bis zum zweiten Reichserwerbslosenkongreß im August 1919 traten die kleinen Sorgen der Arbeitslosen im örtlichen Bereich wie Notstandsarbeiten und Unterstützungsfragen wieder in den Vordergrund. Die Arbeitslosenbewegung stand noch auf einer Zwischenstufe zwischen Unorganisiertenbewegungen und festen Organisationen. Sie trug noch den Charakter einer anlaßbedingten, räumlich gebundenen und von individuellen Gruppen getragenen Gelegenheitsbewegung¹⁹⁷. Spontanes Vorgehen und Neigung zur Gewalttätigkeit als Merkmale der Gelegenheitsbewegungen zeigten sich auch bei den Arbeitslosen. Der reichseinheitliche organisatorische Überbau ersetzte nicht die Planmäßigkeit und die festere Erfassung der Arbeitslosen selbst. Der schwankende Verlauf der

Arbeitslosigkeit bot das größte Hindernis für diese Arbeit. Die Arbeitslosenräte mußten deshalb, von den akuten Fragen ausgehend, versuchen, die Arbeitslosen interessenmäßig zu binden. Der Berliner Arbeitslosenrat (unter der wechselnden Bezeichnung Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlins, Groß-Berliner Arbeitslosenrat oder einfach Arbeitslosenrat¹⁹⁸) tat das in Verhandlungen um Notstandsarbeiten und Unterstützungsfragen mit den Behörden, in der Organisation informierender Arbeitslosenversammlungen und in Bemühungen um den Anschluß der Arbeitslosen an die Arbeiterrätebewegung. Auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises warnten die Arbeitslosenräte vor der Benutzung nichtseriöser Vermittlungsstellen und empfahlen die Benutzung städtischer Arbeitsnachweise. In politische Fragen übergreifend appellierten sie an die Betriebsräte, die Vermittlung von ehemaligen Angehörigen der Freiwilligenverbände in die Betriebe zu verhindern¹⁹⁹. Nach Entkräftung des Arbeitscheuvorwurfs durch offizielle Stellen verlangten die Arbeitslosen nun ihrerseits die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Unternehmen auf eventuelle Zurückhaltung bereits erteilter Aufträge²⁰⁰. Spontan war die Anwendung des Streikmittels durch die Arbeitslosen auf dem paritätischen Metallarbeiternachweis, durch den sie die Einsetzung einer Kommission erzwingen konnten, die die Vermittlung qualifizierter Kräfte überprüfte und damit ungerechtfertigte Vorbedingungen der Unternehmen hinsichtlich Alter und Wohnortnähe der Angeforderten verhindern konnte²⁰¹.

Im Vordergrund der Interessen der Arbeitslosen standen allerdings Fragen der materiellen Lage. Die durch steigende Inflation zunehmend unzureichenden Unterstützungssätze veranlaßten sie, auf Versammlungen im Mai 1919 die Auszahlung der Unterstützung in Naturalien zu verlangen. Dringend wurde die Beihilfe für Mietzahlungen gefordert, andernfalls mit Mietstreik gedroht. Weitere Forderungen beinhalteten die Steuerfreiheit für die Unterstützungen, gleiche Unterstützungssätze für Mann und Frau,

den Fortfall der Wartezeit auf die Unterstützung, die Auszahlung der ersten Unterstützung bereits eine Woche nach Anmeldung der Arbeitslosigkeit, die Einbeziehung der Sonntage in die Beträge und die freie ärztliche Behandlung für die Familienmitglieder der Arbeitslosen²⁰².

Wie vorsichtig im Rahmen der Legalität der Arbeitslosenrat taktierte, zeigten seine Aufrufe zur Besonnenheit anlässlich der Versammlungen am 24.4.1919 und die Warnungen vor Beteiligung an Demonstrationen unter freiem Himmel zur Bekräftigung der Forderungen nach Mietunterstützungen am 1.6.1919²⁰³. Es bestünde zu sehr die Gefahr, daß die Demonstrationen als Vorwand zum Eingreifen von Truppen oder Einwohnerwehren dienen könnten. Anlaß zu derartigen Warnungen war darin gegeben, daß große Teile der Arbeitslosen kommunistisch orientiert waren. Innerhalb der KPD befürworteten starke Kräfte zu der Zeit aktionistische Vorstöße²⁰⁴. Durch den Belagerungszustand und das Verbot der 'Roten Fahne' war aber ihre Bewegungsfreiheit und die publizistische Wirkung stark eingeschränkt. Offenbar herrschte in den Arbeitslosenräten eine gemäßigte Richtung aus USPD-Vertretern und Mitgliedern der KPD vom Levi-Flügel, die sich der Putschtaktik widersetzen. Darauf deuteten die spätere Distanzierung von einem radikalen Flugblatt²⁰⁵ und der zwischen USPD und KPD geteilte Vorsitz der Konferenz der Erwerbslosenräte Preußens im Oktober 1919²⁰⁶ hin.

Die Bereitschaft der einzelnen Magistrate, den Arbeitslosen auf ihre Forderungen hin mit Extrabeihilfen entgegenzukommen²⁰⁷, wurde durch Demobilisierungsbestimmungen verhindert, die ein Überschreiten der Unterstützungshöchstsätze verboten, andernfalls mit der Streichung der Reichszuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung drohten²⁰⁸. Die Forderung der Arbeitslosen nach Mietbeihilfen und Lebensmittelzuschüssen fand eine breite Unterstützung seitens der Behörden. Die Erwerbslosenfürsorge setzte sich dafür beim Demobilisierungsausschuß, dieser dafür beim Reichsarbeits- und beim Reichsernährungsamt ein²⁰⁹. Daß sich die Regierung zu keinen Zugeständnissen bereit fand, war mit

eine Ursache dafür, daß es seit dem 23.6.1919 zu Lebensmittelunruhen und Plünderungen kam.

Seit Mitte Mai planten die Groß-Berliner Arbeiterräte Neuwahlen. Die Arbeitslosenräte, besonders die kommunistisch orientierten, erhofften sich durch die Beteiligung und breite Heranziehung der Arbeitslosen, d.h. auch der nichtunterstützten Arbeitslosen, zu dieser Wahl eine Repräsentanz der Arbeitslosen auf dem 3. Reichsrätekongreß. Sie appellierten daher an die Wahlkommission, die Arbeitslosenvertreter mit Sitz und Stimme an der Wahlkommission zu beteiligen²¹⁰. In der Zeit vom 18. bis 23.9.1919 wurden für die Wahl der Arbeiterräte die Meldungen nach Betrieben, Berufen und als Arbeitslose vorgenommen. Dadurch, daß die Arbeitslosen hier als getrennte Körperschaft auftraten, war ihr Anspruch auf eigene Vertretung anerkannt, ihre Annäherung und Eingliederung in die Arbeiterrätebewegung einen Schritt vorangebracht²¹¹. Obwohl die Zählung der Wahlberechtigten am fünften Tag verboten wurde, ergab sich bis zu diesem Zeitpunkt eine erheblich höhere Arbeitslosenziffer als die offiziellen Angaben über die unterstützten Arbeitslosen hatten vermuten lassen. Von insgesamt 1 342 000 Meldungen aus der Arbeiterschaft stammten 221 000 von Arbeitslosen, bei nur 116 000 unterstützten Arbeitslosen²¹². Die hohe Beteiligung der Arbeitslosen zeugte gleichzeitig von dem politischen Bewußtsein der Notwendigkeit eigener Vertretungen. Dieses Bewußtsein rührte einerseits von der Organisiertheit der nun unter den Arbeitslosen stärker vertretenen Fachberufe, als auch von der anwachsenden Einsicht der Ungelernten und Unorganisierten in den Sinn fester Organisationen her.

Als Selbsthilfe der Arbeitslosen gegen die schleppend in Gang kommenden Notstandsarbeiten²¹³ und ihre schlechte Bezahlung²¹⁴, aber auch als Versuch, Ansätze sozialistischer Produktionsweise praktisch durchzusetzen, gründete man eine Gemeinnützige Bau- und Betriebsgenossenschaft für Groß-Berlin, die, unter Ausschaltung der Unternehmer,

staatliche und kommunale Auftragsarbeiten verbilligt ausführen wollte²¹⁵. Als Anreiz zur Beteiligung wurde den Arbeitslosen dabei Mitbestimmung, aber nur für die Arbeitsbedingungen, zugesichert.

Schärfer noch als bei der Baugenossenschaft tauchte der Gedanke der eigenverantwortlichen Übernahme von Arbeiten durch die Arbeitslosen im Zusammenhang mit Wiederaufbauplänen in Nordfrankreich wieder auf. Für den Fall der Realisierung des Projektes stellten die Arbeitslosen die Bedingung der Übernahme der Arbeiten in eigene Regie und volle Ausschaltung der Unternehmer sowie die Anerkennung der Arbeitslosenräte als deren wirtschaftliche und politische Vertreter und die Hinzuziehung von Arbeitslosenkommmissionen zu allen damit in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und politischen Fragen²¹⁶. Der zweite Reichskongreß der Erwerbslosenräte am 22.8.1919 in Hamburg widmete dieser Frage vorrangige Aufmerksamkeit²¹⁷. Da sich der Kongreß den bereits gestellten Bedingungen zur Beteiligung der Arbeitslosen anschloß, bezeichnete der 'Vorwärts' ihn als Versammlung von Arbeitsscheuen und gewissenlosen Elemente, die versuchten, die Schadenswiedergutmachung zu verhindern²¹⁸. Neben der Auswanderung und Fragen der Landarbeit beschäftigte sich der Kongreß mit dem Ausbau der einheitlichen Reichsorganisation. Die bisherige Leitung fand wegen ihrer Passivität in dieser Richtung keine genügende Unterstützung mehr. Ein Mißtrauensantrag gegen ein kommunistisches Mitglied des Reichserwerbslosenausschusses wegen der Angriffe auf die Arbeitslosenräte der USPD wurde mit 39:24 Stimmen angenommen und bestätigte damit für die Reichsebene das Überwiegen des USPD-Einflusses in der Arbeitslosenbewegung. Die 'Rätezeitung' erschien nun als obligatorisches Organ für die Arbeitslosen²¹⁹.

Die Arbeitslosenversammlungen in Berlin, die sich mit den Ergebnissen des Kongresses beschäftigten, zeigten die Wendung, die die Arbeitslosenbewegung nahm, indem sie sich verstärkt Auswanderungsfragen zuwandte. Statt der Auswanderung in kapitalistische Länder und der Hilfe für den

Wiederaufbau in Nordfrankreich, warb man für die Auswanderung nach Rußland und forderte die Regierung zur Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland und zu Verhandlungen über die Auswanderungsbedingungen auf²²⁰. Dieses Thema sollte bis einschließlich 1920, als sich die USPD zunehmend gegen die Auswanderung wandte und auch von seiten der sowjetischen Regierung wegen der dadurch auftauchenden Probleme ein Wandel der Einstellung eintrat, nicht mehr aus dem Diskussionsbereich von Arbeitslosenfragen verschwinden. In der Gewerkschaftsfeindlichkeit und Aufforderungen zum Austritt machte sich der größere kommunistische Einfluß auf die Arbeitslosen in Berlin bemerkbar.

Die Führer der Arbeitslosenbewegung hielten aber am Ausbau der Arbeitslosenbewegung auf dem Weg über die Reichsorganisation fest²²¹. Sie sahen in der Vertretung der Arbeitslosen mit Sitz und Stimme in den städtischen Deputationen und der Verschmelzung mit dem städtischen Verwaltungsapparat die bis dahin erfolgreichste Durchsetzung des Räteprinzips. Da die Arbeitslosenräte von allen Räten am konkretesten an Entscheidungen beteiligt waren und durch ihren Einsatz die Erhöhung der Unterstützungen erreicht hatten, die Arbeitslosen vor behördlicher Willkür schützten, an der Überleitung von Arbeitslosen in landwirtschaftliche Arbeit maßgeblich beteiligt waren und vom preußischen Landwirtschaftsministerium die Zusicherung der Bewilligung von Gütern zur Errichtung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften erhalten hatten, glaubten sie, über eine starke Reichsvertretung ihre Anerkennung auch bei der Reichsregierung durchsetzen zu können. Diese Illusionen um das Räteystem standen in krassem Mißverhältnis zu den wirklichen Machtverhältnissen. Die Absicht der Behörden, den Arbeitslosenräten als zweckmäßige Ergänzung des Verwaltungsapparates nie weitergehende Zugeständnisse zu machen, konnte solange als Zeichen ihrer Schwäche und als Stärke der Arbeitslosenbewegung mißverstanden werden, als sich das Hauptaugenmerk auf die

Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte richtete²²². Solange die Arbeitslosenräte durch ihre formelle Unabhängigkeit von den übrigen Räten sich deren Machtanspruch nicht zu eigen machten und durch ihre fachspezifische Arbeit den Behörden keine Konkurrenz bedeuteten, boten sie diesen auch keinen Vorwand zur Begrenzung ihres Tätigkeitsbereiches.

Energische Schritte auf dem Wege der organisationspolitischen Verbreiterung der Arbeitslosenbewegung erfolgten im Oktober 1919 auf einer Konferenz der Berliner Arbeitslosenräte zur Vorbereitung der Landeskonzferenz der Arbeitslosenräte Preußens²²³. Aus den Fehlern des Vollzugsrates folgerte man, daß für den engeren Zusammenschluß der Arbeitslosen alle politischen Tendenzen auszuschalten seien, um Zerreißproben zu vermeiden. Es war vorgesehen, den Reichsarbeitslosenrat genau nach dem Räte-system aufzubauen und Notstandsarbeiter, Kriegsbeschädigte und Frauen stärker in die Organisationsarbeit miteinzubeziehen. Das war bemerkenswert in Hinblick auf die Verbreiterung der Erwerbslosenbewegung durch Schichten, die ebenfalls von der Arbeitslosigkeit mitbetroffen waren und selbst keine oder nur kleine Organisationen besaßen. Hinsichtlich der Frauen bedeutete das den ersten größeren Organisationsversuch gerade derjenigen, auf deren Kosten die Lösung der Arbeitslosenprobleme erfolgte. Die Arbeitslosenräte sollten sich durch Beiträge selbst finanzieren, um gegenüber den Kommunen eine gewisse Unabhängigkeit zu behalten²²⁴.

An der Landeskonzferenz der Erwerbslosenräte Preußens am 24. und 25. Oktober 1919 in Berlin beteiligten sich wie früher auch Vertreter interessierter Reichsbehörden und Magistratsangehörige sowie Delegierte des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und eines Leipziger Ansiedlungsvereins. Den Vorsitz dieser Konferenz teilten sich Mitglieder der USPD und der KPD. Hauptthema war der Beschluß eines Organisationsplans für die Arbeitslosenräte, der vorsah, in jedem Ort in öffentlichen

Versammlungen auf je eintausend Arbeitslose einen Arbeitslosenrat zu wählen, der jederzeit abberufbar sein sollte. Die nächste Stufe über den örtlichen Arbeitslosenräten bildeten die Bezirks- und Provinzialarbeitslosenräte. Von den Provinzialkonferenzen sollten die Delegierten zur Landeskonferenz als dem höchsten Organ der Arbeitslosenräte in Preußen gewählt werden. Deren Zusammentritt war in einem regelmäßigen fünfmonatigen Turnus geplant²²⁵.

Ausdrücklich wurde der Akzent auf die wirtschaftliche Vertretung der Arbeitslosen gelegt. Man kritisierte die Fürsorgestellten wegen der Behandlung der Arbeitslosen, äußerte auch Mißmut über die Gewerkschaften, denen man vorhielt, sich nicht genügend für die Arbeitslosenprobleme zu interessieren und brachte zum Ausdruck, daß sich die Arbeitslosen vom Vollzugsrat und der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte übergangen fühlten. Dennoch strebte man eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Fürsorgestellten in Richtung des Ausbaus der Fürsorge zu einer produktiven Erwerbslosenfürsorge an, die das Bildungswesen für berufliche Fragen, die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung umfassen sollte. Diese Vorschläge bedeuteten die Konkretisierungsversuche des kommunalpolitischen Programms der USPD auf sozialpolitischem Gebiet²²⁶. Den Einbau der Räte in die Verfassung, ebenfalls ein Ziel der USPD, gedachte man, analog dem der Betriebsräte zur Überwachung der Arbeitsschutzbestimmungen, durch den Einbau der Arbeitslosenräte in die Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen. Die Vorstellungen über die Zusammenfassung der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsvermittlung, der Berufsberatung, der Lehrstellenvermittlung und der Meldung offener Stellen in einem Reichsarbeitsamt waren immer noch von der Absicht getragen, die Arbeitslosigkeit als Ganzes zu lösen und nicht nach ihren Auswirkungen durch verschiedene Ressorts der Reichsbehörden bekämpfen zu lassen²²⁷.

Ganz im Gegensatz zum Ausbau der Zusammenarbeit der Arbeitslosenräte mit den Kommunen verbot ein Antrag, der

auch Billigung fand, den Arbeitslosenräten die Verhandlungen mit der Reichs- oder den Landesregierungen und wollte die Verhandlungsbefugnis dem Landes- oder Reichserwerbslosenrat vorbehalten wissen. Offensichtlich war die Hoffnung auf Anerkennung durch das Reich noch nicht aufgegeben, die man durch die Stärkung der Reichsorganisation zu erlangen gedachte, um von daher wiederum die Positionen der Arbeitslosenräte in den Kommunen zu stärken.

Neben Unterstützungsfragen, der Anrechnung von Renten auf die Unterstützung, der Gleichstellung der Frauen und dem Protest gegen den Beschluß der Reichsregierung, 150 000 polnische Landarbeiter zur Beschaffung in der Landwirtschaft zuzulassen, stand die Auswanderungsfrage als weiteres Problem auf der Tagesordnung. Zur Realisierung des russischen Angebots, 800 000 deutsche Arbeitskräfte aufzunehmen, forderten die Arbeitslosen erneut die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion.

Die Bemühungen der Arbeitslosen um eine funktions-tüchtige und wirksame Organisation bewertete die bürgerliche Presse als den Versuch, nach dem Versagen des Vollzugsrates die andernorts in Bedrängnis geratene Rätebewegung auf der Ebene der Arbeitslosenräte fortzuführen²²⁸. Die DAZ bezeichnete die auf der Konferenz angenommenen Grundsätze als Sieg des Prinzips der Faulheit und verlangte die baldige Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge durch eine Arbeitslosenversicherung. Auf diesem Wege sollten die Arbeitslosenräte überflüssig gemacht werden. Ein erster Entwurf wurde bereits gegen Ende 1919 erörtert, von den Reichsstellen aber nicht weiter vorangetrieben. Damit war der Fall eingetreten, daß nach der Zurückdrängung der Arbeiterrätebewegung die Arbeitslosenrätebewegung in das Kreuzfeuer der Kritik geriet. Die Arbeitslosenräte behielten ihre Existenzberechtigung solange die Arbeitslosigkeit anhielt und wichtige Grundfragen des Arbeitslosenproblems, wie Arbeitsnachweis und Arbeits-

losenversicherung, noch keine endgültige gesetzliche Regelung erfahren hatten.

7. Die Bedeutung der Arbeitslosen in der Programmatik der Arbeiterparteien

Die zeitweilig starke Beachtung der Arbeitslosigkeit als sozialpolitisches Problem in der unmittelbaren Ausbruchssituation der Novemberrevolution durch die MSPD wich nach der relativen politischen Stabilisierung der Unterordnung unter wirtschaftspolitische Prioritäten. Da die MSPD sozialistische Versuche auf der Basis der zusammengebrochenen Wirtschaft nicht für möglich hielt, verschob sie den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Zeit nach der Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie hielt die wirtschaftliche Gesundung für vorrangig und wollte deshalb die Reduzierung der Arbeitszeit als zeitlich begrenztes Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit nicht einsetzen. Die allgemeine Ablehnung der Räte erstreckte sich auch auf die Arbeitslosenräte, deren Existenz sie neben der bestehenden Berufsvertretung durch die Gewerkschaften als überflüssig betrachtete.

Nach der sozialpolitischen Seite hin sah sie durch die Erwerbslosenfürsorge das Notwendige als getan an. Unter dem Druck der Entwicklung gab sie zu, daß es sich dabei um einen Notbehelf handele²²⁹ und befürwortete die Anpassung der Unterstützung an die Lebenshaltungskosten²³⁰. Sie befürwortete grundsätzliche Unterschiede in der Unterstützung zwischen den Geschlechtern, Altersgruppen, zwischen Verheirateten und Ledigen. Ebenso positiv verhielt sie sich zur Verpflichtung der Arbeitslosen zur Arbeit außerhalb des erlernten Berufes. Sie unterstützte dahingehende Verordnungen des Demobilmachungsamtes und sah Möglichkeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorrangig in der Abwanderung der Arbeitslosen zur Landarbeit und zu Meliorationsarbeiten, deren Effek-

tivität durch Akkordarbeit gewährleistet werden sollte. Dem Staat sprach sie das Recht zu, bei Arbeitsverweigerung die Pflicht zur Arbeit zu erzwingen²³¹. Aus finanzpolitischen Gründen band sie die Gewährung der Unterstützung an eine Gegenleistung.

Auf ihrem Parteitag in Weimar im Juni 1919 wies die MSPD als Beweis ihrer Aktivitäten zugunsten der Arbeitslosen hin auf die Verordnungen über die Erwerbslosenunterstützung, die Anmeldungspflicht der Arbeitgeber für ihren Arbeitskräftebedarf, die Behebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft, die Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes und auf Verordnungen, die die Entlassungen regelten. Der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung betonte dabei den Punkt des innenpolitischen Arbeitsprogramms, der die Schaffung von Arbeitsnachweisen auf öffentlich-rechtlicher und paritätischer Grundlage anstrebte und für Arbeitslose, für die keine Arbeit zu beschaffen sei, zu sorgen versprach²³². Anträge an den Parteitag verlangten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Verbot der Kinderarbeit, den Ausbau der Arbeitsvermittlung, die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und eines Volksfürsorgegesetzes und schließlich die Hilfe der sozialistischen Internationale bei der Organisierung der Auswanderung²³³. Die Bemerkung Rosa Luxemburgs, daß bei allen Umwälzungen die Unorganisierten die Herrschaft über die Organisierten errängen²³⁴, wurde als auf die Lage zutreffend angenommen und nicht auf ihre Richtigkeit, auf die Ursachen und den Anteil der SPD am Zustandekommen dieser Erscheinung überprüft. Ohne für die Partei daraus Aufgaben abzuleiten, zog man gegenüber den Unorganisierten einen Trennungsstrich. Vor allem von den Kommunisten grenzte sich die MSPD ab wegen der als unzureichend erachteten Distanzierung von dem sich ihnen anschließenden Lumpenproletariat²³⁵. Zwar bezeichnete man die Kommunisten nicht explizit als Bewegung der Unorganisierten, bezog aber Argumente zur Abgrenzung aus der Arbeit der Kommunisten unter den Arbeitslosen, die als Harlekinaden,

gewissenlose Hetze, als Spitzelarbeit und Veranstaltung von Skandalen abgetan wurde. Dazu kam die in Kreisen der KPD herrschende Gewerkschaftsfeindlichkeit als Argument gelegen. Man scheute sich auch nicht, den Kommunisten unsinnige Forderungen, wie die nach einer Arbeitslosenrente, anzudichten²³⁶.

In einer mißlichen Lage befand sie sich dadurch, daß sie die Erwerbslosenunterstützung gegen bürgerliche Vorwürfe, daß die Unterstützung die Faulheit der Arbeitslosen fördere, ebenso verteidigen mußte wie die ungenügenden Beträge gegenüber den Arbeitslosen.

Die USPD, die in Berlin durch ihren linken Flügel, die revolutionären Obleute, am stärksten vertreten war, ging anfangs in vielen Punkten mit dem Spartakusbund zusammen, so in der Ablehnung der Nationalversammlung, im Kampf gegen die MSPD bzw. deren Regierungsvertreter und im Bestreben der Stärkung des Vollzugsrats. Mit der Annäherung der linken an die rechte USPD auf dem außerordentlichen Parteitag im März 1919 in der Formel der Verankerung der Räte in der Verfassung und der entscheidenden Mitwirkung der Räte in Gesetzgebung und Verwaltung setzte die nun geeinte USPD ihre Hoffnungen besonders auf die Durchsetzung des Rätegedankens in den Kommunal- und Betriebsräten. Die USPD verhielt sich positiv zur Organisierung der Arbeitslosen. Indem sie damit den Zugang zu den in Bewegung geratenen Massen der Unorganisierten behielt, erfüllte sie auch die für die Arbeiterräte definierte Hauptaufgabe, die in der Organisations- und Agitationsarbeit und in der Kontrolle der Verwaltung durch die Räte bestand. Die linke USPD betrieb trotz ihrer Vormacht in Berlin eher eine Politik der rechten USPD, die es vermeiden wollte, durch Betonung des Kampfcharakters der Räte mit den Staatsorganen in Konkurrenz zu treten und sie zu ersetzen. Im Vollzugsrat, in dem die USPD seit Februar 1919 die Übermacht hatte, spielten Arbeitslosenfragen ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen Vollzugsrat und der Arbeitslosenbewegung bestanden lediglich Kontakte. Die organisatorische Arbeit

des Vollzugsrats und des Groß-Berliner Arbeitslosenrats lief nebeneinander her. Dafür machte sich die USPD im Stadtparlament zum Sprecher der Arbeitslosen im Sinne einer sozialpolitischen Vertretung. Den arbeitsmarktpolitischen Bereich der Arbeitslosenfrage hatte sie bereits im November 1918 durch ihre Mitglieder im Vollzugsrat den freien Gewerkschaften überlassen²³⁷. Grundsätzlich nicht gewerkschaftsfeindlich eingestellt, machte sie nicht den Versuch, mit Hilfe der Unorganisierten den Gewerkschaften Gegenorganisationen gegenüberzustellen, sondern gedachte vielmehr, die Gewerkschaften durch die Betriebsräte auszubauen und zu revolutionieren. Die den Gewerkschaften zuströmenden Unorganisierten und das Vordringen der USPD in der Berliner Gewerkschaftskommission boten für diese Taktik gewisse Aussicht auf Erfolg²³⁸.

Die Gewerkschaften selbst erwogen nie, die Arbeitslosen außerhalb ihrer Berufsgruppen zu organisieren oder die Arbeitslosen mit eigenständiger Vertretung bei sich zuzulassen. Auf ihrem zehnten Kongreß Mitte 1919 setzten sie sich für eine ausreichende Fürsorge für Bedürftige, besonders für Erwerbsunfähige, Erwerbsbeschränkte und ohne eigenes Verschulden Arbeitslose ein. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Arbeitslosigkeit wollten sie in arbeitsgemeinschaftlicher Politik mit den Arbeitgeberverbänden lösen²³⁹.

Der außerordentliche Parteitag der USPD im Dezember 1919 hielt trotz des offensichtlichen Scheiterns der Rätebewegung an der sozialistischen Forderung nach der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen fest, deren Sinn die MSPD in die Arbeitspflicht für die Arbeitslosen abgeändert hatte²⁴⁰. Erste Anzeichen des Nachlassens der Solidarität der Arbeiter mit den Arbeitslosen liessen sich feststellen. Sie zeigten sich darin, daß die Arbeiter trotz hoher Arbeitslosigkeit Akkordarbeit annahmen²⁴¹. Die Bereitschaft zur Arbeit unter den Arbeitslosen kam mit Anträgen zu deren regelmäßiger Schulung, die die rein wirtschaftliche Unterstützung ergänzen sollte, zum Ausdruck²⁴². Positiv berich-

tete man über die Bemühungen der Arbeitslosenräte zur Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Sie sollte zu einer produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Beschaffung von Arbeitskleidung und Werkzeugen ausgebaut werden. Zur Behebung der geringfügigen Bereitstellung von Notstandsarbeiten wiederholte die USPD den Vorschlag, derartige Arbeiten in eigener Regie und durch Genossenschaften ausführen zu lassen. Die Zerrissenheit auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises sollte durch die Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung auf kommunaler Ebene auf gewerkschaftlicher Grundlage behoben werden. Im Bereich der Unterstützungen wurde die Beseitigung ihres Almosencharakters, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung, die nicht auf Kosten der Arbeiter gehen sollte, verlangt²⁴³.

Die KPD hatte sich in ihrem Programm auf dem Gründungsparteitag für eine einschneidende soziale Gesetzgebung und zur Behebung der Arbeitslosigkeit für die Senkung der Arbeitszeit auf sechs Stunden ausgesprochen. Sie plädierte für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung zu einer Reichsunterstützung, ließ deren konkrete Form aber offen²⁴⁴. Neben Betriebsräten sollten auch Arbeitslosenräte gebildet werden, um die Arbeitslosen am Aufbau des sozialistischen Staates zu beteiligen²⁴⁵. Bei der Beratung der Organisationsform der Partei war die Organisierung von Zusammenkünften der Arbeitslosen in den großen Orten vorgesehen. In kleineren Orten plante man ihren Anschluß an die Wohnbezirksorganisation, um auch denjenigen, die nicht über Betriebe organisiert waren, Beteiligungsmöglichkeit zu geben²⁴⁶.

Zu einer kontinuierlichen Arbeit in Arbeitslosenfragen kam es nicht. Die Bezirksleitung in Groß-Berlin forderte im Februar 1919 die drastische Herabsetzung der Arbeitszeit, im März lehnte die KPD Versuche, mit Hilfe geringfügiger Erwerbslosenunterstützungen Lohnkürzungen zu ermöglichen, ab²⁴⁷. Wie die USPD verteidigte auch die KPD die Arbeitslosen gegen den Vorwurf der Arbeitsscheu.

Mitte des Jahres stellte die KPD einen Katalog mit Forderungen zur Lösung der Arbeitslosenfrage auf. Darin war vorgesehen, die Weiterführung der Betriebe durch gesetzlichen Zwang durchzusetzen, andernfalls die Betriebe zu enteignen und den Arbeitern zur Bewirtschaftung zu übergeben. Diese, wie die Forderungen nach planmäßiger Belieferung mit Rohstoffen, Betriebsmitteln und Verteilung der Produkte an Konsumenten, die Bereitstellung von Staatsarbeiten und Staatsaufträgen großen Stils, die Enteignung von nicht bestelltem Großgrundbesitz und die Bildung von Produktionsgenossenschaften auf dem enteigneten Land und schließlich eine Arbeitslosenunterstützung in voller Höhe des Durchschnittslohnes für beide Geschlechter, lehnten sich teils an die Forderungen vom Januar 1919 an, teils waren sie deren Konkretisierung²⁴⁸.

Das Dilemma der KPD bestand in ihrer inneren Zerrissenheit, die es ihr unmöglich machte, kontinuierlich an der Umsetzung der Forderungen für die Arbeitslosen zu arbeiten. Bei weitgehend grundsätzlicher Einigkeit mit der USPD in Arbeitslosenfragen, nahm sie nicht wie diese die Wirkungsmöglichkeiten in Parlamenten und in den Gewerkschaften wahr. Das Festhalten an der Putschtaktik versperrte den Weg zur Formulierung von Mitteln und Wegen, um den Arbeitslosen konkret zu helfen. Damit sicherte sich die KPD zwar den Anhang der radikalen Arbeitslosen, die auf dergleichen Hilfsmaßnahmen keinen Wert legten, verschaffte andererseits der USPD einen Vorsprung in der Gewinnung des größeren, gemäßigten Teils der Arbeitslosen durch die Vertretung ihrer praktischen Interessen²⁴⁹.

Die Bedingungen für aktionistische Tendenzen waren in Berlin durch den Zustrom Unorganisierter, durch die Aktionsbereitschaft der Jugendlichen, durch die wahllose Aufnahme von Mitgliedern, darunter undurchsichtiger Elemente²⁵⁰, durch die Illusionen über unmittelbar erreichbare Ziele und durch die anarchistischen Reaktionen auf die Niederschlagung der nachrevolutionären Kämpfe gegeben²⁵¹. Die Putschtaktik begegnete bald nach den Januar-

kämpfen in der KPD selbst starker Ablehnung und schien bis September 1919 von der Mehrheit der Partei überwunden, allerdings nicht in Berlin.

Die Abgrenzung gegen lumpenproletarische Elemente ließ die KPD nicht in den Fehler der MSPD verfallen, die Arbeit mit den unaufgeklärten Arbeitern völlig abzulehnen²⁵². Die KPD wies die Anwürfe gegen ihre Politik, die als lumpenproletarisches Abenteuerertum bezeichnet wurde, zurück und sah ihre Aufgabe in der Umlenkung der 'wilden' Kämpfe der unaufgeklärten Schichten in die Bahnen der organisierten Arbeiterbewegung. Der Auffassung, den Gewerkschaften fern zu bleiben, aus ihnen auszutreten und neue zu gründen, blieb die KPD bis zu ihrem zweiten Parteitag im Oktober 1919 treu. Die Arbeitslosenräte unter Einfluß der Kommunisten lehnten die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ab und warfen ihnen vor, sich für die Arbeitslosen nur in Fragen des Arbeitsnachweises einzusetzen²⁵³.

Auf ihrem zweiten Parteitag revidierte die KPD ihre Auffassungen über die Beteiligung an Parlamentswahlen und über die Mitarbeit in den Gewerkschaften²⁵⁴. Kritik fand die Inaktivität der Parteiführung in der Arbeitslosen- und Auswanderungsfrage²⁵⁵. In den Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage deutete sich nun der Richtungswandel in der Arbeit für die Arbeitslosen an, da der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit mit Hilfe der Gewerkschaften geführt werden sollte²⁵⁶.

Zur Auswanderungsfrage nahm die KPD noch einmal gegen Ende 1919 Stellung, indem sie sie als Flucht vor der Revolution ablehnte. Gegen den Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes empfahl sie die Intensivierung der Agitation durch die Organisationen der Arbeitslosen, machte aber die Gemeinsamkeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen bei Aktionen zur Bedingung²⁵⁷.

Den Bemühungen von USPD und KPD, durch die Arbeit unter den Arbeitslosen besonders die ungelernten Schichten an die Arbeiterbewegung anzuschließen, war es unter anderem zu verdanken, daß der Syndikalismus nur ein Symptom

des durchbrechenden Bewußtseins der Ungelernten²⁵⁸ blieb und sich nicht zu deren sozialer Vertretung entwickelte. Damit läßt sich auch die zu späteren Zeitpunkten festgestellte starke Vertretung von Ungelernten in der APD²⁵⁹ erklären.

III. DER AUFSCHWUNG DER ARBEITSLOSENBEBEWEGUNG 1920

1. Arbeitslosigkeit und soziale Lage der Arbeitslosen 1920

Die relativ hoffnungsvolle Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1919, wobei unter gleichzeitiger Verminderung der hohen Arbeitslosenzahl vom Beginn des Jahres auch ein großer Teil der zur Entlassung gekommenen Soldaten untergebracht werden konnte, setzte sich bis Mitte des Jahres 1920 fort. Während im Inlandsbedarf Unterproduktion herrschte, begünstigten die Nachholbedarfskonjunktur in den westlichen Ländern und der Währungsverfall die Produktion für den Export. Im Gefolge der seit Februar 1920 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise sanken sowohl die Auslandsaufträge als auch seit April der Währungskurs. Der direkte Zusammenhang zwischen Ausfuhrstockung und Arbeitslosigkeit wurde allerdings erst ab August 1920 in den Arbeitslosenzahlen sichtbar. Da die Inlandsnachfrage die Auslandsnachfrage auch nicht im geringsten ausgleichen konnte, kam es zu vermehrten Betriebsstillegungen.

Unter dem Eindruck des Absinkens der Arbeitslosigkeit war im Mai 1920 die Bezugsdauer der Unterstützung auf 26 Wochen eingeschränkt worden. Die Arbeitslosenziffer sank statistisch weiter, da die langfristig Arbeitslosen aus der Statistik ausschieden. Die Anzahl der länger als sechs Monate Arbeitslosen belief sich im August 1920 auf 15% der unterstützten Arbeitslosen, die der länger als neun Monate auf 5%¹. Die derart Ausgesteuerten vermehrten die Zahl der von der Stadt unterstützten Armen, die Mitte 1920 rund 32 000 betrug².

Die Arbeitslosigkeit in Berlin und im Reich 1920

Zeitpunkt	Berlin	Groß-Berlin	Reich
Jan.1920	59 000	93 000	447 000
Feb.1920	47 000	97 000	418 000
Apr.1920	41 000	78 000	309 000
Jun.1920	33 000	60 000	289 000
Okt.1920	49 000	91 000	362 000
Dez.1920	57 000	106 000	350 000

(3)

Vergleichsweise betrug die Zahl der unterstürzten Arbeitslosen im Dezember in Preußen 174 000, d.h. Berlin konzentrierte in seinem Stadtbereich über die Hälfte aller Arbeitslosen in Preußen.

Im Vergleich mit dem Höhepunkt im Februar 1919 sank die Arbeitslosigkeit der einzelnen Bezirke folgendermaßen:

Arbeitslosigkeit in den Berliner Bezirken
am 15.2.1919 und 24.4.1920

Bezirk	15.2.1919	24.4.1920
Berlin	182 600	47 700
Charl.burg	12 800	5 300
Neukölln	28 500	8 900
Schöneberg	5 200	1 100
Wilmerdorf	3 600	1 200
Lichtenberg	11 300	5 300 (4)

Wie die Skizze im Anhang zeigt, lagen Löhne und Unterstützungsbeträge 1918 noch so dicht beieinander, daß die Unterstützung als angemessene Entschädigung für entgangenen Verdienst gelten konnte. Solange das der Fall war, schienen die Klagen über die Konkurrenz für die Löhne durch die Unterstützung berechtigt. Im März 1919 konnte die Unterstützung für eine vierköpfige Familie von 63 Mark pro Woche im Verhältnis zum Lebenshaltungsindex in Höhe von 69 Mark als hinreichend zur Abdeckung der nötigsten Bedürfnisse bezeichnet werden. Die Diskrepanz zwischen Löhnen und Unterstützungen einerseits und dem Existenzminimum andererseits verschärfte sich erst im Verlauf des Jahres 1919. Während die Wochenlöhne der Arbeiter gewöhnlich das Existenzminimum erreichten⁵ und sich der inflationären Entwicklung anpaßten, wurde die Unterstützung nach einer Senkung im März 1919 erst im Januar 1920 und erneut im Mai 1920 der Entwicklung angepaßt. Dadurch ergab sich im Oktober 1919 bei einer vierköpfigen Familie zwischen dem physiologischen Notbedarf an Lebensmitteln und der Unterstützung die Differenz von 73:57 Mark (der geringere Unterstützungsbetrag erklärt sich aus dem Steuerabzug von der Unterstützung seit April 1919). Im Mai erhöhte sich die Differenz auf 137:90 Mark⁶. Für einen allein-

stehenden Arbeitslosen steigerte sich der Aufwand allein für Ernährung von 26 Mark im Juli 1919 auf 64 Mark im Januar 1920, während die Unterstützung unverändert 36 Mark pro Woche betrug. Reichte die Unterstützung anfänglich knapp für die Lebensmittel, so mußte in zunehmendem Maße für die Aufbringung der Wohnungs-, Heizungs-, Bleichungs- und Bekleidungskosten an den Lebensmitteln gespart werden.

Existenzminimum, Lebensmittelbedarf und Unterstützung einer vierköpfigen Familie 1920 pro Woche

Zeitpunkt	Ex.min.	Lebensm.	Unterstützung
Jan. 1920	220	108	63
März 1920	322	129	78
Mai 1920	365	137	90
Juli 1920	324	123	90
Sept. 1920	299	117	90
Nov. 1920	316	125	132 (7)

Existenzminimum und Unterstützung für Alleinstehende, Ehepaare ohne und mit zwei Kindern im Mai und November 1920 pro Woche

	Alleinst.		Ehepaar		Ehepaar, 2 Kinder	
	Mai	Nov.	Mai	Nov.	Mai	Nov.
Ernährung	70	54	110	90	150	136
Wohnung	9	9	9	9	9	9
Heizung	22	22	22	22	22	22
Bekleidung	48	30	80	50	112	70
Sonstiges	37	38	55	57	73	79
	186	153	276	228	366	316
Unterst.	42	48	66	84	90	132 (8)

Die Ernährungskosten im Mai für eine fünfköpfige Familie schlüsselten sich nach dem notwendigen Bedarf

auf in:	5 Karten Fett	53,75 Mark
	5 Karten Marmelade	13,65 Mark
	5 Karten Kartoffeln	8,00 Mark
	5 Karten Brot	22,50 Mark
	5 Karten Fleisch	30,25 Mark
	5 Karten Zucker	7,50 Mark
		135,65 Mark (9)

Da die Arbeitslosen auf die rationierten Waren angewiesen waren, konnten sie bei deren unzureichender Menge auch nicht auf den schwarzen Markt wegen dessen überhöhter Preise ausweichen. Der Rückgang der Ausgaben für Ernährung und Bekleidung zwischen Mai und November 1920 beruhte nicht

allein auf dem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus 1920, sondern zeigte auch, daß auf Kosten dieser Posten ein Ausgleich mit dem restlichen notwendigen Bedarf stattfand.

Unter den Folgen dieser Einsparungen litten am stärksten die Kinder, besonders die der Arbeitslosen, deren Anzahl sich im September auf rund 44 000 belief¹⁰. An der 115. Gemeindeschule in Berlin besaßen von 650 Kindern 161 keine Schuhe (nur Holzschuhe), 142 besaßen keinen Mantel oder warme Überbekleidung, 350 keine Unterwäsche, 341 berichteten, daß sie nie Milch im Hause hatten, 378 hatten keinen beheizten Raum, bei 106 Kindern konnten die Eltern nicht die notwendigsten Lebensmittel kaufen, 48 waren durch Unterernährung geistig zurückgeblieben, 50 außerordentlich schwach und wogen bis zu zehn Kilogramm unter der Norm¹¹. Andere Untersuchungen in Alt-Berlin ergaben, daß 16 % der Kinder weder Kaffee noch Suppe vor der Schule erhielten, 8% kein Brot zum ersten und 6% kein Brot zum zweiten Frühstück erhielten, 5% keine Mahlzeit am Vortage und 31% nur eine warme Mahlzeit eingenommen hatten¹². Feststellungen wie die, daß in Schöneberg 24% der Kinder unterernährt waren, bedeuteten eher die Regel als die Ausnahme¹³. Durch den Mangel an Reinigungsmitteln nahm die Sauberkeit ab und die Anfälligkeit für Krankheiten zu¹⁴. Die katastrophalen Wohnungsverhältnisse mit mehr als 25 000 übevölkerten Wohnungen, d.h. ein beheiztes Zimmer mit mehr als sechs oder zwei beheizte Zimmer mit mehr als 11 Personen, verschlimmerten die Lage noch¹⁵. Die auf Grund des geschwächten Zustandes erhöhte Anfälligkeit für Grippekrankheiten und Tuberkulose ließ die Kindersterblichkeit um ein Drittel, in der Altersgruppe der Fünf-bis Sechsjährigen um 75% ansteigen¹⁶.

2. Die Linksentwicklung der Arbeitslosenbewegung bis August 1920

Trotz der Abnahme der Arbeitslosenziffern verstärkten sich die Aktivitäten der Arbeitslosen, so daß sie das politische Leben in Berlin besonders prägten¹⁷. Die Annahme, daß es sich bei den Arbeitslosen generell um Unorganisierte handele, traf nicht zu. Im Februar 1920 waren knapp die Hälfte und im August 1920 über die Hälfte der unterstützten Arbeitslosen organisiert¹⁸. Mochte es sich dabei auch vorwiegend um die Arbeitslosen gelernter Berufe handeln, so waren darunter in größerem Umfang auch Ungelernte zu finden, die, analog dem Anwachsen der Gewerkschaften durch den Zustrom Unorganisierter, nach Unterstützung durch feste Organisationen suchten. Dieser Organisationsgrad zwang die Gewerkschaften, verstärkt von den Problemen der Arbeitslosen Notiz zu nehmen. Potentiell erhöhte sich dadurch die Möglichkeit, die Sympathie und Solidarität der Arbeiter zu gewinnen. Auch die Chance war damit gegeben, die Forderungen der Arbeitslosen auf breiterer Ebene an die Öffentlichkeit zu tragen und über die Fraktionen der Arbeiterparteien an die Parlamente und Behörden weiterzuleiten. Die Ausschöpfung dieser Möglichkeiten mußte allerdings oft erst erzwungen werden. Das Mittel des demonstrativen öffentlichen Auftretts, 1919 noch durch den Belagerungszustand unterbunden, kam nun verstärkt zur Anwendung. Zu den bisherigen Vertretern der Arbeitslosen, der USPD und der KPD, trat nun als dritte Partei die im April 1920 gegründete KAPD, die sich unter Aufnahme syndikalistischer Traditionen in der Vertretung Ungelernter zum Sprecher der radikalsten Arbeitslosen entwickelte.

Über die verschiedenen Ausbildungsgrade hinweg wurden die Arbeitslosen durch die Verschärfung der materiellen Lage, durch die Verweigerung auch der minimalsten Forderungen und nicht zuletzt durch das Vorurteil der Öffentlichkeit, das sie als Arbeitsscheue zusammenfaßte, zur Einigkeit gezwungen. Es war vor allem die Bereitschaft, die

Arbeitslosen gegen Diskriminierung zu verteidigen, sei es öffentliche oder behördliche, gegen bürokratische Vergabeweise der Unterstützung, übertriebene Kontrolle und rigorose Bestrafung bei Mißbrauch¹⁹, und nicht zuerst die sozialistische Programmatik, die die Arbeitslosen zur Anlehnung an die linken Parteien bewog.

Bereits im November 1919 war man wegen des Versuchs, den streikenden Metallarbeitern durch Vorenthaltung ihrer Papiere den Bezug der Arbeitslosenunterstützung zu erschweren, von seiten der USPD an die Gewerkschaften herangetreten und hatte eine grundsätzliche Stellungnahme zur Erwerbslosenunterstützung von ihnen verlangt²⁰.

Die ersten Demonstrationen vor dem Rathaus nach Aufhebung des Belagerungszustandes zu Anfang Januar 1920 dienten der Bekräftigung der Forderung nach einer Weihnachtsbeihilfe. Die Bemühungen um eine Weihnachtsbeihilfe für minderbemittelte Einwohner, die sogar vom Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge unterstützt wurden, fanden Widerstand bei den bürgerlichen Parteien. Diese verwiesen auf die fehlenden Mittel und bestritten den Arbeitslosen die Kompetenz, mit der Forderung nach Beihilfe auch für andere Gruppen Bedürftiger zu sprechen. Beklagt wurde das eigensinnige Vorgehen der Vororte, die vor der Eingemeindung ihre Mittel für Beihilfeszahlungen verausgabten, dadurch Berlin aber in ein besonders schlechtes Licht rückten²¹. Unter Übertreibung der wirklich gezahlten Summen²² wurde nach Weihnachten eine Rechnung von 40 Mill. Mark aufgemacht, die Berlin, gemessen an den Ausgaben Schönebergs, für Beihilfzwecke hätte aufwenden müssen. Derartig große Unterstützungen wären Sache des Reiches, da andernfalls eine 'Politik der freiwilligen Geschenke' den Kredit der Stadt schädige²³. Mit Blick auf die Arbeitsinvaliden, Unfall-, Invaliden- und Altersrentner, die allesamt weniger Unterstützung als die Arbeitslosen erhielten, legten die bürgerlichen Parteien den Arbeitslosen Bescheidenheit nahe. Dem Arbeitslosenrat warf man wegen der Demonstration Agitationsbedürfnis und Erpressung vor. Da mit der Kritik

an den Arbeitslosenräten deren Sinn und Funktion allgemein angesprochen war, verteidigte die USPD sie mit dem Hinweis auf ihre Aufgaben, die darin bestünden, Lohndrückerei und Unterbringung der Arbeitslosen zu jeder Bedingung zu verhindern, weil sich mit der Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen auch die der übrigen Bevölkerung einstelle. Die USPD machte gleichzeitig der MSPD zum Vorwurf, sich bei Beschlüssen zur Linderung der Not hinter der Erörterung von Deckungsfragen zu verstecken. Mit ihrer Demonstration zwangen die Arbeitslosen den Magistrat zur nachträglichen Bereitstellung von 1 Mill. Mark zu Beihilfzwecken²⁴.

Die erneute Verhängung des Belagerungszustandes im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes beschränkte auch die Aktivitäten der Arbeitslosen. In geschlossenen Versammlungen brachten sie aber ihre Kritik an der MSPD und ihr Mißtrauen gegen die Regierung zum Ausdruck²⁵.

Der Kapp-Putsch zeigte einen Spezialfall von Radikalisierung durch drohende Arbeitslosigkeit und Existenzlosigkeit, die aus der Verpflichtung zur Reduzierung des Heeres durch den Versailler Vertrag vielen Soldaten und Offizieren drohte²⁶.

Ansätze zu einer grundlegenden Verbesserung der Lage der Arbeitslosen, wie sie in dem Neunpunkteprogramm der Gewerkschaften zur Beilegung des Kapp-Putsches mit der Forderung nach Ausbau der Sozialgesetzgebung und im Bielefelder Abkommen zum Abschluß der Ruhrkämpfe mit dem Zugeständnis der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung und entscheidenden Einflußnahme der Arbeiterorganisationen bei der Neuregelung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen zum Ausdruck kamen, waren durch die inflationäre Entwicklung von der finanziellen Seite her in Frage gestellt und nach den Reichstagswahlen im Juni 1920 durch die neuen Mehrheitsverhältnisse jeglicher Aussicht auf Realisierung beraubt.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte reaktivierte sich erst wieder im Mai 1920 mit der Organisation reichs-

weiter Demonstrationen. Die Einsicht, daß auch erhöhte Unterstützungen bei der Inflation hinter den Bedürfnissen der Arbeitslosen zurückbleiben mußten und das Verbot für die Gemeinden, Extrabeihilfen zu gewähren, veranlaßten den Ausschuß, besonders die Beschaffung von Arbeit zu fordern und den Arbeitslosenräten zu empfehlen, in dieser Richtung Druck auf die Gemeinden auszuüben. Die Forderungen für die Demonstrationen am 17. und 18. Mai 1920 lauteten auf Bereitstellung einer einmaligen Anschaffungsbeihilfe für die länger als drei Monate Arbeitslosen in Höhe von 400 Mark für Verheiratete (250 Mark für Ledige, 100 Mark für Kinder), im Krankheitsfall die Bestreitung der Differenz zwischen Krankengeld und Unterstützung durch die Erwerbslosenfürsorge, die Streichung der Bestimmung, durch die man den Saisonarbeitslosen die Unterstützung unter Hinweis auf die Kriegsbedingtheit der Arbeitslosigkeit verweigerte, die Abgabe um 50% verbilligter Lebensmittel, die Ersetzung der Winterbeihilfe durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze, den Erlaß der Steuer auf die Unterstützung, Anerkennung der Arbeitslosenräte in sämtlichen Kommissionen, die über Arbeitslosenfragen berieten, so beim Arbeitsministerium, im Demobilmachungsamt und im Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge²⁷. Für Ende Mai berief der Reichsausschuß einen neuen Reichskongreß der Erwerbslosenräte ein, der sich mit dem Reichsversicherungsgesetz und der Stellung der Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte dazu befassen sollte.

Die Demonstranten zogen am 17.5. direkt vor das Finanz- und vor das Arbeitsministerium, um dort ihre Forderung nach Erhöhung der Unterstützung um 50% und Gewährung einer Anschaffungsbeihilfe vorzutragen. Der Vertreter des Finanzministeriums versprach, die Forderungen im Kabinett vorzulegen, das Arbeitsministerium ließ auf eine zu diesen Fragen bereits angesetzte Tagung zwischen den Kommunen Berlins, dem Finanzministerium und dem Reichserwerbslosenausschuß verweisen. Die Arbeitslosenvertreter drohten bei Mißerfolg der Verhandlungen mit der Rückgabe ihrer

Mandate²⁸.

Auf der Tagung waren das Arbeitsministerium, das Wohlfahrts- und Finanzministerium, die Arbeitsvermittlung, die Landesversicherung Berlin, Vertreter der Vororte, der Reichsausschuß der Erwerbslosen (Schmidt-KPD, Zoske-USPD, Happach-KAPD) und Vertreter der Arbeitslosen Preußens anwesend. Zur Beratung stand der Forderungskatalog des Reichserwerbslosenausschusses, der noch um einige Punkte erweitert worden war. Zusätzlich verlangte man die Nichtanrechnung von Renten und gewerkschaftlichen Unterstützungen auf die Arbeitslosenbezüge, die Anpassung des Existenzminimums an die Inflation nach einem Lebenshaltungskostenindex, eine Verordnung, die die Veröffentlichung freier Arbeitsstellen durch die Presse regeln sollte, eine Verordnung gegen die Überschreitung des Achtsturentages, Zulagen für die besetzten Gebiete und für Facharbeiter den zweieinhalbfachen Unterstützungssatz der normalen Unterstützung. Die Tagung hatte keinen praktischen Erfolg. Das Arbeitsministerium verweigerte jegliches Zugeständnis mit dem Hinweis auf die kommenden Wahlen. Auch ein Vermittlungsvorschlag der Gemeinden, wenigstens die Unterstützung um acht bis zehn Mark zu erhöhen, verfiel der Ablehnung, so daß sich auch die Gemeindevertreter enttäuscht über die Verschleppung dieser Fragen äußerten²⁹.

Zu dem Reichskongreß wurden die Gewerkschaften, der AfA, die Zentrale der Betriebsräte, die Betriebsorganisationen (KAPD) und die Arbeiterparteien eingeladen. MSPD, AfA und die zentralen Gewerkschaftsgremien beteiligten sich an dem am 28. und 29. Mai stattfindenden Kongreß nicht. Dagegen nahmen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Berliner Gewerkschaftskommission, der Betriebsrätezentrale und der Erwerbslosenfürsorge daran teil³⁰. Statt der geplanten Behandlung des Arbeitslosenversicherungsthemas standen nach dem offensichtlichen Scheitern der reichseinheitlichen Erwerbslosenorganisation deren Umorientierung und Unterstützungsfragen im Vordergrund. Während des Kongresses verhandelte erneut eine Delegation

der Arbeitslosen mit dem Arbeitsministerium um Unterstützungserhöhungen, aber wiederum ohne Erfolg. Dabei bekundete man die volle Aufmerksamkeit für die Lage der Arbeitslosen, machte aber die Gewährung einer Beihilfe von der vorherigen Rückfrage bei den Landesregierungen abhängig.

Den Reichsausschuß kritisierte man nun selbst wegen mangelnder Aktivität und Zurückhaltung bei seinen Forderungen, die hinter den Forderungen einzelner Landesverbände weit zurückfielen. In Sachsen waren unter Zugrundelegung des Tariflohnes über eine Unterstützung in Höhe von sechs Siebentel des Tariflohnes Verhandlungen eingeleitet worden. Die Bemühungen um Anerkennung durch die Reichsstellen waren ebenfalls kläglich verlaufen. Das hinderte den Reichsausschuß nicht, die Hinzuziehung des Reichsausschusses zu Verhandlungen mit den Reichsstellen nach den Arbeitslosendemonstrationen als ersten Erfolg zu sehen. Die Verzögerung der Verhandlungen durch den Reichsarbeitsminister versuchte der Reichsausschuß mit dem Druck der bürgerlichen Parteien und der Unmöglichkeit, Unterstützungen rechtlich einzuklagen, zu entschuldigen. Der Reichsausschuß hatte sich die Auffassungen der MSPD und der zentralen Gewerkschaftsleitung soweit zu eigen gemacht, daß er seine maßvollen Unterstützungsforderungen mit dem Hinweis auf allgemeinen Mangel an Mitteln begründen zu können glaubte und sich für die Ergänzung der staatlichen durch gewerkschaftliche Unterstützungen aussprach. Seine Klagen über mangelnde Solidarität für die Arbeitslosen wegen der Sonderinteressen der politischen Parteien und der beruflichen Abstufungen in den Gewerkschaften wurden allerdings auch von den radikaleren Vertretern der Arbeitslosen bestätigt. Arbeitslosenräte der USPD richteten scharfe Angriffe gegen die Reichstagsfraktion der eigenen Partei, der sie die uninteressierte Behandlung der ihr zugeleiteten Petitionen des Reichsausschusses vorwarfen, sowie gegen die Betriebsrätezentrale, die die Behandlung von Arbeitslosenansprüchen unter Vorschiebung organisatorischer Probleme abgelehnt hatte³¹, und gegen die Gewerkschaften. Die Vertreter der Gewerkschaftskartelle

und der Betriebsrätezentrale - die letztere hatte sich prinzipiell für die Zusammenarbeit der Arbeiter und Arbeitslosen und für die Bereitstellung von Arbeiten durch die Kommunen ausgesprochen - konnten die Vorwürfe nicht entkräften.

Damit trat die Isolierung der Arbeitslosen deutlich hervor. In der nun folgenden Umoorientierung der Arbeitslosenbewegung verzichtete man auf den Gedanken einer politisch unabhängigen reichseinheitlichen Organisation der Arbeitslosen, entzog dem neugewählten 'Provisorischen Ausschuß' die alleinige Verhandlungsvollmacht und definierte seine Funktion als Verbindungsstelle zwischen den Landesorganisationen. Von nun an lehnten sich die Arbeitslosen je nach den lokalen Bedingungen wieder an die politischen Parteien und deren Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Damit war der letzte Ausläufer einer Zentralisierung der Rätebewegung gescheitert.

Um die Arbeitslosen aus ihrer Isolierung herauszubringen, wurde der aus drei USPD-Mitgliedern bestehende 'Provisorische Reichsausschuß' beauftragt, von Arbeiterparteien und Gewerkschaften Stellungnahmen zur Arbeitslosigkeit als Problem der ganzen Arbeiterschaft einzuholen. Nach dem Reichskongress traten der Berliner Arbeitslosenrat und die Delegierten des Kongresses mit der Bitte um Unterstützung für die Arbeitslosen an die Gewerkschaftskommission, an die Betriebsrätezentrale und an die Parteivorstände von SPD, USPD, KPD und KAPD heran. SPD und AfA verweigerten die Mitarbeit. Die Betriebsrätezentrale beschloß, die Arbeitslosen zusammen mit den Betriebsräten auf der Basis der Forderungen der Betriebsräte zu mobilisieren³². Auch eine Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission verlangte die sofortige Aktivität der Kommission bei der Beschaffung von Notstandsarbeiten und bei der Beseitigung von Doppelexistenzen³³.

Da der Kongreß keine einheitlichen Grundsätze für die Arbeit unter den Arbeitslosen festgelegt hatte, setzte nun von seiten der einzelnen Parteien das Werben um ihre Gunst

ein. Von den praktischen Erfolgen ihrer Bemühungen hing es ab, ob sich die Arbeitslosen radikaleren Parolen zuneigten, die von der KAPD verbreitet wurden. Die KAPD hatte auf dem Kongreß die völlige Auflösung der bestehenden Arbeitslosenräte beantragt, deren Funktion sie solange gebilligt hatte, wie sie die Abstumpfung durch Verelendung verhindert hatten. Nach dem Scheitern der Umstellung der Wirtschaft auf die sozialistische Produktionsweise und der Verweigerung jeglicher Unterstützungserhöhung habe sich die Machtlosigkeit der Arbeitslosenräte gezeigt. Ihre Funktion bestünde in der Erzeugung reformistischer Illusionen, durch Verhandlungen Abhilfe schaffen zu können und in der Disziplinierung der revolutionären Aktionsbereitschaft der Arbeitslosen. Im unmittelbar bevorstehenden Entscheidungskampf käme den Arbeitslosen dadurch die Rolle eines Prellbockes zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu. Um das zu verhindern und die Arbeitslosen in die erwarteten revolutionären Kämpfe einzugliedern, verwies die KAPD die Arbeitslosen zur Wahrung ihrer Rechte auf das Mittel der Selbsthilfe und warnte vor der Hoffnung auf Hilfe durch Unterstützungen.

Die KPD geriet als erste unter den Zugzwang, da es sich bei der KAPD um eine Abspaltung aus ihren Reihen handelte. Einerseits hatte sie durch ihre Mitarbeit am bisherigen Reichsausschuß und durch ihre inkonsequente Arbeit mit den Arbeitslosen das Scheitern der Hilfsbemühungen für die Arbeitslosen mitzuverantworten. Andererseits hatte sie aus ihren Erfahrungen mit dem Aktionismus die Einsicht gewonnen, daß auf diesem Wege ebensowenig für die Arbeitslosen zu erreichen sei. Sie wandte sich daher besonders scharf gegen die Aufforderungen zu Aktionen durch die KAPD. Ihrerseits schloß sie sich der Parole der Betriebsrätezentrale nach Produktionskontrolle an und unterstützte die Anträge der linken USPD, die Kommunen zur Bereitstellung von Arbeit zu zwingen. Das schien schon allein deshalb mehr Aussicht auf Erfolg zu haben, weil die USPD in Berlin die stärkste Partei war.

Hinter der Forderung nach Bereitstellung von Arbeiten steckte immer der Anspruch des Rechts auf Arbeit. Man neigte dazu, in Verkennung der wirklichen Lage die Bereitstellung von Notstandsarbeiten als die Durchsetzung sozialistischer verhältnisse im kommunalen Bereich zu verstehen. Auf dem Erwerbslosenkongreß nahm daher die Berichterstattung über die Geschichte der Notstandsarbeiten und über die praktischen Erfahrungen in Neukölln breiten Raum ein. Die Inkonsequenz der Forderung lag darin, daß man auf die historische Form der Notstandsarbeiten zurückgriff³⁴. Diese hatten immer den Charakter zeitlich begrenzter Maßnahmen zur Behebung sozialer Notstände getragen. Die zeitliche Begrenzung hatte es auch erlaubt, sie als unproduktive und zusätzliche Arbeiten durchführen und die Kostenfrage hinter sozialen Aspekten zurücktreten zu lassen. Wenn sich auch jetzt die Kommunen aus Einsicht in die wirklichen Verhältnisse eher als Reichsstellen geneigt zeigten, Arbeiten zuzugestehen, so erlaubte ihnen ihre finanzielle Lage nicht, großzügig dabei zu verfahren. Versuche, den Maßstab der Rentabilität auch bei den Notstandsarbeiten, beispielsweise durch die Einführung von Akkordarbeit, anzulegen, fehlten deshalb nicht. Von den bürgerlichen Parteien wurden Notstandsarbeiten als Konkurrenz zu normalen Arbeiten und als Form der Zwangswirtschaft betrachtet. Der geringe Umfang, in dem sie schließlich doch bewilligt wurden, führte zu Rivalitäten zwischen den Arbeitslosen um die knappen Arbeitsplätze und behinderte so die Solidarität unter den Arbeitslosen selbst.

Erst nach Beendigung des Reichskongresses nahmen die Reichsstellen zu den Forderungen der Arbeitslosen Stellung³⁵. Sie versprachen, die Krankenunterstützung für Arbeitslose mit den Krankenkassen zu klären. Die verbilligte Abgabe von Lebensmitteln lehnte man ab. Die Aufhebung der Besteuerung der Unterstützung wurde zugesagt. Gegen das Weiterbestehen der Arbeitslosenräte erhob sich kein Einwand, man verweigerte ihnen aber die Anerkennung. Für die Veröffentlichung freier Arbeitsstellen durch die Presse

sollte dem neuen Reichstag ein Entwurf vorgelegt werden. Gegen die Überschreitung des Achtstundentages verwies man auf die bereits bestehenden Strafbestimmungen. Über den Beamten- und Geheimratsapparat, wie sie ihn bezeichneten, unbefriedigt und ohne Hoffnungen auf wirkliche Hilfe, verließen die Arbeitslosenräte die Beratungen³⁶.

Nachdem die Betriebsräte durch das Betriebsrätegesetz³⁷ in ihren Befugnissen zurückgedrängt worden waren, unternahm die bürgerliche Vereinigung in der Stadtverordnetenversammlung einen Vorstoß gegen die noch bestehenden Arbeitslosenräte, der in Form einer Anfrage nach ihrer Besoldung auf ihre Abschaffung zielte³⁸. Bei der Verteidigung der Arbeitslosenräte umriss die USPD-Fraktion den Aufgabenbereich, den die Arbeitslosenräte bearbeitet hatten und noch bearbeiteten³⁹. Dazu gehörten die Vermittlungen bei Streitigkeiten, die Überprüfung abgelehnter Anträge, die Mitarbeit im Fürsorgeausschuß und im Unterausschuß für die Freimachung von Arbeitsstellen, die Vertretung der Arbeitslosen im Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge und bei den Regierungsstellen⁴⁰.

Anzeichen der Stabilisierung schienen sich mit dem Valutasturz, der Festigung der Mark und in ihrem Gefolge dem Absinken des Preisniveaus und nicht zuletzt aus dem Rückgang der Arbeitslosenziffern zu ergeben. Die Beschränkung der Erwerbslosenfürsorge auf 26 Wochen, in Saisonberufen auf 13 Wochen, ließ auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze als tragbar erscheinen. Die Dringlichkeit von Abhilfsmaßnahmen war damit für die Reichsstellen nicht mehr gegeben. Die Ablehnung auch der nachdrücklich vorgebrachten Forderungen der Arbeitslosen im Mai bestätigten diese Haltung. Über Extra-Beihilfen fanden bis August 1920 zwischen Erwerbslosen und Reich keine weiteren Verhandlungen statt. Die im Mai erfolgte Erhöhung der Unterstützung hatte aber nicht ausgereicht, um die Differenz zwischen stagnierender Unterstützung und erhöhten Preisen auch nur zu mindern. Die Lebensmittelunruhen im Juni 1920 bewiesen wie unbefriedigend die Lage wirklich war.

In dem nun einsetzenden Wahlkampf für die Reichstagswahlen betonte die MSPD, daß keine gesetzgeberische Periode auf dem Gebiet der Sozialpolitik soviel erbracht habe wie die seit 1918. Sie verteidigte die Erwerbslosenfürsorge, die Maßnahmen zur Regelung des Arbeitsnachweiswesens, die Verordnung über die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und über den Einstellungs- und Weiterbeschäftigungszwang als das realpolitisch Erreichbare. Als Wahlziel für die Arbeitslosen stellte sie die Ausweitung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Arbeitslosen und die gesetzliche Vervollkommnung des Arbeitsnachweiswesens auf⁴¹. Die USPD versprach den Arbeitslosen, sich für die Abwälzung der Unterstützungskosten auf die Unternehmer und für die Anpassung der Unterstützungen an die Lebenshaltungskosten einzusetzen⁴². Bei der KPD fiel die Entscheidung für die Beteiligung an den Reichstagswahlen erst auf ihrem vierten Parteitag im April 1920. Obwohl sie die Notwendigkeit einer elastischeren Politik im Kampf um Teilziele erkannt hatte⁴³, beschloß sie, gegen die Illusionen der sozialen Reformen und der Sozialisierung anläßlich der Wahlen nur Forderungen aufzustellen,

".. die geeignet sind, den außerhalb des Parlaments vor sich gehenden und entscheidenden Kampf des Proletariats zu fördern und zu unterstützen, und ... in allen Schichten des Proletariats das Bewußtsein ihrer Unterdrückung zu erwecken und das Bedürfnis ihrer Befreiung vom Joch des Kapitalismus zu fördern". (44)

Im neuen Reichstag trat die USPD mit Anträgen für die Arbeitslosen sofort initiativ auf⁴⁵. Vor allem sollte durch die Aufnahme von Beziehungen zu Rußland der wirtschaftliche Aufschwung angeregt werden. Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge waren durch die Anpassung an das Existenzminimum unter Kontrolle und Beteiligung der Gewerkschaften, durch die unbefristete Bezugsdauer der Unterstützung und durch die Nichtanrechnung gewerkschaftlicher Beihilfen vorgesehen. Weitere Forderungen betrafen die ab März 1920 rückwirkende Erhöhung und die Nachzahlung des Differenzbetrages, gleiche Unterstützungen für Mann und

Frau, keine Anrechnung von Familieneinkommen auf die Unterstützung, Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden zu Tariflöhnen, die Wiedereingangssetzung der Betriebe zur Produktion von Bedarfsartikeln unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, Einführung verkürzter Arbeitszeit zur Verhinderung von Stilllegungen und Begleitung des Verdienstauffalls durch die Erwerbslosenfürsorge.

Nach den Reichstagswahlen orientierte sich die KPD in der Arbeitslosenfrage um. Im Reichstag selbst ließ sie in der ersten Rede auch zu Arbeitslosenproblemen Stellung nehmen⁴⁶. Sie kritisierte die Aktivitäten der Arbeitslosenräte, die die Unterstützungsfrage zu sehr in den Vordergrund gestellt hatten und verlangte, den Kampf mehr auf die Bereitstellung von Arbeit zu konzentrieren und ihn mit der Bewegung der Betriebsräte für die Produktionskontrolle zu verbinden⁴⁷. Gegenüber ihrem mehr beiläufigen Engagement in Arbeitslosenfragen zu Beginn 1920⁴⁸, wobei innere organisatorische Schwierigkeiten und die Stellungnahme zu größeren politischen Fragen zu berücksichtigen waren, begann sich die KPD jetzt ausführlicher und kontinuierlicher mit Arbeitslosenfragen zu befassen. Der Umschwung erfolgte sowohl unter dem Eindruck der Aktivitäten der USPD für die Arbeitslosen als auch durch den verstärkten aktionistischen Druck seitens der KAPD. Das Übergewicht der KAPD über die KPD war besonders in Berlin erdrückend. Von rund 12 000 Mitgliedern der KPD im Oktober 1919⁴⁹ befanden sich in Berlin 8 000, von diesen konnten aber rund 500 als Anhänger der KPD-Leitung gerechnet werden, während die Mehrheit der KAPD folgte⁵⁰. Die gewerkschaftliche Parallelorganisation der KAPD, die in Arbeiterunionen zusammengefaßten Betriebsorganisationen, zählten gegen Ende 1920 in Berlin auch rund 30 000 Mitglieder⁵¹. Die KAPD, die anlässlich der Hungerunruhen im Mai und Juni feststellte, daß die objektiven Voraussetzungen zur Revolution gegeben seien⁵², hatte mit ihrem starken Anhang unter den Arbeitslosen die Möglichkeit, durch Propagierung von Selbsthilfeaktionen den Anstoß zu Auseinan-

dersetzungen zu geben, die sich unter günstigen äußeren Bedingungen zu größeren Kämpfen ausweiten konnten. Erste Aufforderungen zu Selbsthilfeaktionen waren an die Arbeitslosen schon auf dem Reichsarbeitslosenkongreß ergangen.

Die USPD war diejenige Partei, die versuchte, durch Schritte in den Gemeinden und im Parlament den Arbeitslosen praktische Hilfe zu leisten. Durch die von ihr beeinflussten Gremien der Betriebsrätezentrale und der Berliner Gewerkschaftsorganisation hatte sie auch Sympathieumgebungen für die Arbeitslosen herbeigeführt.

Um eine eigene Linie herauszuarbeiten, verschärfte daher die KPD ihre Kritik an den Forderungen der USPD. Sie bezeichnete es als Illusion, die Arbeitslosigkeit noch innerhalb des Kapitalismus durch Unterstützungen, Notstandsarbeiten und Eingaben zu deren Bewilligung lösen zu wollen⁵³. Sie lehnte die Behandlung der Arbeitslosigkeit als Unterstützungsfrage ab und betonte ihren Zusammenhang mit der Lösung der Machtfrage. Erste Schritte in dieser Richtung seien der Kampf gegen Stilllegungen, für die Wiederingangsetzung der Betriebe zur Produktion lebensnotwendiger Güter, der Kampf um Preisfestsetzung und Produktionskontrolle⁵⁴. Da für die Arbeitslosen ohne die Solidarität der Arbeiterorganisationen wenig zu erreichen sei, sollten sich die Arbeitslosen weiterhin örtlich nach Berufsgruppen in Arbeitslosenräten organisieren, zwischen den Arbeitslosenräten überörtliche Verbindungen schaffen, vor allem aber mit Betriebs- und politischen Arbeiterräten und den Gewerkschaften Kontakt aufnehmen⁵⁵. Davon erhoffte sich die KPD eine breitere Unterstützung für die Bemühungen um die Wiederaufnahme der Produktion, durch die letztlich den Arbeitslosen nur zu helfen war. Während die KPD durch die Anlehnung der Arbeitslosenorganisationen an die Betriebsräte und Gewerkschaften die Solidarität wiederherzustellen suchte und sich gegen ein getrenntes Vorgehen der Arbeitslosen aussprach, baute die KAPD auf antigewerkschaftliche Strömungen, lehnte die Beteiligung an Wahlen zu den

Betriebsräten ab und befürwortete selbständige Aktionen der Arbeitslosen⁵⁶.

Die Bereitwilligkeit zur Solidarität mit den Arbeitslosen war in den Gewerkschaften unterschiedlich stark ausgeprägt. Ein hoher Organisationsgrad ließ nicht von vornherein Solidarität erwarten. Beispiel dafür waren die Buchdrucker, die lediglich Interesse für die Arbeitslosen ihres Verbandes zeigten. Ihre Hilfsmaßnahmen sahen vor, die Neueinstellung von Lehrlingen für die Zeit starker Arbeitslosigkeit zurückzustellen, die Arbeitszeit zu verkürzen und durch Extraabgaben besonders auf Überstundenverdienste einen Hilfsfonds für die Arbeitslosen zu schaffen. Statt Einwilligung erfolgte aber Protest gegen die Beschneidung der Überstundenverdienste⁵⁷. Die Metallarbeiter hingegen beschlossen die Einführung einer Branche der unorganisierten Arbeiter und beauftragten die Gewerkschaftskommission, die Bereitwilligkeit der Arbeiter zu Solidaritätsaktionen mit den Arbeitslosen durch eine Umfrage feststellen zu lassen. Die Arbeiter sollten dabei die Forderung nach Senkung der Preise für Bedarfsgegenstände unterstützen, sich zugleich gegen die Verkürzung der Unterstützung wenden und für die Beseitigung des Steuerabzuges eintreten⁵⁸.

Aber auch zwischen Arbeitslosen und Notstandsarbeitern kam es zu Auseinandersetzungen. Litt die Durchführung von Notstandsarbeiten schon an der Verweigerung oder Kürzung der Überteurungszuschüsse durch das Reich, so führte der Druck der Arbeitslosen zu dem Vorschlag, die Notstandsarbeiter nach sechsmonatiger Beschäftigung durch verheiratete Arbeitslose auszutauschen⁵⁹. Statt gemeinsamer Aktionen kam es nun noch zum Streit zwischen den Betroffenen um den Anteil an den Notstandsarbeiten.

Zur Bekräftigung der Arbeitslosenforderungen fand am 6. Juli 1920 eine große Demonstration im Lustgarten statt, zu der die Berliner Gewerkschaftskommission, der AFA und die Betriebsrätezentralen der SPD und USPD aufgerufen hatten. An ihr beteiligten sich auch KPD und KAPD⁶⁰.

Über den Katalog der Forderungen, die sich mit denen des USPD-Antrages im Reichstag deckten, kam es zwischen Gewerkschaften und Reich zu Verhandlungen, deren Resultat die Gewerkschaften dahingehend zusammenfaßten, daß zwar die Notlage anerkannt werde, praktische Hilfsmaßnahmen aber nicht unternommen würden⁶¹.

Im Reichstag brachten SPD und USPD die Arbeitslosenfrage in einer Interpellation Anfang August 1920 erneut zur Sprache⁶². Damit schwenkte auch die SPD wieder auf eine stärkere Erörterung von Arbeitslosenproblemen ein⁶³. Verlangt wurden die Ausgestaltung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, ein schärferes Verbot der Einstellung polnischer Landarbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit zur Verhinderung von Entlassungen, Notstandsarbeiten bei Torfstechereien und im Baugewerbe, Siedlungsbauten, Meliorationen, Kanal-, Brücken- und Straßenbauten, Elektrifizierung der Eisenbahnen, Sonderunterstützungen für länger Arbeitslose und Nichtanrechnung gewerkschaftlicher Unterstützungen. Im wesentlichen unterschieden sich die Anträge der beiden Parteien darin, daß die SPD Gewicht auf die verstärkte Einflußnahme des Reiches durch großzügige Auftragsvergabe, Notstandsarbeiten und produktive Erwerbslosenfürsorge legte, während die USPD die Wiedereingangssetzung stillgelegter Betriebe verbunden mit Produktionskontrolle als Vorstufe der Sozialisierung in den Vordergrund stellte. Darüberhinaus kritisierte sie das Bedürftigkeitsprinzip der Erwerbslosenunterstützung als im Widerspruch zum Recht auf Arbeit stehend.

Der Reichstag beschloß die Verlängerung der Unterstützungsdauer über 26 Wochen hinaus und stellte für die Dauerarbeitslosen eine Sonderbeihilfe in Höhe von 35 Mill. Mark in Aussicht⁶⁴. Die Bereitstellung von Arbeiten wurde durch langwierige Beratungen im Reichswirtschaftsrat über Umfang und Aufgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge verzögert⁶⁵. Die Widersprüche um die Arbeitslosigkeit nahmen zu, denn statt Arbeiten bereitzustellen, nahmen Bahn, Post, die Staatsbetriebe Spandau und der Magistrat Entlassungen

von Hilfskräften vor⁶⁶. Andererseits häuften sich aus vielen Bereichen Meldungen von Überstunden. Die Notstandsarbeiten litten weiter unter Geldmangel, die Erhöhung der Unterstützung wurde mit Hinweis auf die inflationären Wirkungen abgelehnt⁶⁷. Zwar setzte der Magistrat im August eine gemischte Deputation ein, um Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu beraten, die sich aber auch nicht zu schnellen Entschlüssen durchringen konnte⁶⁸.

Da für die Arbeitslosen nichts Konkretes geschah, fand die Aufforderung zur Selbsthilfe zunehmend Gehör⁶⁹. Zur Beruhigung der angestauten Mißstimmung beschloß der Magistrat die baldige Auszahlung der Sonderbeihilfe, die sich für die über zwei Monate Arbeitslosen zwischen 48 und 144 Mark staffelte⁷⁰. Zwei Wochen später beschränkte man die Beihilfe auf die länger als fünf Monate Arbeitslosen, erhöhte dafür den Betrag auf 200 Mark⁷¹. Die anfänglich in der Beihilfe mit berücksichtigten jugendlichen Arbeitslosen wurden wieder davon ausgeschlossen, der Auszahlungstermin weiter offen gelassen.

Am 20. August 1920 veranstalteten die Arbeitslosen erneut eine Demonstration im Lustgarten. Daran anschließend zogen sie vor das Rathaus, um ihre Forderungen dort vorzutragen⁷². Unter Ausklammerung politischer Parolen verlangten sie Maßnahmen zur Linderung ihrer materiellen Lage. Dazu gehörte die versprochene Beihilfe, deren Mindestbetrag sie gegenüber Mai von 400 auf 600 bis 800 Mark erhöht hatten, um die Teuerungsrate und die zurückgestellten notwendigsten Anschaffungen nachzuholen. Schuhe, Bekleidung und Lebensmittel sollten ihnen bereitgestellt und den zahlungsunfähigen Arbeitslosen die Gaszufuhr gesichert werden. Anhebung der Unterstützung auf das Existenzminimum und Gleichstellung von Mann und Frau gehörten schon zu den Standardforderungen. Die Demonstration delegierte Abgesandte zum Magistrat, die vom Oberbürgermeister empfangen wurden⁷³. Er bekundete sein außerordentliches Verständnis für die Forderungen, versprach, sie bei Reichs- und Landesbehörden rückhaltlos zu vertreten und versuchte, die Kritik

der Arbeitslosen gegen die Reichsbehörden zu lenken. Mit dem Hinweis auf den Abbau der Zwangswirtschaft für Lebensmittel, durch die eine geordnete Versorgung im Winter gefährdet sei, deutete er an, daß auch in der Bereitstellung von Lebensmitteln vom Magistrat wenig zu erwarten sei⁷⁴. Die Vertreter der Arbeitslosen sollten zu den Beratungen über Arbeitsbeschaffung in einer städtischen Deputation hinzugezogen werden. Für die baldige Verteilung und Erhöhung der Beihilfe wolle er sich auf den Verhandlungen mit Regierungsvertretern am gleichen Tage einsetzen, ihnen die Lage ausführlich schildern und auf Arbeitsbeschaffung dringen. Die Gleichstellung der Unterstützungssätze für Mann und Frau erklärte er als das Gebot der Stunde. Die Bereitstellung von unentgeltlichen Schuhen, Kleidung, Kohle und Gas werde in einer Kommission dringlich beraten und so bald als möglich beschlossen werden.

Die weitgehenden verbalen Zugeständnisse und die Verhandlungsbereitschaft bezeugten, daß sich der Magistrat keine Illusionen über den angestauten Unmut machte und seinen engen Spielraum nur durch Entgegenkommen erhalten konnte, dem aber praktische Taten umgehend folgen mußten, um die Glaubwürdigkeit unter den Arbeitslosen nicht völlig zu verlieren.

In dieser Situation konnten USPD und KPD nicht an die Umsetzung ihrer Ziele, wie Weiterführung stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter (USPD) und Arbeitssicherung durch Produktionskontrolle (KPD), denken, sondern mußten mit Blick auf drohende Verzweiflungsaktionen die Hoffnung auf Erfolge durch den Verhandlungsweg erhalten. Anlaß dazu gab die Taktik der KAPD, die den Zeitpunkt zur Auslösung revolutionärer Aktionen für gekommen hielt, da einerseits die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes drohte, andererseits die Verelendung der Arbeitslosen, Mängel in der Lebensmittelversorgung und Wohnungsnot im Kontrast zu Schieber- und Schlemmerleben genügend Anlaß zu agitatorischer Ausnutzung gaben⁷⁵. Anzeichen deuteten darauf hin, daß von Arbeitslosenversammlungen

Zeichen zum Beginn größerer Kämpfe gegeben werden sollten⁷⁶.

Die auf Druck der Arbeitslosen stattfindende Beratung einer Kommission für Arbeitsbeschaffung, an der das Reichsarbeitsministerium, die Berliner Behörden, das Landwirtschaftsministerium und Vertreter der Arbeitslosen teilnahmen, sah sich vor dem Dilemma, daß vom Reich keine finanziellen Zusagen gemacht wurden, ohne die die Gemeinden keine Arbeiten einleiten wollten. Als Kompromiß beschloß man, mögliche Projekte bis zum 1. September 1920 einreichen zu lassen, über deren Förderung dann entschieden werden sollte⁷⁷. Dazu schrieb die 'Freiheit':

"Wir befürchten nur, daß bei Innehaltung des bekannten Instanzenweges die Arbeitslosen verhungern, ehe diese Instanzen für Arbeit gesorgt haben". (78)

Auch die KPD sprach den Gemeinden den guten Willen zur Bereitstellung von Notstandsarbeiten nicht ab, die aber wegen deren Verschuldung und wegen der hohen Baustoffpreise nicht in größerem Umfang realisierbar seien⁷⁹. Zur Abdeckung der dringendsten Lebensbedürfnisse verteilte der Magistrat gegen Ende August kostenlos 1500 Zentner Kartoffeln an Arbeitslose, die mindestens einen Monat ohne Arbeit gewesen waren und begann mit der Auszahlung der Sonderbeihilfe in Höhe von 200 Mark an die fünf Monate und länger Arbeitslosen. Für Kleidung und Kohlen reichten die Mittel der Stadt nicht aus⁸⁰.

Anfang September nahm die Reichsregierung zu den Forderungen der Demonstration am 20. August Stellung. Durch Bereitstellung weiterer 15 Mill. Mark sollten nur auch wieder die Arbeitslosen ab zwei Monaten und die ledigen und jugendlichen Arbeitslosen mit Beträgen zwischen 50 und 100 Mark berücksichtigt werden⁸¹. Zum baldigen Beginn von Notstandsarbeiten durch die Gemeinden wollte die Reichsregierung Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bewilligen. Die gleiche Unterstützung für männliche und weibliche Arbeitslose verfiel mit dem Hinweis

auf die bestehenden Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern der Ablehnung ebenso wie die geforderte Angleichung der Renten an das Niveau der Arbeitslosenunterstützung und die Unterstützungserhöhung. Mit den Forderungen nach Lebensmitteln, Kleidung und Kohlen verwies das Reich die Arbeitslosen an die Kommunen. Gegen die Betriebsabbrüche stellte die Reichsregierung eine Verordnung in Aussicht⁸². In den folgenden Tagen wurde auch die Steuerfreiheit der Unterstützung beschlossen⁸³.

Die 'Freiheit' warnte vor den Folgen der 'Enttäuschung und der Verzweiflung der Arbeitslosen über die Kläglichkeit der Hilfsaktionen, die bei der Beschaffung von Arbeit noch mehr versagt hatten als bei der Unterstützung'⁸⁴. Die lange Hinauszögerung konkreter Hilfe hatte die Aktionsbereitschaft der Arbeitslosen so weit gesteigert, daß sie sich nun nicht mehr bremsen ließ.

5. Verschärfte Differenzen in der Arbeitslosenbewegung von September bis November 1920

In Friedrichshain wurden am 28. August im Zusammenhang mit der bevorstehenden Kartoffelverteilung durch den Magistrat die bisherigen Arbeitslosenräte abgewählt und durch 'Aktionsausschüsse' ersetzt. Diese standen unter der Leitung der KAPD und beherrschten in der Folgezeit durch ihren Aktionismus die Szene⁸⁵. Sie setzten sich sofort mit dem Oberbürgermeister für die Bereitstellung von Notstandsarbeiten in Verbindung, für deren Finanzierung dieser auch eine Summe von 90 Mill. Mark versprach. Dazu schrieb die 'Freiheit':

"Die Arbeitslosen mögen sich aber keinen Illusionen hingeben. Die Kommunen können beim besten Willen nicht mehr tun, als in ihren Kräften steht. Das Wichtigste, Kapital und Produktionsmittel, befindet sich doch in der Hauptsache in Privathänden und diese bestimmen, ob produziert wird oder nicht". (86)

Zu dieser Frage faßte eine Konferenz der Arbeitslosenräte des ganzen Reiches am 5. September in Berlin den Beschluß,

die Übernahme stillgelegter Betriebe durch die Arbeiter zu beginnen. Die Arbeitslosenräte wollten an die sozialistischen Parteien um Unterstützung für diese Aktion herantreten. Die Veranstaltung von Versammlungen und Demonstrationen zu diesem Thema blieb den örtlichen Organisationen überlassen, die auch den Zeitpunkt nach ihrem Ermessen bestimmen sollten. Für die Aufnahme von Mitgliedern der KAPD in die Organisationen wollte man ebenfalls sorgen⁸⁷.

Die revolutionären Aktionsausschüsse waren im Sommer von der KAPD ins Leben gerufen worden, um zusammen mit den politischen Arbeiterräten die wirtschaftlichen zu politischen und diese weiter zu kämpfen um die Machtübernahme auszuweiten⁸⁸. In der gegebenen Situation schien die Gelegenheit dazu vorhanden zu sein. Zwar rechneten auch die USPD und die KPD mit der Möglichkeit eines baldigen Umsturzes⁸⁹, sie waren aber nicht bereit, diesen Prozeß zu beschleunigen und sich dabei etwa der Arbeitslosen bedienen zu wollen. Sie versuchten vielmehr, die Arbeitslosen von Selbstbedienungsaktionen abzuhalten und warnten sie, Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren⁹⁰. Es gelang ihnen im September 1920 nicht mehr, die Arbeitslosen fest unter ihrer Führung zu behalten.

Die Ablehnung der Reichstagsanträge von USPD und SPD für die Arbeitslosen durch den Volkswirtschaftsausschuß, die Ablehnung der Unterstützungserhöhung und das widerstrebende Zugeständnis von 126 Mill. Mark aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Notstandsarbeiten, wovon aus einer Gesamtzahl von rund einer halben Million Arbeitsloser⁹¹ nur 60 000 für vier bis fünf Monate beschäftigt werden konnten, taten das ihrige, um die Bemühungen von USPD und KPD in den Augen der Arbeitslosen als zwecklos zu entblößen⁹². Vergeblich versuchten diese beiden Parteien, den Arbeitslosen eine Kampfperspektive zu bieten, indem sie an die Arbeiterorganisationen appellierten, ihre Macht für die Arbeitslosen einzusetzen und den Arbeitslosen die Solidarität zu entgelten, die diese

mit der Benutzung der Arbeitsnachweise und der Verweigerung von Schmutzkonkurrenz zeigten. Neben dem Verzicht auf Doppelverdienste und für die Einhaltung des Achtstundentages sollten sich die Gewerkschaften und die Betriebsräte für die Wiedereingangssetzung der Betriebe und für Produktionskontrolle stark machen. Die Arbeitslosenräte waren bereit, sie dabei zu unterstützen⁹³. Solange die Gewerkschaften und Betriebsräte nicht von sich aus aktiv für die Produktionskontrolle eintraten, blieb den Arbeitslosenräten nur die Bemühung um die Absicherung der materiellen Lage durch Unterstützungen, wobei ihnen durchgreifende Erfolge nicht gelangen.

Immer wieder richteten die Arbeitslosenräte Ermahnungen an die Regierung, tätig zu werden, an die Arbeitenden, die Arbeitslosen zu unterstützen und an die Arbeitslosen selbst, sich nicht zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen. Die Regierung blieb bei ihrer Haltung, die Lösung der Arbeitslosenfrage mit der Hoffnung auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu verknüpfen⁹⁴. Gerade die Diskrepanz zwischen den fortlaufend gemachten Versprechungen und den wirklich bereitgestellten Summen für Notstandsarbeiten sowie die Unsicherheit über den Umfang der Sonderbeihilfe, bildeten den Anlaß und den Boden für die Bereitschaft der Arbeitslosen, den Vorwürfen der Inaktivität und des Bürokratismus gegen die bisherigen Arbeitslosenräte zuzustimmen und die Wahl von Aktionsausschüssen zu billigen⁹⁵. Daß Mitte September nun endgültig auch die ledigen und jugendlichen Arbeitslosen und die Arbeitslosen mit einer Dauer unter fünf Monaten mit Beträgen unterstützt wurden, wie sie bereits seit Mai 1920 gefordert worden waren (300 Mark für zwei bis fünf Monate Arbeitslose, 400 Mark für über fünf Monate Arbeitslose, 100 Mark für Ledige unter 21 Jahren und 120 Mark für Ledige über 21 Jahren), konnte den Stimmungsunschwung der Arbeitslosen nicht mehr rückgängig machen und sah mehr nach zugeständnis und Mittel zur Dämpfung der Empörung aus⁹⁶.

Zwischen den alten Arbeitslosenräten und den Aktions-

ausschüssen kam es zu einer Doppelherrschaft. Der Berliner Arbeitslosenrat erklärte sich zur Zusammenarbeit mit den Aktionsausschüssen bereit, wenn diese auf erneuten Versammlungen bestätigt würden. Das geschah bei vier der insgesamt fünf Aktionsausschüsse nicht, nur der fünfte wurde auf einer großen Versammlung in Friedrichshain erneut bestätigt. Dieser Aktionsausschuß trat nun wirklich in Aktion und setzte den Berliner Arbeitslosenrat am 14. September ab⁹⁷. Damit hatte die KAPD sowohl Vertreter in den örtlichen Arbeitslosenräten als auch die Führung der gesamten Bewegung. Dadurch waren die Voraussetzungen für die auf der Konferenz der Arbeitslosenräte am 5. September beschlossenen Aktionen geschaffen und die Führung aus der Hand besonnener Räte genommen. Die Arbeitslosen unter der Führung des Aktionsausschusses begannen, die von den Arbeitern vergeblich geforderte Solidarität mit Gewalt zu erzwingen und besetzten verschiedene Betriebe⁹⁸. Dabei konnten sie sich auf die Anhänger der Arbeiterunions in den betreffenden Betrieben stützen.

In den folgenden Tagen verhinderten sie auch die Versammlungen der alten Arbeitslosenräte, die Abstimmungen über die Aktionsausschüsse durchführen wollten. Sie besetzten die Arbeitsnachweise, was zur zeitweiligen Einstellung der Unterstützungszahlung durch den Magistrat führte⁹⁹, und veranstalteten eigene Arbeitslosendemonstrationen am 20. September¹⁰⁰. Die Bewegung dehnte sich auch auf die Obdachlosenasyile aus. Die Obdachlosen, die nicht zu geringen Teilen aus den ärmsten Arbeitslosen bestanden, forderten nun gleichfalls die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten, Altersversorgungsheime, Plätze in Krankenhäusern und Sanatorien¹⁰¹. Die Beteiligung der Obdachlosen bewies den linksradikalen Charakter der durchgebrochenen Strömungen, da man vor der Mobilisierung der tieferen Volksschichten nicht zurückschreckte und sich von den Bedenken der traditionellen Arbeiterparteien dabei nicht leiten ließ. Die KPD hatte gegen die Forderungen der Obdachlosen nichts einzuwenden, wies die Obdachlosen aber

auf die Gemeinsamkeit ihres Kampfes mit dem der Arbeitslosen hin und warnte sie wie die Arbeitslosen vor vereinzelten Aktionen. Gegen die politischen Tendenzen der Aktionsausschüsse fielen von seiten des abgesetzten Arbeitslosenrates Vorwürfe, die die SPD zur Abgrenzung gegen die KPD mit dem Hinweis auf ihre nicht einwandfreie Anhängerschaft schon früher benutzt hatte. Man warf den Aktionen die Beteiligung unorganisierter, krimineller und moralisch nicht einwandfreier Elemente vor¹⁰².

Bei der angestiegenen Unruhe tat der Magistrat das Sinnvollste, indem er Schmalz und Graupen zum halben Tagespreis an die Arbeitslosen abgab. Die Forderung nach Senkung der Lebensmittelpreise war dadurch wenigstens punktuell erfüllt. Hilfe brachte diese Aktion nur zeitweilig und hinderte die Arbeitslosen lediglich am Verhungern¹⁰³. Die im August für Arbeitslosenfragen eingesetzte gemischte Deputation beschloß die Bereitstellung von 200 Mill. Mark für Notstandsarbeiten in Berlin und in den umgebenden Gemeinden¹⁰⁴. Schließlich stellte auch das Reich Mittel für die Winterbeihilfe für die Arbeitslosen bereit¹⁰⁵.

Die Spannungen zwischen den beiden Richtungen der Arbeitslosenbewegung blieben bestehen. Der abgesetzte Arbeitslosenrat löste sich nicht auf, verlegte lediglich seine Arbeitsräume und setzte seine Mitarbeit in der Erwerbslosenfürsorge fort. Auf der Konferenz der preussischen Arbeitslosenräte am 19. und 20. September wurde er als alleiniger Vertreter der Arbeitslosen anerkannt und der Aktionsausschuß von den Verhandlungen ausgeschlossen¹⁰⁶. Die KAPD hielt dennoch am Aktionsausschuß fest. Der Vertreter der KAPD auf dieser Konferenz zeigte sich aber kompromißbereit und einigte sich mit der KPD auf politische Arbeiterräte und deren Kampf für die Produktionskontrolle. Noch vor Beginn der Konferenz hatte die USPD an die Gewerkschaften und die Betriebsräte appelliert, die Leitung der Arbeitslosenbewegung in die Hände verantwortungsbewußter Vertreter zu legen¹⁰⁷. Die Konferenz

beschloß in diesem Sinne, die Arbeitslosen an die Betriebsgruppen der Betriebsräte anzugliedern. Die Gewerkschaften und Betriebsräte wurden aufgefordert, die Aktion zur Übernahme der Produktionskontrolle aufzunehmen. Durch aktive Vertretung der Arbeitslosenforderungen sollten sie die Arbeitslosen von Verzweiflungsaktionen abhalten.

Die Betriebsrätezentrale gestand selbst ein, daß in der Arbeitslosenfrage bisher alles von den Arbeiterorganisationen vernachlässigt worden sei. Sie trat für die Beibehaltung der Arbeitslosenvertreter beim Magistrat ein und sah in der Schaffung der Solidarität zwischen Arbeitern und Arbeitslosen eine vorrangige Aufgabe, um der Gefahr der Spaltung für die gesamte Arbeiterschaft vorzubeugen, die durch die eigenmächtigen Aktionen der Arbeitslosen im Aktionsausschuß drohte. Sie kam daher der Aufforderung der Konferenz nach und berief Arbeitslosenversammlungen ein, auf denen der Anschluß der Arbeitslosen an die Industriegruppen der Betriebsräte durchgeführt werden sollte¹⁰⁸. Der Aktionsausschuß verhinderte wiederum das Zustandekommen dieser Versammlungen, die seine Auflösung zur Folge gehabt hätten, und die eine Wendung der Arbeitslosenbewegung in gemäßigte Bahnen ermöglicht hätten. Die Warnungen vor Selbstbedienungsaktionen waren daher berechtigt, fanden aber taube Ohren¹⁰⁹.

Wie die Interessen der Arbeitslosen vernachlässigt wurden und wie schwer die Solidarität zwischen ihnen und den Arbeitern herzustellen war, bewies erneut der Reichsbetriebsrätekongreß vom 5. bis 7. Oktober in Berlin, auf dessen Tagesordnung die Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt worden war. Eine Delegation der Arbeitslosen mußte sich fast gewaltsam Zugang verschaffen und nach der Zulassung erneut durch Demonstrationen das Stimmrecht erzwingen. Sie mußte mit ansehen, daß ihre Anträge ohne Abstimmung an einen Beirat zur Beratung überwiesen wurden. Die Vertreter der Arbeitslosen zogen daraus den Schluß, daß der Kongreß nicht gewillt war, Forderungen für die Arbeitslosen zu beschließen, diese der Regierung zu unter-

breiten und bei Ablehnung zu einer Aktion für die Arbeitslosen aufzurufen¹¹⁰. Da sich der Kongreß über die zukünftige Leitung der Betriebsräteorganisation durch eine selbständige Spitze bzw. durch die Gewerkschaften zerstritt, blieben die Arbeitslosenfragen zweitrangig. Gegner der Produktionskontrolle befürchteten von der damit verbundenen Beschlagnahme von Privatkapital vermehrte Stilllegungen, wodurch die Absicht, den Arbeitslosen zu helfen, ins Gegenteil verkehrt würde¹¹¹. Das Spektrum der Teilnahme an den Problemen der Arbeitslosen reichte von der Bekundung von Sympathie über die Beschwörung einer Kampfgemeinschaft Arbeitender und Arbeitsloser bis zu Willenskundgebungen ohne praktische Konsequenzen¹¹². Die zur Abhilfe beigesteuerten Vorschläge wie die Beseitigung der Doppelexistenzen, die Verpflichtung, auf jeden fünfzigsten Beschäftigten einen Arbeitslosen einzustellen¹¹³, die Besiedlung von Ödländereien, die Zurückdrängung von polnischen Landarbeitern und Gefangenen aus Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft¹¹⁴, setzten das bisher geübte kurieren an Symptomen fort. Nach der Erfolglosigkeit der Bemühungen um Unterstützungserhöhungen setzte man die Hoffnung auf den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Daneben richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Kommunalisierung von Grund und Boden, um durch kommunale Wohnungspolitik zugleich die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen¹¹⁵. Außer den Arbeitslosenvertretern warnte besonders die Opposition¹¹⁶ auf dem Betriebsrätekongreß vor der drohenden Spaltung der Arbeiterbewegung, falls sich die Betriebsräte nicht engagierter für die Arbeitslosen einsetzten und illustrierten diese Warnung mit dem Hinweis auf die Vorgänge in Berlin¹¹⁷.

Die KAFD und ihr Aktionsausschuß fanden sich mit der Zeit mit den kleinen Sorgen der Arbeitslosen konfrontiert, die durch revolutionäre Parolen allein nicht behoben werden konnten. Sie richtete daher einen Beschwerdeausschuß ein, der damit die gleiche Arbeit tat wie die des Bürokratismus bezichtigten alten Arbeitslosenräte¹¹⁸. Die

von ihr einberufene Arbeitslosendemonstration am 6. Oktober zeichnete sich zwar durch radikalere Forderungen aus, die denen nach Unterstützung und Notstandsarbeit hinzugefügt worden waren und die Arbeit für alle, volle Existenz für alle, die Einsetzung von Arbeitslosenobleuten in den Zahlstellen und Arbeitsnachweisen verlangten, im übrigen beschritt aber auch die KAPD den Weg der Verhandlungen mit dem Magistrat¹¹⁹. Dieser willigte nur widerstrebend ein und erklärte, daß er nur mit der berufenen Vertretung aller Arbeitslosen zu verhandeln gewillt sei, die erst von der Groß-Berliner Arbeiterschaft unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte zu wählen sei. Die Magistratskommission verwies auf die bereits bewilligten 300 Mill. Mark für Notstandsarbeiten, auf die ebenfalls bereits erfolgte Hilfe mit Lebensmitteln und die in Angriff genommene Beschaffung von Kohlen¹²⁰. Vertreter der KAPD gaben nun zu, daß Aktionen beim Magistrat sinnlos seien¹²¹. Auch die Politik der KAPD in den Auseinandersetzungen zwischen Notstandsarbeitern und Arbeitslosen in Neukölln, wobei sie den Austauschvorschlag der USPD unterstützt hatte, brachte nicht den gewünschten Erfolg¹²². Da sich die Betriebsräte in Neukölln aktiv für die Arbeitslosen einsetzten, gelang es dort kurzfristig, die Gemeinsamkeit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen herzustellen. Die Forderungen nach Erhöhung der Unterstützung, der Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, die Verhinderung von weiteren Entlassungen und die Ausfüllung der von der Betriebsrätezentrale herausgegebenen Bilanzformulare als erstem Schritt zur Produktionskontrolle, wurden dem Magistrat vorgetragen. In anschließenden Versammlungen beriet man das gemeinsame Vorgehen der Betriebsräte als wirtschaftlicher und der politischen Arbeiterräte als politischer Vertretung der Arbeitslosen bei der Steigerung der begonnenen Aktion bis zur Übernahme der Produktion. Dahinter mußten die Gegensätze zwischen Notstandsarbeitern und Arbeitslosen zurückgestellt werden¹²³. Der Einfluß der KAPD war damit gebremst, aber nicht gebrochen.

nach dem Scheitern ihrer Vorstöße vermied sie die weitere Isolation, indem sie gemeinsamen Aktionen zustimmte.

Der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung bestätigte unter dem 4. Oktober die bedrohliche innenpolitische Lage, die sich aus der Arbeitslosenfrage ergeben hatte:

"Die Arbeitslosenfrage erlangt für die Entwicklung der inneren Lage eine immer ausschlaggebendere Bedeutung. Ganz besonders ernst ist diese Frage für Groß-Berlin, auf das von der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland 48% entfallen, ungerechnet der von der Erwerbslosenkontrolle nicht erfaßten Personen. Insgesamt dürften in Groß-Berlin unter Ein-schluß der Familienmitglieder 300 000 Personen dem Heer der Arbeitslosen zuzurechnen sein". (124)

Ursache für die Vergrößerung der Arbeitslosenzahl in Berlin waren die Demobilisierungsverordnungen, nach deren Neu-fassungen alle diejenigen ihre Arbeitsplätze zu räumen hatten, die nicht vor dem 30.6.1914 in Berlin ansässig waren¹²⁵. Diese zogen aber nicht aus Berlin fort

".. vielmehr treiben Tausende von ihnen sich in Berlin ohne Arbeit und Unterstützung herum und vergrößern die Scharen der wilden Händler, Schieber und Gelegenheitsverbrecher". (126)

Zu der allgemeinen Mißstimmung wegen der großen Wohnungsnot trat bei den Arbeitern noch die über Stilllegungen und Produktionseinschränkung, bei den Arbeitslosen über die Konzeptionslosigkeit der Regierung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die stattdessen in der Öffentlichkeit verstärkt vorgetragenen Pläne eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres bzw. der Einführung der Arbeitsdienstpflicht¹²⁷. Die Dienstpflicht wurde kategorisch abgelehnt, da man hinter den vorgeschobenen erzieherischen Absichten den Sinn dieser Pläne in der Umgehung der Arbeitsbeschaffung und Unterstützungserhöhung sah¹²⁸.

Um die Arbeitslosenbewegung wieder in kontrollierbare Bahnen zu lenken, ließ der Magistrat nach dem Rücktritt der alten Arbeitslosenräte am 9. Oktober¹²⁹ durch die Erwerbslosenfürsorge und die Gewerkschaften Richtlinien

für die Neuwahl der Arbeitslosenräte ausarbeiten. Die 108 neu zu wählenden Arbeitslosenräte sollten die Arbeitslosen nur wirtschaftlich vertreten und daher, nach Berufsgruppen getrennt, bei den zuständigen Arbeitsnachweisen gewählt werden¹³⁰. Bei den Wahlen sollten auch die Unorganisierten berücksichtigt werden. Gegen die Zurückdrängung der politischen durch die rein wirtschaftlichen Arbeitslosenräte protestierte die KPD, die stattdessen die Wahl nach den Richtlinien der Betriebsrätezentrale auf der Grundlage der fünfzehn Industriegruppen verlangte. Die Wahl selbst sollte auf Branchenversammlungen durchgeführt werden. Ebenso kritisierte sie den Ausschluß derjenigen Arbeitslosen von der Wahl, die die verlangte numerierte Stempelkarte nicht besaßen. Ihre Zahl wurde auf 40 000 beziffert¹³¹. Da sie sich mit ihrem Einspruch nicht durchsetzen konnte, beteiligte sie sich mit einer eigenen Liste¹³².

Die KAPD mußte von diesen Wahlen die Eliminierung ihres starken Einflusses in den politischen Arbeiterräten besonders befürchten. In den seit dem Sommer 1920 gewählten 138 politischen Arbeiterräten, von denen 90 in Betrieben und 48 bei den Arbeitslosen bestanden, besaß sie in den Arbeitslosenräten mit 44 vor 3 der KPD und 1 der USPD eindeutig die Übermacht, unter den Betriebsarbeiterräten knapp die Hälfte mit 44 vor 23 der KPD, 13 der USPD, 1 der SPD und 9 nicht festgelegten Räten¹³³. Am festgesetzten Wahltermin, dem 28. Oktober, störte und verhinderte sie daher die Wahlen¹³⁴.

Wichtig für spätere Auseinandersetzungen mit der KPD um die Legalität der Arbeitslosenräte war der Beschluß der Gewerkschaften, die Wahlen bis zu einer allgemeinen Lösung innerhalb der Verbände durch deren Mitglieder durchführen zu lassen. Die einzelnen Verbände wurden mit der Bildung von Arbeitslosenkommisionen für Fragen der Mißstände auf den Arbeitsnachweisen, für Recherchen über Überstunden und ähnliche wirtschaftliche Probleme der Arbeitslosen beauftragt¹³⁵.

Die KAPD plante die Aktionsbereitschaft der Arbeits-

losen weiter in ihre Bemühungen um revolutionäre Vorstöße ein. Auf Drängen der Betriebsorganisationen der KAPD beschlossen die Arbeitslosen, die in Arbeit stehenden erneut für den Solidaritätsstreik für die Arbeitslosen aufzufordern und drohten bei Ablehnung mit der gewaltsamen Stilllegung der Betriebe. Diese Streiks und Stilllegungen sollten bis zum Generalstreik zur Eroberung der politischen Macht ausgedehnt werden¹³⁶.

Auch die USPD-Linke, die KPD und die Betriebsrätezentrale bereiteten eine große Aktion unter der Parole 'Übernahme der Produktion' vor, in die sie die Erwerbslosenbewegung einschalten wollten¹³⁷. Die Ausweitung dieser Aktion zum Generalstreik stand dabei aber nicht zur Diskussion. Gerade die Betriebsrätezentrale versuchte, den Plänen der KAPD entgegenzuarbeiten, indem sie an die Gewerkschaften appellierte, gemeinsame Aktionen der Arbeiter und Arbeitslosen gegen Entlassungen, Stilllegungen, Akkordarbeit und Überstunden und für die Wiedereröffnung der Betriebe einzuleiten¹³⁸. Gewerkschaften und die USPD zogen sich aber von den Verhandlungen für die gemeinsame Aktion zurück¹³⁹. Damit schwanden die Hoffnungen auf gemeinsame Schritte, die die Arbeitenden nur unter der gemeinsamen Parole der Gewerkschaften, der Betriebsrätezentrale und der Parteileitungen einzuleiten gewillt waren¹⁴⁰.

Daß in der Rumpfbetriebsrätezentrale nun die KPD und die Anhänger der linken USPD allein mit der KAPD verblieben, hieß nicht, daß sie gemeinsame Aktionen mit der KAPD planten. Sie paßten sich dem Druck nach Aktionen an, wollten aber die Führung dieser Aktionen nicht der KAPD überlassen, die zur Vertiefung des Spaltes zwischen Arbeitern und Arbeitslosen geführt hätte. Gerade um der Gefahr des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Arbeitslosen die Spitze abzubreaken, hatte die KPD die, wenn auch quantitativ gering, zu erwartende Einreihung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß mittels Arbeitszeitverkürzung nur unter der Bedingung erger organisatorischer Verbindungen mit den Arbeitenden gebilligt. Aktionen für die übrigen Arbeits-

losen sollten mit der Durchsetzung der Produktionskontrolle verbunden und entsprechend dem Ansteigen der allgemeinen Spannung gesteigert werden, dürften aber über Demonstrationen nicht hinausgeführt werden. Die erzwungene Weiterführung von Betrieben verlange deshalb sorgfältige Erwägungen, da sie sofort die Machtfrage aufrolle¹⁴⁰. Darauf zielte die Taktik der KAPD. Die KPD war daran nicht interessiert, da ein Zusammengehen mit der putschistischen Taktik der KAPD Isolierung bedeutet hätte und damit auch die Aussichten auf die Verbreiterung ihrer Massenbasis durch den Zusammenschluß mit der linken USPD verringert hätten. Nach der endgültigen Spaltung der USPD auf ihrem Parteitag in Halle im Oktober 1920 waren die trennenden Linien in der Haltung zu den Arbeitslosen deutlicher zu erkennen. Das Gegeneinander USPD-Flügel in der Betriebsrätezentrale, in der Gewerkschaftskommission, im Parteivorstand und in der Stadtverordnetenversammlung war damit beseitigt¹⁴¹. Die KPD konnte nun, auf den Erfahrungen der linken USPD in der Erwerbslosenarbeit fußend, daran gehen, eine Taktik für die Arbeit unter den Arbeitslosen zu entwickeln, die sie auf dem Vereinigungsparteitag zwischen KPD und USPD vorlegte. Auch in dieser Hinsicht konnten ihr putschistische Vorstöße der KAPD nicht gelegen kommen.

Aber auch die rechte USPD hielt weiter an ihrem Leipziger Aktionsprogramm vom Dezember 1919 fest und sah im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine der wichtigsten Aufgaben. Sie forderte daher das Verbot von Stilllegungen, die Umstellung der Produktion auf Bedarfsgegenstände des Massenkonsums und die Linderung der Not durch ausreichende Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen und durchgreifende Erhöhung der Unterstützung bis zur Garantie des Existenzminimums. Praktische Schritte dahin plante sie mit der Erweiterung der Rechte der Betriebsräte bei der Produktionskontrolle und auf dem parlamentarischen Weg über eine Kommunalisierungspolitik, sozialistische Wohnungs- und Baupolitik, wie sie schon auf dem Reichsbetriebsrätekongreß vorgeschlagen worden waren¹⁴³. Die Arbeitslosen

sollten in die Gewerkschaften integriert und durch sie vertreten werden, um damit nebeneinanderlaufende Organisationen und Aktioren und die Entfremdung der Arbeitslosen von der Arbeiterschaft zu verhindern. Sie distanzierte sich von der KPD mit der Behauptung, diese wolle die am meisten verelendeten Schichten, d.h. die Arbeitslosen, in die erste Front der Kämpfe stellen¹⁴⁴. Die Bezeichnung der Arbeitslosen als Vortrupp der Revolution durch die KPD¹⁴⁵ wurde als Bündnispolitik mit der KAPD gewertet. Damit übersah man aber die Versuche der KPD, die Arbeitslosen von putschistischen Aktionen abzuhalten. Den Beweis dafür lieferten die folgenden Ereignisse.

Die KAPD sah mit dem Einmünden der allgemeinen Spannung in den Elektrizitätsarbeiterstreik am 6. November den Zeitpunkt gekommen, die Generalstreikparole herauszugeben. Sie mobilisierte dafür die Arbeitslosen, die erneut in verschiedene Betriebe eindringen und sie stillzulegen versuchten¹⁴⁶. In Betriebsversammlungen sollte der Streikbeschluß von neuzuwählenden politischen Arbeiterräten durchgesetzt werden¹⁴⁷. Dieser Schritt fand aber weder bei der KPD, den Gewerkschaften, noch bei der USPD oder SPD Unterstützung¹⁴⁸. Die KPD kritisierte die Parole des Generalstreiks, distanzierte sich von den Betriebsbesetzungen und von Spitzeln unter den Arbeitslosen und forderte stattdessen die Sammlung der Arbeiterschaft, die Beendigung der Betriebsstilllegungen und die Weiterführung der Betriebe unter Leitung der Betriebsräte¹⁴⁹. Die KAPD unterbrach nun auch ihre Kontakte mit der KPD, die ihrerseits auf die weitere Teilnahme an Wahlen zu politischen Arbeiterräten verzichtet hatte, und sprengte den Groß-Berliner Arbeiterrat und eine Generalversammlung der Betriebsräte.

Von seiten der SPD nahm man die Distanzierung nicht zur Kenntnis, betrachtete die Betriebsbesetzungen als gemeinsame Aktion der KAPD und KPD und bezeichnete die Arbeitslosen als Terroristenbanden und als Teile der übelsten großstädtischen Bevölkerung. Das wiederum veranlaßte die KPD, die Stellungnahme der SPD gegen den Elektrizitäts-

tätsarbeiterstreik und die Arbeitslosen als bewußte Vertiefung des Gegensatzes zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen und als Kampf der Arbeiteraristokratie gegen die Kurzarbeiter und Arbeitslosen zurückzuweisen¹⁵⁰.

Die Lehre des Elektrizitätsarbeiterstreiks zeigte, daß es nicht genügte, die Arbeitslosen der Betriebsrätebewegung anzugliedern¹⁵¹, sondern daß es nötig war, ihnen größere und ausführlichere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, um dem Aktivismus durch die Planung erfolgversprechender Schritte zuvorzukommen.

Das Tauziehen um eine einheitliche Taktik in der Erwerbslosenbewegung hielt auch auf dem Reichskongreß der Erwerbslosenräte Mitte November in Berlin an¹⁵². Die KAPD lehnte weiter konkrete Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung und Unterstützungserhöhung, als Notbehelf ab und verlangte als einzig durchgreifendes Mittel den sofortigen Beginn der Produktionskontrolle durch die Besetzung einzelner Betriebe. Sie stellte sich gegen die wirtschaftlichen Arbeitslosenräte und hielt an den politischen Arbeiterräten fest, denen auch die Arbeitsnachweise unterstellt werden sollten. Erwerbslosenversammlungen und Demonstrationen sollten die Revolutionierung fördern¹⁵³.

Die KPD versprach sich mehr Einfluß auf die Arbeitslosen durch die Aufstellung konkreter wirtschaftlicher Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen, dafür die Einstellung von Arbeitslosen, Sicherstellung des Existenzminimums und Aufbesserung der Unterstützungen. Auf dem Kongreß zeigte sich, daß sich die KAPD zwar die Führung über die Arbeitslosen in Berlin gesichert, daß sie sich damit aber auch von der restlichen Arbeiterbewegung isoliert hatte. Ihre Klagen, daß die Revolutionierung der Massen gerade in Berlin, das darin führend für das ganze Reich sein müßte, gebremst würde, bewiesen das nicht zuletzt. In einem Beschluß verurteilte der Kongreß ausdrücklich die Sprengaktionen der KAPD. Die Uneinigkeit in der Erwerbslosenbewegung hatte auch dazu geführt, daß das öffentliche Interesse am Kongreß und an

den Problemen der Arbeitslosen nachgelassen hatte. Mit dem Beschluß, die Erwerbslosenbewegung an die Gewerkschaften anzuschließen und der Bedeutung der Arbeitslosen entsprechende Vertretungen bei allen zuständigen Organisationen zu verlangen, hoffte man, die Erwerbslosenbewegung wieder aus der Sackgasse der Isolierung herauszuführen. Nach dem Kongreß legte ein großer Teil der Arbeitslosenräte das Mandat nieder, so daß der Reichsausschuß nur noch begrenzt arbeitsfähig war¹⁵⁴.

IV. DER HÖHEPUNKT DER ARBEITSLOSENBEBEWEGUNG 1921

1. Die Arbeitslosigkeit in Berlin 1921-1922

Von der Jahresmitte 1920, als die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Berlin selbst rund 33 000 und in Groß-Berlin 60 000 betrug, verschärfte sich die Lage zum Jahresende 1920. Im Dezember 1920 zählte man in Berlin über 57 000 und in Groß-Berlin 106 000 Arbeitslose. Bis Mitte 1921 erhöhte sich die Unterstütztenzahl langsam weiter auf 65 000 in Berlin und 110 000 in Groß-Berlin. Dabei erreichte die Anzahl der Arbeitsuchenden mit 126 000 in Groß-Berlin im April ihren Höhepunkt. Seit Mitte 1921 setzte ein Rückgang der Unterstütztenzahlen ein, die mit rund 2000 Arbeitslosen im September 1922 ihren Tiefpunkt erreichten¹, während die Zahl der Arbeitsuchenden auf 33 000 im August 1922 absank.

Kennzeichnend für die Lage in Berlin war, daß es in diesem Zeitraum eine Arbeitslosenzahl gab, die ständig ein Fünftel, zeitweilig sogar 40% aller Unterstützten des Reiches ausmachte.

Unterstützte Arbeitslose in Groß-Berlin und im Reich
1920 - 1921

Zeitpunkt	Groß-Berlin	Reich
Jan. 1920	93 000	454 000
Mai 1920	60 000	292 000
Nov. 1920	94 000	361 000
Aug. 1921	108 000	267.000
Dez. 1921	57 000	149 000 (2)

Ähnliche Relationen zeigten sich auch bei dem Vergleich der Zahlen über die Arbeitsuchenden:

Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen in Groß-Berlin
und im Reich 1920 - 1922

Zeitpunkt	Groß-Berlin	Reich
Jan. 1920	253	183
Dez. 1920	306	232
Apr. 1921	379	226
Dez. 1921	211	166
März 1922	148	125 (3)

Die Ballung der Arbeitslosigkeit in den Großstädten wurde

auch durch das Verhältnis von Arbeitslosen auf je eintausend Einwohner bestätigt.

Unterstützte Arbeitslose auf 1000 Einwohner in Groß-Berlin, Preußen und im Reich 1920 - 1922

Zeitpunkt	Groß-Berlin	Preußen	Reich
Okt. 1920	22,5	9,2	12,1
Juni 1921	33,1	11,8	12,3
Okt. 1921	22,3	7,2	6,6
März 1922	13,4	9,0	8,5
Nov. 1922	1,8	0,7	0,9 (4)

Verglichen mit zwölf anderen Großstädten des Reiches mit mehr als 250 000 Einwohnern lag Berlin während des ganzen Jahres 1921 deutlich an deren Spitze und wurde nur von dem kleineren Plauen übertroffen.

Unterstützte Arbeitslose auf 1000 Einwohner in Groß-Berlin und mehreren Großstädten 1921

Mai 1921		Juli 1921	
Berlin	32,4	Berlin	31,8
Hamburg	21,9	Hamburg	18,0
Leipzig	20,2	Königsb.	14,8
Dresden	19,1	Dresden	14,4
Plauen	65,4	Plauen	45,3
September 1921		November 1921	
Berlin	26,5	Berlin	19,5
Königsb.	13,9	Königsb.	12,4
Hamburg	12,1	Hamburg	7,8
München	9,8	Dresden	6,9
Plauen	27,1	Plauen	14,2 (5)

Im Jahre 1922 rückte Berlin auf die zweite Stelle, anfangs nach Königsberg, dann nach Breslau und Bremen. Seit Mitte 1922 rangierten Hafenstädte wie Hamburg und Kiel vor Berlin. Der Durchschnittswert der Monate Mai 1921 bis Mai 1924 ergab für dreizehn Großstädte 11,4 Arbeitslose auf je tausend Einwohner. Darüber lagen Dresden mit 19,6, Berlin mit 18,8, Leipzig mit 14,8, Breslau mit 14,6 und Hamburg mit 13,3 Arbeitslosen je tausend Einwohner⁶. Absolut jedoch hatte Berlin immer die größte Anzahl Arbeitsloser aufzuweisen.

Die Arbeitslosigkeit in den Berufen entwickelte sich nach den Angaben der Gewerkschaften folgendermaßen:

Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaftsverbänden
1919 - 1922 (v.H.)

	1919	1920	1921	1922
Reich	3,7	3,8	2,8	1,5
Berlin- Brandenb.	4,0	5,0	4,5	1,6 (7)

Zu Beginn des Jahres 1919 hatten die Leder-, Holz- und Nahrungsmittelindustrien mit 24,5%, 15,3% und 11,7% die höchsten Arbeitslosigkeit. Gegen Jahresende 1919 schob sich das Baugewerbe mit 7,5% noch vor die Lederindustrie mit 7,2%. Alle anderen Industrien zeigten Ende 1919 Werte unter 5%, die Metall- und Maschinenindustrie sogar nur von 1,3%⁸. 1920 befanden sich mit je 20% die Holzindustrie und die Lederindustrie an der Spitze. In der Metall- und Maschinenindustrie erhöhte sich die Arbeitslosigkeit gegen Jahresende 1920 auf fast 10% und lag damit nach der Holzindustrie und dem Baugewerbe an dritter Stelle. Während der ersten Hälfte 1921 blieb die Arbeitslosigkeit in der Leder-, in der Holz- und in der Metallindustrie über 10% und sank dann bis Mitte 1922 in der Metallindustrie auf 0,4%, in der Lederindustrie auf 3,5% und in der Holzindustrie auf 1,3%. Die höchste Arbeitslosigkeit registrierte man 1922 in der Nahrungsmittelindustrie und in graphischen Gewerbe⁹.

Klarer als die gewerkschaftlichen Angaben über die Arbeitslosigkeit, die nur zwischen 30 bis 50% der Arbeitslosen überhaupt und von diesen wiederum vorwiegend die gelernten Berufe erfaßten, zeigten die Arbeitsgesuche bei dem städtischen Arbeitsnachweis die Struktur der Arbeitslosigkeit auf. Im Berichtszeitraum Oktober 1920 bis März 1921 betrug der Anteil der gelernten Industriebetriebe an der Gesamtzahl aller männlichen Arbeitsgesuche nur rund 50 000 von insgesamt 249 000¹¹. Die Ungelernten aus den Gruppen 'Sonstige Lohnarbeit', Gast- und Schankwirtschaft, Bekleidung und Reinigung machten mit rund 120 000 Arbeits-

gesuchen fast die Hälfte der Gesamtzahl aus. Während aber die Arbeitsuchenden des Gastwirtschafts- und des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes weitgehend vermittelt werden konnten, blieben bei den 'sonstigen Lohnarbeitern' über die Hälfte ohne Arbeitsstelle. Auch im Baugewerbe, im Handelsgewerbe, in der Metallindustrie und bei den Lehrlingen konnte nur weniger als die Hälfte der Arbeitsuchenden untergebracht werden.

Im Berichtszeitraum 1921 standen erneut die ungelernten Lohnarbeiter weit an der Spitze aller Arbeitsuchenden. Mit den Gruppen anderer ungelernter Berufe ergaben sie wiederum die Hälfte, von denen große Teile unvermittelt blieben, während fast alle anderen Gewerbegruppen, außer dem Baugewerbe, gute Vermittlungsergebnisse aufzuweisen hatten. In der Metallindustrie bestand sogar eine Nachfrage nach Facharbeitern¹², die sich in einem Überangebot von offenen Stellen ausdrückte. Neben den Industrieberufen erschienen jetzt auch die freien Berufe mit wachsenden Zahlen an Arbeitsgesuchen. Die trotz Stellenangebot geringe Vermittlung von Lehrlingen deutete auf kriegshedingte Mängel der schulischen Ausbildung.

Im Berichtszeitraum 1922 machte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gegen Ende 1922 schon deutlich bemerkbar. Der Anteil der Ungelernten sank nun auf ein Viertel aller Arbeitsgesuche. Arbeitsgesuche für die Metallindustrie und das Verkehrsgewerbe übertrafen absolut die der Ungelernten, konnten aber leichter erfüllt werden als die der Ungelernten, deren Vermittlungsquote weiter nur die Hälfte betrug¹³. Stärker und mit schlechteren Vermittlungsergebnissen vertreten waren als neue Gruppen die kaufmännischen und Büroangestellten und die Techniker.

Im Vergleich mit den männlichen Arbeitsuchenden herrschten bei den weiblichen die Ungelernten mit zwei Dritteln vor¹⁴. Von Oktober 1920 bis März 1921 waren die Gesuche für die eigentlichen Industrieberufe mit rund 17 000 gleich hoch wie allein für das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Die Ungelernten aus den Bereichen

'sonstige Lohnarbeit', Handel und Bekleidung sowie Fabrikarbeit ergaben mit 118 000 Arbeitsgesuchen noch über zwei Drittel aller Arbeitsgesuche. Gut gefragt und vermittelt wurden im Gegensatz zur männlichen Seite die Arbeiterinnen aus der Gruppe 'sonstige Lohnarbeit'. In den Industrieberufen bestanden ebenfalls, außer bei den Fabrikarbeiterinnen, gute Vermittlungsmöglichkeiten. Weibliche Lehrlinge waren allerdings noch schlechter unterzubringen als männliche.

1921 gestaltete sich die Lage für die weiblichen Arbeitsuchenden mit Ausnahme des Handelsgewerbes günstig. Die Ungelernten behielten mit rund 250 000 von 333 000 Arbeitsgesuchen ihren alten Vorrang. Dagegen sank dieses Verhältnis 1922 auf die Hälfte. Sowohl hinsichtlich Angebot als auch Nachfrage schoben sich die Gesuche aus der Gruppe häusliche Dienste noch vor die der 'sonstigen Lohnarbeit'. Die letztere erbrachte auch die schlechteren Vermittlungsergebnisse. Auch bei den Frauen traten jetzt die Angestellten in Erscheinung wenn auch mit besseren Vermittlungsaussichten als die männlichen Anwärter. Insgesamt drangen die Frauen stärker in Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie vor, die mit einem Viertel an der Gesamtzahl der Arbeitsgesuche vertreten waren.

Anfänglich berücksichtigte man in der Erwerbslosenfürsorge stärker die Frauen: Ihr Anteil betrug zu Beginn 1919 noch rund 50% aller Unterstützten. Bis 1920 waren sie auf ein Viertel aller Unterstützungsbezieher reduziert worden¹⁵. Dieses Verhältnis hielt sich auch nach 1920.

Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen 1920 - 1922 (v.H.)

Zeitpunkt

Dez. 1920	21,0
März 1921	20,2
Juni 1921	25,5
Sept. 1921	23,2
Dez. 1921	24,7
März 1922	20,9
April 1922	22,2 (16)

In der Altersstruktur zeigte die Arbeitslosigkeit einen relativ konstanten Anteil Jugendlicher, der im Dezember 1920 bei 14,0%, im März 1921 bei 12,2%, im Juni 1921 bei 13,4% und im Januar 1922 bei 11,3% lag und erst Mitte 1922 auf 7,5 absank¹⁷. Auf dem anderen Extrem standen die über Fünfzigjährigen mit 26% an der Zahl aller Arbeitslosen¹⁸.

Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde im März 1921 festgestellt, daß die länger als sechs Monate Arbeitslosen fast ein Drittel ausmachten¹⁹. Da sich die Zahl der länger als ein Jahr Arbeitslosen im Dezember 1920 nur auf 2,7% und im März 1921 auf 1,7% aller Unterstützten belief, mußte der größte Teil der länger Arbeitslosen zwischen einem und einem halben Jahr arbeitslos gewesen sein²⁰. Spätestens seit Juni 1921 stieg in gegenläufiger Bewegung zur allgemeinen Abnahme der Arbeitslosigkeit der prozentuale Anteil der Dauerarbeitslosen stetig an.

Dauerarbeitslose nach Geschlecht 1921 - 1922

Zeitpunkt	männl.	weibl.	in v.H. aller unterst.Arbl.losen
Juni 1921	5 432	1 786	11,0
Aug. 1921	13 167	5 470	17,2
Sept. 1921	7 367	2 600	10,8
Dez. 1921	7 675	2 302	17,4
Jan. 1922	7 598	2 363	18,1
Feb. 1922	7 304	2 416	18,6
März 1922	6 796	1 898	20,6
April 1922	6 510	1 736	35,3 (21)

2. Einigungsversuche der Arbeitslosenbewegung durch die VKPD

Die Vereinigung der linken USPD mit der KPD zur VKPD verband die Kräfte, die sich bisher am meisten für die Arbeitslosen eingesetzt hatten unter einer einheitlichen Leitung. Auf dem Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin stand die Arbeitslosenfrage nach dem Aktionsprogramm, dem Agrarprogramm und Organisationsfragen bereits auf vierter Stelle der Tagesordnung²².

Bereits im November 1920 hatte sich die endgültige

Umorientierung der KPD in der Arbeitslosenfrage, in der sie sich das Vertrauen der Arbeiter als führende Arbeiterpartei mit zu erwerben gedachte, in Äußerungen angedeutet, die die Aktionen der Arbeitslosen nicht als revolutionär, sondern als Rebellion aus wirtschaftlicher Notlage bezeichneten. Die daraus zu ziehende Schlußfolgerung sei der verstärkte Einsatz für ausreichende Unterstützung in den Kommunen, im Reichstag und in den Gewerkschaften²³. Die Behandlung der Arbeitslosenfrage auf dem Parteitag bestätigte die Umorientierung und die Bedeutung, die die VKPD ihr zumaß.

Mit dem Eingeständnis, daß auch durch die Untätigkeit der KPD selbst in Fragen der Arbeitslosen diese ziellos geworden seien²⁴ und sich zu Verzweiflungsaktionen hatten hinreißen lassen, bezeichnete es der Referent als Hauptaufgabe, um die Demoralisierung und den Mißbrauch der Arbeitslosen durch die Konterrevolution zu verhindern, die Forderungen der Arbeitslosen rückhaltlos zu vertreten, den Arbeitern die Bedeutung der Arbeitslosenfrage für ihr eigenes Wohlergehen klarzumachen²⁵, ihre Unterstützung für die Arbeitslosen zu erreichen und die Gewerkschaften für die Arbeitslosen zu mobilisieren. Zu den konkreten Aufgaben der Partei werde es gehören, die Arbeitslosen nach Wirtschaftsbezirken, Wohnbezirken und nach Berufen zu organisieren, damit sie als kompakte Masse Druck auszuüben imstande wären²⁶. Die Forderungen nach Erhöhung der Unterstützung für Mann und Frau auf die volle Höhe des Arbeitsverdienstes, auch für Kurzarbeiter, die Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und Massenbedarfsgüter und die schnellste Eingliederung in den Produktionsprozeß durch Arbeitszeitverkürzung sollten ungeachtet der für die Gesellschaft daraus entstehenden Schwierigkeiten auf allen Ebenen der Parlamente vorgetragen und durch Aktionen der Arbeiter und Arbeitslosen innerhalb und außerhalb der Parlamente unterstützt werden²⁷. Zwar wurde die Ausweitung dieser Aktionen zu Kämpfen für möglich erklärt, von der Produktionskontrolle als Mittel zur Eingliederung der

Arbeitslosen in die Produktion, die diese Kämpfe herbeigeführt hätte, aber in der Resolution des Parteitages Abstand genommen.

Die Tatsache, daß die VKPD im vorhinein mit dem Mißerfolg der Aktionen in den Parlamenten rechnete²⁸, hielt sie nicht davon ab, diese Aktionen einzuleiten. Sie versprach sich von der Entlarvung der parlamentarischen Verfahrensweisen als Methoden des Volksbetrugs²⁹ eine Vergrößerung ihres Anhangs. Die Beibehaltung der Bezeichnung der Arbeitslosen als revolutionäre Elemente³⁰ war mehr auf die Erhaltung ihrer Sympathien berechnet, denn sie stand im Widerspruch zu dem Eingeständnis, daß den Arbeitslosen revolutionäres Bewußtsein fehle³¹, daß sie sporadisch und spontan handelten. Durch Organisation und Schulung sollte überhaupt erst Bewußtsein wieder unter die Arbeitslosen getragen werden. Unter dem Druck der Not der Arbeitslosen und dem Aktionismus der KAPD bestand für die neue Partei die Notwendigkeit, erfolgversprechende Aktionen zuzusagen zu müssen. Die Arbeitslosenfrage war an vorrangige Stelle der Tagesordnung gesetzt worden, weil sie im Mittelpunkt der Aktionen der nächsten Zeit stehen sollte³². Dennoch taktierte die VKPD in der Frage von Aktionen vorsichtig, da die KAPD-Forderungen nach direkten Aktionen auch unter den Delegierten des Parteitages Unterstützung fand.

Eine Erklärung zweier Berichterstatter der KAPD zur Arbeitslosenfrage lehnte es erneut ausdrücklich ab, die Illusion von der Lösung der Arbeitslosenfrage innerhalb der bestehenden Ordnung zu erwecken, konkrete Forderungen zu stellen oder von den Gewerkschaften, den Betriebsräten und der Regierung Hilfe zu erwarten. Nur durch die eigene Kraft der Arbeitslosen zusammen mit den Arbeitenden, nur durch den Sturz des Kapitalismus sei Hilfe zu erwarten. Die Erklärung warf der KPD und der USPD vor, größere Aktionen in dieser Richtung nicht genutzt bzw. verhindert zu haben (März-Kämpfe nach dem Kapp-Putsch, anläßlich des Vormarsches der Roten Armee auf Warschau im August 1920, beim jüngsten Elektrikerstreik und bei der Borsig-Aus-

sperrung) und forderte zu Taten auf³³.

Diese Erklärung fand besondere Unterstützung seitens der Berliner Delegierten der KPD, die damit auch einen verspäteten Beweis ihrer Beteiligung an den KAPD-Aktionen in Berlin lieferten. Sie forderten unter scharfer Ablehnung von jeglichen Unterstützungsforderungen Aktionen für die Arbeitslosen durch die Öffnung von Betrieben³⁴, die nur eben nicht lokal begrenzt, sondern reichsweit betrieben werden sollten. Durch wochenlange Eskalation von Straßendemonstrationen sollte die Unterstützung breiter Massen gewonnen und deren Druck auf die Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen bewirkt werden³⁵. Die Berliner Delegierten interpretierten den Willen der Arbeitslosen zur Selbsthilfe als spontane revolutionäre Willenskundgebungen, denen die Partei nur die Richtung, d.h. die Besetzung von Betrieben und über diese die Aufnahme des direkten Kampfes um die Macht angeben müsse³⁶.

Die Vertreter der VKPD-Leitung konstatierten dagegen das Mißlingen der praktischen Durchführung der Produktionskontrolle, die als Kampfziel nur dann sinnvoll sei, wenn auch die nötigen Kräfte zu ihrer Durchführung vorhanden seien, andernfalls nur die Spaltung zwischen Arbeitern und Arbeitslosen vertieft werde³⁷. Deshalb verlagerte die VKPD-Leitung die Richtung der von ihr geplanten Aktionen von der direkten Durchsetzung der Produktionskontrolle auf ein kombiniertes Vorgehen auf verschiedenen Ebenen. Für die Arbeitslosen selbst rückte man die für sie wichtigsten Fragen der Existenzsicherung in den Vordergrund und strebte die Koppelung ihrer Probleme mit den dringendsten Tagesfragen an. Mit dem Verlangen nach Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland³⁸ gab man einen Hinweis auf Lösungswege für die Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Ziel dieser Schritte war es, den Arbeitslosen das Gefühl zu geben, daß sich jemand aktiv um sie kümmere. In den Parlamenten war vorgesehen, die rechte USPD und die SPD an ihrer Haltung zu den Arbeitslosen zu demaskieren und den illusionären Charakter solcher

Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit wie produktive Erwerbslosenfürsorge, Baugenossenschaften und Siedlungsprojekte zu enthüllen³⁹. Als Ventil für den Tatendrang der Arbeitslosen waren Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Parlamente zur Bekräftigung der dort gestellten Anträge geplant. Dem Tatendrang mußte auch mit dem Versprechen unmittelbarer Aktionen in der Resolution des Parteitages Tribut gezollt werden⁴⁰. Außerordentliches Gewicht legte die Resolution aber auf die Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der Arbeitslosenfrage durch besonders fähige Redner auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen. Diente die Entlarvungstaktik der VKPD einerseits der Benennung konkreter Verantwortung vor der Öffentlichkeit und der Behinderung der Versuche, diese Verantwortung zwischen den verschiedenen Behörden des Reiches und der Kommunen hin- und herzuschieben, so bot sie doch im Folgenden der USPD und der SPD das Argument, diese Taktik als Demagogie zurückzuweisen.

3. Die Parlamentarische Aktion für die Arbeitslosen

In der VKPD besaßen nun die Arbeitslosen die für die Vertretung ihrer Interessen geschlossene Partei, die auch andere Druckmöglichkeiten besaß als sie die widersprüchliche und zersplitterte Vertretung durch die USPD und ihre unkoordinierten Aktivitäten in den von ihr beherrschten Organisationen je geboten hatten. Da die VKPD die Arbeitslosenfrage aktiv anzugehen gedachte, konfrontierte sie die neue Stadtgemeinde Berlin bald mit einer der dringendsten sozialen Fragen und stellte sie darin auf eine ernste Bewährungsprobe.

Die Durchführung der als vorrangig beschlossenen Aktion für die Arbeitslosen ließ auch nicht lange auf sich warten. Ausgangspunkt für die Aktivierung der Arbeit unter den Arbeitslosen boten einerseits die Forderungen nach einer rechtzeitigen Weihnachtsbeihilfe zum Ausgleich für die durch Tenerung verursachten Preissteigerungen⁴¹ und

die Veröffentlichung der Forderungen von Stuttgarter Metallarbeitern, die einheitliche Aktionen für die Herabsetzung der Preise für Güter des täglichen Bedarfs, Aufnahme der vollen Produktion und die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Verdienste der Arbeitenden auf Kosten der Arbeitgeber vorschlugen⁴². Zwar waren mit Beginn November die Erwerbslosenunterstützungssätze angehoben worden, und zu Beginn Dezember wurde der zweite Teil der im Herbst gewährten Sonderunterstützung ausgezahlt, aber diese Maßnahmen konnten weder die Beteiligung der Arbeitslosen am Generalstreik zu Anfang November verhindern, noch den allgemeinen Mißmut dämpfen. Die von der Reichsregierung gemeldete Abnahme der Arbeitslosenziffern hatte für die Öffentlichkeit bestimmten beruhigenden Charakter⁴³, denn gleichzeitig wurden beispielsweise die Hilfsangestellten der Post in Berlin zum ersten Dezember entlassen, und die Zahl der Kurzarbeiter nahm zu, während die aus der Unterstützung ausgesteuerten Dauerarbeitslosen von der Armenfürsorge versorgt werden mußten⁴⁴.

Die erste Reaktion auf die Stuttgarter Erklärung zeigten in Berlin die Elektrizitätsarbeiter, die sich für die Unterstützung der Arbeitslosenforderungen aussprachen und dies auch von den Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeiter im Parlament forderten⁴⁵. Die Vorgeplänkel zu den großangelegten Arbeitslosenaktionen zu Weihnachten und der parlamentarischen Offensive in der Stadtverordnetenversammlung und den Bezirksversammlungen wurden fortgesetzt mit der Kritik an sozialdemokratischen Anträgen in Bezirksversammlungen, in denen die SPD öffentliche Sammlungen für die Arbeitslosen vorgeschlagen hatte⁴⁶. Die VKPD lehnte dergleichen als Almosenpolitik und öffentliche Bettelei ab und forderte stattdessen die bezirkswise Erfassung der Arbeitslosen, die Sicherung ihres Lebensminimums, die Feststellung ihres Gesundheitszustandes durch Ärztekommmissionen, die Einrichtung von Erholungsheimen und die Überweisung schwächlicher Kinder dorthin, die Zusammenarbeit der Arbeitsloserräte mit den Betriebsräten, die Überwachung

der Betriebe bezüglich der Aufnahmefähigkeit von Arbeitskräften und die Verpflichtung der Betriebe zu vermehrten Einstellungen, den unverzüglichen Beginn von Notstandsarbeiten⁴⁷ und die großzügige Einrichtung kommunaler Betriebe. Zusätzlich wurde die Überprüfung der Wohn- und Bekleidungsverhältnisse der Arbeitslosen, die zwangsweise Umquartierung der in ungesunden Verhältnissen lebenden Arbeitslosen, die Einrichtung von städtischen Bekleidungsstellen, die Verpflegung durch Volksküchen und die kostenlose Bereitstellung von Feuerungsmaterial verlangt. Diese Forderungen wurden auch in der Stadtverordnetenversammlung am 9. Dezember 1920 vorgetragen⁴⁸. Damit versuchte die VKPD der von bürgerlicher Seite eingeleiteten Kinderhilfsaktion eigene Aktivitäten an die Seite zu stellen⁴⁹.

Bereits am 9. Dezember war in der Stadtverordnetenversammlung eine Weihnachts- und Brennstoffbeihilfe in Höhe von acht Millionen Mark beschlossen worden. Die Höhe des Betrages hatte auf keiner Seite Kritik ausgelöst. Die SPD wollte lediglich den Bezieherkreis dieser Beihilfe auf die Kriegsveteranen von 1864/66 und 1870/71, die DVP auch auf die Kleinrentner, Pensionäre und kleinen Handwerker ausgedehnt wissen⁵⁰. Für die bereitgestellten Beträge, 30 Mark für Ehepaare, 20 Mark für Alleinstehende und 10 Mark für Kinder, konnten die Empfänger kaum die Lebensmittel für einige Tage erstehen⁵¹. Die Brennstoffhilfe kam zudem erst im Januar zur Auszahlung und reichte mit 27 Mark ebenfalls über eine kurzfristige Überbrückung nicht hinaus⁵². Sehr zum Verdruss der Versammlung, die mit der Bereitstellung dieser Almosen ihre soziale Pflicht erfüllt zu haben glaubte⁵³, stellte die VKPD am 16. Dezember erheblich über die Weihnachtsbeihilfe hinausgehende Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosennot und der Wohnungsprobleme. Für Arbeitslose mit Angehörigen verlangte sie eine einmalige Beihilfe in Höhe von 500 Mark und generell einen hundertprozentigen Zuschlag auf die derzeitigen Unterstützungssätze. Zur Behebung der Wohnungsnot schlug sie die Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter der Mitwirkung

wohnungsloser Mieter, den sofortigen Beginn von Renovierungsarbeiten an städtischen Gebäuden und die Einbehaltung eines Teils der Miete zur Finanzierung von Instandsetzungsarbeiten vor⁵⁴. Die bürgerliche Seite in der Stadtverordnetenversammlung lehnte die Dringlichkeit der Anträge ab. Für die VKPD war damit die Rechtfertigung für die Ausübung außerparlamentarischen Drucks gegeben. Sie mobilisierte daher große Arbeitslosenversammlungen für den Termin der nächsten Stadtverordnetensitzung am 21. Dezember 1920. An diesen Versammlungen beteiligten sich auch alle anderen linken Gruppierungen wie KAPD und Arbeiterunionen⁵⁵. Die Taktik dieser Demonstrationen war weniger darauf gerichtet, bei den bürgerlichen Parteien Zugeständnisse zu erreichen, als darauf, den Druck auf die sozialistischen Parteien zu verstärken⁵⁶. In ihren Aufrufen appellierte die VKPD an die Ärmsten der Armen und forderte sie auf, aus ihrer Vereinzelung durch die Not, aus ihren Schlupfwinkeln und Höhlung herauszukommen⁵⁷, vor die Rathäuser zu ziehen, die Gemeindevertreter zum Handeln zu zwingen und statt leerer Versprechungen das Recht der Arbeitenden zu fordern⁵⁸. Daß die Versammlungen nicht den erhofften Zulauf fanden⁵⁹, deutete auf die Passivität, in die die Arbeitslosen bereits durch die Notlage geraten waren, beruhte aber auch auf Skepsis, die sich aus der Erfolglosigkeit vergangener Demonstrationen ergeben hatte. Nicht zuletzt übte die zu Beginn Dezember ausgezahlte zweite Rate der Sonderbeihilfe dämpfende Wirkung auf die Aktionsbereitschaft der Arbeitslosen aus. Dennoch traf allein der Mobilisierungsversuch einen empfindlichen Nerv⁶⁰ und veranlaßte den zuständigen Magistratskommissar (DuVP), zur Beratung der Vorlage über die besondere Weihnachtsbeihilfe Sicherheitspolizei zum Schutz des Rathauses anzufordern. Allein das zwang nun auch die zurückhaltenderen Kreise der USPD und SPD zur Abweisung derartiger als Provokation empfundener Mittel und zur Solidarität mit den Arbeitslosen⁶¹.

Die Gewerkschaften, die zwischen September und Dezember in der Arbeitslosenfrage keine Aktivitäten größeren Umfangs

gezeigt hatten, wurden durch den Vorstoß der VKPD ebenfalls aufgerüttelt. Die Gewerkschaftskommission berief Betriebsräte und Funktionäre am 17. Dezember zu einer Versammlung zusammen, um Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen zu beraten. Die dort ausgearbeiteten Forderungen unterschieden sich von denen der Kommunisten lediglich darin, daß sie die Höhe der bereitzustellenden Sonderunterstützungen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenzier-ten⁶². Damit war den Kommunisten die Verbreiterung der Unterstützung für die Forderungen der Arbeitslosen auf einem wichtigen Sektor gelungen⁶³.

Am Tage der Vorlagenberatung fanden wiederum Zusammenkünfte der Arbeitslosen statt, von denen Deputationen zum Bürgermeister und den sozialistischen Parteien delegiert wurden, um ihnen ihre Vorstellungen vorzutragen⁶⁴. In der Stadtverordnetenversammlung versuchten die bürgerlichen Parteien zuerst über den Weg des Auszugs aus der Versammlung, auf Grund beleidigender Äußerungen, die Aufnahme jeglicher Beratungen zu verhindern⁶⁵. Die polemische Ironisierung der Weihnachtsidylle durch die VKPD konnte aber nicht als Demagogie abgetan werden, da Tatsachen angeführt wurden, die nicht abzustreiten waren. Das Jahreseinkommen aus Erwerbslosenunterstützung erreichte mit 7200 Mark nicht einmal die Hälfte des mit 19 000 Mark geschätzten Existenzminimums, der Heizmittelmangel der Arbeitslosen kontrastierte die weihnachtliche Festbeleuchtung des Kurfürstendamms und das dort stattfindende Schlemmerleben⁶⁶. Auf die ständig erhobene Frage nach der Deckung der entstehenden Kosten wurde ebenso polemisch die Gegenfrage nach der Haltung zur Deckungsfrage bei der Bewilligung von Kriegskrediten geantwortet⁶⁷. Schließlich hielt die VKPD der Sparsamkeit in Sachen Unterstützung die Großzügigkeit bei der Gewährung von Ruhegehältern vor⁶⁸. An diesem Punkt der Verhandlungen bat eine Delegation der Arbeitslosen um Zulassung zu den weiteren Beratungen. Neben der Demonstration vor dem Rathaus und der lebhaften Anteilnahme der Tribünenbesucher bedeutete das einen neuen Schritt bei der Druck-

ausübung auf das Parlament. Obwohl die Teilnahme der Delegation vom Versammlungsvorsteher auf Grund von Präzedenzfällen in den Vororten für rechtlich zulässig erklärt wurde, lehnte dies die Mehrheit der Versammlung ab.

In der nun folgenden Diskussion versuchten die Parteien ihre Haltung zur Arbeitslosenfrage hinter der Behandlung von Detailfragen zu verbergen. Die Wirtschaftspartei rechnete vor, daß die Heranziehung von Mieten zur Baufinanzierung den Arbeitslosen lediglich acht Tage Arbeit geben werde, zudem sei dies unter der Bedingung des Bankrotts der Hausbesitzer unmöglich⁶⁹. Sie forderte stattdessen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Hausbesitzes und bezeichnete die Erfassung des verfügbaren Wohnraumes als Gewaltakt. Stadtrat Weise von der USPD monierte das späte Auftreten der VKPD mit ihren Sonderforderungen, schloß den Hinweis auf Vergeudung durch Gehälter als nicht zur Sache gehörig aus dem Rahmen der Diskussion aus und verwies auf die bereits gezahlten Sonderbeihilfen. Die Bemerkung, daß dreißig bis vierzig Prozent der in Arbeit stehenden nicht einmal über das Einkommen der Arbeitslosen verfügten⁷⁰, warf dabei eher ein Schlaglicht auf die Verhältnisse, als daß es die Arbeitslosen beruhigen konnte. Die Beteuerung, daß in Ausschußberatungen von dem Betrag für die Arbeitslosen noch 2,1 Mill. Mark für die Armenrentenempfänger abgezweigt werden mußten, zielte auf die Spaltung der Interessengemeinschaft von Arbeitslosen und Rentnern, für die die Arbeitslosen eine Anhebung der Beträge auf das Niveau ihrer Unterstützung verlangten⁷¹. Sinn der Ausführungen war, anzudeuten, daß den Bemühungen der Stadt finanzielle Grenzen gesetzt seien, sowohl vom Reich als auch aus den Bedürfnissen der Stadt, die man nicht durchbrechen könne. Der Magistrat erklärte sich aber bereit, bei der Reichsregierung mit den Anträgen als Material vorstellig zu werden, um sie unter deren Eindruck zu vermehrten Hilfeleistungen zu bewegen. Erfahrungsgemäß hatte die Reichsregierung auf diese Verfahrensweise nicht reagiert. Das geschah auch diesmal in einer für die Stadt

demütigenden Weise, wie der Gang der Ereignisse zeigen sollte.

Die DVP entschied sich in der Alternative zwischen Wohnraumbeschlagnahme und Einführung einer Wohnungsluxussteuer für die letztere und empfahl für die Arbeitslosenforderungen ohne weitere Ausführungen bündig die Ausschlußberatung⁷². Die SPD lehnte den VKPD-Antrag als Agitation ab, verwies ebenfalls auf die Deckungsfrage und hielt den Kommunisten entgegen, daß auch Rußland keinen anderen Lösungsweg der Arbeitslosigkeit als durch die Nötenpresse kenne⁷³. In der gleichen Richtung äußerten sich die Demokraten und scheuten sich nicht, den Antragstellern die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuzuschreiben⁷⁴. Die USPD sprach sich für die Erfassung des Wohnraumes aus und unterstützte den VKPD-Antrag. An Stelle der Arbeitslosenforderungen der VKPD unterstützte sie die Vorschläge der Berliner Gewerkschaftskommission und schlug schleunige Ausschlußberatung vor, um noch vor Weihnachten zu einem Beschluß zu gelangen⁷⁵.

In den folgenden Tagen griff die USPD die VKPD heftig an. Sie verurteilte die kommunistische Taktik als Demagogie und Aufhetzung und warf der VKPD vor, die Spaltung der Arbeiterklasse zu betreiben⁷⁶. Statt Druck auf die Gemeinden auszuüben, die nur das ausführende Organ des Reiches seien und gegenwärtig noch viel weniger als früher die Möglichkeit besäßen, von sich aus durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen⁷⁷, sollten die Arbeitslosen direkt gegen die Regierung vorgehen. Der Sturz der Regierung und die Anwendung aller dazu geeigneten Mittel seien darum die Aufgabe der Arbeitslosen⁷⁸. Das Dilemma der USPD bestand darin, daß sie in der Einschätzung der unhaltbaren Lage der Arbeitslosen mit den Kommunisten übereinstimmte⁷⁹, sich aber nach der Abspaltung ihres linken Flügels zu keinem gemeinsamen Vorgehen mit ihnen hergeben wollte. Sie betonte zwar die Notwendigkeit des geeinten Vorgehens, warf gleichzeitig den Kommunisten bei deren Versuch, die Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bewegen, Prinzipienlosig-

keit vor, schlug aber den Arbeitslosen radikalere Mittel vor als sie die Kommunisten anzuwenden gedachten⁸⁰. Ihr Ziel einer sozialistischen Kommunalpolitik stellte sie mit dem Hinweis auf die absolute Abhängigkeit der Gemeinden von Staat und Reich im gleichen Atemzuge selbst in Frage.

Die SPD und die bürgerlichen Parteien betrachteten die Forderungen der Arbeitslosen als Sonderinteressen, durch die sie den an sich schon engen Finanzspielraum der Stadt nicht noch weiter belasten wollten⁸¹. Gereizt reagierten die bürgerlichen Zeitungen und verlangten scharfe Maßnahmen der Behörden gegen die Agitatoren, die bewußt Unruhe in die Erwerbslosenkreise trügen. Die Demonstration der Arbeitslosen sei ein neuer schwarzer Punkt in der kurzen Geschichte der Berliner Einheitsgemeinde, untergrabe ihren Ruf und bedrohe ihre Existenzfähigkeit⁸².

Wie wirksam der Druck der Arbeitslosen wirklich war bewies die Annahme des gewerkschaftlichen Alternativvorschlages sowohl in der Ausschlußberatung als auch in der Stadtverordnetenversammlung selbst am 23. Dezember⁸³.

Die Befürchtungen über die innerbehördliche Behandlung der Arbeitslosenforderungen hingegen bestätigten sich in dem Verhalten der Reichsstellen gegenüber einer Magistratsdeputation. Das Reichsarbeitsministerium lehnte direkte Verhandlungen mit der Stadt auf Grund eines Kabinettsbeschlusses ab. Das Wohlfahrtsministerium schloß sich dieser Haltung an und verwies auf den Weg über die Provinzverwaltung. Erst durch die Vermittlung des Oberpräsidenten kam dann eine Beratung zustande⁸⁴. Warnend erinnerte die Deputation daran, daß man sich von dem Gedanken freimachen müsse, als ob es sich so wie früher nur um die wenigen Arbeitslosen handle, die gegen die derzeitigen Zustände protestierten. Man müsse vielmehr bedenken, daß die ganze arbeitende Bevölkerung sich dagegen wende, wenn man glaube, der Bewegung Herr werden zu können, indem man hin und wieder gewissermassen einige Brocken an Unterstützung verteile. Auch diejenigen, die derzeit Arbeit hätten, sähen schon die drohende Arbeitslosigkeit vor sich und rechneten da-

mit⁸⁵. Dennoch erklärte der Regierungsvertreter, daß er weder eine Entscheidungsbefugnis besäße, noch daß er einen Termin für die Beantwortung der gestellten Bitten um Bereitstellung von Arbeit geben könne. Er wolle die Vorschläge befürwortend weiterleiten und sich für die Beantwortung in allernächster Zeit einsetzen⁸⁶.

In den Auseinandersetzungen um die Notstandsarbeiten fand die VKPD einen weiteren Ansatzpunkt zur Fortsetzung ihrer Arbeitslosenpolitik. Den bis dahin als Notstandsarbeit betriebenen Bau der Nord-Südbahn hoffte die Stadt als Projekt der produktiven Erwerbslosenfürsorge⁸⁷ vom Reich mitfinanzieren zu lassen und dadurch eigene Mittel einzusparen. Da sie Notstandsarbeiten als unrentabel ansah, hatte sie auf dem Bau die Arbeitszeit gekürzt und Entlassungen in Aussicht gestellt. Die VKPD brachte diese Einschränkungen in einem Dringlichkeitsantrag am 30. Dezember zur Sprache⁸⁸. In der Diskussion warf die DVP den Einzelgemeinden, speziell Neukölln, Mißwirtschaft mit der Einleitung von Notstandsarbeiten "in ungeheurem Umfang" vor⁸⁹. Zwar erwiderte die VKPD, daß der Fall Neukölln lediglich beweise, daß in vielen Gemeinden nicht einmal das Notwendigste geschehe, da selbst die Notstandsarbeiten in Neukölln nicht die bitterste Not vieler Arbeitslosenfamilien verhindert hätten⁹⁰, aber der Kämmerer Böß, der sich noch Mitte 1920 für die Einleitung von Notstandsarbeiten ausgesprochen und sich dafür die Kritik der bürgerlichen Parteien zugezogen hatte⁹¹, versuchte nun die Entscheidung des Magistrats zu verteidigen. Die Ausgaben müßten mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden, um die Wohlfahrts-einrichtungen aller Art überhaupt zu erhalten. Diesen seien ebenfalls Grenzen durch die allgemeine Not gesetzt, die es nicht zuließe, daß alle Kräfte auf ein Objekt, d.h. den Nord-Südbahn-Bau konzentriert würden. Es ginge darum, nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten rein sachlich abzuwägen⁹². Der Antrag gegen die Baueinschränkungen wurde mit den Stimmen der USPD und der VKPD angenommen. Auch zu dieser Verhandlung waren wieder Arbeitslose auf

der Tribüne und vor dem Rathaus erschienen⁹³.

Um ein Abbröckeln der breiten Unterstützung für die Forderungen der Arbeitslosen zu verhindern, setzte die VKPD auf einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftsvorstände und der Betriebsobleute die Annahme einer EntschlieÙung durch, die die Stuttgarter Forderungen unterstützte und die Gewerkschaftskommission aufforderte, sich für die von den Arbeitslosen an den Magistrat gestellten Forderungen weiter einzusetzen⁹⁴. Das Verhalten der Reichsregierung, die sich nicht beeilte, die Gewerkschaften zu den Arbeitslosenforderungen anzuhören, geschweige denn Stellung zu nehmen oder sie zu erfüllen, bewies, daß eine breite Front der Unterstützung und Ausdauer nötig waren⁹⁵.

Auch in den Bezirksparlamenten brachte die VKPD Anträge zur Behebung der Notlage der Arbeitslosen ein, die sich an die Anträge in der Stadtverordnetenversammlung anlehnten und die Einrichtung von Lesehallen, die Erfassung des Wohnraumes, den Beginn von Renovierungsarbeiten und den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge betrafen⁹⁶. In den Bezirken Mitte, Wedding, Prenzlauer Berg und Kreuzberg fanden die Anträge Zustimmung, in Charlottenburg wurden sie zur Beratung einem Ausschuß überwiesen⁹⁷.

Trotz des Votums der Stadtverordnetenversammlung für die uneingeschränkte Fortführung der Notstandsarbeiten an der Nord-Südbahn plante der Magistrat, die volle Weiterführung nur noch bis zum 5. Januar 1921 zu bezahlen, und verfügte der Kämmerer die Stornierung bereits beschlossener Vorhaben in anderen Gemeinden⁹⁸. Eine Vollversammlung der Betriebsräte des Baugewerbes forderte den Bauarbeiterverband und die Gewerkschaftskommission auf, dagegen einzuschreiten, und öffentliche Versammlungen und Demonstrationen einzuberufen. Einer Deputation der Notstandsarbeiter wurde vom Magistrat erklärt, daß er auf Grund der Städteordnung von 1851 Entscheidungen auch gegen das Votum der Stadtverordneten fällen könne, und daß er darauf bestehe, nur noch eine Schicht pro Tag statt zwei und jede Schicht nur noch dreimal pro Woche arbeiten zu lassen. Daraufhin

erklärten die Bauarbeiter, daß sie den Betrieb in vollem Umfang in eigener Regie fortzuführen gedächten. Voller Genugtuung stellte die 'Rote Fahne' fest, daß sich nun zeigen werde, ob die Stadtverordneten, besonders die der USPD und der SPD, zu ihrer Entscheidung stünden oder ob der Kampf von den Neuköllner Betriebs- und Arbeitslosenräten selbst geführt werde⁹⁹.

Am 5. Januar erschienen die Arbeitslosen erneut zu einer Stadtverordnetensitzung, um Anträgen gegen die Maßregelung der Elektrizitätsarbeiter und neuen Anträgen, die sie selbst betrafen, beizuwohnen. Da sich die Stadtverordnetenversammlung einer dringlichen Behandlung widersetzte, nach umständlicher Einhaltung der Tagesordnung die Maßregelung der Elektrizitätsarbeiter billigte und zu den Problemen der Notstandsarbeiter keine Stellung nahm, verhinderten die aufgebrachten Zuhörer mit lautstarkem Protest den Fortgang der Verhandlungen und wurden daraufhin von der Verhandlung ausgeschlossen¹⁰⁰. Empört distanzierte sich der 'Vorwärts' von Radauszenen, warf den Demonstranten vor, daß ihr Verhalten für Arbeiter unwürdig sei und empfahl die Einführung von Tribünenkarten¹⁰¹.

Auf Grund der Haltung des Magistrats stellte die VKPD in der Stadtverordnetenversammlung erneut den Antrag auf Fortführung der Notstandsarbeiten¹⁰². Nun ließ sich die Versammlung durch die Erklärungen des Stadtbaurates, daß mit der Reichsregierung sowohl über die Nord-Südbahn als auch über die gesamte Bahnprojektierung Berlins mit Stadt- und Ringbahn verhandelt werde und mit der Versicherung, daß alles getan werde, um den Bau in vollem Umfang fortzusetzen, dazu bestimmen, von der Durchführung gefaßter Beschlüsse Abstand zu nehmen¹⁰³. Mit dem Festhalten des Magistrats an seinen Entlassungsplänen¹⁰⁴ war der Beweis erbracht, daß bei den Notstandsarbeiten finanzielle vor sozialen Aspekten rangierten und Zusagen für den Weiterbau nur auf Hoffnungen durch Reichsmittel beruhten. An der Ablehnung konnten auch die in ihrem Ton verglichen mit der Debatte um die Weihnachtsbeihilfe weit sachlicher

gehaltenen Hinweise der VKPD auf das eigentliche Interesse der Stadt an der Erhaltung und Fortführung des Projektes und auf die erhöhten Arbeitsleistungen, zur Entkräftung des Vorwurfs der Unproduktivität der Notstandsarbeiten, nichts ändern.

Die Gewerkschaftskommission, die zwar Eingaben bei den Reichsstellen gemacht und dabei vom Wohlfahrtsministerium lediglich die Zusicherung erhalten hatte, daß die Baustellen nicht geschlossen werden dürften¹⁰⁵, konnte sich nun nicht mehr auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung berufen, sondern mußte zeigen, wie stark sie sich für die Notstandsarbeiter und damit auch für die Arbeitslosen zu machen bereit war.

Da die Notstandsarbeiter auf die am 12. Januar vom Magistrat beschlossene Entlassung der Hälfte der Arbeiter mit der Fortführung der Arbeiten reagierten, machte der Magistrat in der Zahl der zu Entlassenden Zugeständnisse, hielt aber an der Einschränkung der Arbeitszeit fest¹⁰⁶.

Die Gewerkschaftskommission versuchte zuerst, diesen Kompromiß zu vermitteln, arbeitete dann selbst mit der Betriebsrätezentrale und dem AfA einen Beschluß aus, der sich an den ADGB, den Reichs-AfA und die Reichsbetriebsrätezentrale mit der Bitte um Einleitung einheitlicher Aktionen zur Reduzierung der Arbeitszeit wandte. Für die Berliner Notstandsarbeiter wurde die volle Weiterbeschäftigung während der Verhandlungen mit dem Magistrat verlangt¹⁰⁷. Da sich die Angestellten in diesem Konflikt für neutral erklärten und die USPD die Gewerkschaften unterstützte, unterwarf sich die VKPD dem Gewerkschaftsbeschluß, um sich nicht zu isolieren, während die KAPD den Anlaß nutzte, um den Austritt aus den Gewerkschaften zu empfehlen¹⁰⁸. Der mit dem Magistrat ausgehandelte Kompromiß ergab dann lediglich die Auszahlung der ausstehenden Löhne und Versprechungen über die Bereitstellung von 500 Mill. Mark zur Fortführung der Arbeiten innerhalb der folgenden Woche, aber keine feste Zusage¹⁰⁹. Die Gewerkschaften ihrerseits versuchten, die Dürftigkeit des Kompromisses

mit der Ankündigung einer Einheitsbewegung gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im ganzen Reich zu überdecken¹¹⁰. Damit war vorerst das Sparkonzept des Magistrats durchgesetzt, der nun auch die Mittel für Notstandsarbeiten kleineren Umfangs in den Bezirken strich¹¹¹.

Da die Arbeitslosen der am meisten radikalisierte Teil der Arbeiterschaft seit Mitte 1920 waren¹¹², und nun auch größere Teile der noch Arbeitenden aus Furcht vor Entlassungen durch andauernde Stilllegungen aktiviert worden waren, bestanden berechnete Hoffnungen auf die Vereinigung beider Kräfte durch die Verbindung von Tagesforderungen der Arbeitslosen mit Forderungen nach Produktions- und Lebensmittelkontrolle für die Arbeitenden. Die Notstandsarbeiter dienten dabei als Anlaß zur Verbreiterung der Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit. Wenn auch die konkreten Bemühungen für die Notstandsarbeiter fehlschlügen, gelang es den Kommunisten doch, die Gewerkschaften in die aktive Verteidigung der Interessen der Arbeitslosen mit einzubeziehen, so wie es die Richtlinien des Vereinigungspartietages über die Arbeit in den Gewerkschaften vorgesehen hatten¹¹³. Die ersten Schritte auf diesem Weg mit den Stuttgarter Forderungen und dem Auftreten in der Stadtverordnetenversammlung waren bereits so erfolgreich gewesen, daß sich auch die Gewerkschaften in Bewegung gesetzt und mit ihren Vorschlägen zum Kompromiß in der Stadtverordnetenversammlung beigetragen hatten. In dem Kampf der Notstandsarbeiter verließ sich die Gewerkschaftskommission anfangs auf die Durchführung des Stadtverordnetenbeschlusses, zog dann aber, als sie merkte, daß sich die Notstandsarbeiter mehr auf die Kommunisten verließen¹¹⁴, die Angelegenheit an sich. Diese Bewegung bewirkte, auch wenn sie für die Notstandsarbeiter nachteilig auslief, eine erhöhte Bereitschaft zu Abwehraktionen auch in anderen Bereichen.

Zur Unterstützung der Stuttgarter Forderungen fanden am 5. und 6. Januar 1921 erneut Versammlungen statt¹¹⁵. Da die Wahlen im Metallarbeiterverband nur mit einem knappen Vorsprung der freigewerkschaftlichen Kandidaten ende-

ten, konnten sich die Gewerkschaften auch auf diesem Bereich nicht so leicht den Einheitsbestrebungen der VKPD entziehen. Versammlungen arbeitsloser Metallarbeiter Mitte Januar verstärkten den Druck¹¹⁶.

Auch die KAPD geriet unter die Sogwirkung der VKPD-Aktionen, die sie ihrer aktivsten Anhängerschaft zu berauben drohten. Das verhinderte aber vorerst die Uneinigkeit in der VKPD zwischen der Leitung und der Berliner Regionalführung, die weiter starke Sympathien für die KAPD zeigte¹¹⁷. Seit Januar begann erneut das Tauziehen zwischen VKPD und KAPD um wirtschaftliche oder politische Arbeitslosenräte. Als der wiederaktivierte Reichsausschuß der Erwerbslosenräte mit Billigung des Erwerbslosenfürsorgeausschusses des Magistrats Neuwahlen wirtschaftlicher Arbeitslosenräte ansetzte, waren damit auch die Gewerkschaften angesprochen, die nach den verhinderten Wahlen im Oktober 1920 Arbeitslosenratswahlen innerhalb der Verbände hatten durchführen lassen und deren Vertretungsanspruch durch die geplanten Neuwahlen wieder in Frage gestellt wurde.

4. Der 'Offene Brief' der VKPD und die 'Zehn Forderungen' des ADGB für die Arbeitslosen

Den entscheidenden Anstoß zu verstärkten Diskussionen um und zur Einleitung von Aktionen für die Arbeitslosen versuchte die VKPD mit der Veröffentlichung eines 'Offenen Briefes' an die Arbeiterparteien und Gewerkschaften Anfang Januar 1921 zu geben¹¹⁸. Darin schlug sie die einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten als Teil einheitlicher Kämpfe für die Erhöhung der Löhne, der Renten und der Kriegsoferpensionen vor. Die Kosten der Unterstützung wären vom Reich zu tragen, das zur finanziellen Abdeckung seiner Kosten besonders die Unternehmer heranziehen sollte. Die Kontrolle der Arbeitslosen war durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften vorgesehen. Die Interessen der Arbeitslosen und breiterer Arbeiter-

schichten verband man miteinander durch die Forderung nach Bereitstellung verbilligter Lebensmittel. Die angesprochenen Parteien und Gewerkschaften wurden aufgefordert, zu diesen Forderungen als Ausgangsbasis für gemeinsame Aktionen Stellung zu nehmen.

Die USPD lehnte gemeinsame Aktionen mit dem Hinweis auf die ihrerseits bereits auf ihrem Parteitag in Halle (1920) für die Arbeitslosen formulierten Forderungen ab¹¹⁹. Die SPD sah darin nur ein Manöver, da die VKPD auch ohne die Zustimmung der anderen Arbeiterparteien in dieser Richtung vorzugehen gewillt sei¹²⁰. Ohne auch nur an die Beratung einzelner Fragen heranzugehen, vermutete die SPD hinter den Forderungen einen Führungsanspruch der VKPD, dem man keinerlei Zugeständnisse zu machen bereit war. Trotz der Mißerfolge ihrer Verhandlungstaktik mit den Regierungsstellen und trotz der Kritik an ihrer Untätigkeit aus den eigenen Reihen¹²¹ war die Berliner Gewerkschaftskommission nicht bereit, von ihrem Weg abzugehen. Sie sprach sich zwar für die Forderungen aus, wollte aber die notwendigen Maßnahmen selbst bestimmen¹²². Von der Androhung konkreter Kampfmaßnahmen nahm sie daher Abstand und versuchte, entstehende Kämpfe zu bremsen¹²³.

Die Kämpfe der Notstandsarbeiter, Massenversammlungen gegen drohende oder bereits erfolgte Stillegungen¹²⁴, Streikaktionen der Eisenbahner und der städtischen Angestellten und Arbeiter¹²⁵ bestätigten die anwachsende Bereitschaft, sich in größeren Aktionen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen. Als Ergebnis des Aufrufs zu gemeinsamen Aktionen verbreiterte sich tatsächlich der Einflußbereich der VKPD¹²⁶ und zwang die Gewerkschaften zum Gegenzug mit der Aufstellung der 'Zehn Forderungen' für die Arbeitslosen durch den ADGB Ende Februar 1921¹²⁷.

Der Zusammenhalt der Erwerbslosen war durch die parlamentarische Aktion der VKPD und durch die Vereinigung unter gemeinsamen Zielen wieder gefestigt worden. Um als konzentrierte Kraft alleine in Aktion treten zu können, fehlte

ihnen jedoch die feste politische und organisatorische Form¹²⁸. Die politischen Arbeitslosenräte kündigten anlässlich des parlamentarischen Vorgehens der VKPD ihre Übereinkunft mit dem Aktionsrat der VKPD auf und verlangten statt der Sicherung des Existenzminimums die Sicherung der vollen Existenz der Arbeitslosen. Dem hielt die VKPD die Erkenntnis der KAPD vom Oktober 1920 entgegen, daß bei fortgeschrittener Verelendung der Massen und besonders der Arbeitslosen die Revolution mit ihnen nicht mehr durchgeführt werden könne und daher zuerst die Verelendung verhindert werden müsse¹²⁹. Die KAPD lehnte dennoch die Forderungen des 'Offenen Briefes' als Palliativmittel ab, betonte aus ihrer dezidiert antiparlamentarischen Haltung heraus die Alternative zwischen Parlamentswahl und Klassenkampf, forderte zum Boykott der preußischen Landtagswahlen auf und wiederholte ihren Vorschlag, mit der Wahl von politischen Arbeitslosenräten Aktionen zur Besetzung von Betrieben, Banken und Verkehrseinrichtungen zu beginnen. Bei verschiedenen Neuwahlen von Arbeitslosenräten setzten sich beispielsweise in Tegel und Köpenick wirtschaftliche (VKPD), in Neukölln dagegen politische Arbeitslosenräte (KAPD) durch¹³⁰.

Auf der Reichsebene wurden die Arbeitslosenprobleme nicht mit der von den Arbeitslosen und selbst den Kommunen gewünschten Eile behandelt. Der Hauptausschuß des Reichstages billigte den Etat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung in Höhe von einer Milliarde Mark, davon 400 Mill. Mark für unterstützende und 600 Mill. Mark für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Ein Arbeitsnachweisgesetz wurde in Aussicht gestellt¹³¹. Andererseits beriet man die Lockerung der Demobilmachungsbestimmungen über die Arbeitsstreckung, von der die Städte nur eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten hatten. Für die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffenen Großstädte mußte daher eine Ausnahme von dieser Regelung zugestanden werden¹³². Während die SPD im Hauptausschuß eine Entschließung über die Beschaffung nutzbringender Arbeiten einreichte, verhandelten

die Gewerkschaften mit dem Reichskanzler über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die besonders im Bereich von Bahn und Post, bei der Bodenverbesserung und durch die Belegung der Bautätigkeiten erfolgen sollten. Einzelne Verbände wie der Bauarbeiter- und der Textilarbeiterverband wandten sich mit gleichgerichteten Eingaben an die zuständigen Reichsstellen¹³³. Für die daraufhin Mitte Februar 1921 versprochenen Aufträge an Bahn, Post und andere Reichsbehörden empfahl der Unterausschuß für produktive Erwerbslosenfürsorge schleunige Bereitstellung, während der Reichswirtschaftsrat deren Vergabe an besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Bezirke, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Kontrolle der zu vergebenden Aufträge durch paritätische Organe vorschlug¹³⁴.

Bei der Lesung des Etats seines Ministeriums verwies der Reichsarbeitsminister auf die Erfüllung der Arbeitsloseninterpellation vom August 1920 durch die Unterstützungserhöhungen im Winter und die Beihilfe des Reichs zu Hilfsaktionen der Gewerkschaften, betonte aber, daß der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, deren chronischer Charakter jetzt zugegeben wurde, Grenzen gesetzt seien¹³⁵. Ein Arbeitslosenversicherungsgesetz sei zur Zeit undurchführbar, eine vorläufige Arbeitslosenversicherung werde aber vorbereitet¹³⁶. In den Vordergrund der Abhilfsmaßnahmen rückte man die Ausgestaltung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch die Förderung von Kanalbauten, Meliorationen und wirtschaftliche Notstandsarbeiten, also arbeitsintensiven und weniger kostspieligen Projekten. Diese Bemerkungen belegten, daß die Kosten- und Deckungsfrage dabei im Vordergrund stand, und daß an die Ausführung von Neubauten innerhalb der produktiven Erwerbslosenfürsorge aus Rentabilitätsgründen nicht zu denken war¹³⁷. Damit war den gewerkschaftlichen Vorstellungen, die gerade für diesen Bereich Arbeiten forderten, eine deutliche Absage erteilt¹³⁸.

In der Stadtverordnetenversammlung verstärkten sich indessen die Widerstände gegen Hilfsmaßnahmen, die die begrenzten Finanzen der Stadt anzugreifen drohten. Anlässlich

einer Magistratsvorlage, die zur Weiterführung des städtischen Betriebes 'Versorgung der Erwerbslosen mit billiger Kleidung und Schuhen auf Abzahlung' eine Aufstockung der Mittel vorsah, brachten USPD und VKPD Zusatzanträge ein¹³⁹. Über den Antrag der VKPD, von der Regierung für Notstandsarbeiten 10 Mrd. Mark zu verlangen, verlor die Versammlung kein Wort. Weiterhin verlangte die VKPD einmalige Beihilfen für Arbeitslose und die Erhöhung der Unterstützung. Zusätzlich forderte sie die kostenlose Abgabe von Brennmaterial, Kleidungsstücken, Lebensmitteln und Heilmitteln, die Begleichung von Krankenkosten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge¹⁴⁰, freie ärztliche Hilfe, Berufsschul Ausbildung und Beschaffung von Lehrstellen für jugendliche Arbeitslose, die kostenlose Abgabe von Kleidung an Schulentlassene und die freie Fahrt zum Arbeitsnachweis¹⁴¹. Die USPD brachte Vorschläge zur Schaffung von Arbeit im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein, die den Umbau der Gaswerke zu Kokereien und deren Umstellung auf Fernheizung für städtische Gebäude vorsahen. Zu diesem Zweck sollte ein ständiger Ausschuß eingesetzt werden. Die bürgerlichen Parteien versuchten, die Anträge ohne Diskussion zur Ausschußberatung zu überweisen. Vergeblich appellierte die USPD an die Einheitlichkeit der Versammlung, um bei der Regierung wenigstens die Beantwortung der Beschlüsse vom 23. Dezember 1920 zu erreichen¹⁴². Aber auch für die eigenen Beschlüsse machte sich die Versammlung nicht stark. Die Deutschnationalen lehnten die Pläne der USPD und die kommunale Herstellung, Beschaffung und Reparatur von Kleidung und Schuhen ab¹⁴³. Statt Arbeitsstreckung empfahlen sie Akkordarbeit und Mäßigung der Lohnforderungen. In den Augen der Wirtschaftspartei handelte es sich bei den Forderungen um Tendenzanträge, die sie sachlich zu beantworten nicht bereit war¹⁴⁴. Die SPD votierte gegen die Unterstützungserhöhung, bat aber den Magistrat, beim Reich um die Bereitstellung von Mitteln vorstellig zu werden¹⁴⁵. Im Endergebnis billigte man die Magistratsvorlage und überwies die Zusatzanträge mit knapper Mehrheit an

einen Ausschuß.

Mit der inkonsequenten Haltung zu bereits gefaßten Beschlüssen und der ablehnenden Behandlung solcher für die Arbeitslosen tatsächlich lebensnotwendigen Fragen konnte man der VKPD zwar agitatorische Argumente liefern, erschwerte ihr aber die Kontrolle über die Arbeitslosen, die sich nur durch konkrete Maßnahmen beruhigen ließen¹⁴⁶. Dadurch erleichterten die bürgerlichen Parteien dem Radikalismus der KAPD das Spiel, da die erneut enttäuschten Arbeitslosen wiederum der KAPD näherrückten. Diese baute mit ihren Plänen zum baldigen Losschlagen nach wie vor besonders auf die Arbeitslosen¹⁴⁷. Ihre Aufforderungen zu Lebensmittelplündereien verhallten deshalb nicht ungehört, die Warnungen der VKPD blieben unbeachtet¹⁴⁸.

Auch in der VKPD zeigten sich nun Linkstendenzen¹⁴⁹, obwohl sie noch am Weg des 'Offenen Briefes' festhielt¹⁵⁰. Die ablehnende Haltung der anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen und die parlamentarischen Mißerfolge begünstigten diese schwankende Haltung. Die Konkurrenz zwischen KAPD und VKPD um die Anhängerschaft der Arbeitslosen nahm im Februar noch zu¹⁵¹. Nach der Ablehnung der Erwerbslosenforderungen durch die Reichsregierung ließ auch die VKPD die Agitation unter den Arbeitslosen für die Verbesserung ihrer Lage verstärken¹⁵². Durch den Reichsausschuß der Erwerbslosenräte setzte sie für Ende Februar 1921 Neuwahlen der Arbeitslosenräte in Groß-Berlin an¹⁵³. Mit der Wiederaufnahme der Arbeitslosenkampagne nun auch auf Reichsebene sollte in Sinne des 'Offenen Briefes' die Einheitlichkeit unter den Arbeitslosen gesichert werden. Dafür wurde folgender Forderungskatalog aufgestellt: Beihilfen in Höhe von 400 bis 600 Mark, keine Anrechnung von Renten auf die Unterstützung, volle Unterstützung für alle Arbeitslosen für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit bei Gleichstellung von Mann und Frau, die Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, die Aufbringung der Unterstützungskosten durch ein nach der Betriebsgröße gestaffeltes Umlageverfahren, die

Aufhebung der Definition der Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge und die Beseitigung der Streikklausel in den Statuten der Erwerbslosenfürsorge¹⁵⁴ und schließlich die Amnestie auch für Straftaten, die von den Arbeitslosen aus ihrer besonderen Notlage begangen worden waren¹⁵⁵. Ähnlich der KAPD ließ auch die VKPD von den Betriebsräten die Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage einholen¹⁵⁶.

Zur Einleitung dieser Wahlen am 25. und 26. Februar fanden Versammlungen in Charlottenburg, Reinickendorf, Treptow, Köpenick, Neukölln und Prenzlauer Berg statt¹⁵⁷. Der Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge zeigte sich bereit, die Richtlinien zur Wahl zu billigen, die Kosten für die Wahl zu übernehmen und die Stempellokale als Wahlorte zur Verfügung zu stellen¹⁵⁸. Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte trat zur Unterstützung seiner Forderungen auch an den ADGB heran, wurde aber von diesem ablehnend beschieden. Der ADGB glaubte, daß bereits alles nur Mögliche für die Arbeitslosen unternommen worden sei und betrachtete die Bereitstellung von Reichsaufträgen in Höhe von 16 Mrd. Mark als Erfolg seiner Verhandlungen. Eine besondere Vertretung der Arbeitslosen erachtete er als nicht für notwendig¹⁵⁹. Deshalb trachteten auch die Berliner Gewerkschaften darnach, die Arbeitslosenratswahlen zu verhindern und ihre Anerkennung beim Magistrat zu hintertreiben. Unterstützung fanden sie dabei von der USPD und der SPD, wobei der 'Vorwärts' den Wahlaufruf erst gar nicht abdruckte, die gewerkschaftlichen Arbeitslosenräte als die einzig legitimen Räte bezeichnete, die Wahlen als Irreführung und nur die Unorganisierten betreffend abtat¹⁶⁰. Auch der KAPD kamen diese Wahlen sehr angelegen, da wegen der mangelnden Bereitschaft großer Teile der Arbeiterschaft, für ihre Befreiung zu kämpfen, von den Arbeitslosen der Anstoß zu Kämpfen ausgehen sollte¹⁶¹, die Arbeitslosenräte beim Magistrat aber von ihren prinzipiellen Forderungen durch die Beschäftigung mit nebensächlichen Fragen abgelenkt wurden¹⁶².

Unter Störungsversuchen seitens der KAPD nahmen

schließlich doch 41 000 Arbeitslose an den Wahlen für die wirtschaftlichen Arbeitslosenräte teil¹⁶³. Gemessen an 59 000 gemeldeten Arbeitslosen Ende Februar in Alt-Berlin¹⁶⁴ und 100 000 in Groß-Berlin vertraten sie damit einen beträchtlichen Teil aller Arbeitslosen. Der Magistrat erkannte die Wahlen nicht an, untersagte den Arbeitslosenräten die Ausübung ihrer Mandate und sprach den gewerkschaftlichen Arbeitslosenräten das alleinige Vertretungsrecht zu¹⁶⁵.

Die verstärkten öffentlichen Aktivitäten des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte veranlassten den ADGB, nun auch mit den am 26.2.1921 an die Regierung adressierten Forderungen den Weg in die Öffentlichkeit anzutreten¹⁶⁶. In diesen 'Zehn Forderungen' zur Minderung der Not unter den Arbeitslosen verlangte der ADGB: 1. die sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang, 2. die besondere Berücksichtigung der von der Arbeitslosigkeit stärker betroffenen Bezirke, die Bindung der Aufträge an die Pflicht zur Einstellung von Arbeitslosen, verkürzte Arbeitszeit und Einführung von Schichten, 3. Vergabe von Aufträgen an geeignete Betriebe anderer Branchen, falls die Kapazitäten der mit Aufträgen versorgten Industrien nicht ausreichen, 4. die Deklaration aller Auftragsarbeiten öffentlicher Verwaltungen als Notstandsarbeiten, dabei die Beschränkung des Unternehmergewinns auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß und die Bezahlung von Tariflöhnen zur Vermeidung von Arbeitsstreitigkeiten, 5. Mitbestimmung bei der Auftragsvergabe, soweit es sich um die Einhaltung der in den Punkten zwei bis vier vorgesehenen Verpflichtungen handelt, 6. wenn nicht anders Abhilfe zu erreichen die allgemeine Einführung verkürzter Arbeitszeit und Schichtwechsel, 7. Ersetzung des dabei auftretenden Lohnausfalls bis zu zwei Dritteln, wovon Reich und Länder die Hälfte dieser Kosten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beisteuern, zeitliche Begrenzung dieser Maßnahme, 8. die Belebung der Bauwirtschaft, besonders des Wohnungsbaus, unter Vorrangigkeit der Bekämp-

fung der Arbeitslosigkeit vor der Behebung der Wohnungsnot, 9. für alle anderen Arbeitslosen die Erhöhung der Unterstützung nach einem Teuerungsindex, Schulspeisung für die Kinder unbemittelter Eltern, 10. zur Durchführung der Maßnahmen und Vermeidung inflationärer Wirkungen die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des AfA appellierten an die Arbeiter, in Versammlungen zu den Forderungen Stellung zu nehmen und die Bereitschaft zu bekunden, mit allen Mitteln, die allerdings nicht genauer umschrieben wurden, für ihre Durchführung zu kämpfen¹⁶⁷. Auch die VKPD bot sofort ihre Unterstützung an, da die Forderungen innerhalb der gegebenen Gesellschaftsform durchführbar seien. Sie wies aber darauf hin, daß die Gewerkschaften ihre ganze Hoffnung auf das Eingreifen der Regierung setzten. Wenn die Forderungen nicht nur eine Ablenkung für die aufbegehrenden Arbeiter und Angestellten sein sollten, müßten andere Mittel als die der Verhandlungen der Gewerkschaftsspitzen mit dem Reich angewendet werden¹⁶⁸. Die Gewerkschaften müßten erkennen, daß es notwendig sei, für die Erhaltung der Existenz der Arbeiter den Kampf aufzunehmen und nicht vor den Konsequenzen zurückzuschrecken, wenn die Kämpfe in ein Ringen um die politische Macht ausmündeten.

5. Die Rolle der Arbeitslosen in den Märzkämpfen 1921

Die anschwellende soziale Unruhe griff nun auch auf die Obdachlosen über, die aus Empörung über schlechte Verpflegung und diskriminierende Behandlung einen Aktionsausbruch wählten, am 27. Januar 1921 vor das Rathaus zogen und durch eine Deputation die Aufhebung der täglichen Verwarnung, die Bereitstellung von Arbeit und die Gleichstellung mit den Arbeitslosen verlangten¹⁶⁹. Soweit es sich um die Verpflegung handelte wurden die Forderungen der Obdachlosen, von der VKPD als Anträge eingebracht, von den Stadtverordneten als berechtigt anerkannt und, da es sich nur

um geringe Beträge handelte, auch bewilligt¹⁷⁰. Allerdings benutzten die Deutschnationalen und die DVP die Gelegenheit für den Vorschlag, diesem Problem in Zukunft durch das Verbot weiterer Zuwanderung von Arbeitslosen und der Abschiebung der nach 1914 zugewanderten Obdachlosen vorzubeugen¹⁷¹.

Die Dringlichkeit der Arbeitslosenfrage zwang die Parteien zu erneuter Stellungnahme anlässlich der Haushaltsdebatte in der Stadtverordnetenversammlung am 8. März¹⁷². Die USPD betonte, daß es für die Gemeinden unmöglich sei, ohne zusätzliche Reichshilfe ausreichende Unterstützung zu gewähren. Sie kritisierte andererseits die Stadt wegen zu geringer Arbeitsbeschaffung und Sparsamkeit bei der Bereitstellung dafür benötigter Mittel¹⁷³. Die SPD wies auf ihre Vorkriegspläne zur Arbeitslosenversicherung hin, deren rechtzeitige Ausarbeitung die Arbeitslosen vor den derzeitigen Folgen bewahrt hätte. Es sei den bürgerlichen Parteien zu verdanken, wenn den Arbeitslosen nun nicht anders geholfen werden könne¹⁷⁴. Hinter diesem Rückblick auf die historischen Ursachen versteckte die SPD ihre ablehnende Haltung zu weiteren Unterstützungserhöhungen. Die Deutschnationalen lehnten die Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten als Verschleuderung für unproduktive Arbeiten und als verschleierte Arbeitslosenunterstützung ab¹⁷⁵.

Zur Fortsetzung der Debatte am 10. März fanden gleichzeitig große Demonstrationen statt, an denen sich über zehntausend Arbeits- und Obdachlose aus Berlin und der Umgebung beteiligten¹⁷⁶. Nach der gemeinsamen Demonstration mit den Arbeitern zogen die Arbeitslosen vor das Rathaus, begehrten Zutritt zu der Stadtverordnetenversammlung und verlangten nachdrücklich Arbeit und Unterstützung¹⁷⁷. Die VKPD-Fraktion hatte für diese Gelegenheit Anträge vorbereitet, die für die Obdachlosen die Anerkennung des Asyls als Wohnsitz - als Voraussetzung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung -, weiterhin eine einmalige Beihilfe und die Minzuziehung eines Obdachlosenrates zu allen die Ob-

dachlosen betreffenden Angelegenheiten vorsahen. Da von den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Dezember 1920 noch kein einziger realisiert worden war, forderte die VKPD den Magistrat auf, wenigstens eine einmalige Beihilfe zu gewähren und für Verpflegung der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen durch Volksküchen zu sorgen. Auch sollten die Notstandsarbeiten fortgeführt werden, die durch die Streichung der städtischen Anteile für die Bezirke zum Erliegen gekommen waren¹⁷⁸. Die bürgerlichen Parteien und die SPD lehnten die Dringlichkeit der Anträge ab und vertagten die Beratung.

In der Fortsetzung der Haushaltsdebatte wandten die Deutschnationalen zwar nichts gegen die Einstellung von 9 Mill. Mark für Reparaturarbeiten und 50 Mill. Mark für Notstandsarbeiten in den Haushaltsplan ein, verlangten aber als vordringlich die Ermächtigung vom Reich, die Arbeitslosen dahin zu verpflanzen, wo Arbeit vorhanden sei, um dadurch die Stadt von finanzieller Belastung zu befreien. Auch die Wirtschaftspartei konnte die Notlage der Arbeitslosen nicht mehr abstreiten, forderte aber Hilfsmaßnahmen, die sich mit den gewerblichen Projekten ihrer Klienten verbinden ließen¹⁷⁹.

Zur Beratung der Erwerbslosenanträge am 17. März veranstaltete die VKPD erneut Arbeitslosendemonstrationen, die, wie in der Vorwoche, Zutritt zum Parlament verlangten¹⁸⁰. Im Ergebnis langer Dispute wurde der Aufgabenbereich des ständigen Ausschusses für Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch auf Fragen der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge ausgedehnt. Die Deutschnationalen warfen besonders den jugendlichen Arbeitslosen vor, in einer über alle Begriffe der Höflichkeit hinausgehenden Weise Forderungen zu stellen, anstatt, wie die älteren Arbeitslosen, Einsicht in den begrenzten Spielraum des Magistrats zu zeigen¹⁸¹. Vom Magistrat mußte eingestanden werden, daß man mit den Anträgen vom 23. Dezember bei der Reichsregierung keinen Schritt vorangekommen sei. Über die 50 Mill. Mark für Notstandsarbeiten hinaus wurden aber weitere 30 Mill.

Mark für Kleinarbeiten wie Baracken- und Notwohnungsbau versprochen¹⁸². Die USPD richtete an die bürgerlichen Parteien die Aufforderung, den Druck bei der Regierung nicht den linken Parteien allein zu überlassen. Auch sie setzte erneut Hoffnungen auf Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung¹⁸³. Der SPD-Vertreter kritisierte den Magistrat dahingehend, den Arbeitslosen eher mit Unterstützungen entgegenkommen zu wollen, statt für Arbeitsbeschaffung zu sorgen¹⁸⁴. Die VKPD lehnte Ausschüßberatungen als Verschleppung dringend notwendiger Beschlüsse ab¹⁸⁵.

Die Anzeichen für die Märzaktion mehrten sich. In Versammlungen der VKPD, die sich mit den Aufgaben der Gewerkschaften befaßten, war nun auch von der Anwendung des Generalstreiks zur Durchsetzung der 'Zehn Forderungen' des ADGB für die Arbeitslosen die Rede¹⁸⁶. Am 17. März beschloß die Leitung der VKPD Aktionsforderungen für die Kämpfe der nächsten Zeit. Mit der Forderung nach dem Sturz der Regierung entschied sich die VKPD für die 'Offensivtheorie'¹⁸⁷ und näherte sich, obwohl sie für die Arbeitslosen weiterhin nur Forderungen nach Existenzsicherung aufstellte¹⁸⁸, der KAPD an. Die Ansätze zu einheitlichen Aktions- und Organisationsformen im Gefolge des 'Offenen Briefes' gab die VKPD vorerst auf und ebnete damit den Weg zum aktionistischen Einsatz der Arbeitslosen.

Die am 19. März beginnenden Auseinandersetzungen in Mitteldeutschland führten über den Generalstreik am 21. März zu bewaffneten Kämpfen ab 23. März, die die VKPD am 24. März mit einem Generalstreikaufruf im ganzen Reich unterstützte¹⁸⁹. Vom Kampf in Berlin erwartete die KAPD wiederum eine Signalwirkung für das ganze Reich. Über die Bildung von Aktionsausschüssen, die Vereinigung der Arbeiter mit den Arbeitslosen durch die Besetzung der Betriebe und die Ausdehnung von Sympathie- zu Angriffsstreiks sollte der Kampf ausgeweitet werden¹⁹⁰. Nach dem Vorbild gemeinsamer Aktionsausschüsse von KAPD und VKPD bei Leuna beschlossen beide Parteien auch in Berlin die Zusammenfassung

verschiedener Aktionsausschüsse zu einem Groß-Berliner Arbeiterrat. Die in den Betrieben zu wählenden Aktionsausschüsse sollten auf Bezirksebene einen Aktionsausschuß der Betriebe bilden und dieser sich mit dem bestehenden Zweiparteilichen politischen Aktionsausschuß zu einem Bezirksausschuß vereinigen. Ihm sollten auch zwei Arbeitslosendelegierte angehören. Die Obmänner der Bezirksausschüsse hatten einen 22er Aktionsrat zu bilden, um mit dem bestehenden zweiparteilichen Aktionsrat die Kämpfe in Berlin anzuleiten. Die Arbeitslosen sollten auch hier durch ihre politischen Arbeiterräte vertreten sein¹⁹¹. Auch die VKPD stellte sich nun auf die Besetzung der Betriebe durch Arbeitslose ein, wenn auch mit der Maßgabe, durch Überzeugung zu wirken und Zusammenstöße mit den Arbeitswilligen zu vermeiden¹⁹². Da ein gleichfalls gebildeter Reichsaktionsausschuß durch die baldige Einleitung von Kämpfen in Berlin eine Entlastung der in Mitteldeutschland Kämpfenden erwartete¹⁹³, hing der Erfolg dieses Konzeptes vor allem von der Beteiligung der Arbeiter ab. Auf Grund der Streikmüdigkeit schon vor der Aktion¹⁹⁴, besonders aber durch die entschieden ablehnende Haltung von SPD, USPD und Gewerkschaften und der auf die Generalstreikproklamierung folgenden Ostertage, die zur Folge hatten, daß viele Betriebsversammlungen auf Termine nach Ostern verschoben wurden, wollte bis zum 26. März (Sonntag) keine allgemeine Generalstreikbereitschaft entstehen¹⁹⁵. Vergeblich forderten die politischen Aktionsausschüsse zur Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter über die Feiertage auf¹⁹⁶. Die Generalstreikparole wurde zu einem empfindlichen Mißerfolg für die verbündeten KAPD und VKPD¹⁹⁷. Aber auch ohne die Unterstützung durch die Arbeiter drängten die politischen Aktionsausschüsse vorwärts. Ab dem 29. März begannen die Arbeitslosen ihren bis dahin vereinzelt erfolgten Druck auf die Betriebe verstärkt auszuüben¹⁹⁸. Sie, die bis dahin aktionsbereit auf den Arbeitsnachweisen gewartet hatten, griffen nun aus Enttäuschung über die ausbleibende Solidarisierung der Arbeiter zu Gewaltmitteln und besetzten einzelne

Betriebe vollständig und bedrohten andere mit der gewaltsamen Stilllegung der Produktion¹⁹⁹. Damit wurde die befürchtete Spaltung zwischen Arbeitern und Arbeitslosen zur Tatsache.

Als Ergebnis der mißlungenen Aktion verlor die VKPD ihren mühsam errungenen Einfluß in den Betrieben²⁰⁰, wurden durch den tief aufgerissenen Spalt zwischen Arbeitern und Arbeitslosen die Ansätze zu gemeinsamen Aktionen vergeben und brachen langandauernde Auseinandersetzungen um die politische Taktik in der VKPD aus²⁰¹. Obwohl die VKPD noch kurz vor den Märzkämpfen den Versuch eingeleitet hatte, die Arbeitslosen aller politischen Richtungen zusammenzufassen²⁰², erreichte sie durch die Zusammenarbeit mit der KAPD, daß der angestaute Unmut der Arbeitslosen in direkten Aktionen zum Ausbruch kam und bewirkte damit das Gegenteil ihrer Absichten²⁰³.

Die Reaktion auf diese Ereignisse und auf den besonderen Anteil der Arbeitslosen daran fiel bei der USPD differenzierter aus als bei der SPD, die sich davon als Bewegung des Lumpenproletariats schärfstens distanzierte²⁰⁴. Hatte die 'Freiheit' am 25. März noch von politischen Abenteurern und bezahlten Spitzeln gesprochen, so erklärte sie bereits am 31. März, daß der Verlauf der Aktion unmöglich von Fragen der Arbeitslosigkeit zu trennen sei. Sie verurteilte die agitatorische Ausnutzung verzweifelter Arbeitsloser durch die VKPD, zeigte aber Verständnis für die Unbesonnenheit der Arbeitslosen, die sich durch die Trostlosigkeit ihrer Lage und den Anblick des ungenierten Schlemmerlebens zu Verzweiflungsaktionen hätten hinreißen lassen. Ohne die Untätigkeit der Regierung hätte der Putsch nicht so bedeutungsvoll werden können. Es sei an der Regierung, diese Zeichen als Warnung zu verstehen. Die Arbeitslosen könnten dem Einfluß der Kommunisten nur entzogen werden, wenn es sich die Arbeiterparteien zur Aufgabe machten, ihre ganze Kraft auf die Frage der Arbeitslosigkeit zu verwenden und mit der Verhinderung weiterer Verelendung die Kampfkraft der Arbeiter zu erhalten²⁰⁵. Eine Ausschußtagung des

ADGB sprach sich daher für die baldige Durchführung der 'Zehn Forderungen' des ADGB und besonders für die Verkürzung der Arbeitszeit aus und beauftragte den Bundesvorstand, Maßnahmen gegen neue Arbeitslosigkeit zu treffen, die man als Folge alliierter Sanktionen zur Durchsetzung der Londoner Beschlüsse erwartete. In Anbetracht des offenkundigen Zusammenhangs der Arbeitslosigkeit mit den gerade erst beendeten Kämpfen war das allerdings eine mehr als bescheidene Reaktion²⁰⁶.

6. Die Verschleppung der Arbeitslosenforderungen in den Parlamenten

Das Aufbegehren der Arbeitslosen in den Märzkämpfen hatte die Parteien und die verantwortlichen Gremien der Stadt und des Reiches über die Notlage unterrichtet. Zum Umdenken und zu größerer Bereitwilligkeit für Zugeständnisse veranlaßte es sie aber nicht. Am stärksten war sich die USPD der dringlichen Probleme bewußt. Sie versuchte, zur Beruhigung der Arbeitslosen den Eindruck zu verbreiten, daß die Behandlung der Arbeitslosenfragen im Stadtparlament in ein schnelleres Fahrwasser gekommen sei²⁰⁷. In Wirklichkeit hatte aber der ständige Ausschuß für Erwerbslosenfragen die Anträge betreffend die freie Fahrt zum Arbeitsnachweis, die Unterstützungserhöhung auf das Niveau der Tariflöhne, Unterstützungsgelder für Schulentlassene bis zur Unterbringung in Lehrstellen, die kostenlose ärztliche Betreuung, die Übernahme der Krankenkosten und die Abgabe von Heizmaterial, Kleidung und Lebensmittel: abgelehnt und die einmalige Sonderbeihilfe mit sechs gegen sechs Stimmen zur Beratung mit der Regierung weiterempfohlen. Da der Magistrat vor eigenmächtigen Erhöhungen der Unterstützung gewarnt hatte, weil sie den völligen Entzug der Reichsbeihilfe zur Unterstützung zur Folge hätte haben können, hatte sich der Ausschuß lediglich dafür eingesetzt, an die Regierung um die Erhöhung der laufenden Unterstützung heranzutreten²⁰⁸. Für den Bereich der produktiven Erwerbslosenfürsorge kam der Ausschuß ebenfalls nur zu dürftigen Ergebnissen. Vorgesehen war der Ausbau

nichtgenutzter Gewerberäume, der Weiterbau der Museen, die Hebung der Bau- und Siedlungstätigkeit, die Unterbringung der an der Peripherie der Stadt Wohnenden in Landwirtschafts- und Gartenbaubetrieben²⁰⁹ und der Weiterbau der Nord-Südbahn. Bei der Vergabe von Aufträgen durch Post und Eisenbahn sollte Berlin besondere Berücksichtigung finden²¹⁰. Die Hilfspläne der Stadt gerieten schon auf der nächsten Beratungsebene in den schwelenden Gegensatz zwischen Ländern und Kommunen. Beim preußischen Wohlfahrtsministerium stieß der Ausschuß auf weitgehende Ablehnung seiner Vorstellungen. Die Gewährung einer Sonderbeihilfe wurde ebenso zurückgewiesen wie die Erhöhung der laufenden Unterstützungen. Eine Ausnahmesituation Berlins, die ein besonderes Entgegenkommen gerechtfertigt hätte, fand keine Anerkennung. Die Bereitwilligkeit, sich bei den Reichsbehörden für die Auftragsvergabe nach Berlin einzusetzen, war praktisch wertlos, da gleichzeitig auf ebenso große Arbeitslosigkeit in anderen Bezirken verwiesen wurde. Mittel für den Bau der Nord-Südbahn hatte man schon früher versprochen. Lediglich bei der Vergabe von Kleidungsstücken unter Verzicht auf Rückzahlung wollte man Entgegenkommen zeigen²¹¹.

Die VKPD wollte sich mit der Ablehnung ihrer Anträge durch den Ausschuß nicht abfinden und stellte sie von neuem. Sie gedachte, damit wenigstens die anderen sozialistischen Parteien zu zwingen, über ihre Reichstagsfraktionen von der Reichsregierung die Aufnahme von Notstandsmaßnahmen in ausreichendem Maß zu erreichen. Die Forderung nach erhöhter Sonderunterstützung begründete sie mit der Anpassung an die Teuerung²¹². Nach der Sackgasse der Märzkämpfe verstand sie es, sich sofort wieder zum Sprecher der Arbeitslosen im Parlament zu machen. Indem sie USPD und SPD ihre Verantwortung für die Arbeitslosen in Erinnerung rief, verhinderte sie, daß diese ihr den Fehler der Märzaktion vorhalten konnten. Das war notwendig auch darum, weil USPD und SPD weiter auf die Einsicht der Regierung bauten. Die USPD glaubte, die Zusage von 120 Mill.

Mark für die Nord-Südbahn und von 30 Mill. Mark mit eventuellen kommunalen Zuschlägen in Höhe von 50 Mill. Mark für den Wohnungsbau als festes Ergebnis und Erfolg hinstellen zu können²¹³. Sie kritisierte die Stadt lediglich darin, daß sie bei der Beratung von Notstandsarbeiten den Schwerpunkt zu sehr auf den Nord-Südbahnbau legte. Bis August 1921 wurden schließlich doch nur 25 Mill. Mark vom Reich und 32 Mill. Mark aus Berliner Vorschußmitteln für den Bahnbau bewilligt²¹⁴. In der Frage der erhöhten Sonderbeihilfe beharrte die USPD auf ihren Anträgen vom Dezember 1920 und lehnte den VKPD-Antrag ab. Die SPD wollte den Arbeitslosen in dieser Frage keine Hoffnungen machen, die unerfüllbar wären. Gegenüber den Forderungen der Arbeitslosen hob die SPD die Interessen der Stadt hervor, aus deren Blickwinkel mit der Ausschußberatung nach Lage der Verhältnisse das Mögliche getan worden sei, während weitergehende Forderungen den bereits enttäuschten Arbeitslosen nur noch größere Enttäuschungen bringen könnten²¹⁵. Die USPD blieb mit ihrem Versuch, die besondere Notlage Berlins hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen zu beweisen, ohne Unterstützung. Indem die Deutschnationalen auf die noch höhere Arbeitslosigkeit in Dresden und Chemnitz hinwiesen, stritten sie diese Notlage für Berlin ab und erschwerten damit ein geschlossenes Auftreten der Stadt gegenüber Landes- und Reichsbehörden. Durch die Forderungen der Kommunisten wuchs nach Ansicht der Deutschnationalen die Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse in Berlin, so daß die Industrie ihr Vertrauen in Berlin verliere. Sie weigerten sich auch, Anträge zu billigen, die in ihrer Dehnbarkeit betreffs des Begriffs Unbemittelte die Finanzen der Stadt und nicht zuletzt die der Arbeiter belasteten²¹⁶. Einziges Ergebnis der Beratungen zu Erwerbslosenfragen blieb der Beschluß, den Schulentlassenen Beihilfen zur Anschaffung von Kleidung zu gewähren²¹⁷.

Die USPD verschärfte indessen den Ton ihrer Polemik gegen die Regierung, warf ihr Untätigkeit, komplizierte und unwirksame Verordnungen und an Geiz grenzende Spar-

samkeit in Unterstützungsfragen vor und charakterisierte ihre Maßnahmen als Versuche, jedes Opfer des Unternehmertums zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie erinnerte an die bisher nicht erfüllten Anträge an den Reichstag im Herbst 1920 und an die Forderung der Gewerkschaften nach Ersatz des Lohnausfalls bei Kurzarbeit. Der Vergeudung von 4 Mrd. Mark, die zur Belebung der Bauwirtschaft bereitgestellt werden sollten, durch Wucherpreise müsse durch die Sozialisierung der Bauwirtschaft begegnet werden. Die USPD forderte die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu ernsthaften Schritten auf, um die Regierung zur Aktivität auf diesem Gebiet zu zwingen. Die Öffentlichkeit müsse mehr als bisher über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden, um die widerstrebenden Kräfte namhaft zu machen. Die Fachleute der Gewerkschaften dürften sich nicht länger zu langatmigen Beratungen mißbrauchen lassen²¹⁸. Sie wiederholte ihre Kritik an den Stillelegungen, an der untertariflichen Bezahlung der Notstandsarbeiten und der bisherigen Unwirksamkeit der produktiven Erwerbslosenfürsorge²¹⁹.

Auf Veranlassung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale beschlossen die Betriebsräte und Obleute der Metallindustrie am 12. April 1921 einen Katalog von acht Forderungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Darin verlangten sie die Verschärfung der Außenhandelskontrolle, die Beschränkung der Ausfuhr von Rohstoffen und den verstärkten Export von verarbeiteten Produkten, die sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in Reich, Ländern und Gemeinden, besonders bei Bahn und Post, die Regelung der Auftragsvergabe unter Mitwirkung der Gewerkschaften und die Kontrolle der Ausführung durch die Betriebsräte, die Normierung und Typisierung von Erzeugnissen, um eine bessere Auftragsverteilung auf das Reich zu ermöglichen, die vermehrte Unterbringung von Arbeitslosen durch die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, die Ersetzung des Lohnausfalls bei Kurzarbeit durch Unternehmen und Staat und zuletzt die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem

Reich und der Entente zur Abwendung von Sanktionen. Die Arbeiterschaft rief sie zur Solidarität mit den Arbeitslosen durch Stellungnahme in den Betrieben und die Parteien zur Beilegung ihrer Streitigkeiten sowie zum gemeinsamen Vorgehen in diesen Fragen auf²²⁰.

Ende April stellten deshalb SPD und USPD gemeinsam dringliche Anträge zur Erwerbslosenfrage an den Reichstag, in denen sie die 'Zehn Forderungen' des ADGB wiederholten²²¹. Zur Begründung der Anträge führte die SPD die sich aus der Verelendung ergebenden Gefahren für den Bestand des Staates als Leitmotiv ihrer Aktivität an. Indem sie sich dem Verständnis der Arbeitslosigkeit als internationaler Erscheinung anschloß²²², gestand sie Grenzen ihrer Bekämpfung im eigenen Lande ein, forderte aber als zeitlich begrenzte Maßnahme die Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Unterstützungen. Zwar verteidigte sie die Arbeitslosen gegen den Vorwurf mangelnder Arbeitswilligkeit von bürgerlicher Seite, ordnete aber die Interessen der Arbeitslosen dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung unter, den sie durch die Forderungen und Kampfmethoden der Kommunisten gefährdet sah. Die USPD bezog dagegen offener die Stellung der Vertretung von Arbeiter- und Arbeitsloseninteressen gegen die von Wirtschaft und Reich und betonte die vordringliche Absicherung der materiellen Lage durch Unterstützungserhöhungen. Als wirtschaftliche Maßnahmen verlangte sie die Auslastung der Reichsbetriebe, die besondere Förderung des Wohnungsbaus und die Entlastung der Städte von der Erwerbslosenunterstützung²²³.

Die Anträge wurden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen, der sich erst Ende Mai zu einer Sonderunterstützung für die Dauerarbeiten entschließen konnte, die aber wiederum erst Ende Juli 1921 konkrete Umrisse annahm und deren Auszahlung die Arbeitslosen im August durch Demonstrationen herbeiführen mußten²²⁴. Die anderen Anträge erfuhren in der Ausschußberatung eine gründliche Abänderung. Abhilfe sollte vor allem durch die planmäßige Umschichtung der Bevölkerung von der Stadt auf das Land und durch

Ausgestaltung des Siedlungswesens erfolgen. Arbeitsbeschaffung wurde ebenfalls aus dem Industriebereich in den von Infrastrukturmaßnahmen wie Bau von Kanälen, Talsperren und Landstraßen verlegt. An der Verpflichtung der Unternehmer, nach Größe der Aufträge Arbeitslose einzustellen und an der Begrenzung der Höchstgewinne hielt man fest, wollte aber die Einhaltung dieser Verpflichtungen nicht der Kontrolle der Gewerkschaften allein überlassen, sondern sie paritätisch durch Gewerkschaften und Unternehmerverbände überprüfen lassen. Der Vorschlag einer verbesserten Arbeitsvermittlung zwischen Stadt und Land hatte zwar durch das in Entfaltung begriffene Arbeitsvermittlungswesen Aussicht auf Erfolg, besaß aber für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Industrie wenig Bedeutung. Er wurde dann auch dahingehend abgewandelt, daß die aus der Landwirtschaft in die Industrie übergewechselten Arbeiter dabei vor allem angesprochen werden sollten. Im Grunde genommen war dieser Vorschlag aber ebenso rückständig wie der, die weiblichen Industriearbeiterinnen wieder in Dienstbotenverhältnisse zurückzuführen. Die Kontrolle des Kartellwesens und der Unternehmergewinne zeugte zwar von den noch nicht aufgegebenen Hoffnungen auf Sozialisierungsansätze besonders seitens der USPD, hatte aber eher Aussicht auf langwierige gesetzgeberische Behandlung als auf schnelle Hilfestellung bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die einzig konkreten Vorschläge blieben die Gewährung der Sonderunterstützung, die Erhöhung der laufenden Unterstützungen um 20 bis 25 Prozent und die Heuregelung der Kurzarbeiterunterstützung²²⁵. Durch die verbesserte Konjunkturlage seit der zweiten Hälfte des Jahres 1921 nahm man von der Planung von Abhilfsmaßnahmen, die über Unterstützungsmaßnahmen hinausgingen, Abstand.

In der Ausweglosigkeit der durch langandauernde Arbeitslosigkeit geschaffenen Situation neigten die sozialistischen Parteien dazu, auf Vorschläge einzugehen, deren Halboheit sie einsahen und die sie selbst bekämpft hatten. So redete die 'Freiheit' einerseits der Rückwanderung

arbeitsloser Metallarbeiter in die Landwirtschaft das Wort, mußte andererseits aber die Unterbringungsschwierigkeiten, Probleme der tariflichen Entlohnung und die weiterdauernde Bevorzugung ausländischer Wanderarbeiter eingestehen²²⁶. Unklarheit über die Ursachen der Arbeitslosigkeit führte zu entsprechenden Vorschlägen, wenn, wie im Falle der Buchdrucker, die Überbevölkerung verantwortlich gemacht und als Abhilfe die Bremsung des Bevölkerungszuwachses, die Abschiebung und Verhinderung weiteren Zuzugs von Ausländern und die staatlich gelenkte Auswanderung empfohlen wurde²²⁷. Uneinig war man sich innerhalb der Arbeiterparteien über den Vorrang der Abhilfe durch Arbeitslosenfürsorge oder Arbeitslosenversicherung. Die erstere befürworteten USPD und KPD, die SPD die letztere²²⁸. Ebenso umstritten war auch die Lösung der Arbeitslosenfrage auf Kosten der Frauen durch die Beseitigung der 'Doppelexistenzen'²²⁹.

Die Gewerkschaftskommission Berlins hatte sich bereits seit Jahresbeginn 1921 in einer Kommission mit der Wohnungs- und Siedlungsfrage beschäftigt, die Ergebnisse dem Magistrat in einer Denkschrift übergeben und durch die sozialistischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung am 26. April als Anträge vorlegen lassen²³⁰. Die Vorschläge, die vor allem auch der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen sollten, enthielten in dieser Richtung aber keine konkreten Schritte, sondern erwarteten den Hilfseffekt indirekt über die Sozialisierung der Bauwirtschaft durch kommunale Bodenpolitik, Bauplanung und -ausführung.

In der Stadtverordnetenversammlung gelangten am 10. Mai verschiedene Anträge zur Fortführung von Notstandsarbeiten zur Beratung, darunter die Gewerkschaftsvorschläge zur Wohnungs- und Siedlungsfrage²³¹, die der USPD zur Einschaltung sozialisierter Baubetriebe und der beschleunigten Inangriffnahme von Neubauten sowie ein Vorschlag der VKPD, die Kasernen zur Benutzung heranzuziehen²³². Beschlossen wurde nur die Fortsetzung der bisher unterbrochenen kleineren Notstandsarbeiten. Dringlichkeitsanträge

gegen die Entlassung städtischer Angestellter sowie Anträge zu Obdachlosenfragen verfatte man.

Größere Notstandsarbeiten kamen dagegen nicht in Gang. Den Notstandsarbeitern der Nord-Südbahn war schon im Januar die baldige Fortführung der Arbeiten zugesagt worden, eine Einigung mit Staats- und Reichsstellen über deren Finanzierung kam indessen nicht zustande, obwohl in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder die bevorstehende Einigung angekündigt wurde²³³. Man hielt im Magistrat am Bahnbau als vorrangigem Projekt fest, ohne für andere Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen. Darüber hatte sich die USPD in Ausschußberatungen schon beklagt²³⁴. Im Mai machte das Reichsarbeitsministerium die preußische Regierung darauf aufmerksam, daß in Berlin nur wenige Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt und auch die Mittel zum Bau der Nord-Südbahn als Ersatz für unterbliebene Maßnahmen noch nicht beantragt worden seien²³⁵. Da in den Verhandlungen über die Mittel für den Bahnbau keine Einigung zustande kam, setzte die Stadt im Haushaltsplan für 1921 keine Mittel für Notstandsarbeiten ein²³⁶. Offenbar plante der Magistrat, die Bahnbauarbeiten nicht in Form unproduktiver, also teurer, Notstandsarbeiten durchführen zu lassen. Seit den Auseinandersetzungen mit den Notstandsarbeitern versuchte er, bei den Bahnarbeitern durch die Einführung von Normalleistungen Leistungssteigerungen durchzusetzen, die durch Tariflöhne entgolten werden sollten. Er zeigte sich für diesen Fall auch dem Drängen der Arbeiter nach Übernahme der Arbeiten in städtische Regie entgegenkommend²³⁷. Da die Tiefbauarbeiter auf diese Versuche mit Streiks antworteten, setzte der Magistrat mit dem Bauarbeiterverband ein Abkommen durch, nach dem bei der Neueinstellung 80 Prozent der Arbeiter organisiert sein sollten, für die Tariflöhne gezahlt würden²³⁸. Aus diesen Abmachungen ergaben sich Spannungen zwischen den Arbeitslosen und dem Bauarbeiterverband, die in Demonstrationen vor dem Gewerkschaftshaus im Juni 1921 ausmündeten.

Statt für Notstandsarbeiten zu sorgen, versuchte der

Magistrat, Personaleinsparungen bei den städtischen Betrieben vorzunehmen²³⁹. Er fand darin bei den bürgerlichen Parteien Unterstützung, die durch die DDP hatten verlauten lassen, daß im Bereich der städtischen Hilfskräfte eine Verschwendung von Menschenkräften und Mitteln stattfände²⁴⁰. Der Kämmerer erklärte, daß die städtischen Betriebe nicht nur den Zweck hätten, den in ihnen Beschäftigten zu dienen. Es sei das kleinere Übel, wenn nur die Entlassenen hungern müßten, als wenn die Stadt ihre Zahlungen gänzlich einstellte²⁴¹. Die Deutschnationalen befürworteten die Entlassungen und sprachen sich gegen Arbeitsstreckung aus. Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung sahen sie erst für die Zeit nach der Behebung der Finanzmisere und dann auch nur durch Neubauten²⁴². Statt Arbeitsstreckung müsse es zu der vollen Ausnutzung des Achtsturentages kommen. Die städtischen Betriebe seien nach kaufmännischen Grundsätzen umzugestalten²⁴³.

Die SPD verhielt sich gegenüber der klaren Ablehnung von Notstandsarbeiten und Unterstützungen durch die bürgerlichen Parteien widersprüchlich. Sie betrachtete als vorrangig die Beschaffung von Arbeit, sprach von einer Unterstützungsseuche²⁴⁴ und wollte in beiden Aufgabenbereichen die Stadt von Kosten entlastet sehen. Während im Stadtbereich die Mehrheitsverhältnisse eher die Durchführung von Hilfsmaßnahmen erlaubt hätten, aber der Sanierung der Stadtfinanzen untergeordnet wurden, blieb die Aufforderung an die Reichsstellen von vornherein eine Geste²⁴⁵, da die Mehrheitsverhältnisse im Reich die Verwirklichung der Hilfsmaßnahmen aussichtslos machten.

Der ADGB gab in seinem Kampf um die 'Zehn Forderungen' für die Arbeitslosen nach wie vor dem Verhandlungsweg den Vorzug²⁴⁶ und vermied ängstlich die Androhung von Kampfmitteln, da er die Ausdehnung von Kämpfen durch die Kommunisten fürchtete. Deshalb stellte er die Vergabe von Aufträgen durch das Reich in Höhe von 16 Mrd. Mark, die Verhandlungen mit der Regierung und die Einsetzung einer Kommission als Beirat bei der Beratung der Punkte eins

bis vier seiner 'Zehn Forderungen' als Erledigung wesentlicher Punkte seines Forderungskataloges hin. Dazu äußerte aber die USPD, daß diese Erfolge und besonders die Bemühungen um die Arbeitsstreckung von den Arbeitslosen als zu gering empfunden würden²⁴⁷. Was sollte der ADGB, auf Punkt vier seiner Forderungen angesprochen, antworten, wenn statt Erneuerungsarbeiten bei den öffentlichen Betrieben Entlassungen vorgenommen wurden²⁴⁸, wenn unter dem Punkt zwei die Unternehmer bei der Vergabe von Aufträgen Bedingungen stellten, anstatt sich Bedingungen zu fügen und wenn statt der Vergabe von Aufträgen an die staatlichen Eisenbahnwerkstätten diese an private Betriebe erfolgten, wenn statt der Beschränkung der Arbeitszeit von überall Überstunden und Akkordarbeit gemeldet wurden und weitere Entlassungen und Stilllegungen drohten²⁴⁹? In der Frage der Arbeitszeitverkürzung ließ nun auch noch die SPD, die diese Regelung nur für den äußersten Notfall durchgeführt wissen wollte, den ADGB gänzlich im Stich und lehnte sie als untauglich ab²⁵⁰. Nachdem dennoch vom Reichsarbeitsministerium eine Kommission eingesetzt worden war, die die Möglichkeiten der Arbeitsstreckung in den verschiedenen Industriezweigen untersuchen sollte, rafften sich die Gewerkschaften zu einem Aufruf an die Betriebsräte im August 1921 auf, in dem sie diese beauftragten, festzustellen, ob Räumlichkeiten zur Unterbringung von Arbeitslosen, ob Schichtwechsellmöglichkeiten bestünden, ob die Arbeitszeit verlängert werden könne und ob Überstunden gemacht würden²⁵¹.

7. Die Wachmärzpolitik der VKPD unter den Arbeitslosen

Die VKPD erholte sich von ihrem Rückschlag durch die Märzkämpfe recht schnell. In ihren Leitsätzen zur Märzaktion erklärte sie die Beteiligung der Arbeitslosen an den Kämpfen als Verzweiflungsaktion und aus der Unmöglichkeit, den aus zunehmendem Elend entstandenen Kampfeswillen abzufangen²⁵². Durch die Aktion seien die kampfbereiten Elemente der KAPD und die am meisten unter der Not leiden-

den proletarischen Schichten der Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit der VKPD eng verbunden worden²⁵³. Über den gefährlich vertieften Spalt zwischen Arbeitern und Arbeitslosen fiel vorerst kein kritisches Wort.

Die Tatsache, daß ein großer Teil der kommunistischen Anhänger nun selbst durch die Beteiligung an den Streiks arbeitslos geworden war, daß andererseits noch vor Ausbruch der Kämpfe Ansätze zur verstärkten Sammlung der Arbeitslosen unter der Führung der VKPD gemacht worden waren²⁵⁴, und daß ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit durch die Wirkungen der erwarteten Sanktionen in Aussicht stand²⁵⁵, veranlaßte die VKPD, ihre Arbeit unter den Arbeitslosen verstärkt fortzusetzen. Unvermindert hielt sie an ihrer Aktionsbereitschaft fest und stellte sich gleichzeitig fast bruchlos auf die Unterstützung der 'Zehn Forderungen' des ADGB um²⁵⁶, die sie aber aus dem Fahrwasser von Verhandlungen in ein breiteres von Massenaktionen zu lenken gedachte, die im Gegensatz zur Märzaktion nur besser vorbereitet und ausgeführt werden müßten.

Bereits am 3. April verwahrte sich der 'Vorwärts' dagegen, daß die Forderungen des ADGB unter den Druck der Kommunisten zustande gekommen wären²⁵⁷. Am 6. April erinnerte die 'Rote Fahne' in einem Artikel zu den 'Zehn Forderungen' an gemeinsame Anstrengungen und Versuche für ein einheitliches Vorgehen seit Januar 1921. Sie benutzte die Distanzierung des ADGB von der Anwendung des Generalstreiks in den Märzkämpfen zu der Behauptung, daß der ADGB ihn auch nicht zur Durchsetzung der 'Zehn Forderungen' anzuwenden gedächte. Sie warf ihm auf Grund der Erklärung, daß der dringlichste Teil der Forderungen bereits im Reichswirtschaftsrat angenommen worden sei, zweideutiges Verhalten vor und richtete deshalb an die Berliner Gewerkschaftskommission, an die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und das AFA-Ortskartell die Frage, ob das Arbeitslosenelend anders als durch Kampf gelöst werden könne. Sie stellte diese Instanzen vor die Alternative von Verhandlungen oder Aktionen, wobei sie auf den Widerspruch

zwischen dem ADGB und den Regionalleitungen der Gewerkschaften bzw. den zwischen Gewerkschaftsführern und -gefolge rechnete²⁵⁸. Da die Gewerkschaften auf die Anfrage nicht reagierten, interpretierte die VKPD diese Haltung als Passivität und forderte die Arbeiter auf, über die Gewerkschaftsführungen hinwegzugehen, in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen die Stellungnahme der Führungsgremien zu ihrer Passivität zu verlangen und die Organisationen auf Kampf für die 'Zehn Forderungen' einzustellen²⁵⁹. Arbeitslosenversammlungen am 13. April ermahnten den ADGB, Aktionen zur Durchsetzung seiner 'Zehn Forderungen' einzuleiten und baten die Berliner Gewerkschaftskommission und die Betriebsrätezentrale um Verhandlungen mit den sozialistischen Parteien zur Koordinierung parlamentarischer Schritte mit Aktionen des ADGB. Auch der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte wurde um Aktivitäten in dieser Richtung angesprochen²⁶⁰.

Im April 1921 waren die Beziehungen zwischen der VKPD und der KAPD durch die gemeinsamen Aktionsausschüsse und in der vorrangigen Aktivierung der Arbeitslosen noch sehr eng²⁶¹. Nur langsam bildeten sich die alten Gegensätze wieder heraus. Die KAPD wollte in den Kampfaktionen der Arbeitslosen keinen grundsätzlichen Fehler sehen, jedenfalls drückte sie in ihren Leitsätzen zur Arbeitslosenfrage vom 28. April keine Kritik an den vorangegangenen Ereignissen aus. Sie kritisierte nur die uneinheitliche Führung und Erfassung der Arbeitslosen, die fehlende Klarheit über ihre Aufgaben und ihren Mangel an politischer Schulung. Sie hielt deshalb an Aktionsausschüssen, Betriebsbesetzungen und an einem verschärft antigewerkschaftlichen Ton fest²⁶². Nach wie vor lehnte sie die Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen durch die VKPD ab.

Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit, Einflußnahme gegen die Gewerkschaftsflucht, Unterstützung der 'Zehn Forderungen' des ADGB und die nun geäußerte Kritik an der Märzaktion als Vertiefung des Spaltes zwischen Arbeitern

und Arbeitslosen²⁶³ deuteten die Rückkehr der VKPD zur Politik des 'Offenen Briefes' an. In der Vertretung der Arbeitslosen legte die VKPD nun wieder das Gewicht auf wirtschaftliche statt auf politische Arbeitslosenräte²⁶⁴. Zwiespältig an dieser Wiederannäherung an die Einheitsfrontpolitik und Zeichen dafür, daß die Offensivtheorie noch nicht fallengelassen worden war, blieb der verschärfte Ton gegen die Gewerkschaftsführungen²⁶⁵ und die Betonung der Arbeitslosigkeit als Kardinalfrage der ganzen Arbeiterschaft. Da man die Arbeitslosigkeit eng mit der politischen Machtfrage verband, wollte man die Arbeitslosen weiter auf revolutionäre Kämpfe vorbereiten und sie dafür mobilisieren²⁶⁶.

Von den Mitte April angesprochenen Gewerkschaften, SPD und USPD erfolgte keine Antwort auf die Forderung nach Aktionen, da sie die Bereitschaft der VKPD zu wirklicher Zusammenarbeit bezweifelten und sich auf die eigene parlamentarische Aktion im Reichstag vorbereiteten²⁶⁷. Um so bereitwilliger reagierte der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte. In einem Flugblattaufruf unterbreitete er den genannten Organisationen einen auf den 'Zehn Forderungen' des ADGB basierenden, aber entschieden erweiterten Katalog von Vorschlägen zur Stellungnahme. Sie wurden darin gefragt, ob sie zur Durchführung der Forderungen Dringlichkeitsanträge und Interpellationen in Stadt-, Landes- und Reichsparlament einzubringen bereit wären und zur Unterstützung die Proklamation des Generalstreiks billigen würden²⁶⁸.

Da die Gewerkschaften, die SPD und USPD weiterhin nicht reagierten, wurden Ende April die Fraktionsvorsitzenden der VKPD in den Gewerkschaften, die Betriebsräte und Obleute der Arbeitslosen zu Beratungen über das Arbeitslosenproblem und die Aufgaben der Gewerkschaften eingeladen, zu der aber nur der Vorsitzende der Betriebsrätezentrale, Barth, erschien²⁶⁹. Auf Barths Befürchtung, daß gemeinsame Aktionen von der VKPD zur Ausweitung der Kämpfe benutzt werden könnten, erwiderte diese mit dem Hinweis auf ihre Politik des 'Offenen Briefes', deren Ziel

sich auf die Durchsetzung einzelner Problemkreise beschränke. Auch hier rief man, bei gleichzeitiger Anprangerung der Gewerkschaftsführer, dazu auf, in allen Gewerkschaftsversammlungen die Arbeitslosenfrage auf die Tagesordnung zu stellen, aus den Versammlungen heraus die Ortsversammlungen, Zentralverbände und den ADGB zu Erklärungen zu zwingen, wie die 'Zehn Forderungen' zu verwirklichen seien, die Abstimmungsergebnisse der Betriebsversammlungen über die Arbeitslosenfrage den Ortsverwaltungen mitzuteilen und die Bereitwilligkeit zur Unterstützung ernsthafter Aktionen für die Arbeitslosen in den Betrieben herbeizuführen²⁷⁰.

In diese Aktivitäten hinein stießen die SPD und USPD mit ihren dringlichen Anträgen im Reichstag. Die VKPD wertete die Anträge sofort als Echo auf ihre Aufforderungen und hielt sie nur dann für sinnvoll, wenn der Kampf um sie auch mit außerparlamentarischen Mitteln geführt werde²⁷¹. Als Lösungen dieses Kampfes stellte die VKPD auf: Keine Betriebsstillegungen oder -einschränkungen ohne die Zustimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Einstellung der Arbeitslosen ebenfalls unter Kontrolle der Betriebsräte, Angleichung der Löhne und Unterstützungen an das Existenzminimum und planmäßige Produktion zur Belieferung der Sowjetunion²⁷². Als Bindeglied zwischen den Problemen der Arbeiter und Arbeitslosen nutzte die VKPD die Gefahr des Abbaus des Achtstundentages, um auch den Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes vor Augen zu führen²⁷³.

In den Richtlinien für ihre weitere Tätigkeit konzentrierten sich die Berliner Arbeitslosenräte auf die verstärkten Bemühungen um die Durchsetzung der 'Zehn Forderungen' und auf die Mobilisierung der Arbeitslosen zwecks Druckausübung²⁷⁴. Danach hatten die Arbeitslosenräte in allen Bezirken organisatorische Verbindungen unter sich herzustellen und in engem Kontakt mit dem Reichsausschuß der Erwerbslosenräte zu arbeiten. Regelmäßig sollten Vollversammlungen der Arbeitslosen veranstaltet werden, aus

denen Referenten zu wählen seien, die in Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen die Arbeitslosen rednerisch vertreten könnten. Über die VKPD-Fraktionen sollte den Referenten Einlaß und Unterstützung in den Betriebsversammlungen verschafft und die Belegschaften für den Kampf zur Durchführung der 'Zehn Forderungen' gewonnen werden. Weiterhin sahen die Richtlinien Demonstrationen zu Stadt- und Gemeindeparlamenten zur Erzwingung von Stellungnahmen vor. Die Demonstrationen sollten bis zu gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern und Gewerkschaften gesteigert werden. Vom Reichsausschuß wurden diese Richtlinien für die Erwerbslosenbewegung im ganzen Reich übernommen²⁷⁵. Verhängnisvoll sollte sich aber auswirken, daß neben Demonstrationen vor Parlamenten auch solche vor den Büros der Gewerkschaftsvorstände anvisiert waren²⁷⁶.

Die von der KAPD auf dieser Konferenz wiederholte Aufforderung zum Austritt aus den Gewerkschaften und zur Wahl von Aktionsausschüssen bestimmte im weiteren Verlauf die Auseinandersetzungen zwischen ihr und der VKPD, da die als Erwerbslosenräte gewählten KAPD-Mitglieder die Räte in Aktionsausschüsse umbenannten (so in Charlottenburg und Schöneberg), während sich die VKPD weigerte, an Wahlen zu Aktionsausschüssen teilzunehmen²⁷⁷. Auf einer erneuten Funktionärskonferenz zur Arbeitslosenfrage drängte die KAPD auf die Schaffung außergewerkschaftlicher Organisationen. Die VKPD bestand aber auf der Mitwirkung der bestehenden Gewerkschaften und der Arbeitslosenräte zur Durchsetzung der Arbeitslosenforderungen. Die Richtlinien des Berliner Ausschusses der Arbeitslosenräte wurden bestätigt, damit auch die KAPD zurückgewiesen, gleichzeitig aber die Gewerkschaftsführer des Verrats an den Arbeitslosen bezichtigt²⁷⁸.

Daß man die Folgen der Sanktionen zur Durchsetzung der Londoner Beschlüsse als Auslöser von Aktionen²⁷⁹ nicht ungenutzt vorbeigehen lassen wollte, bewies der Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien, gegen das Arbeitslosenelend, den Lohnabbau und

die verlängerte Arbeitszeit alle Kräfte zu mobilisieren und sich auf den äußersten Kampf vorzubereiten²⁸⁰. Mit diesem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft befand sich die VKPD wieder auf dem Weg zur Politik des 'Offenen Briefes', sie baute sich aber mit der scharfen Polemik gegen die Gewerkschaftsführungen selbst Hindernisse für ihre erfolgreiche Durchführung auf.

Auf Grund der Aktivitäten des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte und dessen Unterstützung durch die VKPD nahm die Propaganda für die Arbeitslosenfrage in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen stark zu²⁸¹, wobei auch die Neuwahl von wirtschaftlichen Arbeitslosenräten als Gegengewicht zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretungen wieder zur Sprache kam²⁸². Die 'Rote Fahne' führte indessen die Kampagne zur Durchführung der 'Zehn Forderungen' publizistisch weiter²⁸³. Besondere Aufrufe ermahnten die Arbeits- und Obdachlosen für den Fall kriegsgerischer Auseinandersetzungen mit Polen, sich nicht als Söldner anwerben zu lassen²⁸⁴. Durch die von ihr beherrschten Betriebsräte veranlaßte die VKPD die Belegschaften, ihre Bereitschaft für Aktionen zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bekunden, so bei AEG, Ludwig Loewe und bei der Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik²⁸⁵.

Mit dem Beschluß des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte vom 8. Juni, für den 20. Juni Demonstrationzüge vor die Rathäuser und Gewerkschaftsbüros festzusetzen, um Erklärungen zur Durchsetzung der 'Zehn Forderungen' zu verlangen, trat die Arbeitslosenkampagne in ein neues Stadium²⁸⁶. Berlin begann mit einer Vorprobe am 10. Juni durch eine Demonstration vor das Gewerkschaftshaus. Die Arbeitslosen verlangten von den ADGB-Vertretern konkrete Ergebnisse ihrer Verhandlungen, die diese mit Hinweis auf die Lokomotivaufträge und die Bereitstellung von 1,5 Mrd. Mark für den Wohnungsbau glaubten vorweisen zu können. Diese Demonstration verlief ohne Zusammenstöße²⁸⁷. Der 'Vorwärts' bezeichnete die Demonstration zwar abfällig als Arbeitslosenkrawall, nutzte aber die Gelegenheit, der Regie-

rung ihre Verpflichtungen in Erinnerung zu bringen und sie der Unterstützung seitens der SPD bei der Durchführung der 'Zehn Forderungen' zu versichern²⁸⁸. Auch die 'Freiheit' erklärte die erregte Stimmung der Arbeitslosen aus ihrer Notlage, distanzierte sich von der Aufbauschiene der Ereignisse durch den 'Vorwärts', aber ebenfalls von der VKPD, der sie vorwarf, die Notlage der Arbeitslosen für ihre Propaganda auszunützen²⁸⁹.

Die Lage verschärfte sich, als am 14. Juni die beim Tiefbau beschäftigten Notstandsarbeiter nach Arbeitslosenversammlungen in Friedrichshain, auf den Treptower Spielwiesen und im Humboldthain vor das Gewerkschaftshaus zogen und ultimativ die Rücknahme der Abmachung des Bauarbeiterverbandes mit dem Magistrat verlangten, nach der 80 Prozent der Neueinzustellenden organisiert sein müßten²⁹⁰. Diese Demonstration verlief dramatischer, da sich nun auch die KAPD in die Vorgänge einschaltete²⁹¹ und es zu tätlichen Angriffen auf Gewerkschaftsbeamte kommen ließ. Die Unterstützung der Forderung nach Rücknahme der ungleichen Behandlung von Unorganisierten und Organisierten²⁹² von ihrer Seite war ein Vorwand, da gerade sie durch ihre gewerkschaftsfeindliche Einstellung den Graben zwischen Unorganisierten und Organisierten vertiefen half. In Versammlungen zum Thema Notstandsarbeiten hatte sie in Neukölln Resolutionen durchgesetzt, die die Entlassung aller bisher beim Tiefbau beschäftigten Notstandsarbeiter und die Neueinstellung besonders von Dauerarbeitslosen ohne die Hinzuziehung des Bauarbeiterverbandes verlangten. Dazu hatte die 'Rote Fahne' erklärt, daß diese Beschlüsse, was es gerade zu vermeiden galt, zu Kämpfen zwischen den Arbeitern führen würden²⁹³.

'Vorwärts' und 'Freiheit' verurteilten diese Demonstrationen in aller Schärfe und drohten, ohne die Arbeitslosen in ihrer Gesamtheit ansprechen zu wollen, mit Gegenmaßnahmen²⁹⁴. Die VKPD erklärte die Vorfälle aus der gesteigerten Unzufriedenheit der Arbeitslosen über die langatmige Verfahrensweise der Gewerkschaften. Prinzipiell sei

auch sie für den Anschluß der Arbeiter an die Gewerkschaften, könne die Zurücksetzung der Unorganisierten aber nicht als Werbung für die Gewerkschaften auffassen. Besonders hinsichtlich der Jugendlichen hielt sie die Wirkung der Benachteiligung für gefährlich, da diese den Gewerkschaften gleichgültiger gegenüberständen²⁹⁵.

Zur Vorbereitung der reichsweiten Arbeitslosendemonstrationen am 20. Juni wurde die Pressekampagne durch den erneuten Abdruck der 'Zehn Forderungen' und durch die kritische Einschätzung der Bemühungen des ADGB zu deren Durchsetzung verstärkt²⁹⁶. Der Bogen der Kritik war aber da überspannt, wo aus der geringen Aktivität der Gewerkschaftsgremien der Beweis für ihren Verrat abgeleitet wurde. Die über diese Tendenzen beunruhigten SPD und USPD konnten daher auch nicht der Versicherung Glauben schenken, daß die Arbeitslosen selbst zu diesen Schlußfolgerungen gekommen seien²⁹⁷.

Die Berliner Gewerkschaftskommission appellierte nun an die Solidarität der organisierten Arbeiter mit ihren Organisationen²⁹⁸. Der Aufruf vermied es wiederum, die Arbeitslosen en bloc zu verurteilen, warnte aber die Beteiligten vor der Verführung durch konterrevolutionäre Elemente. Verhängnisvoll war es, betont von den Unorganisierten zu sprechen, die weder im Gewerkschaftshaus Asylrecht besäßen, noch von den Gewerkschaften Rechenschaft zu verlangen ein Recht hätten, geschweige denn ultimative Forderungen zu stellen. Diese Äußerungen konnten, obwohl sie gegen die gewerkschaftsfeindlichen Gruppen gerichtet waren, in ihrer allgemeinen Form von den Unorganisierten mißverstanden werden, mußten die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft aufreißen und das schwelende, ungeklärte Verhältnis zwischen Organisierten und Unorganisierten zu einem gefährlichen Brand entfachen. Die 'Rote Fahne' verurteilte die Gewaltakte gegen einzelne Gewerkschaftsangeestellte, reservierte aber den Arbeitslosen gleichzeitig das Recht auf moralische Entrüstung. Den Gewerkschaftsauf-ruf bezeichnete sie als Angstprodukt, sah in der Aufregung

über die Vorfälle eine Ablenkung von der Passivität der Gewerkschaften und schlug als besten Schutz gegen weitere Vorfälle die sofortige Einleitung von Kampfmaßnahmen für die 'Zehn Forderungen' vor²⁹⁹. Sie richtete auch Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft selbst, die gegenüber dem Elend der Arbeitslosen allzu große Gleichgültigkeit zeige. Auf das Verhältnis zwischen Unorganisierten und Organisierten eingehend erklärte sie, daß ein großer Teil der Arbeitslosen selbst organisiert sei. Die Behandlung als Menschen zweiter Klasse müsse ihre Distanz zu den Gewerkschaften noch verstärken, auf die sie doch gerade angewiesen seien. Auf ihre Forderungen könnten sie nicht durch das Kampfmittel Streik, sondern nur durch Versammlungen und Demonstrationen aufmerksam machen. Die Gefahr der Lohndrückerei durch die Arbeitslosen mache das Eingreifen der Gewerkschaften und der Arbeiter für die Arbeitslosen zu einer dringenden Notwendigkeit³⁰⁰.

Die Demonstration am 20. Juni, zu der auch die sonst unbeweglichsten Teile der Arbeitslosen, Frauen und Mädchen, aufgerufen wurden³⁰¹, fand zwar nicht direkt vor, aber in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses statt. Eine Delegation der Arbeitslosen zur Gewerkschaftskommission und zum ADGB wurde von deren Vertretern Brolat und Wissel als nicht autorisierte Vertretung zurückgewiesen³⁰². Die Ablehnung der Rechenschaftslegung vor Unorganisierten war insofern berechtigt, als die Mitglieder der Delegation zu einem erheblichen Teil KAPD-Anhänger waren. Die über die Abweisung der Delegation empörten Arbeitslosen stürmten daraufhin das Gewerkschaftshaus. Das Hervortreten besonderer Obdachlosenvertreter unter den Eindringlingen in das Gewerkschaftshaus verdeutlichte die Rolle, die die Linksradikalen in diesen Vorgängen spielten.

Die 'Freiheit' sprach aus diesem Anlaß vom Kampf der Kommunisten gegen die Gewerkschaften, mußte aber bestätigen, daß die VKPD zwar die Aktionen aus dem Hintergrund gelenkt hatte, das bewies auch die Teilnahme ihrer Mitglieder an der Demonstration, aber für die Zusammenstöße nicht

direkt verantwortlich zu machen war³⁰³. Die ablehnende Haltung, die die SPD, die USPD und die Gewerkschaften nun gegen die Arbeitslosen als Unorganisiertenbewegung bezogen, teilweise unter Anknüpfung an alte Ressentiments innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die Unorganisierten, betraf neben der KAPD auch die VKPD, da sich diese die Vertretung der organisierten gleicherweise wie der unorganisierten Arbeitslosen zum Ziel gesetzt hatte. Dabei wurde die Arbeit der VKPD in den Gewerkschaften als Untergrabung der Einheit von innen her dem Kampf der KAPD gegen die Einheit von außen gleichgesetzt³⁰⁴. Die Vertretung der gewerkschaftlichen Einheit konnte von der zur Frage stehenden grundsätzlichen Einstellung der Gewerkschaften zu den Unorganisierten und ihrer Gewinnung nicht ablenken und die Andeutung, daß die Gewerkschaften durch ihre Immobilität bei der Durchsetzung der eigenen Arbeitslosenforderungen den Spalt zwischen Arbeitern und Arbeitslosen vertieft hatten, war nicht unbegründet³⁰⁵.

Noch am 24. Juni umriß die VKPD die Arbeitslosenpolitik der folgenden Zeit dahingehend, daß spontane Aktionen der Arbeitslosen zu unterstützen, daß an Demonstrationen zum Magistrat und zu den Gewerkschaften festzuhalten und die Verbindung zwischen Arbeitslosen und Arbeitern anzustreben seien³⁰⁶. Da sich diese Einheit als wichtigster Teil der Hilfe für die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaftsführungen nicht herstellen ließ und auch die innerparteiliche Kritik die Folgen dieser Aktionen als verheerender als die der Märzkämpfe bezeichnete³⁰⁷, mußte sich die VKPD auf die Verteidigung gegen den Vorwurf des Putschismus zurückziehen. Sie erklärte nun, daß die Demonstrationen allein von der Intention gelenkt gewesen seien, dem ADGB bei der Durchsetzung seiner Forderungen den Rücken zu stärken³⁰⁸.

Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen bestimmten noch lange das Klima zwischen den Arbeiterparteien. Das Mißtrauen gegen Spaltungsabsichten der VKPD legte sich auch nicht, als diese ihre Taktik und ihren Ton gegenüber

den Gewerkschaften und die Arbeitsrichtung unter den Arbeitslosen längst geändert hatte³⁰⁹. Das lag daran, daß die VKPD zwar die aktionistische Vertretung der Arbeitslosenfragen zurückgestellt hatte, aber durch die Presse nach dem Erfolg der Anträge von SPD und USPD im Reichstag fragte, deren Ergebnisse von diesen nur mit Mühe als Lösung der dringendsten Arbeitslosenprobleme hingestellt werden konnten³¹⁰.

8. Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeitslosen

Die trotz der Jahreszeit und im Gegensatz zum Reich nicht stärker abnehmende Arbeitslosigkeit in Berlin barg weiterhin Konfliktstoff und bot die Gefahr von erneuten Zusammenstößen³¹¹. Die gespannten Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitslosen ließen daher auch die Behörden ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Arbeitslosenfrage richten³¹².

Die von den Reichstagsausschüssen besonders empfohlenen Projekte der produktiven Erwerbslosenfürsorge in der Landwirtschaft wurden von der Stadt mit Interesse aufgenommen. In dieser Richtung waren bereits im Februar 1921 mit der Brandenburgischen Hauptfürsorgestelle, dem Wohlfahrts- und dem Landwirtschaftsministerium, dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem Deutschen Städtetag und dem Reichswirtschaftsrat vorbereitende Gespräche geführt worden³¹³. Auf einer Konferenz des ADGB und des AfA Brandenburg wurde als Zwischenstufe der von den Reichstagsausschüssen empfohlenen Umlenkung der Beschäftigten in die Landwirtschaft der Vorschlag über die Entwicklung von Kulturgürteln (im Gegensatz zu Spekulationsgürteln) um die Städte aufgebracht³¹⁴. Für das 1920 neugebildete Landesarbeitsamt bot sich, nachdem sich im Juli 1921 ein Siebenner-Ausschuß aus Vertretern des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung, des Wohlfahrtsministeriums, des Oberpräsidenten, des Landesarbeitsamtes Brandenburg, des Magistrats und der Gewerkschaftskommission Berlin gebildet hatte, der sich

der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft widmete, ein neues Arbeitsfeld³¹⁵. Da innerhalb der Stadt nur 16 Prozent der Berliner Arbeitslosen mit Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigt werden konnten, konzentrierte man sich besonders auf Meliorationen in der Umgebung der Stadt, für die der Magistrat einen besonderen Ausschuß einsetzte und in denen in der Folgezeit bis zu 4000 Arbeitslose aus Berlin Beschäftigung fanden³¹⁶. Die Gespräche um die Schaffung eines Kulturgürtels zogen sich noch bis Anfang 1922 hin, ohne aber konkrete Formen anzunehmen³¹⁷. Die seit Kriegsende wenig verbesserten Wohnverhältnisse und die niedrigeren Löhne in der Landwirtschaft, die weiter bestehende Abneigung der Landwirte gegen die Beschäftigung städtischer Arbeiter und der Vorzug für ausländische Wanderarbeiter veranlaßte die Arbeitslosen, die landwirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprojekte mit Zurückhaltung zu betrachten, wenn auch der Widerstand dagegen durch die langandauernde Arbeitslosigkeit nachzulassen begann³¹⁸.

Es nimmt nicht Wunder, wenn die Stadt wegen ihrer ständigen Verweise auf die Nord-Südbahn als Arbeitsmöglichkeit kritisiert wurde³¹⁹, da sie weder mit den Verhandlungen über die Finanzierung des Bahnbaues zu einem Ergebnis kam³²⁰, noch für andere Arbeiten sorgte und in den Stadthaushaltsplan keine Mittel für Notstandsarbeiten einsetzte³²¹. Die Meliorationsprojekte boten dabei den besten Ausweg, da die Kosten auf mehrere Träger verteilt werden konnten. Was der Stadt keine Kosten verursachte, beispielsweise die kostenlose Benutzung städtischer Bäder für Arbeitslose³²², billigte man ohne weitere Umstände. Erneute Anträge zur Arbeitsbeschaffung im August 1921 wurden zwar gebilligt, zur weiteren Beratung aber an Ausschüsse abgeschoben³²³. Die wirklich begonnenen Projekte der produktiven Erwerbslosenfürsorge halfen allerdings nur geringfügig, andere Projekte, die man in der Hoffnung auf Unterstützung begonnen hatte, fanden diese Unterstützung nicht oder erst verspätet³²⁴. Insgesamt wurden bei Notstandsarbeiten in

berlin von Januar 1920 bis April 1922 nur 45 000 Arbeitslose mit 4,8 Mill. Tagewerken, d.h. mit 106 Tagewerken pro Arbeiter, beschäftigt, davon rund 15 000 im Straßenbau und bei Erdarbeiten, 5000 bei Gas-, Wasser- und Kanalarbeiten und 5000 bei Hochbauten³²⁵.

Daß überhaupt eine Sonderunterstützung und die Erhöhung der laufenden Unterstützungen zugestanden wurden, konnte schon als Erfolg gelten und wurde von der SPD und USPD auch als Ergebnis ihrer Initiativen im Reichstag ausgegeben und offenbar von den Arbeitslosen auch so verstanden. Auch die Gewerkschaften konnten mit ihren Bemühungen, die Arbeitslosenfrage aus einer politischen zu einer wirtschaftlichen zu machen, schließlich einen gewissen Erfolg vermerken³²⁶.

Die VKPD veränderte im Lichte der Beratungen des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale, die der Wahrnehmung von Teilzielen und -aufgaben mehr Bedeutung zumaßen, sowohl ihre sachliche Arbeit als auch den Ton ihrer Auseinandersetzungen. Das geschah auch unter dem Eindruck des Mißlingens der direkten Druckausübung auf die Gewerkschaftsführungen³²⁷, der zu einer Verfeindung geführt hatte und an die Realisierung eines Einheitsfrontvorschlages der USPD zur Durchsetzung von Arbeitslosenforderungen nicht denken ließ³²⁸. Nicht zuletzt mußte sie auch einsehen, daß auch die geringfügigen Erfolge der Bemühungen von SPD und USPD bei den Arbeitslosen Anerkennung fanden. Sie versuchte daher, in den Gewerkschaften statt einer ablehnenden Opposition die Entscheidung wichtiger Arbeiterfragen wie Lohnbewegungen, Arbeitszeit und Arbeitslosenunterstützung konkreter anzugehen³²⁹. Druck auf den ADGB erfolgte indirekt durch die fortgesetzte Berichterstattung über die Behandlung der Arbeitslosenforderungen³³⁰. Dieser verkündete im August 1921 auch schließlich die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel für seine 'Zehn Forderungen'³³¹, verstärkte aber auch seine Bemühungen um die rein wirtschaftliche Vertretung der Arbeitslosen durch gewerkschaftliche Arbeitslosenräte.

In der Vertretung der Arbeitsloseninteressen kam die

VKPD wieder auf deren konkrete Bedürfnisse zurück. Sie bemängelte die Begrenzung des Bezieherkreises für die Sonderunterstützung, machte Vorschläge für eine gerechtere Verteilung, trat für die Auszahlung in bar statt in Sachwerten ein, schlug durch ihre Gewerkschaftsabteilung in höflichem Ton dem Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge einen Termin zur Auszahlung vor und brachte entsprechende Anträge in der Stadtverordnetenversammlung ein³³². Als sich die Auszahlung verzögerte, veranstaltete sie Demonstrationen am 3. August, die aber nur auf diesen Zweck begrenzt waren³³³. Währenddessen sammelte sie Solidaritätserklärungen von Belegschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen³³⁴, polemisierte gegen Unterstellungen in der Presse, daß die Unterstützungen mit Zuschlägen höher als die Löhne lägen³³⁵ und forderte die arbeitslosen Metallarbeiter zur Wahl der VKPD bei den Verbandswahlen auf, die aber zu ihren ungunsten ausgingen³³⁶.

Der unterschiedliche Stellenwert der Arbeitslosenfrage innerhalb der Arbeiterparteien spiegelte sich wider in deren Behandlung auf den Parteitag. Auf dem Parteitag der SPD im September 1921 in Görlitz spielte die Arbeitslosenfrage weder in den Anträgen noch in den Diskussionen eine Rolle. Im Programmentwurf wurde innerhalb der Sozialpolitik die Einführung der Arbeitslosenversicherung und dadurch die Komplettierung des bestehenden Versicherungssystems zu einer Volksversicherung angestrebt³³⁷. Die KPD³³⁸ ordnete die Arbeitslosenfrage auf ihrem Jenaer Parteitag im August 1921 der Gewerkschaftspolitik unter³³⁹. Die Politik unter den Arbeitslosen während des vergangenen halben Jahres wurde kritisiert. Die Arbeitslosen seien trotz der ihnen zugescriebenen revolutionären Rolle schwer zu mobilisieren und hätten durch ihre Verzweiflungsaktionen Gefahren für die Einheit der Arbeiterbewegung heraufbeschworen³⁴⁰. In der Resolution zur Arbeitslosenfrage führte die KPD als Ursachen für die Mißerfolge in der Arbeitslosenarbeit die unsystematische Arbeit unter ihnen und die Verwicklung in die Märzkämpfe³⁴¹ an. Das Ziel der Einheit zwischen Arbeitslosen

und Arbeitern blieb weiter vorrangige Aufgabe, nun aber unter Gewichtsverlagerung auf die Arbeiter. Eine gewisse Verbreiterung des Einflusses unter den Arbeitslosen konnte festgestellt werden³⁴². Gegenüber der Zurücksetzung der Bedeutung der Arbeitslosenfrage seitens der SPD und USPD³⁴³ und den Versuchen der KAPD, die Arbeitslosenbewegung in eine anarchistische Richtung zu lenken und damit die Spaltung der Arbeiterschaft noch zu vertiefen³⁴⁴, stellte sich die KPD das Ziel, die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzuordnen und damit die Klasseneinheit wiederherzustellen³⁴⁵. Im Manifest des Parteitages standen als Arbeitslosenforderungen die Punkte eins, sechs, acht und neun des ADGB (öffentliche Arbeiten, verkürzte Arbeitszeit, Belebung der Bauwirtschaft und Anpassung der Unterstützungen nach einem Teuerungsindex) direkt hinter Forderungen nach Lohnerhöhungen und Lohnausgleich bei Kurzarbeit³⁴⁶.

Als organisatorische Maßnahmen empfahl die KPD die Fraktionsbildung der kommunistischen Arbeitslosen und die Wahl besonderer Arbeitslosenräte für organisierte und unorganisierte Arbeitslose³⁴⁷. Den Reichsausschuß der Erwerbslosenräte gliederte sie der Reichsgewerkschaftszentrale an. Das Festhalten an besonderen Arbeitslosenräten resultierte aus der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften gegen Unorganisierte³⁴⁸. Erst als die Gewerkschaften erklärten, durch ihre Arbeitslosenräte auch die unorganisierten Arbeitslosen vertreten zu wollen³⁴⁹, gingen die Kommunisten daran, die Arbeitslosenvertretungen ihren Fraktionen in den Gewerkschaften voll unterzuordnen. Bis dahin spielte die Konkurrenz zwischen gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und aktionistischen Arbeitslosenräten weiter eine Rolle.

Zu einem Teilproblem der Arbeitslosigkeit, ihrer Lösung auf Kosten der verheirateten Frauen durch die Theorie der Doppelexistenz, nahm der Parteitag für das Recht der verheirateten Frauen auf Arbeit und gegen die Theorie der Doppelexistenz Stellung³⁵⁰.

Die Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Arbeitslosenräte waren im März 1921 durch die Entscheidung des

Magistrats für die gewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretungen vorerst einmal beendet worden. Nach Richtlinien vom 10. März 1921 setzten die Gewerkschaften die Wahl bzw. die Einsetzung von Arbeitslosenvertretern in den einzelnen Verbänden fort³⁵¹. Kurz nach den Märzkämpfen stellten die Arbeitslosenversammlungen im April erneut die Anerkennung der nicht-gewerkschaftlichen Arbeitslosenräte durch den Magistrat zur Debatte³⁵². In den Richtlinien der Berliner Arbeitslosenräte vom Ende April waren keine Neuwahlen von Räten vorgesehen, in denen des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte nur die Fraktionsbildung in den bestehenden Räten³⁵³. Die Weiterführung der Wahlen von gewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretern zwang die wirtschaftlichen Arbeitslosenräte, wieder mehr auf ihren Einflußbereich zu achten und erneut ihre offizielle Zulassung anzustreben³⁵⁴. Die Ereignisse vor dem Gewerkschaftshaus im Juni 1921 zeigten, daß es nicht genügte, nur die gewerkschaftlichen Arbeitslosen zu erfassen³⁵⁵. Die anlässlich der Ereignisse im Juni von der USPD erhobene Klage, daß sich die Gewerkschaften nicht frühzeitig genug der Führung der Arbeitslosen bemächtigt hätten³⁵⁶, reflektierte das Manko der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik, sich nur auf die organisierten Arbeitslosen zu beschränken. Die Ereignisse im Juni bestärkten die Gewerkschaften in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Unorganisierten. Die Gewerkschaften bemühten sich daher auch, selbständige Vertretungen der Arbeitslosen, wie im Falle der arbeitslosen Metallarbeiter, zu unterbinden oder unter Kontrolle der übergeordneten Instanzen zu halten³⁵⁷. Die Empfehlungen von SPD und USPD, die Arbeitslosen durch sie vertreten zu lassen³⁵⁸, verstanden die Gewerkschaften weiterhin nur unter Beschränkung auf die Organisierten. Nach dem Jenaer Parteitag verstärkten daher die nichtgewerkschaftlichen Arbeitslosenräte ihre Bemühungen um Neuwahlen und Anerkennung³⁵⁹. Die KPD-Fraktion unterstützte sie dabei mit entsprechenden Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung³⁶⁰.

Schließlich gaben die Gewerkschaften Anfang November

1921 ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, die unorganisierten Arbeitslosen mitzuvertreten³⁶¹. Unter Ausklammerung politischer Ziele befaßten sich ihre Arbeitslosenvertreter vor allem mit der Bewilligung, Versagung oder Entziehung und Auszahlung der Unterstützungen. Sie waren in einer Zentrale der freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter zusammengefaßt, die in engem Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission nach deren Vorstellungen die innere Organisation regelte³⁶². Schon daraus war zu ersehen, daß die Gewerkschaften die Räteorganisation der Arbeitslosen zu umgehen trachteten. In den Verwaltungsbezirken versuchten sie sich daher die Vertretung der Arbeitslosen in den Bezirksfürsorgeausschüssen zu sichern³⁶³. Ihre dahingehende Eingabe an den Magistrat wurde aber nicht erwidert³⁶⁴. In den Bezirken Treptow, Pankow, Lichtenberg und Charlottenburg konnten sie sich mit ihren Arbeitslosenvertretern allerdings nicht gegen die weiterbestehenden 'wilden' Arbeitslosenräte durchsetzen³⁶⁵.

Der 5. Reichskongreß der Erwerbslosenräte Deutschlands, der zur Teilnahme auch die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien eingeladen hatte, an dem teilzunehmen der 'Vorwärts' aber abriet³⁶⁶ und dessen Zusammensetzung daher auch die KPD in übergroßer Mehrheit bestimmte, konnte sich Ende September zu keinem weiteren Reorganisationsvorschlag aufrufen³⁶⁷.

So blieb die Arbeitslosenorganisation in der Schwebe des Kräfteverhältnisses, in dem die Gewerkschaften durch die rein wirtschaftliche Vertretung einen Teil der Arbeitslosen an sich ziehen konnte, die KPD ihren Einfluß auf die Arbeitslosen nicht zurückdrängen ließ, aber auch nicht verhindern konnte, daß die KAPD mit ihren Aktionsausschüssen einen zwar nicht maßgeblichen aber durch ihre Aktionen fühlbaren Einfluß behielt³⁶⁸.

Nachdem die Arbeitslosigkeit 1922 endlich abgenommen hatte, wurden die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretungen am 1. Juli 1922 aufgelöst und die weitere Vertretung den einzelnen Gewerkschaften überlassen. Als mit der

zunehmenden Arbeitslosigkeit im Jahre 1923 erneut Anträge an die Gewerkschaften gestellt wurden, die die Wahl von Arbeitslosenräten forderten und die Zusammenarbeit mit den 'wilden' Arbeitslosenräten vorschlugen, lehnten dies die Gewerkschaften ab³⁶⁹. Zu diesem Zeitpunkt hatte aber auch die KPD die Vertretung der Arbeitslosen endgültig ihrer Gewerkschaftsarbeit untergeordnet³⁷⁰. Der Beschluß der Gewerkschaften bestätigte, daß es sich bei der Vertretung aller Arbeitslosen im Jahre 1921 um ein Zugeständnis auf Grund des Drucks der kommunistischen Arbeitslosenbewegung gehandelt hatte, das zurückgenommen wurde, als der Druck nachließ.

9. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 16.
Oktober 1921 und letzte radikale Ausbrüche der
Arbeitslosen Ende 1921

Zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl unternahmen SPD und USPD keine gesonderten Anstrengungen um die Gunst der Arbeitslosen, da sie ihre Bemühungen um eine Sonderbeihilfe und um Arbeitsbeschaffung als Aktiva ihrer Politik für die Arbeitslosen darstellen konnten. Hilfe für die Arbeitslosen stellte man mit dem Ausbau der kommunalen Wohlfahrtspflege in Aussicht. Allerdings versuchte man, sich noch kurz vor der Wahl bei den Arbeitslosen mit einem Beschluß über Unterstützungserhöhungen und Anträgen zur Beschaffung von Heizmaterial in ein besseres Licht zu rücken³⁷¹. Für die KPD tauchte durch die Wahl die Notwendigkeit auf, zu kommunalen Problemen Stellung nehmen zu müssen³⁷². Sie befaßte sich daher zunehmend mit konkreten Fragen der Berliner Kommunalpolitik wie der Haltung zur Bildung Groß-Berlins, zur Etatbewilligung, zu Lohn- und Steuerfragen. Unter besonderer Ausrichtung auf die Bedürfnisse der proletarischen Bevölkerungsteile erörterte sie Fragen der Wohnungs-, Lebensmittel- und Kleiderversorgung und setzte sich für die Einrichtung von Fürsorgeeinrichtungen für Säuglinge und Wöchnerinnen sowie für Jugendliche ein³⁷³. Gegen den Antiparlamentarismus der KAPD versuchte

sie, den Sinn und die Notwendigkeit von Wahlbeteiligung zu erklären³⁷⁴. Stärker als SPD und USPD behielt sie die Arbeitslosen als Wählerreservoir im Auge. Darauf zielten kritische Rückblicke auf die Durchführung von Notstandsarbeiten, Anträge auf Unterstützungserhöhung und Anerkennung der Arbeitslosenrate. Ausführlicher nahm sie auch zur Neufassung der Statuten der Erwerbslosenfürsorge Stellung³⁷⁵. Kurz vor der Wahl sprach die KPD die Arbeitslosen noch einmal besonders auf der ersten Seite der 'Roten Fanne' an und wies sie darauf hin, daß die SPD und USPD auch dort, wo sie Mehrheiten besessen hätten, mit der Vertretung von Arbeitsloseninteressen vor Staatsbedürfnissen kapituliert hätten. Gleichzeitig wurde gegen die Aufforderung zur Wahlsabotage durch die KAPD noch einmal die kämpferische Seite der kommunistischen Kommunalpolitik herausgestrichen³⁷⁶.

Im Ergebnis der Wahlen konnte die SPD ihren Stimmenanteil leicht erhöhen, die USPD mußte schwere Einbußen hinnehmen, während es der KPD gelang, auf Anhieb fast zehn Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Den vergleichbar größten Anteil aus den USPD-Verlusten zog sie dabei auf sich, ohne daß es ihr gelang, eine kommunistische Mehrheit innerhalb der sozialistischen Parteien zu erreichen³⁷⁷. Trotz hoher Arbeitslosigkeit zum Wahlzeitpunkt mit mehr als 100 000 Vollerwerbslosen und über 90 000 Zuschlagsempfängern bestätigten sich die auf die Arbeitslosen gesetzten Hoffnungen nicht in dem erwarteten Umfang. Ein großer Teil der Arbeitslosen folgte aus Enttäuschung über die konkreten Ergebnisse parlamentarischer Vertretung dem Wahlboykottaufruf der KAPD. Gerade in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und starker KAPD-Repräsentanz lag die Wahlbeteiligung unter dem städtischen Durchschnitt von 66%, so in Lichtenberg bei 64% und in Neukölln bei 62%³⁷⁸.

Ermutigt durch den Erfolg des Wahlboykotts ging die KAPD noch einmal daran, über die Arbeitslosen eine revolutionäre Bewegung zu schaffen, verstärkte die Wahl von Aktionsausschüssen auf den Arbeitsnachweisen und plante

für November eine größere Aktion³⁷⁹. Durch Vollversammlungen der Erwerbslosenräte am 27. Oktober 1921 und durch ihre Fraktionen in den Erwerbslosenräten in Prenzlauer Berg, Hallesches Tor, Friedrichshain, Charlottenburg und Neukölln versuchte die KPD diese Entwicklung zu bremsen, indessen ohne Erfolg³⁸⁰. Zuerst verhinderte die KAPD eine von den Gewerkschaften für Ende Oktober vorbereitete Arbeitslosenzählung³⁸¹ und führte dann die Aktion der Arbeitslosen in Form von Streiks durch, wobei die Arbeitslosen die Stempelkontrolle verweigerten und Arbeitsangebote boykottierten. Die KPD ließ sich nun nicht mehr zum gemeinsamen Vorgehen bewegen und wiederholte, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Arbeitslosen energisch zu vertreten. Den Magistrat ermahnte sie, die Unterstützungen nicht nur unter dem finanziellen, sondern auch unter dem Aspekt der sozialen Pflicht zu sehen und die bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Unterstützungserhöhung nicht weiter zu verzögern³⁸². Nach anfänglichen Sympathiebekundungen für die Forderungen der Arbeitslosen lehnte die KPD schließlich in scharfem Ton ihre Kampfmethoden ab. Der größtenteils gemeinsame Weg der KAPD und KFD trennte sich nun endgültig³⁸³. Die Aufforderungen der KAPD zur Selbsthilfe³⁸⁴ führten in die Sackgasse von Plünderungen im November. Die KPD dagegen verband die Interessenvertretung der Arbeitslosen stärker mit Bewegungen gegen Überstunden und Arbeitszeitverlängerung, für Arbeiterkontrolle und Sachwerterfassung und gab den Arbeitslosen Aufgaben im Bereich von Überwachungs- und Kontrollausschüssen.

Den Boden für die seit Mitte November ausbrechenden Plünderungen bot die verschärfte Notlage durch zunehmende Teuerung sowie das Zurückbleiben der Unterstützungssätze hinter den Lebenshaltungskosten. Zwischen Juni und November 1921 erhöhten sich die Preise wichtiger Grundnahrungsmittel in der folgenden Weise (Preise pro Kilo):

Juni 1921			November 1921		
Erbsen	4,70	Mark	10,25	Mark	
Kartoffeln	1,55	"	2,20	"	
Brot	2,64	"	3,74	"	
Margarine	20,40	"	56,50	"	
Zucker	8,00	"	11,00	"	
Eier(Stück)	1,60	"	3,55	"	(385)

Die Unterstützungssätze waren seit November 1920 unverändert geblieben und erst im August 1921 der inflationären Entwicklung angepaßt worden. Danach bezog eine vierköpfige Arbeitslosenfamilie pro Woche 153 Mark Unterstützung, während die Kosten allein für den minimalsten Ernährungsbedarf für denselben Monat 137 Mark betrugen. Bis Dezember 1921 erhöhten sich die Ernährungskosten auf 192 Mark, denen ab Dezember erhöhte Unterstützungen von 204 Mark gegenüberstanden, die aber erst mit erheblicher Verzögerung ausgezahlt wurden³⁸⁶. Vergleichsweise betrugen die Wochenlöhne eines Maurers in Berlin im November 546 Mark, die eines Bauhilfsarbeiters 516 Mark³⁸⁷.

Auslösendes Moment zu den Plünderungen war die Verzögerung bei der Gewährung von Beihilfen und bei der Auszahlung der erhöhten Unterstützung, daneben aber auch die Aufforderung zu Selbstbedienungsaktionen seitens der KAPD³⁸⁸. Die Verdächtigungen gegenüber der KPD, die Plünderungen mitverursacht zu haben, berücksichtigten nicht deren revidierte Haltung aus den Erfahrungen mit den Arbeitslosen in Sommer 1921. Die KPD hütete sich jetzt, von den Einzelaktionen der Arbeitslosen spontane Resonanz bei den Arbeitern zu erhoffen³⁸⁹.

Zu den Lebensmittelplünderungen kam es, nachdem Arbeitslose am 15. November im Neuköllner Rathaus um eine Sonderbeihilfe vorstellig geworden waren, für die sich der Neuköllner Magistrat dann im letzten Augenblick beim Berliner Magistrat einsetzte. Dieser versprach den endgültigen Beschluß der Unterstützungserhöhung für den 16. November. Im zuständigen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung stellte die KPD dazu Anträge auf die Bereitstellung von 50 Mill. Mark für sofortige Hilfe und auf Erhö-

hung der Sonderbeihilfesätze³⁹⁰. Wegen Beschlußunfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung konnte der Magistrat am 17. November immer noch nicht an die Auszahlung der Beihilfe gehen³⁹¹. An diesem Tag kam es zu Lebensmittelplünderungen am Koppenplatz, in der Invalidenstraße, in der Schönhäuser Allee und vor dem Lichtenberger Rathaus. Am 22. November fanden dann in der Klosterstraße, in der Rosenstraße und in der Königstraße Plünderungen statt. Auch in diesem Fall erklärte die KPD diese Aktionen anfangs als Verzweiflungsakte und deutete mit dem Begriff Hungerdemonstration auf deren Ursache hin³⁹². Als aber in den Sophiensälen direkt zu Plünderungen aufgefordert wurde, unterschied sie nun auch zwischen impulsiven Verzweiflungsausbrüchen und organisierter Plünderung, die sie als räuberische Gewaltakte, Spitzel- und Agentenarbeit verurteilte, da sie zu Maßnahmen gegen die gesamte Arbeiterschaft führen könnten³⁹³. Diese Situation trat mit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes am 22. November ein. Die Polizei ging nun scharf gegen Plünderungsverdächtige vor und kontrollierte besonders die Arbeitsnachweise. Die vom preußischen Innenministerium beschlossenen Maßnahmen gegen den Wucher und die Selbsthilfeaktionen unterbanden die letzteren erfolgreicher als die Wucherpreise, da die Endpreiskontrolle bei den kleinen Händlern nur die kleinen Übeltäter erfaßte³⁹⁴.

Erst nachdem es zur Verhängung des Belagerungszustandes gekommen war, beschloß die Stadtverordnetenversammlung Sonderbeihilfen in Höhe von 100 Mark für den Haushaltsvorstand, 50 Mark für Alleinstehende und 30 Mark für Frauen und Kinder als Zuschuß zur laufenden Unterstützung pro Woche sowie die Auszahlung einer Brennstoffhilfe³⁹⁵. Die Ereignisse bewiesen, daß man es eher zu gewaltsamen Zusammenstößen kommen ließ, als durch unkonventionelle Beschlußfassung und Mittelvergabe den Unruhen vorzubeugen. Die Unruhen veranlaßten aber nicht zuletzt die Reichsregierung, dem Drängen der Gewerkschaften auf Erhöhung der laufenden Unterstützung nachzugeben und diese für Dezember zu beschließen³⁹⁶.

Im Dezember erschien noch einmal eine Delegation der

auf 71 000 angewachsenen Obdachlosen im Rathaus und bat um Beihilfe. Auf den ablehnenden Bescheid hin kam es erneut zu Plünderungen, die bis Ende Dezember nicht mehr aufhörten³⁹⁷.

V. DER AUSKLANG DER ARBEITSLOSENBEWEGUNG 1922 - 1923

1. Der Zusammenbruch der Widerstandskraft der Arbeitslosen 1922

Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage seit Mitte 1921 veranlaßte die Reichsregierung, die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzustellen. Für Städte, deren Arbeitslosenquote mehr als drei pro tausend Einwohner betrug, traf man eine Ausnahmeregelung. Auch die wenigen in Berlin begonnenen Notstandsarbeiten schränkte der Magistrat ein¹. Innerhalb der verbleibenden Notstandsarbeiten beseitigte man die Tariflohnzahlung und tat damit einen Schritt hin auf die Einführung der Pflichtarbeit im Jahre 1923². Die anfänglich noch eifrigen Vorschläge und Besprechungen zur Bekämpfung einer zukünftigen Arbeitslosigkeit liefen lediglich darauf hinaus, rechtzeitig mit der Einzahlung von Beiträgen für die angestrebte Arbeitslosenversicherung zu beginnen und Notstandsprojekte bereitzuhalten³. Während die Arbeitslosenversicherung gegen die Widerstände in der Arbeiterschaft⁴ nur bis zu einer Vorform mit Aufbringung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeiter im Jahre 1923 vorangebracht werden konnte, geschah bei der Vorbereitung von Notstandsarbeiten nichts, was die Krise 1923 hätte mildern können.

Die Begrenzung der Unterstützungszeiten auf 26 bzw. 13 Wochen seit September 1921 führte dazu, daß die Dauerarbeitslosen endgültig verelendeten. Ende März 1922 gab es in Berlin noch etwa 9000 Arbeitslose, die schon über ein Jahr ohne Arbeit und rund 10 000, die über ein halbes Jahr arbeitslos gewesen waren⁵. Die Zahl der Arbeitssuchenden sank im Juni 1922 lediglich auf 88 000 und stieg bis Ende 1922 erneut auf 150 000⁶. Es entstand eine krasse Diffe-

renz zwischen Unterstützten und wirklich Arbeitslosen. Im September 1922 wurden von 116 000 Arbeitssuchenden nur etwas mehr als 2000 unterstützt. Die Nichtunterstützten fielen der Armenpflege anheim und vermehrten die Obdachlosenzahl, die sich von 53 000 im Juni 1922 auf 116 000 im Januar 1923 erhöhte⁷. Durch die Obdachlosigkeit wurden Familien auseinandergerissen⁸, vermehrte sich das Schlafstellenunwesen⁹, wuchs die Bereitschaft zur Aufnahme der Wanderschaft, die wiederum der Stadt unerwünschte Arbeitssuchende zuführte¹⁰, nahmen Jugendkriminalität und Prostitution zu¹¹.

Zwar war die Armenpflege 1921 in Wohlfahrtspflege umbenannt worden, konnte aber durch Mangel an Mitteln keine bessere Fürsorge leisten und damit auch nicht das Gefühl der Deklassierung beseitigen. Magistratsverfügungen an die Bezirke betonten noch 1922, daß die aus der normalen Unterstützung ausgeschiedenen Arbeitslosen als Arme zu behandeln seien¹². Als solche mußten sie sich mit einer Unterstützung begnügen, die noch unter der normalen Arbeitslosenunterstützung lag. Ebenso waren sie zur Annahme jeder Arbeit verpflichtet. Bei Verweigerung der Arbeit drohte der Entzug jeglicher Unterstützung. Dann gerieten die Arbeitslosen unter verstärkte Polizeikontrolle und mußten nach mehrmaliger Ermahnung mit Gerichtsverfahren rechnen.

Ähnlich scharfen Bestimmungen unterlagen auch die noch unterstützungsberechtigten Arbeitslosen. Entgegen dem Gerede von sich häufenden Betrügereien in der Erwerbslosenfürsorge¹³ gelang es den Arbeitslosen kaum, Nebenbeschäftigungen zur Aufbesserung ihrer Einkünfte zu finden, da sie sich dreimal pro Woche der Stempelkontrolle unterziehen mußten - Arbeitsscheue täglich - , da das Denunziantentum blühte¹⁴, die Überwachungsabteilung der Fürsorge Nachforschungen bis in die Wohnungen der Arbeitslosen hinein anstellen ließ¹⁵ und jede kleinste Übertretung mit Strafverfahren geahndet wurde. Sogar die Hungerdemonstranten des Jahres 1921 erhielten noch Verfahren wegen Landfriedensbruch, die die Gerichte im glimpflichen Fall als einfache Diebstähle ahndeten¹⁶.

Aus finanziellen Gründen verweigerte die Stadt den Arbeitslosen auch das kleinste Entgegenkommen und lehnte die Wiederschlagung von Gasschulden, die Ermäßigung der Gaspreise um 50% und die Verhinderung der Gasabsperrung bei Schullienrückstand ab¹⁷. Ebenso wie die Kommunen waren Staat und Reich auf die Sanierung ihrer Finanzen bedacht. Deshalb wurde jegliches in einer Familie erarbeitete Einkommen, bis hin zu Verwandten in Nebenlinien und unehelichen Frauen, zur Bemessung und damit zur Beschränkung des Unterstützungsanspruchs benutzt¹⁸. Das in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit und Unterstützung schrumpfte durch die Einschränkung des Bezieherkreises der Erwerbslosenfürsorge zu einem Torso zusammen und wurde durch die Teuerung auch materiell ausgehöhlt. Zwischen August 1921 und August 1922 stiegen die Kosten für den notwendigsten Lebensmittelbedarf eines alleinstehenden Mannes von 62 Mark pro Woche um rund 470 Prozent auf 353 Mark, während die Unterstützung nur von 72 Mark um 50 Prozent auf 111 Mark erhöht wurde¹⁹.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen war derart drückend, daß die beiden sozialstatistischen Gesetze, das Schwabesche - nach dem mit zunehmender Armut ein wachsender Teil des Einkommens für die Wohnung verausgabt wurde - und das Engelsche²⁰ - nach dem sich die Ernährungskosten umgekehrt proportional zum Gesamtbudget verhielten - miteinander in Konkurrenz traten. Mit der Obdachlosigkeit setzte das Engelsche das Schwabesche Gesetz außer Kraft. Lag der durchschnittliche Ausgabenprozentsatz für Nahrungsmittel in der Nachkriegszeit generell schon sehr hoch, 1923 bei 65 Prozent²¹, so war klar, daß die kaum für den physiologischen Notbedarf an Lebensmitteln hinreichenden Unterstützungssätze von den Arbeitslosen auf der Nahrungsmittelseite noch einmal im Interesse der Erhaltung der Wohnung gekürzt werden mußten. Die allgemeine Bedürfnisreihenfolge von Heizung, Beleuchtung, Nahrung, Wohnung, Bekleidung und Wäsche²² mußte von den Arbeitslosen umgestellt werden auf eingeschränkte Nahrung, eingeschränkte Wohnung, Einschränkung oder Verzicht auf Heizung und Beleuchtung, Bekleidung

und Wäsche. Einschränkung der Heizung, mangelhafte Ernährung und Kleidung bedrohten den Gesundheitszustand und die Arbeitsfähigkeit. Innerhalb der Ernährung erfolgte die Wendung von animalischer zu vegetabilischer Kost, der Fleischverbrauch wurde zugunsten von Brot, Kartoffeln und Mehlspeisen eingeschränkt, als Gewürzersatz traten Kaffee und Branntwein hinzu²³. Diese Bedingungen galten sowohl bei der Wohnung und bei der Nahrung verschärft für kinderreiche Familien²⁴. Der Alkohol spielte dann bei den Schlafgängern und Obdachlosen eine zunehmende Rolle²⁵.

Durch die schlechten Wohnungsverhältnisse²⁶, durch mangelhafte Kleidung²⁷ und Unterernährung²⁸ sanken die schulischen Leistungen der Kinder und damit ihre Chancen für eine Berufsausbildung²⁹ und stieg die allgemeine Anfälligkeit für Krankheiten, angefangen von der ausgesprochenen Mangelkrankheit Skorbut³⁰ bis zu den sozial mitbedingten Krankheiten wie Rachitis und TBC³¹. Die Zahl der tödlich verlaufenen TBC-Fälle vermehrte sich von 5214 im Jahre 1921 auf 5673 im Jahre 1922 und lag damit vor der Lungenentzündung mit 3753 und 4373 Fällen, vor tödlich verlaufener Influenza mit 669 und 1891 Fällen und Selbstmord mit 1353 und 1515 Fällen³². Berichte über den Gesundheitszustand von schulentlassenen Jungen stellten 1922 im Bezirk Pankow fest, daß 31 Prozent von ihnen aus gesundheitlichen Gründen nicht berufsfähig waren³³. Aber auch bei den erwachsenen Arbeitslosen fanden gewerbeärztliche Untersuchungen als hauptsächliche Krankheitsgruppe allgemeine Erschöpfungszustände in 2006 von 9119 untersuchten Fällen, Tuberkulose und Nervenkrankheiten als vorwiegende Erscheinungen heraus. Nur 1804 Arbeitslose waren uneingeschränkt arbeitsfähig, 535 dagegen dauernd arbeitsunfähig und der Rest nur beschränkt für Arbeitsaufnahme geeignet³⁴.

Mitbedingt von der Arbeitslosigkeit war auch der Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Die Anzahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner fiel von 19,3 im Jahre 1913 über 16,4 1920, 13,8 1921 und 11,5 1922 auf 9,7 1923³⁵. Als Spiegel dieses Trends standen 33 183 Schulanfängern in Alt-Ber-

lin im Jahre 1919 nur noch 14 780 1923 gegenüber³⁶. Besonders gravierend fiel der Geburtenrückgang in den proletarischen Vierteln aus. Bei einer durchschnittlichen Abnahme von 18,5 Prozent zwischen 1907 und 1919 belief sie sich im äußersten königsviertel auf 30%, in der Tempelhofer Vorstadt auf 27,9%, im Stralauer Viertel auf 25,9%, in der Rosenthaler Vorstadt auf 25,6% im Wedding auf 24,4%, in Moabit auf 22,8% und am Gesundbrunnen auf 21,1%³⁷.

Die Beobachtung, daß trotz erhöhter Teuerung bis September 1922 weniger Krawalle zu verzeichnen waren, reflektierte nur die Tatsache, daß die Arbeitslosen gegen jede Tätigkeit außerhalb ihres Kampfes um die Erhaltung der Existenz abstumpften. Das Einschlafen der Arbeitslosenbewegung bestätigte diese Beobachtung von der anderen Seite³⁸.

Die Bemühungen der KPD in der Stadtverordnetenversammlung gegen diese Entwicklung blieben erfolglos. Die Anträge zur Rücknahme der Begrenzung der Unterstützungsdauer wurden ebenso wie die auf Niederschlagung der Gaschulden für die Arbeitslosen sogar mit den Stimmen der SPD abgelehnt³⁹. Gegen Ende 1922 trat aber auch den anderen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der Notstand so deutlich vor Augen, daß sie sich für die Wiedereinführung der Volksspeisung und die Gewährung einer Winterbeihilfe einsetzten, die aber durch die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Strom abgesichert werden sollte⁴⁰. Diese wiederum trafen die Arbeitslosen besonders. Sie bekräftigten die bereits im Januar 1922 erhobene Forderung nach Aufhebung der Sperre für die Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und beauftragten den Magistrat, sich erneut bei der Reichsregierung für Notstandsarbeiten einzusetzen⁴¹.

Die Erfahrungen mit den Arbeitslosen im Jahre 1921 ließen bei jeder Verschärfung der allgemeinen Lage die Befürchtung entstehen, daß aus der Verbindung der jeweiligen Faktoren mit der Unruhe unter den Arbeitslosen größere Bewegungen entstehen könnten⁴². Zu Beginn des Jahres 1922

sah es noch so aus, als ob besonders die Teuerungserscheinungen von der Arbeitslosenbewegung zu Aktionen benutzt werden würden. Bis März 1922 ließen die Bestrebungen, die Anerkennung der nichtgewerkschaftlichen Arbeitslosenräte beim Magistrat durchzusetzen, nicht nach⁴³. Vorwürfe gegen die KPD, daß sie mit Hilfe der Arbeitslosen weiter Putsche organisieren wolle, trafen nicht zu, da sich die KPD durch die Erwerbslosenräte wiederholt gegen Plünderungen als auch gegen die Aktionsausschüsse der KAPD aussprach und den einheitlichen Kampf der Arbeitslosen mit den Arbeitern durch deren Betriebsräte propagierte⁴⁴. Meldungen über die Erfolge der KPD bei der Organisation der Arbeitslosen bezogen sich auf die sozialdemokratisch regierten Länder Sachsen und Thüringen, während in Berlin Rückschläge durch den Einfluß der KAPD zu verzeichnen waren⁴⁵. Die KAPD bereitete noch im März 1922 Kundgebungen und Aktionen vor, bei denen die Arbeitslosen an erster Stelle stehen sollten. Schließlich schätzte selbst sie ihren Einfluß auf die Arbeitslosen als zu gering ein und stellte für April geplante Hungerdemonstrationen zurück⁴⁶. Auch sie konnte nicht mehr verhindern, daß sich Asylbewohner als Lohndrucker benutzen ließen⁴⁷.

Ein deutschnationaler Gegenzug gegen die Arbeitslosenrätebewegung mit der Bildung eines Verbandes nationalgesinnter Erwerbsloser, der sich die Zusammenfassung aller arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeitslosen zum Ziel setzte, kam im April 1922 zu spät. Neben Hilfeleistung durch Nachweis von Arbeit und Unterstützungen wollte der Verband seine Mitglieder im Geiste der Arbeitsamkeit und Filichterfüllung beeinflussen, wies daher auch jede revolutionäre Tätigkeit weit von sich⁴⁸. Die unter den Arbeitslosen fortschreitende Demoralisierung, die sogar die linksradikalen Parteien den Anhang unter ihnen verlieren ließ, entthob ihn dieser Mühe.

In einem Programmentwurf vom Oktober 1922 bestätigte die KPD das Absinken der untersten Schichten der Arbeiter und Arbeitslosen in die Schicht der Entwurzelten, Entarte-

ten und Verlumpten und legte die Hauptaufgabe auf die Sicherstellung der proletarischen Existenz überhaupt⁴⁹. Sowohl in den Leitsätzen zur Taktik in den Landesparlamenten⁵⁰ als auch in ihrem Kommunalpolitischen Programm⁵¹ hielt sie aber an der Verbindung mit außerparlamentarischen Bewegungen ausdrücklich fest.

Seit 1922 schloss die KPD die Arbeitslosen ihrer Betriebsrätebewegung an, die nun für die Zusammenfassung der Arbeitslosen sorgen sollte⁵². Einen Teil der Vertretung der Arbeitsloseninteressen übertrug sie den entstehenden Kontrollausschüssen, in Berlin deren Koordinierungsgremium, dem 15er-Ausschuß⁵³.

Nachdem der schwächste Teil der Arbeiterschaft, die Arbeitslosen, geschlagen worden waren, ergaben sich bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiter selbst teilweise Gemeinsamkeiten unter den Arbeiterparteien, so zwischen Gewerkschaften, USPD und KPD gegen das Arbeitsnachweisgesetz und in der Verteidigung des Achtstundentages zwischen allen einschließlich der SPD⁵⁴. Die Lösung der Arbeitslosenfrage durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung fand wiederum geteilte Meinungen. Die Gewerkschaftsführung im ADGB unterstützte die dahingehenden Bestrebungen der SPD auf dem 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig im Juni 1922, während sich USPD und KPD für die Beibehaltung des Fürsorgeprinzips bei der Erwerbslosenunterstützung einsetzten⁵⁵. Trotz ihrer Annäherung an die SPD wandte sich die USPD weiter gegen die Lösung der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Frauen⁵⁶.

2. Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1923

Trotz der Ruhrbesetzung mit ihren wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen verschärfte sich die Arbeitsmarktlage bis Mai 1923 nicht wesentlich. Danach trat sogar bis Juli eine zeitweilige Besserung ein. Von August bis Dezember 1923 verschlechterte sich die Lage derart rapide, daß bis Jahresende wieder der Höchststand der Arbeitslosigkeit

nach Kriegsende erreicht war. Ende November 1923 wurden in Berlin 360 000 unterstützte Arbeitslose mit Zuschlagsempfängern sowie 150 000 unterstützte Kurzarbeiter gezählt, die zusammen über 13 Prozent der gesamten Berliner Bevölkerung ausmachten⁵⁷. Neben der Industriearbeiterschaft waren nun auch die städtischen Arbeiter und Angestellten von der Arbeitslosigkeit direkt betroffen oder, wie die Beamten, in Mitleidenschaft gezogen. Ab September schränkte die Stadt den Verkehr scharf ein und legte die Straßenbahn völlig still. Die Zahl der städtischen Arbeiter wurde drastisch auf 44 000 April 1924 (März 1921: 83 000) herabgesetzt. Im Rahmen von Sparmaßnahmen untersagte die städtische Verwaltung ab August 1923 die Besetzung freiwerdender Stellen, die Anstellung von Beamtenanwärtern und die Überführung in lebenslängliche Arbeitsverhältnisse. Der eigentliche Abbau der Beamten, Festangestellten und nichtständig Angestellten um 25 Prozent erfolgte dann erst 1924⁵⁸.

Die Zahl der von der Gewerkschaft erfaßten Industriearbeiter verringerte sich zwischen 1922 und 1924 von rund 580 000 auf 525 000⁵⁹. Der Rückgang der bei den Krankenkassen erfaßten Beschäftigten belief sich auf 413 000 zwischen August 1922 (1 570 000) und Januar 1924 (1 157 000)⁶⁰. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur auf 235 000 zunahm und die der Arbeitsuchenden sich ebenfalls nur auf 289 000 erhöhte, mußten die fehlenden 124 000 Beschäftigten den Arbeitsmarkt zeitweilig ganz verlassen haben. Daß ein Teil von ihnen die Stadt verließ, belegt der Wanderungsverlust Berlins im Jahre 1923⁶¹.

Abgesehen davon, daß Berlin absolut immer die größte Zahl Arbeitsloser aufwies, hielt es sowohl in Zeiten wirtschaftlicher Besserung als auch in Krisen seinen Vorsprung bei der Anzahl unterstützter Erwerbsloser in Bezug auf die Einwohnerzahl. Zwar verminderte sich das Verhältnis von 22,3 unterstützten Arbeitslosen pro tausend Einwohner in Berlin zu 6,6 im Reich im Oktober 1921 auf 13,4 zu 8,5 im März 1922 und 1,8 zu 0,9 im November 1922, lag 1923 aber

erneut erheblich über den Reichswerten und denen Preußens, die erst gegen Ende 1923 an die Berliner Werte heranrückten.

Unterstützte Arbeitslose mit Angehörigen auf 1000 Einwohner

Zeitpunkt	Berlin	Preußen	Reich
1.11.1922	1,8	0,7	0,7
1. 5.1923	22,3	10,6	11,7
1. 8.1923	14,1	5,7	5,6
1.10.1923	46,4	21,9	21,9
1.12.1923	100,6	51,2	59,1 (62)

Der Anteil Berlins an der Zahl der Arbeitsuchenden im Reich fiel von 9 Prozent im Januar 1923 auf 7 Prozent im Juli und stieg dann auf 12 Prozent gegen Ende November 1923⁶³. Der Anteil der Unterstützungsempfänger an der des Reiches lag etwas höher und betrug im Januar 1923 13 Prozent, im Mai 20 Prozent und sank gegen Ende 1923 auf 15 Prozent⁶⁴.

Im Vergleich mit der Arbeitslosigkeit anderer Großstädte, gemessen nach dem Anteil der unterstützten Arbeitslosen auf je 1000 Einwohner, gab Berlin seinen lange innegehabten ersten Platz im Jahre 1921 und zweiten Platz 1922 auf und fiel auf einen hinteren Rang. Im Mai 1923 lagen noch vor Berlin Dresden, Königsberg, Hamburg, Breslau und Bremen, im November 1923 Dresden, Breslau, Leipzig und Hamburg⁶⁵.

Bei der Verteilung der Arbeitslosigkeit innerhalb Berlins nach Verwaltungsbezirken ergab sich folgendes Bild:

Die Arbeitslosigkeit nach Verwaltungsbezirken
am 29.12.1923

Kreuzberg	26922	Wilmersdorf	3297
Wedding	31580	Steglitz	4343
Friedrichshain	24802	Spandau	5186
Prenzlauer Berg	23485	Pankow	6350
Mitte	19112	Reinickendorf	5878
Tiergarten	16751	Treptow	5335
Alt-Berlin	142552	Tempelhof	1937
Charlottenburg	11689	Köpenick	3799
Neukölln	19757	Weißensee	5384
Schöneberg	6454	Zehlendorf	300
Lichtenberg	13401	Stadt Berlin	235862 (66)

Die sechs Berliner Innenbezirke, deren Bevölkerungszahl etwas unter der der restlichen Bezirke lag, wiesen eine stärkere Arbeitslosigkeit auf als die letzteren. Diese Erscheinung erklärte sich aus dem höheren Anteil der Arbeiter an der Bevölkerungsstruktur der Innenbezirke.

Arbeitslosigkeit und Arbeiteranteil der Verwaltungsbezirke (Unterstützte Arbeitslose auf 1000 Einwohner)

Bezirk	Durchschnitt	Arbeiter u. Angehörige auf 100 Einwohner		
	Nov. 1922 - Mai 1924	Jan. 1923	Dez. 1923	
Weißensee	30,2	3,5	98,6	53,3
Wedding	29,8	2,6	78,5	57,0
Friedrichshain	24,3	2,5	64,3	52,1
Prenzlauer Berg	22,6	1,9	71,5	45,2
Neukölln	22,4	2,6	66,8	51,4
Lichtenberg	22,3	2,7	66,4	47,2
Kreuzberg	21,8	2,1	68,3	43,8
Köpenick	20,6	3,0	54,1	47,0
Mitte	20,0	2,7	55,3	39,6
Pankow	19,7	2,8	60,0	36,8
Reinickendorf	19,6	1,8	58,4	46,4
Groß-Berlin	18,7	1,9	54,6	41,3
				(46,1 Alt-Berlin)
Tiergarten	18,5	1,6	52,2	36,3
Treptow	17,7	2,0	45,2	49,3
Spandau	15,2	0,6	46,4	53,1
Charlottenburg	10,1	0,7	30,9	29,3
Tempelhof	9,8	0,9	30,1	36,9
Steglitz	8,7	0,7	25,6	23,3
Schöneberg	8,2	0,7	27,8	23,5
Wilmerdorf	5,5	0,6	17,3	16,0
Zehlendorf	2,7	0,03	9,3	19,2
				(67)

(67)

Über dem Durchschnitt der Monate November 1922 bis Mai 1924 für ganz Berlin lagen beständig die Innenbezirke mit Ausnahme von Tiergarten, das allerdings nur knapp darunter blieb. Tiergartens Anteil an Arbeiterbevölkerung war aber auch deutlich geringer als der aller anderen Innenbezirke. Außerdem lagen beständig über dem Durchschnitt noch die Bezirke Weißensee, Neukölln, Lichtenberg, Köpenick, Pankow und Reinickendorf, denen, außer Pankow und Mitte, gemeinsam war, daß ihr Arbeiteranteil über dem der ganzen Stadt lag. Treptow und Spandau dagegen teilten trotz hoher Arbeiteranteile an der Bevölkerung die niedrigen Arbeits-

losenraten der westlichen Vororte. Aus der zwischenbezirklichen Pendelbewegung der Arbeitskräfte ließ sich diese Erscheinung nicht erklären⁶⁸. Von Gemeinsamkeit mit den Vororten konnte allerdings auch nicht die Rede sein, da ihre Werte immer noch näher am Groß-Berliner Niveau lagen. Die Zwischenstellung Spandaus kann wohl am ehesten noch aus der Qualifikationsstruktur seiner Arbeiterschaft erklärt werden.

Für die Arbeitslosigkeit in den Berufsgruppen ergab sich ein Überwiegen in den Industriearbeiterberufen, die 1923 allein die Hälfte aller Arbeitsuchenden ausmachten. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden nahm von 1921 auf 1923 in der Metallindustrie um 100 Prozent, in der Holzindustrie um 50 Prozent und im Baugewerbe um 20 Prozent zu. Die Vermittlungsergebnisse dieser Berufsgruppen verschlechterten sich im Vergleich mit den Vorjahren gravierend. Die Arbeitslosen dieser gelernten Berufe drückten seit 1922 verstärkt auf die ungelernten Berufe. Absolut ging die Anzahl der Arbeitsuchenden aus der Gruppe 'Sonstige Lohnarbeit' von 178 000 im Berichtszeitraum 1921 auf 152 000 1923 zurück, d.h. um rund 25 Prozent. Ihr Anteil an der Zahl aller Arbeitsuchenden ging allein im Jahre 1923 von 32 Prozent im Januar auf 25 Prozent im November zurück⁶⁹. Die derart verdrängten Ungelernten verschwanden in den an das Lumpenproletariat grenzenden Pauperschichten.

Die bereits während des wirtschaftlich günstigen Jahres 1922 aufgetretene strukturelle Arbeitslosigkeit der kaufmännischen und Büroangestellten und Techniker verstärkte sich nun sowohl absolut als auch relativ. Sie steigerten ihren Anteil an den Arbeitsuchenden zwischen 1922 und 1923 von sieben auf fast zehn Prozent und wiesen sehr ungünstige Vermittlungsergebnisse auf.

Bei den weiblichen Arbeitsuchenden erhöhte sich die Nachfrage nach Arbeit im Bereich häusliche Dienste von 185 000 1922 auf 231 000 1923. Zusammen mit der Gruppe 'Sonstige Lohnarbeit' und anderen vorwiegend ungelernten

Berufen im Bekleidungs- und Gastwirtschaftsgewerbe machten die Arbeitsgesuche der Gruppe der ungelernten Berufe bei der Gesamtzahl der weiblichen Arbeitsgesuche in beiden Jahren über die Hälfte aus. Die Nachfrage nach Industrierberufen stagnierte auf dem Niveau von 1922. Das Arbeitsplatzangebot und auch die Vermittlung in Industrierberufe waren aber höher als bei den männlichen Arbeitssuchenden, was auf die Verdrängung männlicher durch weibliche Arbeitskraft deutete⁷⁰.

Mit dem Anwachsen der weiblichen Beschäftigung in den häuslichen Diensten ging der seit Kriegsende beständig erneuerte Hinweis auf dieses Arbeitsfeld als Beschäftigungsmöglichkeit für die Frauen in Erfüllung, weil unter dem Druck der Krise der Widerstand der Frauen dagegen nachließ. Da die Verhältnisse den Frauen keine Wahl bei den Arbeitsplätzen ließen, nahmen sie auch häufiger kurzfristige Arbeiten an, womit sie vorerst aus der Unterstützung ausschieden und für eine erneute Unterstützung erst wieder die Karenzzeit abwarten mußten. Nur so erklärt sich ihr mit rund 20 Prozent geringer Anteil an der Gesamtzahl der Unterstützten, da sie an der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden mit rund 40 Prozent beteiligt waren.

3. Der Höhepunkt der Inflation als Tiefpunkt der Arbeitslosenbewegung

Die Reaktionen der Arbeitslosen im Jahr 1923 waren nur ein Ausklang ihrer Kämpfe, die seit 1921 nachgelassen hatten. Obwohl sich die Arbeitslosen unter allen von der Verelendung betroffenen Schichten durch ihre Reaktionen und Abwehrbewegungen am meisten hervorgetan hatten, standen sie doch immer im Schatten außen- und innenpolitischer Ereignisse. Der beschleunigte Währungsverfall und die Ruhrbesetzung verdrängten die schon als Dauererscheinung auftretende Arbeitslosigkeit vollends aus dem sozialen Bewußtsein. Die Erfahrungen mit den Arbeitslosen bis 1921 ließen aber bei den Behörden ein Gefühl ständig drohender Gefahr zurück. Wie bereits 1918 versuchte man, mit der

großzügigen Ausweitung des Kreises der Unterstützungsberechtigten und durch die Einführung einer gesonderten kurzarbeiterunterstützung die größten Folgen der Arbeitslosigkeit abzufangen, sicherte sich aber gegen alle Fälle durch die Verhängung des Ausnahmezustandes seit September 1923 ab.

Die Arbeitslosenbewegung kam nach dem März 1922 in Berlin fast völlig zum Erliegen und diese Ruhe hielt, mit Ausnahme von Mobilisierungsversuchen gegen Ende 1922⁷¹, bis März 1923 an. Die bedeutenderen politischen Bewegungen der Arbeitslosen spielten sich 1923 außerhalb Berlins, vorwiegend in Sachsen und im Ruhrgebiet, ab⁷². Nachdem die KAPD als Partei der Arbeits- und Obdachlosen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war, besaßen die Arbeitslosen keine spezifische Vertretung mehr, was um so gravierender wirkte, als sich der Anteil der Ungelernten unter ihnen noch verstärkte. Diese fachlich wie bewußtseinsmäßig ungeschulten Schichten folgten, wenn sie nicht völlig der Passivität verfielen, neuerdings völkischen Parolen. Die Hungerunruhen des letzten Vierteljahres 1923 waren spontane Ausbrüche des Volkszorns über die grassierende Teuerung ohne wesentlichen politischen Hintergrund.

Wenn nun auch die Stadtverordneten mit größerer Einmütigkeit den Arbeitslosen weitergehende Zugeständnisse als früher zu machen bereit schienen, so beruhte das ebenfalls auf der Befürchtung, daß andernfalls die Arbeitslosen zu ihren alten Aktivitäten zurückkehren und sich mit anderen empörten Volksschichten verbinden könnten. Deshalb plante man neue Notstandsarbeiten, wobei man sich, wie stets, auf die Hilfe durch Reichsstellen verließ. Die Vorstöße des Magistrats bei den Staats- und Reichsbehörden um die Änderung des Finanzausgleichs, der der Stadt einen größeren Spielraum für die Einrichtung eigener Notstandsarbeiten gegeben hätte, fanden bei den Reichsbehörden keinen Widerhall⁷³.

Nach dem Sturz der Regierung Cuno im August 1923 setzte die neue Reichsregierung den Abbau der Arbeitslosen-

rechte fort, indem sie durch die Einführung der Pflichtarbeit das Fürsorgeprinzip weiter einschränkte. Mit der untertariflichen Bezahlung der Notstandsarbeiten und der Ausdehnung des Arbeitstages über acht Stunden hinaus bestanden schließlich für die Arbeitslosen weniger Aussichten denn je, entweder in geregelte Arbeitsverhältnisse oder gleichwertige Aushilfsarbeiten zu kommen.

Im Februar 1923 deckte das wöchentliche Einkommen einer dreiköpfigen Familie, die Lebensarbeit der Frau und Lehrlingsbezüge eingerechnet, mit insgesamt 28.150 Mark kaum die Hälfte des nötigsten Bedarfs in Höhe von 59.470 Mark, an dem Miete, Heizung und Licht mit zusammen 7.850 Mark nur der geringsten Anteil hatten⁷⁴. Die Unterstützung eines alleinstehenden Arbeitslosen betrug dagegen seit dem 12. Februar 1923 9.000 Mark pro Woche, immer noch 3.000 Mark weniger als der physiologische Notbedarf an Lebensmitteln mit 12.000 Mark pro Woche⁷⁵. Ähnlich gelagert waren die Verhältnisse für gelernte Facharbeiter, die bei einem Wochenlohn von 81.000 Mark für eine fünfköpfige Familie allein für Lebensmittel 54.000 Mark Mitte Mai 1923 verausgahlen mußten und beispielsweise bei Straßenbahnern, die mit einem Wochenlohn von rund 60.000 Mark 52.000 Mark für Lebensmittel und den sonstigen Bedarf verbrauchten⁷⁶. Das Einkommen einer vierköpfigen Arbeitslosenfamilie stand Anfang Juni 1923 mit 55.000 Mark pro Woche einem physischen Notbedarf an Lebensmitteln in Höhe von 88.000 Mark gegenüber.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosen ging aus der ständig hohen Obdachlosenzahl hervor, die bis in den März hinein über 100 000 betrug. Dazu kamen noch annähernd 200 000 Wohnungsuchende, von denen viele in Notunterkünften, Baracken und Lauber hausten⁷⁸. Verminderter Fleisch- und Milchverbrauch⁷⁹, Kleidungs-mangel und Unterernährung⁸⁰ bewirkten die Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit und die der Säuglinge im besonderen. Die Fälle von TBC vervierfachten sich 1923 gegenüber 1921⁸¹.

In Dringlichkeitsanträgen verlangten die Kommunisten

im Februar 1923 die Bereitstellung von Kohlen und Lebensmitteln, Mietkostenerstattung und freie ärztliche Behandlung der Arbeitslosen. Sie und die SPD brachten außerdem Anträge ein, die den Beginn von Reparatur- und Notstandsarbeiten vorschlugen⁸². Der Oberbürgermeister versprach daraufhin in der Stadtverordnetenversammlung die Einleitung solcher Arbeiten, wobei er sich auf die Hoffnung stützte, daß die Appelle des Deutschen Städtetages an das Reichsarbeitsministerium, in Hinblick auf die zu erwartenden Unruhen durch Arbeitslosigkeit großzügiger Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, ihre Wirkung nicht verfehlen würden⁸³. Entsprechend den Vorschlägen des Städtetages wurden Vorbereitungen für Notstandsarbeiten getroffen. Da aber das Reich weder mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge noch bei der Unterstützung des Nord-Südbahnbaues Entgegenkommen zeigte, kam es zu keiner praktischen Ausführung von Arbeiten, weil die Stadt wiederum ihre Finanzlage durch Notstandsarbeiten nicht weiter belasten wollte⁸⁴. Im Stadthaushaltsplan waren keinerlei Mittel für Notstandsarbeiten eingesetzt, stattdessen verpachtete die Stadt zur Einsparung von Mitteln die Nord-Südbahn zum weiteren Ausbau an eine private Gesellschaft⁸⁵, stellte die Tiefbauarbeiten ein, nahm in der Verwaltung den Abbau von Arbeitskräften vor, entließ Junglehrer und legte den Straßenbahnverkehr still⁸⁶. Verhandlungen des Magistrats mit den Reichsbehörden um die Bewilligung eines größeren Teils der vom Reichstag beschlossenen 500 Mrd. Mark für Baumaßnahmen erbrachten mit 2,2 Mrd. Mark für Berlin ein dürftiges Resultat⁸⁷.

Um aber bei strenger Einhaltung des Prinzips, keine Hilfe ohne entsprechende Deckung zu gewähren, wenigstens nicht den guten Willen vermissen zu lassen, entschloß sich die Stadt, an Minderbemittelte durch die Konsumgenossenschaft und eine Neuköllner Großhandelsgesellschaft verbilligte Lebensmittel abzugeben⁸⁸.

Weder die Veröffentlichung der Broschüre 'Berlin in Not' durch den Oberbürgermeister⁸⁹, noch seine Bitten um

Notstandsarbeiten an den preußischen Ministerpräsidenten im September 1923⁹⁰, denen sich das preußische Innenministerium aus sicherheitspolitischen Erwägungen anschloß, da finanzielle Gründe seines Dafürhaltens allein keine weitere Ablehnung rechtfertigen könnten und da die Kosten für Notstandsarbeiten um vieles geringer seien als die zu befürchtenden Schäden⁹¹, fanden beim Reich das erhoffte Echo.

Die organisatorische Vertretung der Arbeitslosen war seit Ende 1922 an die Betriebsrätebewegung übergegangen und unter Anleitung eines 15er Ausschusses erfolgt⁹². Er behielt diese Aufgabe bis zur Jahresmitte, als sich zur Zusammenfassung der wiederbelebten Erwerbslosenbewegung ein Zentralausschuß der Erwerbslosen konstituierte⁹³. Der 15er Ausschuß berief Versammlungen ein und stellte für die Arbeitslosen Forderungen nach Erhöhung der Unterstützung, Beschaffung von Heizmaterial, Kleidung, Lebensmitteln, Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zu Tariflöhnen, Einrichtung von Wärme- und Speisehallen und Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß auf⁹⁴.

Im Verlauf des Frühjahrs 1923 nahm die Erwerbslosenbewegung langsam wieder Konturen an⁹⁵. Die Arbeitslosen erschienen vor Bezirksämtern, um dort ihre Forderungen vorzutragen und entsandten Deputationen zu den Beratungen der Stadtverordnetenversammlung⁹⁶. Von vornherein sprach sich die KPD gegen jede Einzelaktion und Hungerkrawalle aus und stellte den Arbeitern die Aufgabe, in den Betriebsversammlungen über die Forderungen der Arbeitslosen zu sprechen, um dadurch Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Sie versuchte über die Betriebsrätekampagne und deren Parolen Produktionskontrolle und Preisüberwachung sowie durch die Kontrollausschüsse auch für die Arbeitslosen zu wirken⁹⁷. In Betriebsversammlungen, in denen sie die Mehrheit besaß, ließ sie Solidaritätserklärungen der Arbeiter mit den Arbeitslosen abgeben. Ebenso wie früher für die Erwerbslosenräte wurde die Anerkennung der Kontrollausschüsse durch den Magistrat verlangt⁹⁸. Durch diese Aktivitäten gelang es der KPD, unter den Arbeitslosen

Sympathie zu gewinnen⁹⁹.

Ganz im Gegensatz zu Berichten über die Aufputschung der Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften¹⁰⁰ warnte die KPD ausdrücklich vor der Isolierung von ihnen¹⁰¹, forderte dazu auf, die Arbeitslosen durch freigewerkschaftliche Arbeitslosenräte bei den Zahlstellen der Verbände zusammenzufassen und die gewerkschaftlichen Arbeitslosenräte dann in einem Arbeitslosenkartell zu zentralisieren¹⁰². In diesen Räten sollten die Kommunisten zwar Fraktionen bilden, grundsätzlich war die KPD aber bereit, auf eigene Arbeitslosenorganisationen zu verzichten. Sie attackierte den ADGB wegen seiner Untätigkeit für die Arbeitslosen, besonders da sich die Arbeitslosen, wie sich im Ruhrgebiet herausstellte, für völkische Parolen ansprechbar zeigten¹⁰³, und beharrte auf der Ansicht, daß die Arbeitslosen in den Aufgaben- und Organisationsbereich der Gewerkschaften gehörten. Sie behielt über die Betriebsrätebewegung und deren 15er Ausschuß in Berlin und durch die Kontrollausschüsse die Instrumente in der Hand, um bei Ablehnung der Organisation durch die Gewerkschaften, die Verbindung zwischen Arbeitern und Arbeitslosen aufrechtzuerhalten¹⁰⁴. Die Gewerkschaften lehnten die Wahl von Arbeitslosenräten und die Zusammenarbeit mit den bestehenden Räten ab und verhielten sich passiv. Sie appellierten lediglich zu verschiedenen Anlässen an die Regierung¹⁰⁵. Damit überließen sie aus traditioneller Abneigung gegen die Unorganisierten erneut allein den Kommunisten das Feld der Arbeit unter den Arbeitslosen¹⁰⁶.

Die KPD begann nun auch, die Arbeitslosen bei der Aufstellung proletarischer Abwehr-Hundertschaften heranzuziehen. Die ersten derartigen Formationen zeigte sie beim Aufmarsch zum 1. Mai 1923 in Berlin. Im Mai setzte sie die Werbung für die Hundertschaften auf den Arbeitsnachweisen fort und hatte bis zum Herbst in Moabit, Oberschöneweide und Lichtenberg kampffähige Einheiten aufgestellt¹⁰⁷. Die Arbeitslosen wurden für diese Aufgabe nach der Parteizugehörigkeit ausgewählt, bildeten also deren bewußtesten Teil.

Die Zusammenstöße im Ruhrgebiet zwischen Polizei und Arbeitslosen, die unter der Führung von Syndikalistern standen¹⁰⁸, zeitigten in Berlin, mit Ausnahme von Plünderungsversuchen unter Anleitung eines ehemaligen KAPD-Führers, keine Resonanz und wurden trotz ihrer Geringfügigkeit als eine die Arbeitslosen von den Arbeitern isolierende Aktion strikt verworfen¹⁰⁹. Die KPD setzte ihre parlamentarischen Aktivitäten im Reichstag und preussischen Landtag¹¹⁰, in der Stadtverordnetenversammlung und in den Bezirksversammlungen mit Anträgen für Notstandsarbeiten fort¹¹¹. Nachdem die Ablehnung der Bildung von Arbeitslosenräten durch die Gewerkschaften offenkundig geworden war, betrieb sie deren Leuwahl auf den Arbeitsnachweisen und bildete aus diesen Räten eine Erwerbslosen-Kommission¹¹². Obwohl die Berliner Parteiorganisation der KPD in Opposition zur zentralen Leitung stand, betrieb sie in der Arbeitslosenfrage nach den Ereignissen im Juni 1921 keine von der Richtung der Parteileitung abweichende Politik mehr. Die Aufforderung an die Gewerkschaften, sich der Vertretung der Arbeitslosen anzunehmen, wiederholte man bei jeder sich bietenden Gelegenheit¹¹³. Wie die Daimler-Betriebsräte im März 1923 appellierten nun im Mai die Arbeiterräte der Bergmann-Werke in einem offenen Brief an die Solidarität mit den Arbeitslosen und verlangten für die Arbeitslosen die Bereitstellung von Notstandsarbeiten, die Verhinderung von Entlassungen, die Verkürzung der Arbeitszeit und die beschleunigte Einführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie zu ihrer materiellen Unterstützung die Abgabe von Lebensmitteln, Kleidung, Feuerung, die Einrichtung von Speiseanstalten unter Aufsicht der Kontrollausschüsse, die kostenlose Schulspeisung für Kinder von Arbeitslosen und die Streichung von Gas- und Elektrizitätsschulden¹¹⁴. Größeren Erfolg bei der Erzwingung von Solidaritätserklärungen der Betriebsbelegschaften als die Arbeitslosen erzielten die über die Preissteigerungen empörten Frauen, indem sie persönlich vor die Betriebe zogen¹¹⁵.

Die Erwerbslosen-Kommission, die die vom 15er Ausschuß

betreuten Arbeitslosenaufgaben nun wieder übernahm und noch durch Vertreter der Kurzarbeiter ergänzt wurde, trat im Juni mit dem Hinweis auf die kaum zu dämpfende Erregung der Arbeitslosen mit einem Forderungskatalog an den Magistrat heran. Sie verlangte die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, die Verkürzung der Wartezeiten auf die Unterstützung, die rückwirkende Erhöhung auf das Existenzminimum und Anpassung an die Tariflohnentwicklung, eine einmalige Beihilfe in Höhe von 150.000 Mark, Lebensmittel, Kleidung, Feuerung, die Mitwirkung der Erwerbslosen-Kommission bei der Arbeit der Arbeitsnachweise und ihre Anerkennung durch die Behörden. Der Oberbürgermeister empfing zwar persönlich die Kommission, konnte aber, ohne finanzielle Mittel in Aussicht zu haben, keine Zusagen über Notstandsarbeiten machen und verwies die Kommission an das Wohlfahrtsministerium. Durch Vermittlung der SPD gelangten die Forderungen der Kommission, zu deren Unterstützung sich mittlererweile auch die Gewerkschaften bereit erklärt hatten, direkt zum Reichsarbeitsminister und wurden von diesem ohne große Verzögerung dahingehend beantwortet, daß 10 Mrd. Mark für Notstandsarbeiten bereitgestellt und die Karenzzeit von acht auf drei Tage herabgesetzt werden sollte. Die Ausdehnung der Unterstützung über 26 Wochen hinaus und die Anpassung an das Existenzminimum würden noch beraten, eine sechzigprozentige Erhöhung der Unterstützung wurde gebilligt und baldige Anpassung an die Inflation in Aussicht gestellt, eine Sonderbeihilfe aber abgelehnt¹¹⁶.

Das einheitliche Vorgehen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften in Berlin wurde durch einen Aufruf der Kasseler Arbeitslosen, am 5. Juli Arbeitslosendelegierte aus dem ganzen Reich nach Berlin zu entsenden, fortgesetzt¹¹⁷. Diesen Aufruf hatten, wie im Falle des Aufrufs der Bergmann-Werker, auch SPD-Vertreter unterschrieben. Die Forderungen dieses Aufrufs lauteten auf Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 300.000 Mark, Erhöhung der Unterstützung auf zwei Drittel des Tariflohns, die Zahlung der Unterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Bereitstellung von

Lebensmitteln, Kleidung, Feuerung, Beleuchtung, Einrichtung von Wärmehallen, Asylen und Speiseanstalten, Schulspeisung für Erwerbslosenkinder, Streichung der Gas- und Elektrizitätsschulden, Unterbindung von Mieterhöhungen, Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, Verhinderung von Kurzarbeit und Entlassungen und die Einführung von verkürzter Arbeitszeit mit vermehrten Schichten. Von den 71 nach Berlin entsandten Delegierten gehörten über zwei Drittel zur KPD, 12 zur SPD, 14 waren Gewerkschaftsvertreter. Diese auf Initiative des Reichsausschusses der Betriebsräte eingeleitete Aktion brachte die Zusammenarbeit von KPD, SPD und Gewerkschaften bei der Formulierung eines Antrags an den Reichstag, nachdem sich der Reichsarbeitsminister geweigert hatte, die Forderungen der Delegierten entgegenzunehmen. Die Forderungen dieser Abordnungen waren in einigen Punkten noch verschärft worden. Sie sahen neben Notstandsarbeiten, Wirtschaftsbeihilfe und Anpassung der Unterstützungen an die Tariflöhne die völlige Aufhebung der Karenzzeit vor. Vom Reichsarbeitsminister verlangte man den Erlass einer Verordnung, nach der einzig die öffentlichen Arbeitsnachweise Arbeit vermitteln dürften und Richtlinien für Länder und Kommunen, die es ihnen erlauben sollten, je nach Notlage Zuschüsse nach eigenem Ermessen zu gewähren, die Anerkennung der Arbeitslosenvertreter vorzunehmen und die Unterstützungen in Naturallieferungen zu leisten. Schließlich sollte auch eine Amnestie für Vergehen aus Notlage erlassen werden¹¹⁸. Für die wirksame Unterstützung dieser Forderungen als Dringlichkeitsanträge im Reichstag stellte der Reichsausschuß der Betriebsräte eine Arbeitslosenkampagne in Aussicht. Der ADGB wurde ermahnt, endlich Richtlinien für die Organisation der Erwerbslosenbewegung herauszugeben, Maßnahmen zur Zentralisierung der Bewegung zu ergreifen und den einheitlichen Kampf von Arbeitern und Arbeitslosen, unter Umständen mit Androhung des Generalstreiks, zu unterstützen.

In der Folgezeit betonte die KPD immer wieder die

Verantwortung der Gewerkschaften für die Zusammenfassung der Arbeitslosen und machte keine Versuche, die Arbeitslosen als Vortrupp der Revolution einzusetzen¹¹⁹. Die Vorstufe zu einer Einheitsfront bei der Vertretung der Arbeitslosenforderungen blieb rein defensiven Charakters und wurde in keine größere Einheitsfrontkampagne zum Kampf um die Macht eingebaut¹²⁰. Der Streik der Berliner Metallarbeiter im Juli 1923 und die Aktionen zum Sturz der Regierung Cuno¹²¹ ließen die Arbeitslosenfragen wieder in den Hintergrund treten. Der Eintritt der SPD in die neue Koalitionsregierung erweckte erneute Hoffnungen auf energische Vertretung der Arbeitslosenbelange. In diese Richtung deuteten Beschlüsse der Reichstagsausschüsse, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit die beschleunigte Einführung der Arbeitslosenversicherung, den verstärkten Wohnungsbau, Bereitstellung größerer Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge und Maßnahmen gegen Stilllegungen vorschlugen¹²². Der Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung im November 1923 zerschlug diese Hoffnungen bald wieder. Auch in der Folgezeit blieben die Aktivitäten zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Produktion den Diskussionen um die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung sowie der Kampagne zur Sachwerterfassung untergeordnet¹²³. Die KPD orientierte sich nur auf eine verstärkte Vertretung der Arbeitslosen durch ihre Kommunalvertreter auf der Basis der Vorschläge der Erwerbslosendelegierten an den Reichstag vom Juli 1923¹²⁴.

In der Stadtverordnetenversammlung setzte sich nun auch wieder die SPD stärker für die Arbeitslosen ein, indem sie die Forderungen der Gewerkschaften an die Reichs- und Staatsregierungen als Dringlichkeitsanträge einbrachte¹²⁵. Da sie an dem Grundsatz festhielt, Anträge ohne finanzielle Deckung nicht zu beraten, ersetzte sie die Anträge der KPD für die Arbeitslosen durch eigene abgeschwächte Anträge, um einerseits ihr Gesicht gegenüber den Arbeitslosen nicht zu verlieren und andererseits die städtischen Finanzen nicht zu überbeanspruchen¹²⁶. Ergebnis

dieser Vermittlungspolitik war beispielsweise eine einmalige Sonderunterstützung im Juni 1923 in Höhe von 60.000 Mark für Ehepaare, 40.000 Mark für Alleinstehende und 20.000 Mark für Kinder zu einer Zeit, als die Unterstützungssätze für einen alleinstehenden Arbeitslosen 33.000 Mark pro Tag betrugen¹²⁷. Auch die bürgerlichen Parteien beauftragten nun den Magistrat, bei der Reichsregierung für die Bereitstellung von Notstandsarbeiten vorstellig zu werden, verschoben aber die Beratung von Forderungen nach Reduzierung der Wartezeit auf die Unterstützung von drei auf zwei Tage, die Ausdehnung der Unterstützung auf 36 Wochen, ihre rechtzeitige Anpassung an die Inflation und zweimalige Auszahlung pro Woche und auf Einrichtung von Speiseanstalten¹²⁸. Die Reichsbehörden reagierten auf die Bemühungen des Magistrats, der sich in diesem Fall auf eine relativ breite Unterstützung durch die Stadtverordneten verlassen konnte, auch nicht mit dem kleinsten Entgegenkommen. Resigniert äußerte der Oberbürgermeister, daß man die Verschärfung der Lage bis hin zu Widersetzlichkeiten zulasse, um sie dann mit Gewaltmitteln zu lösen¹²⁹. Ganz so unschuldig daran, wie es scheinen wollte, war auch die Stadt nicht, denn ähnlich den Reichs- und Staatsbehörden gab auch sie den finanziellen vor sozialen Gründen den Vorrang. Im November beauftragte die Versammlung den Magistrat erneut, die Verhandlungen um die Anpassung der Unterstützungssätze fortzusetzen. Für den Zuständigkeitsbereich des Magistrats verlangte sie den Ausbau der Massenspeisungen, die Gewährung von Sonderunterstützungen wo nur irgend die Möglichkeit bestünde, den Beginn der längst projektierten Notstandsarbeiten und die Vorbereitung weiterer¹³⁰. Diese Anträge bewiesen, daß in der Zwischenzeit keine wesentliche Hilfe erfolgt war.

Bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes am 26. September versuchten die Arbeitslosen daher wiederholt, durch Vortragen ihrer Forderungen in den Bezirksämtern Selbsthilfe zu praktizieren und hatten damit in einigen Fällen, wie in Kreuzberg und Lichtenberg, auch Erfolg¹³¹.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 13. Oktober, dem Scheitern des Aufstandsversuches der KPD in Hamburg und der anschließenden Unentschlossenheit zu weiteren Vorstößen war die Arbeiterbewegung gelähmt, und die Empörung über die Teuerung nahm den Ausweg über Hungerunruhen. Zu der im Juli vom Reichsbetriebsrätekongreß geplanten Erwerbslosenkampagne kam es nicht mehr, da sowohl der Reichsausschuß der Betriebsräte und die Groß-Berliner Betriebsräteorganisation als auch der für Anfang September geplante Betriebsrätekongreß, an dem auch Delegierte der Arbeitslosen teilnehmen sollten, verboten wurden¹³².

Außer der Tatsache, daß den Hamburger Kämpfen Arbeitslosenversammlungen vorausgingen, sprachen keinerlei Anzeichen dafür, daß versucht worden wäre, mit Protestaktionen der Arbeitslosen größere Kämpfe einzuleiten¹³³. Das hätte der Taktik der KPD in den Vormonaten widersprochen, die die Arbeitslosen den Gewerkschaften unterzuordnen bestrebt war. An dieser Taktik hielt sie bis in den November hinein fest¹³⁴. Erst auf das Verbot der KPD im November hin drohte man mit der Mobilisierung der Arbeitslosen¹³⁵. Ohne taktische Leitlinien und anleitende Organe war aber daran nicht zu denken. Die Arbeitslosenräte des Jahres 1923 waren vorwiegend als Verteidigungsorganisationen gegen den sozialpolitischen Abbau anzusehen¹³⁶. Die proletarischen Hundertschaften hätten zwar als Kadertruppen für revolutionäre Kämpfe und als Vorformen nachrevolutionärer Organe dienen können, waren aber bereits seit Mai 1923 in Preußen verboten.

Die Hungerunruhen am 14. und 16. Oktober, am 5., 6., 16. und 21. November und am 4. Dezember 1923 ereigneten sich ohne wesentliche Beteiligung oder Steuerung durch die KPD¹³⁷. Sie sah darin die Ausbrüche der Erbitterung unorganisierter Massen¹³⁸ und hob besonders die Gefahr ihres Mißbrauchs unter dem Einfluß faschistischer Parolen zu Räubereien und Progromen hervor¹³⁹. Die langandauernde Arbeitslosigkeit hatte zur Vertiefung der Spaltung zwi-

schen Arbeitern und Arbeitslosen, zu Passivität und kampfloser Hinnahme der Arbeitszeitverlängerung geführt¹⁴⁰. Die Unterstützungen durch die Internationale Arbeiterhilfe konnten unter diesen Umständen den Kampfgeist nicht mehr erhalten¹⁴¹.

Die Entscheidung für eine verstärkte Arbeit unter den Arbeitslosen war als Anzeichen für eine erneute Linksorientierung der KPD zu verstehen¹⁴². Die Aktivität unter den Erwerbslosen nahm auf Grund dieser Beschlüsse gegen Ende 1923 deutlich zu und leitete in eine neue Etappe der Erwerbslosenbewegung über¹⁴³.

Ausblick

Die Hoffnungen auf eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf ein Niveau der Vorkriegszeit nach der Stabilisierung der Währung im Jahre 1924 hielten nicht lange vor. Mit der 'Reinigungskrise' von Ende 1925 bis Ende 1926 stieg die Arbeitslosigkeit erneut auf den Höhepunkt der Inflationszeit. Seit 1927 sank die Arbeitslosigkeit zwar wieder ab, aber auf ein Niveau, das weit über dem der Jahre 1919 bis 1923 lag. Strukturelle Ursachen begannen das Bild der Arbeitslosigkeit zu beherrschen, während sich die Dauerarbeitslosigkeit zu einer Massenerscheinung herausbildete. Die Konzentration der Arbeitslosen in Berlin hielt an und verstärkte sich noch. Innerhalb Berlins konzentrierte sich die Dauerarbeitslosigkeit besonders in den sechs Alt-Berliner Innenbezirken, die damit eine Großstadt innerhalb der Großstadt bildeten.

Die Hilfsprogramme der Stadt litten, wie das Beispiel der Jahre 1919 bis 1923 gezeigt hatte, weiter unter den Auseinandersetzungen um die Kostenverteilung zwischen Reich und Stadt. Die 1926 von der Stadt als zeitweilige Aushilfe eingerichtete städtische Erwerbslosenhilfe entwickelte sich zu einer Dauereinrichtung, da trotz der Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 immer mehr Dauerarbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung in die Krisenfürsorge und von da zur städtischen Wohlfahrtsunterstützung überwechselten. Als sich zu der Dauerarbeitslosigkeit noch die ungeheure konjunkturarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise gesellte, brachen die Stadtfinanzen unter der Last der Anforderungen zusammen; da das Reich seine Finanzen durch die Begrenzung der Unterstützungszeit auf Kosten der kommunalen Haushalte entlastete. Alle Abhilfsmaßnahmen in dieser Zeit blieben Stückwerk, da sie wegen des Finanzmangels keine durchgreifende Wirkung haben konnten.

Die veränderte Struktur der Arbeitslosigkeit, die zunehmend Angestellte und technische Berufe ergriff, ließ

auch die bürgerlichen Parteien der Arbeitslosigkeit als sozialer Erscheinung verstärkte Aufmerksamkeit schenken bis hin zur Gründung von Parteien, die sich vorrangig mit Arbeitslosenproblemen beschäftigten. Seit 1926 unternahmen auch die Nationalsozialisten Werbungsversuche unter den Arbeitslosen der proletarischen Schichten. Nach deren Erfolglosigkeit verlegten sie ihre Bemühungen stärker auf die Arbeitslosen der klein- und mittelbürgerlichen Schichten.

Auf der Seite der Arbeiterparteien verharnte die SPD auf ihrer quietistischen Haltung zur Organisation der Arbeitslosen bzw. auf der Diffamierung der Erwerbslosenorganisationen als Bewegungen des Lumpenproletariats. Gegen Ende der Weimarer Republik tauchte die Frage wenigstens theoretisch auf, ob der SPD an der Wiedergewinnung der von der KPD zusammengefaßten Schichten des 5. Standes gelegen sein könne. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich aber auf Grund der Inaktivität der SPD in Arbeitslosenfragen Abspaltungen von der Partei ergeben, die, wie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die Arbeitslosenfrage an vordere Stelle in ihre Programmatik rückten. Schließlich beteuerte auch die SPD selbst, daß keine Schicht des Proletariats zu tief liege, um nicht von ihr erreicht zu werden. Sie begann auch im allerletzten Augenblick, eine Erwerbslosenbewegung zu organisieren, die sich aber auf politische Aufklärung und Schulung beschränkte. Die Klage, daß die Unorganisierten in der Krise zu Totengräbern ihrer Klasse würden, reflektierte die Versäumnisse, die der SPD in dieser Frage unterlaufen waren.

Eine kontinuierliche Vertretung der Arbeitslosen erfolgte vor allen Dingen durch die KPD, die sich dabei auf ihre Erfahrungen aus der Nachkriegszeit stützen konnte. Sie zog die Arbeitslosen zu großen politischen Auseinandersetzungen, wie dem Volksentscheid über die Enteignung der Fürstenvermögen im Jahre 1926 und der Antifaschistischen Aktion des Jahres 1932, entscheidend mit

heran, setzte die Reihe der Erwerbslosenkongresse fort, befaßte sich auf ihren Parteitagen kontinuierlich mit der Organisation der Arbeitslosen, teils in, teils neben den Gewerkschaften durch Erwerbslosenausschüsse und Erwerbslosenstaffeln und versuchte, durch den Ausbau ihrer sozialpolitischen Organisationen ihren Einfluß auf sie noch zu vertiefen. Diese Bemühungen konnten aber die Wirkung der Demoralisierung durch Dauerarbeitslosigkeit nicht aufhalten und der Kreislauf schloß sich in erneuten Plünderungen, nachdem sogar die Organisierung von Hungermärschen gescheitert war.

Anmerkungen

Vorbemerkung

- 1 "Die Notwendigkeit einer.. Nachprüfung der Spitzelnachrichten durch Exekutivbeamte führt zu der Forderung, daß zwischen politischem Nachrichtendienst und politischer Exekutive eine enge Verbindung besteht. Ein isolierter politischer Nachrichtendienst ohne engen Zusammenhang mit der Exekutive, wie er früher (von 1919 bis 1922) in Preußen beim sogenannten 'Staatskommissar für öffentliche Ordnung' bestanden hat und wie ihn jetzt auch der 'Reichskommissar für öffentliche Ordnung' besitzt, hängt in der Luft und ist, wie die Praxis der beiden genannten Stellen wiederholt gezeigt hat, gefährlich". Weiss, Bernhard: Polizei und Politik, Berlin 1928, S.110. Das Staatskommissariat für Öffentliche Ordnung war mit reichen Staats- und privaten Mitteln gegründet worden, um die kommunistische Organisation und Agitation ebenso wie die der äußersten Rechten zu bewachen. Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934, München 1972, S.64.

Kapitel I

- 1 Woytinsky, Wladimir: Die Welt in Zahlen Bd.5, Berlin 1926, S.349.
- 2 Marx, Karl: Das Kapital Bd.1, Berlin 1966, S.657-670; Bergmann, Hans-Wilhelm: Kritisches und Antikritisches zur Theorie der industriellen Reservearmee, Rechts- und Wirtschaftswiss. Diss. Rostock 1930.
- 3 Deutsche Wirtschaftskunde, Berlin 1930, S.38.
- 4 Die Verwendung der Begriffe 'flüssige, latente und stockende Überbevölkerung' erfolgt in Anlehnung an die Definition bei Marx Kapital Bd.1 S.670-673, jedoch in keinem definitorisch festlegenden Sinn, sondern um das Arbeitslosenproblem von der quantitativen Seite her in den Griff zu bekommen.
- 5 Kumpmann, Karl: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (HDSW), Jena 1923, S.798. Die Angaben über die Arbeitslosigkeit unter den organisierten Arbeitern lieten unter dem Mangel, daß ein Drittel dieser Arbeiter nicht statistisch als Arbeitslose erfaßt werden konnte. Auf 1,7 Mill. Mitglieder kamen 700-800 000 organisierte Arbeiter, deren Verbände keine Arbeitslosenunterstützung zahlten, s. Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Dresden .. 1911, S.307. Noch schärfer stellt sich dieses Problem, wenn man annimmt, daß vier Fünftel der Arbeiter überhaupt nicht organisiert waren, s. Sombart, Werner: Die gewerbliche Arbeiterfrage, Berlin 1912, S.70.
- 6 In Berlin betrug die Zahl der von der offenen Armen-

Anmerkungen zu Kap. I

pflege Unterstützten für jeweils das ganze Jahr:

1900	44 564
1905	50 489
1910	58 641
1911	58 036
1912	59 080
1913	61 585

- s.Grieken,Friedrich-wilhelm van:Die offene Armenpflege der Stadt Berlin, Diss.Giessen 1927,S.10,42.
- 7 Diese seit 1906 gebräuchliche Unterteilung der Arbeitslosigkeit wurde unter dem Eindruck des Vordringens konjunktureller Ursachen in ihrer Reihenfolge nach 1918 umgestellt. Kumpmann,a.a.O.,S.793-794. Angaben über die Berliner Winter- und Saisonarbeitslosigkeit in der Vorkriegszeit s.Hirschberg, Ernst: Die Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit, Berlin 1894,S.5-11; ders.:Die soziale Lage der arbeitenden Klasse in Berlin, Berlin 1897, S.192-208.
- 8 Deutsche Wirtschaftskunde, a.a.O., S.47; Sombart bezieht die Abnahme der in der Landwirtschaft gezählten Berufsgruppen im Königreich Preussen zwischen 1843 und 1907 mit 60,84% auf 28,59%, s.Sombart,Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Berlin 1927,S.423.
- 9 Born,Karl Erich: Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19.Jahrhunderts,in:Wehler,Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S.272; Baar,Lothar: Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966,S.167,169,213; Leyden,Friedrich: Groß-Berlin Geographie einer Weltstadt, Breslau 1933, S.86-87; Böckh, Richard: Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 2.Dezember 1895, Berlin 1900, Teil I,S.14 ff; Hirschberg: Die soziale Lage .. a.a.O., S.20 ff;Becker Walter: Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, in: Mottek,Hans (Hrsg): Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S.230; Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert ..., a.a.O., S.404-405.
- 10 Baar, a.a.O., S.170-173,174; die Angaben beziehen sich auf 1851; Becker a.a.O., S.231,232.
- 11 Schwierigkeiten bei der Anlernung erwähnt Baar,a.a.O., S.174,182.
- 12 ebenda, S.175,181.
- 13 ebenda, S.172-173.
- 14 Conrad,J.:Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie Bd.2, Jena 1904,S.165,168; Schmoller,Gustav: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1908, S.377; Föhl,Ludwig: Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19.Jahrhundert,Leipzig

Anmerkungen zu Kap. I

- 1904, S.93; Baar, a.a.O., S.175-180; zur Abnahme des Hausgewerbes zwischen 1895 und 1907 s. Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert.. a.a.O., S.512-513.
- 15 Pohle, a.a.O., S.96; Hirschberg, Die soziale Lage..., a.a.O., S.195; Feiler, Arthur: Die konjunktur-Periode 1907-1913 in Deutschland, Jena 1914, S.86f; Schmoller, a.a.O., S.77; Baar, a.a.O., S.181.
- 16 Schmoller, a.a.O., S.377; Deutsche Geschichte in Daten, Berlin 1969, S.529; Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Jg.7, 1909, Berlin 1910, S.37. Die Angaben sind errechnet aus der Tabelle Erwerbstätige im Hauptberuf, B, Industrie: Vorgebildete Gesellen, Gehilfen und Hilfspersonen ohne Vorbildung 1895 und 1907.
- 17 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin (STJBB), Jg.21, 1894, S.241-243.
- 18 Kumpmann, a.a.O., S.798f.
- 19 Böckh, a.a.O., S.72-77, 103-105; STJBB, Jg.22, 1895, S.243-250; Jg.23, 1896, S.581-590
- 20 Böckh, a.a.O., S.68.
- 21 Die Tabelle ist zusammengestellt aus den Angaben über die Bevölkerung unterteilt nach Berufen, Unterabteilung Abhängige, s. Böckh, a.a.O., S.72-77, 103-105 und den Angaben bei Kumpmann, a.a.O., S.799.
- 22 Gleitze, Bruno: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland vor dem Kriege, in: Woytinsky, Wladimir: Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919-1929, Berlin 1930, S.102.
- 23 ebenda, S.103.
- 24 Bernstein, Eduard: Die Berliner Arbeiterbewegung von 1890 bis 1905, Berlin 1924, S.177, 280; Jahres- und Kassenbericht der Berliner Gewerkschaftskommission (JuK), Nr.19, 1907, S.59; Nr.20, 1908-1909, S.172; Nr.25, 1913, S.76.
- 25 Gleitze, a.a.O., S.105; Fabrikarbeiter hier als Terminus technicus der Statistik benutzt.
- 26 JuK Nr.19, 1907, S.58.
- 27 JuK Nr.20, 1908-1909, S.153.
- 28 ebenda, S.176-177.
- 29 JuK Nr.19, 1907, S.58.
- 30 JuK Nr.21, 1909, S.81.
- 31 JuK Nr.20, 1908-1909, S.173, 175.
- 32 Bernstein, a.a.O., S.280-281. Diese Angaben können gegenüber den Erhebungen von 1894, bei denen die Aufenthaltsdauer in Berlin nicht festgestellt wurde, lediglich die Tendenz des Seßhaftwerdens der Zugewanderten andeuten. Noch 1911 waren in Dresden 11-13 Prozent der Arbeitslosen neu Zugezogene, s. Griechen, a.a.O., S.50.
- 33 JuK Nr.25, 1913, S.79.
- 34 Bernstein, a.a.O., S.280.
- 35 JuK Nr.20, 1908-1909, S.174.

Anmerkungen zu Kap. I

- 36 ebenda, S.155, 176-177.
- 37 JuK Nr.25, 1913, S.81.
- 38 ebenda.
- 39 Bernstein, a.a.O., S.280.
- 40 JuK Nr.20, 1908-1909, S.179.
- 41 Statistische Monatsberichte, hrsg.vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Jg.5, 1915-1919.
- 42 s.Anhang Tab.1, S.304
- 43 JuK Nr.25, 1913, S.80; Statistische Monatsberichte, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Jg.1-4, 1910-1913. Von den Gewerkschaften wurde der Erfassungsgrad der Arbeitslosen durch ihre Statistik mit rund 30 Prozent angegeben, s.JuK Nr.29, 1918, S.6; Griechen, a.a.O., S.63.
- 44 Marx,Karl; Engels,Friedrich: Werke Bd.4, S.472, Bd.7, S.536, Bd.8, S.161f.
- 45 Wermel,Michael T.; Urban,Roswitha: Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung in Deutschland, München 1949, S.61ff; Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen (Sozialisten-Kongreß), Berlin 1910,S.13; Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S.102. Die Arbeitslosenversicherung bildete das eigentliche Rückgrat der Gewerkvereine, da Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung auch von anderen Anstalten übernommen werden konnten. s.Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage, Bd.1, Berlin 7/1921, S.199.
- 46 Fricke,Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914), Leipzig 1962, S.236.
- 47 ebenda. Besonders reformistische Verbände verwiesen mit Stolz darauf, daß sie 25 Prozent mehr Arbeitslosenunterstützung als Streikunterstützung gezahlt hatten, s.Sozialisten-Kongress, a.a.O., S.13.
- 48 Fugger,Karl: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1949, S.88.
- 49 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.107; Hilferding,Rudolf: Das Finanzkapital,Frankfurt/Main 1968, S.492.
- 50 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.13.
- 51 Der Kopenhagener Sozialisten-Kongreß forderte die allgemeine öffentlich-rechtliche obligatorische Arbeitslosenunterstützung,s.ebenda,S.12. Dieser Forderung schloß sich der Dresdner Kongreß der freien Gewerkschaften 1911 und der SPD-Parteitag in Jena 1913 an, s.JuK Nr.24, 1912,S.69. Leidig,Hermann: Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg, Berlin 1911;Hirsch,Paul: Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege, Berlin 1919,S.66ff; Herkner, Bd.1, a.a.O., S.373-384.
- 52 Briefs,Goetz: Das gewerbliche Proletariat, in: Grundriß der Sozialökonomik Bd.IX,Tübingen 1926,S.143.
- 53 ebenda, S.151-152; Marx,Das Kapital, a.a.O., S.673.
- 54 Conze,Werner: Vom 'Pöbel' zum 'Proletariat', in: Wehler, a.a.O.,S.113,122-123,126;Sombart,Werner:

Anmerkungen zu Kap. I

- Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1919, S.6f.
- 55 Geschäftsbericht des Verbandes der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeindebetrieben, Berlin 1900, S.27.
- 56 Briefs, a.a.O., S.151.
- 57 Furtwängler, Franz Josef: Die Gewerkschaften, Hamburg 1956, S.32.
- 58 Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976, S.254, 266, 280-81. Ungelernte fanden schon wegen ihres fehlenden Berufsbewußtseins keinen Zutritt zu Fachverbänden. s.Herkner, Bd.1, a.a.O., S.201 u. 270.
- 59 Fugger, a.a.O., S.54, 129.
- 60 Furtwängler, a.a.O., S.33. Der Aufbau von Hilfsarbeiter- oder Tagelöhnerverbänden begegnete großen Schwierigkeiten, da ihre bescheidenen Mittel für den Streikfall nicht ausreichten. s.Herkner, Bd.1, a.a.O., S.201.
- 61 Furtwängler, a.a.O., S.38
- 62 JuK Nr.25, 1913, S.67.
- 63 ebenda, S.33 f.
- 64 Schröder, Wilhelm: Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage, Bd.1, 1863-1909, München 1910, S.51, Bd.2, 1910-1913, München 1917, S.25; Hirsch, a.a.O., S.67.
- 65 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.12, 15; Schröder Bd.2, a.a.O., S.28.
- 66 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.60.
- 67 Schröder Bd.2, a.a.O., S.25. Bis 1902 wurde die Arbeitslosenunterstützung als reine Angelegenheit der Gewerkschaften betrachtet, 1910 wurde diese Haltung durch die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch den Staat ergänzt und erst 1913 das Ziel der öffentlich-rechtlichen allgemeinen Arbeitslosenversicherung anvisiert, bis zu deren Einrichtung die Gewerkschaften Zuschüsse zu ihren Unterstützungen erhalten sollten, s.Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.12; Hirsch, a.a.O., S.67.
- 68 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.14, 15; Schröder Bd.2, a.a.O., S.26, 27, Hirsch, a.a.O., S.66.
- 69 Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S.60.
- 70 Daraus entwickelte sich in der Weimarer Zeit die Auffassung, daß die Arbeitslosenversicherung den letzten Stein im Bau eines Volksversicherungssystems bilde, s.u.S. 202
- 71 Schröder Bd.2, a.a.O., S.26.
- 72 ebenda, S.26, 29. Die Berufe mit der stärksten Arbeitslosigkeit wiesen die geringsten Verurteilungsziffern wegen Bettelerei und Obdachlosigkeit auf, s.Hirschberg: Die soziale Lage..., a.a.O., S.203-206.
- 73 Schröder, Bd.2, a.a.O., S.29, 33.
- 74 ebenda, S.27, 28.
- 75 ebenda, S.34, 39.
- 76 ebenda, S.39.
- 77 ebenda, S.32, 40.

Anmerkungen zu kap. I

- 78 ebenda, S.26,27.
- 79 ebenda, S.31,33,39,40.
- 80 ebenda, S.27,33,39.
- 81 Bernstein, a.a.O., S.182.
- 82 Schröder Bd.2, a.a.O., S.35.
- 83 ebenda, S.34.
- 84 Luxemburg, Rosa: Gesammelte werke Bd.1/1, Berlin 1970, S.258,260.
- 85 Nettl, Peter: Rosa Luxemburg, Köln Berlin 1968, S.355.
- 86 Müller, Hermann: Die November-Revolution Erinnerungen, Berlin 1928, S.279.
- 87 Das geschah anlässlich des Bergarbeiterausstandes 1889, des Berliner Bierboykotts 1894 und des Hamburger Hafenarbeiterstreiks 1896-1897, bei dem der Streikbeschluss von Versammlungen der Unorganisierten gegen den Willen der Gewerkschaft durchgesetzt und von den organisierten Arbeitern auch befolgt worden war. s.75 Jahre Industriegewerkschaft 1891-1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/Main 1966, S.140 f. Der 'Vorwärts' schrieb dazu: "Wir können gewiß nicht verhindern, daß sich größerer unorganisierter Massen plötzlich eine besondere Bewegung bemächtigt, ... auch nicht.., daß diese Massen sich in versammlungen zusammentun und Beschlüsse fassen, aber unsere Arbeiterorganisationen haben keineswegs die Verpflichtung, für solche nicht genügend vorbereiteter Beschlüsse die moralische und materielle Verantwortung und damit das Risiko für das Endergebnis zu übernehmen..". s.75 Jahre Industriegewerkschaft, ebenda, S.142.
- 88 Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Bd.2, Berlin 1972, S.373; Herkner, Bd.2, a.a.O., S.391,404-407.
- 89 dies.: Politische Schriften Bd.1, Frankfurt/Main 1966, S.179,187,190,193,195-198.
- 90 Hirsch, Paul: 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1908, S.186 ff.
- 91 Bernstein, a.a.O., S.177ff; Engels, Friedrich: Briefe an Bebel, Berlin 1958, S.324. Engels begrüßte die Distanzierung der Sozialdemokraten von den Krawallen, da sie die bürgerlichen Parteien in eine Front gegen die Sozialdemokraten bringen könnten. Die Arbeitslosenversammlungen seien aber insofern zweckmäßig, als sie die von den Arbeiterwählern abhängigen Stadträte zur Bewilligung durchführbarer Forderungen wie öffentlicher Arbeiten, verkürzter Arbeitszeit, Löhnen nach Forderungen der Gewerkschaften geneigter machen könnten, um "...die Massen vor schlimmeren sozialistischen - wirklich sozialistischen - Ketzereien zu bewahren". s. ebenda, S.218-219.
- 92 Die Gewerkschaften befanden sich zu diesem Zeitpunkt in der Debatte um die Lokal- oder Zentralorganisationen. Die Lokalorganisationen wurden noch stark

Anmerkungen zu Kap. I

- unterstützt, da sie in der Zeit der Sozialistengesetzes die wirkungsvollste Arbeit geleistet hatten. Die Reste der nicht in den Zentralverbänden aufgegangenen Lokalverbände bildeten die Vorläufer der revolutionären Syndikalistens. Kurtwängler, a.a.O., S.32.
- 93 Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit ..., a.a.O., S. 190ff.
- 94 Bernstein, a.a.O., S.172ff; Weidner, Albert: Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1905, S.29ff.
- 95 Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Bd.2, Berlin 1960, S.589. Mehring verweist auf die Benutzung von Lockspitzeln als Vorwand zur Verlängerung des Sozialistengesetzes.
- 96 Weidner, a.a.O., S.30.
- 97 Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit..., a.a.O., S.193 ff.
- 98 Bernstein, a.a.O., S.278ff.
- 99 JuK Nr.20, 1908-1909, S.30.
- 100 ebenda, S.27,28,30,
- 101 ebenda, S.30.
- 102 ebenda, S.32.
- 103 ebenda, S.153.
- 104 Die erste allgemeine städtische Zählung der Arbeitslosen in Groß-Berlin fand 1909 statt. kontinuierlich berichteten die Statistischen Monatsberichte seit 1910 über die Arbeitsmarktlage, s.100 Jahre Berliner Statistik 1862-1962, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes, hrsg.vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1962, S.76 f.
- 105 nach dem 'Genter System' zahlten die Gemeinden Zuschüsse an diejenigen Gewerkschaftsverbände, die selbst Arbeitslosenunterstützungen eingeführt hatten. s.Herkner, Bd.1, a.a.O., S.376-377. Dem Mangel des 'Genter Systems', daß unorganisierte Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschlossen blieben, begegnete man in Schöneberg durch Zuschüsse auch für die unorganisierten Arbeitslosen auf Sparkonten bei der Städtischen Sparkasse.
- 106 JuK Nr.24, 1912, S.69.
- 107 JuK Nr.25, 1913, S.14.
- 108 Bey-Heard, Frauke: Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919, Stuttgart Berlin 1969, S.41,43. Hirsch faßte die Erfolge der Stadtverordneten der SPD dahingehend zusammen: "...die Fraktion hatte durch ihr unausgesetztes Drängen wenigstens das eine erreicht, daß die städtischen Behörden sich in Zukunft mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung und der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigen müssen". "Hätte die Sozialdemokratie keine Vertretung im Stadtparlament, man könnte ..wetten, daß..die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt niemals angeschnitten worden wäre." Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratische Arbeit..., a.a.O. S.204.
- 109 Mermel, a.a.O., S.52,57.
- 110 Varain, Heinz Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokra-

Anmerkungen zu Kap. I

- tie und Staat, Düsseldorf 1956, S.72; Raase, Werner: Die freien deutschen Gewerkschaften in den Jahren des ersten Weltkrieges, Berlin o.J., S.8ff. Die volle Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft durch den Staat erfolgte im Hilfsdienstgesetz 1916 mit der Schaffung des Schlichtungswesens und der Bildung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben. s. Varain, a.a.O., S.89ff, Raase, a.a.O., S.25ff; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (GdA) Bd.2, Bln.1966, S.293ff.
- 111 "Als wir im Jahre 1908 und 1909 den ersten Demonstrationsturm in der preußischen Wahlrechtbewegung erlebten, bekam die Arbeiterschaft eben die Schrecken der wirtschaftlichen Krise zu kosten. Eine grauenhafte Arbeitslosigkeit herrschte in Berlin und äußerte sich in erregten Arbeitsloserversammlungen und Demonstrationen. Anstatt nun diese Arbeitslosenbewegung mit in den Strudel des Wahlrechtskampfes zu lenken, anstatt den Ruf nach Arbeit und Brot mit dem Ruf nach gleichem Wahlrecht zu verbinden, wurde umgekehrt die Sache der Arbeitslosen von der Sache des Wahlrechts aufs strengste geschieden, und der 'Vorwärts' gab sich alle Mühe, die Arbeitslosen von den Ruckschößen der Wahlrechtbewegung abzuschütteln". Luxemburg, Ges. Werke Bd.2 a.a.O., S.356. Rosenberg, Hans: Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa 1873-1896, in: Wehler, a.a.O., S.239.
- 112 Fülberth, Georg: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Argument, Jg.13, 1971, S.7-8.

Anmerkungen zu Kap. II

- 1 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (StJBR), Jg.41, 1920, S.261.
- 2 StJBB, Jg.33, 1912-1914, S.518; Jg.34, 1915-1919, S.527. In der Berliner Elektroindustrie stieg der Anteil weiblicher Arbeitskräfte von 25 Prozent im Jahre 1919 auf 38 Prozent im Jahre 1918. s. Czada, Peter: Die Berliner Flektroindustrie in der Weimarer Zeit, Berlin 1969, S.57.
- 3 Kaerber, Ernst: Berlin im Weltkrieg, Berlin 1921, S.341.
- 4 errechnet aus Statistische Monatsberichte, Jg.5, 1915-1919.
- 5 Kaerber, a.a.O., S.354.
- 6 Griechen, a.a.O., S.63.
- 7 Statistische Monatsberichte, Jg.5, 1915-1919; StJBR, Jg.41, 1920, S.261.
- 8 Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S.8.
- 9 JuK Nr.29, 1918, S.22-23.
- 10 Varain, a.a.O., S.116; Schmidt, Günter: Zur Klassenkampfaktik der Bourgeoisie vor der Novemberrevolution, Phil.Diss.Berlin 1966, S.21f, 97, 102, 169, 181, 183-186.
- 11 Varain, a.a.O., S.113.
- 12 Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1968, S.12.
- 13 GdA Bd.3, Berlin 1966, S.458, 460.

Anmerkungen zu Kap. II

- 14 Ritter, Gerhard A.; Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919, Frankfurt/M 1968, S.202.
- 15 Reichert, J.: Entstehung, Bedeutung und Ziel der 'Arbeitsgemeinschaft', Berlin 1919, S.6.
- 16 Ritter, a.a.O., S.214.
- 17 ebenda, S.210 f.
- 18 Reichert, a.a.O., S.9.
- 19 Varain, a.a.O., S.116.
- 20 Rathenau, Walther: Neue Briefe, Dresden 1927, S.77f, Brief vom 15. Oktober 1918.
- 21 Bey-Heard, a.a.O., S.115.
- 22 Reichsgesetzblatt (RGBl) Nr.6519, S.1292-1293 (1918).
- 23 Bey-Heard, a.a.O., S.115.
- 24 RGBl 1918, S.1304.
- 25 Reichert, a.a.O., S.8; Schmidt, a.a.O., S.327; Richter, Werner: Gewerkschaften, Monopole und Staat, Berlin 1959, S.233; Ritter, a.a.O., S.209.
- 26 Ritter, a.a.O., S.206; Rathenau, a.a.O., S.78.
- 27 Reichert, a.a.O., S.9; Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Dresden 1926, S.119. Nach dem Umfang seiner Machtbefugnis wurde der Leiter des Demobilmachungsamtes, Koeth, auch als Ludendorff der Demobilmachung bezeichnet. s.Schmidt, a.a.O., S.329.
- 28 "Alles in allem ergab sich, daß die Arbeitslosigkeit mit diesen Mitteln nicht annähernd zu beheben war. Deshalb mußte sofort die Erwerbslosenfürsorge einsetzen. Sie war eine soziale Pflicht, aber auch deshalb geboten, um die Revolutionsbewegung nicht leichtsinnig zu nähren. Daß diese Maßregel schwere Nachteile im Gefolge haben würde, war klar. Sie mußten in Kauf genommen und allmählich beseitigt werden!" Koeth über die Aufgaben des Demobilmachungsamtes, s.Ritter, a.a.O., S.208.
- 29 Deutsche Sozialpolitik 1918-1928 Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministers, Berlin 1929, S.158; Ritter a.a.O., S.203; Syrap, Friedrich-Neuloh, Otto: 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839-1939, Stuttgart 1957, S.547-564.
- 30 Ob das Zugeständnis der Erwerbslosenfürsorge ähnlich dem des Achtstundentages von der Absicht gelenkt war, der sozialistischen Agitation die Spitze abzubreaken, sei dahingestellt, für die MSPD bedeutete die Erwerbslosenfürsorge trotz ihres Übergangscharakters die Durchsetzung eines alten Zieles. Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1966, S.24; Ritter, a.a.O., S.203.
- 31 Grebing, a.a.O., S.150; Schmidt, a.a.O., S.321, 329.
- 32 Schmidt, a.a.O., S.359 ff.
- 33 Ritter, a.a.O., S.93-94.
- 34 Münch, Erwin: Maßnahmen für Erwerbslose in Groß-Berlin nach dem Weltkrieg, Staatswiss.Diss. Berlin 1923, S.134f; Bey-Heard, a.a.O., S.116-117; Kaeber, a.a.O., S.358ff; Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1924 (1.Verw.bericht), Berlin 1926, H.7, S.43ff.

Anmerkungen zu Kap. II

- 35 Bey-Heard, a.a.O., S.119.
- 36 Die den Arbeitslosen zugestandenenen drei Stimmen waren nur eine Minderheit neben vier Stimmen für die Stadt Berlin, je eine für die Lachbarstädte, je zwei für die Kreise Teltow und Niederbarnim, eine für die Landesversicherungsanstalt und vier für die Gewerkschaften. s.Kaerber, a.a.O., S.358; Bey-Heard, a.a.O., S.120. Der damalige Oberbürgermeister schrieb später: "Als wirksamstes Mittel (gegen die Versuche der Arbeiter- und Soldatenräte, Macht über die einzelnen Verwaltungszweige zu gewinnen) erwies sich, daß bei der städtischen Arbeiterschaft Interesse für das Getriebe erweckt und ein von ihr gewünschter Einblick in dessen geregelten Gang nicht ohne Not versagt wurde". Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben Erinnerungen, Berlin 1922, S.427.
- 37 Kaerber, a.a.O., S.350-351; Bey-Heard, a.a.O., S.80, 120; Kriegsverwaltungsbericht der Stadt Neukölln für die Geschäftsjahre 1914 bis 1918, Neukölln 1921, S.320; Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919/1920, Neukölln 1922, S.136.
- 38 Fugger, a.a.O., S.288.
- 39 Varain, a.a.O., S.96-97. Auf dem Verbandstag 1919 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Metallindustrie im Kriege berichtet, daß "... die in ihr beschäftigten Ungelernten, Berufsfremden, Unorganisierten.. unter der befreienden Brise des deutschen Völkerfrühlings in die Gewerkschaften geströmt waren, wo sie nicht unter dem Zwang der Überlieferung standen, nicht durch die Erinnerung an die Vergangenheit mit ihren Mühseligkeiten, Fehlschlägen und Opfern bedächtig gemacht wurden". s.Opel, Fritz: Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover 1957; Lucas, a.a.O., S.148, S.159.
- 40 Luxemburg, Pol. Schriften Bd.1, a.a.O., S.179,197, S.198.
- 41 "Gerade in den proletarischen Massen, den 'unteren Schichten', unter den Rückständigen, nimmt das Klassenbewußtsein und das Streben nach Organisation zu. Millionen von Arbeitern... in Deutschland gehen zum ersten Mal zur elementarsten, untersten, einfachsten .., zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über...". Lenin, Wladimir I.: Ausgewählte Werke Bd.3, Berlin 1966, S.424.
- 42 Rote Fahne (RF) Nr.3, 18.11.1918; Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution, Berlin 1921, S.179.
- 43 Kumpmann, a.a.O., S.803.
- 44 Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962, S.304,320. Die psychologiesierende Erklärungsweise stellt den Blick auf objektive Ursachen und reduziert die Auseinandersetzungen gegensätzlicher politischer

Anmerkungen zu Kap. II

- Standpunkte auf subjektive Fehlschlüsse.
- 45 Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1961, S.23.
- 46 STJBR, Jg. 42, 1921-1922, S.423.
- 47 Amtliche Stenographische Berichte über die Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung (STVO), 5. 12.1918. Eine Schätzung für Ende November 1918 belief sich auf 10 000 Arbeitslose. s.Kaeber, a.a.O., S.368.
- 48 Vorwärts (V) Nr.348, 19.12.1918; 349, 20.12.1918; Kaeber, a.a.O., S.368.
- 49 V 354, 25.12.1918.
- 50 Gemeindeblatt der Stadt Berlin (GB), Jg.59,1918; RF 26, 12.2.1919; 42, 28.2.1919; 58, 26.4.1919; Reichsarbeitsblatt (RABL), Jg. 17, 1919. Zahlen der Tabelle auf 100 abgerundet.
- 51 GB, Jg.59, 1918, S.484,486.
- 52 RABL, Jg.17, 1919; GB, Jg.60, 1919. Die Zahlenwerte in Klammern beruhen teils auf der durch die Zersplitterung Berlins bedingten verschiedenen Erfassung der Vororte oder sind wie die Werte für September 1919 eine wirkliche Korrektur der offiziellen Arbeitslosenzahlen. Einzeldaten bei Kaeber, a.a.O., S.368; Freiheit (F), 3.6.1919; 11.9.1919; STVO, 29.4.1919, Sp.354.
- 53 Der Wanderungsgewinn Berlins betrug 1919 rund 50 000 Personen, s.STJBR, Jg.41, 1920, S.262-263. Die Zahl der bis Ende 1920 in Berlin unterstützten Flüchtlinge belief sich auf 20 000. s.Kaeber, a.a.O., S.480.
- 54 RGBL 1919, S.8, 100.
- 55 ebenda, S.355,374; Deutsche Sozialpolitik, a.a.O., S.118f.
- 56 Ein Programm für städtische Notstandsarbeiten wurde erst im März 1919 in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. s.STVO, 27.3.1919.
- 57 STJBB, neue Folge, Jg.3, 1927, S.5; GB, Jg.60, 1919, S.83. Die Angabe für Weissensee auf 100 abgerundet.
- 58 STJBR, Jg.41, 1920, S.260.
- 59 ebenda.
- 60 RABL, Jg.17, 1919.
- 61 JuK Nr.29, 1918, S.6.
- 62 RGBL, Jg.17, 1919, S.355, 1936.
- 63 Deutsche Sozialpolitik, a.a.O., S.119; Kuczynski, Jürgen: Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin 1963, S.206; Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages (der USPD) in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, S.515.
- 64 Deutsche Wirtschaftskunde, a.a.O., S.113, Kuczynski, a.a.O., S.208f.
- 65 GB, Jg.60, 1919; Zahlen auf 100 abgerundet.
- 66 GB, Jg.60, 1919, S.108,154,312.
- 67 Nissle, Werner: Zur Frage der Erwerbslosigkeit Der Altersaufbau der Erwerbslosen, Phil.Diss. Frankfurt/

Anmerkungen zu Kap. II

- Main 1921, S.29,30.
68 GB, Jg.61, 1920, S.125.
69 Münch, a.a.O., S.33ff.
70 F, 19.11.1918.
71 RF 5, 20.11.1918; 6, 21.11.1918.
72 V 325, 26.11.1918; F, 26.11.1918; RF 11, 26.11.1918; Bey-Heard, a.a.O., S.116.
73 Die 'Rote Fahne' verteidigte sich bereits am 18. November 1918 gegen Vorwürfe lumpenproletarischer Politik: "Sie (die Mehrheitssozialdemokraten) verzerren mit vollem Bewußtsein und klarer Absicht unsere sozialistischen Ziele als lumpenproletarische Abenteuer..." s.RF 3, 18.11.1918.
74 Bereits vor dem 14. November 1918 war ein Arbeitsamt des Arbeiter- und Soldatenrates mit Sitz im Reichstag gegründet worden, das angeblich die vom Studentenrat und vom Rat geistiger Arbeiter begonnene Sammlung intellektueller Kräfte fortsetzen sollte. s.V 314, 14.11.1918.
75 RF 11, 26.11.1918.
76 "Natürlich ist es in einer Zeit der Arbeitslosigkeit möglich, daß die Schichten vorübergehend und notgedrungen auch noch unter den Achtstundentag herabgesetzt werden, um Entlassungen zu vermeiden und die vorhandenen Arbeits- und Entlohnungsmöglichkeiten auf recht viele zu verteilen. Aber es ist gewissenslos, den Arbeitern einen solchen Notzustand als ein erstrebenswertes Ziel hinzustellen". s.V 320 a, 21.11.1918.
77 Ritter, a.a.O. S.219.
78 RF, 14.12.1918.
79 RF 11, 26.11.1918.
80 RF 23, 8.12.1918; F, 8.12.1918. Weber dem Rat der Arbeitslosen hatte sich zu Anfang Dezember auch ein Rat der Deserteure gebildet. s.Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S.220,230; Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S.77.
81 GdA Bd.3, a.a.O., S.505.
82 Bey-Heard, a.a.O., S.119; Der Arbeiterrat Nr.1, 1919, S.4; Nr.2, 1919, S.20.
83 F, 7.12.1918; Drabkin, I.S.: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S.306f.
84 V 317, 17.11.1918.
85 V 322, 23.11.1918.
86 Kaeber, a.a.O., S.348f.
87 GB, Jg.59, 1918, S.449-450,465,485.
88 Ebert, a.a.O., S.102,105,115; GdA Bd.3, a.a.O., S.487f,518.
89 V 331, 2.12.1918; 343, 4.12.1918; 344, 15.12.1918; 351, 22.12.1918; F, 3.12.1918.
90 RGBL 1918, S.1305.
91 F, 22.11.1918; V 321a, 22.11.1918.
92 F, 16.11.1918.
93 GdA Bd.3, a.a.O., S.498f.

Anmerkungen zu Kap. II

- 94 Ebert, a.a.O., S.101f.
- 95 In den Rahmen der Bemühungen um die Befriedung der Soldaten fügte sich der Antrag des Soldatenrates Groß-Berlin auf dem Reichsrätekongreß, in dem er sich für ein Heimstattengesetz einsetzte, wobei durch die Errichtung von Bauten gleichzeitig Arbeitsmöglichkeiten geschaffen würden. s.Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin, Berlin 1919, S.173.
- 96 Schon vor dem Krieg reichte das Einkommen eines Arbeiters in der Berliner Maschinenindustrie nicht aus, so daß 18,5 Prozent der verheirateten Frauen einen Nebenverdienst durch Erwerbsarbeit aufrechten mußten. Bei den Arbeitern mit einem Jahreseinkommen unter 900 Mark sogar 34,8 Prozent, bei einem Verdienst über 2000 Mark immer noch 10 Prozent. Traditionelle Nebenverdienste waren Heimarbeit mit 38,2 Prozent, andere Tätigkeit im Hause 22,4 Prozent, Untervermietung 27,1 Prozent und Fabrikarbeit 9,4 Prozent. s.Rühle, Otto: Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, Frankfurt/Main 1971 (1/1930), S.328.
- 97 " Man soll sie alle nach Hause schicken, wenn ihre Arbeit keine volkswirtschaftliche Notwendigkeit mehr darstellt, die Kinder, der Haushalt brauchen die Mutter, sie selbst haben es nötig auszuspannen, aber es soll verfügt werden, daß jede Frau auch im Haushalt noch volkswirtschaftlich nützliche und wertvolle Arbeit verrichtet ...Würde die Frauenarbeit so zurückgezogen, so würden ohne schlimme Reibungen wohl alle Kriegsteilnehmer wieder an die alten Arbeitsplätze treten können". V 332a, 3.12.1918.
- 98 Varair, a.a.O., S.97.
- 99 Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Berlin 1919, abgedr.in: Protokoll des Gründungsparteitages der KPD, Berlin 1972, S.318.
- 100 ebenda, S.199.
- 101 ebenda, S.211-212,213.
- 102 ebenda, S.232.
- 103 Dem Unterstützungswesen der Gewerkschaften hatte schon von jeher die Kritik radikaler Kreise gegolten. s.Bock,Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1922, Meisenheim am Glan 1969, S.25.
- 104 Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, a.a.O., S.185. s.Hundert Jahre Berliner Statistik 1862-1962, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1962.
- 105 F,3.1.1919; V 4, 3.1.1919; RF 3, 3.1.1919.
- 106 Über den Einsatz Berliner Arbeitsloser als Streikbrecher in Oberschlesien hatte der Vollzugsausschuß

Anmerkungen zu Kap. II

- bereits früher beraten.s.Drabkin, a.a.O., S.302.
- 107 Bey-Heard, a.a.O., S.119.
- 108 V 6, 4.1.1919; RF 6, 6.1.1919.
- 109 "Die Arbeit ist die Quelle des Wohlstandes, ohne Arbeit kann nichts geschaffen werden, was zum Leben nötig ist, und ohne intensivste und produktivste Arbeit ist ein Aufstieg Deutschlands undenkbar". V 6, 4.1.1919.
- 110 Ähnliche Gedanken äußerte der Vertreter der revolutionären Obleute im Zentralrat auf der Sitzung am 14.1.1919. s.Kolb,Eberhard;Rürup,Reinhard (Hrsg.): Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918-8.4.1919, Leiden 1968, S.374.
- 111 V 8, 5.1.1919.
- 112 F, 6.1.1919.
- 113 RF 7, 7.1.1919.
- 114 s.Anhang Tab.7, S.312
- 115 Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland, a.a.O., S.22.
- 116 Drabkin, a.a.O., S.311.
- 117 V 332a, 23.12.1918.
- 118 V 7, 4.1.1919.
- 119 V 356a, 28.12.1918.
- 120 V 348, 19.12.1918.
- 121 V 353a, 24.12.1918.
- 122 Müller,Richard: Die Novemberrevolution, Wien 1925, S.285. Außer Zwiefel steht, daß die im Aktionsprogramm des Generalkommandos Lequis für die Niederschlagung der Revolution in Berlin von Anfang Dezember 1918 vorgesehenen Bestimmungen über Arbeitslose und Notstandsarbeiten im Sinne des Hilfsdienstgesetzes von 1916 lauteten.s.GdA Bd.3, a.a.O., S.517ff.
- 123 Kolb, Der Zentralrat..., a.a.O., S.366.
- 124 Marx,Karl;Engels,Friedrich: Das Kommunistische Manifest, Berlin 1970, S.67.
- 125 Kolo,Der Zentralrat...,a.a.O.,S.368,370,373. Lediglich der Vertreter der revolutionären Obleute sprach sich im Zentralrat gegen den Arbeitszwang aus und plädierte für die Sozialisierung der großen Güter und des Bergbaus, die Umstellung der Produktion auf Landmaschinen, für die Einrichtung ländlicher Maschinenausleihestationen, für die Ausschaltung des Großgrundbesitzes und für bessere Entlohnung als Grundlage für Versuche, Arbeitskräfte in die Landwirtschaft umzulenken. s.ebenda, S.374. Auch die USPD sah in einem Entwurf von Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm den Entzug der Erwerbslosenunterstützung bei Ablehnung geeigneter Arbeit vor. s.F, 28.1.1919 M.
- 126 RGBL 1919, S.82.
- 127 F, 5.2.1919 M; V 50, 28.1.1919.
- 128 F, 16.1.1919 M.

Anmerkungen zu kap. II

- 129 F, 5.2.1919 M.
- 130 V 45, 25.1.1919. "Die zweite große Hauptaufgabe neben der Bildung einer disziplinierten Miliz ist die Rückführung der Arbeitslosen zur Arbeit, die objektiv so möglich wie nötig wäre, die aber an psychologischen Hindernissen immer wieder scheitert". Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918-1922, Tübingen 1924, S.31.
- 131 V 82, 14.2.1919.
- 132 V 50, 28.1.1919.
- 133 GB, Jg.60, 1919, S.47.
- 134 ebenda, S.67; V 60, 2.2.1919; 63, 4.2.1919.
- 135 V 54, 30.1.1919; F, 29.1.1919 A.
- 136 Kolb, Der Zentralrat..., a.a.O., S.366; V 31/32, 18.1.1919.
- 137 V 43, 24.1.1919; STVO, 27.3.1919, Sp.128.
- 138 V 43, 24.1.1919; 54, 30.1.1919; 57, 31.1.1919; 62, 3.2.1919; 77, 11.2.1919; 170, 2.4.1919.
- 139 STVO, 27.3.1919.
- 140 V 29/30, 17.1.1919.
- 141 F, 5.2.1919 M; 9.2.1919 M; 25.2.1919 A.
- 142 F, 19.3.1919 A; RF 45, 3.3.1919.
- 143 RF 36, 22.2.1919; F, 5.2.1919 M; Kaeber, a.a.O., S.363.
- 144 F, 25.2.1919 A; RF 22, 8.2.1919; 36, 22.2.1919.
- 145 V 145, 20.3.1919; 157, 26.3.1919.
- 146 F, 25.2.1919 A.
- 147 RF 45, 3.3.1919.
- 148 F, 5.2.1919 M; 10.2.1919 M.
- 149 V 157, 26.3.1919.
- 150 V 43, 24.1.1919; 47, 26.1.1919.
- 151 Kaeber, a.a.O., S.363; STVO, 19.6.1919, Sp.414.
- 152 STVO, 27.3.1919.
- 153 V 50, 28.1.1919; 146, 20.3.1919. Von 2200 Beamten und besoldeten Hilfskräften in der Erwerbslosenfürsorge waren allein 400 zur Überwachung eingesetzt. GB, Jg.60, 1919, S.142. F, 2.2.1919 M; 19.3.1919 A; 31.3.1919 M; STVO, 3.4.1919, Sp.163, 187ff.
- 154 Troeltsch, a.a.O., S.36, 38; STVO, 27.3.1919; F, 2.2.1919 M; 5.2.1919 M; 8.2.1919 M; 12.2.1919 A; RF 18, 4.2.1919.
- 155 V 60, 2.2.1919. Die Beispiele bezogen sich auf Heim- und Hilfsarbeiterlöhne.
- 156 V 66, 5.2.1919; F, 19.3.1919 A.
- 157 V 80, 13.2.1919.
- 158 ebenda; V 179, 7.4.1919; F, 19.3.1919 A; 12.5.1919 A; STVO, 27.3.1919.
- 159 F, 9.2.1919 M.
- 160 V 66, 5.2.1919; F, 9.2.1919 M; RF 20, 6.2.1919. In verschiedenen Arbeitslosenversammlungen wurde dem 'Vorwärts' die Beteiligung an dieser Kampagne vorgeworfen. s.F, 2.2.1919 M; 9.2.1919 M; RF 36, 22.2.1919.

Anmerkungen zu Kap. II

- 161 F, 8.2.1919 M.
- 162 "In der Tat bildete die Arbeitslosenfrage im inneren Ordnungsgefüge die empfindlichste Stelle, von der aus die Konsolidierung der Herrschaftsverhältnisse und die Autorität der Regierung in Frage gestellt werden konnten". Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik..., a.a.O., S.319.
- 163 Jung, Franz: Der Torpedokäfer, Neuwied Berlin 1972, S.134; Bock, a.a.O., S.110; Hölz, Max: Vom 'Weissen Kreuz' zur Roten Fahne, Berlin 1929, S.54ff, 57ff.
- 164 F, 23.1.1919 M.
- 165 V 43, 24.1.1919.
- 166 RF 23, 9.2.1919; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S.361,520; Noske, a.a.O., S.88ff.
- 167 F, 8.2.1919 A; 10.2.1919 M.
- 168 F, 7.1.1919 A; 2.2.1919 M; 9.2.1919 M; 3.3.1919 A.
- 169 RF 24, 10.2.1919; 26, 12.2.1919; 32, 18.2.1919; 33, 19.2.1919; 34, 20.2.1919; 35, 21.2.1919; 37, 23.2.1919; 41, 27.2.1919; 42, 28.2.1919; 44, 2.3.1919.
- 170 V 104, 26.2.1919.
- 171 RF 31, 17.2.1919.
- 172 Weitere Proteste gegen den 'Vorwärts' s.F, 2.2.1919 M; 9.2.1919 M; 28.2.1919A; RF 36, 22.2.1919.
- 173 Die von den Mehrheitssozialdemokraten geführte preussische Regierung billigte dahingehende Bestrebungen der ihr unterstellten Ministerien.s.Geheimes Staatsarchiv (GSTA), Rep.84a, Bd.4346, Bl.215, 217, 250, 260, 268.
- 174 Die Gewerkschaften gedachten, die Räte in arbeitsgemeinschaftliche Produzentenkammern einzuordnen.s.F, 1.2.1919 M.
- 175 F, 21.3.1919 A.
- 176 F, 28.1.1919 M.
- 177 F, 20.3.1919 A.
- 178 F, 14.2.1919 A.
- 179 RF 35, 21.2.1919. Eine Arbeitslosenversammlung in Weissensee formulierte ihre Forderungen im Unterschied zu anderen recht drastisch: "Wir fordern: 1.Unser elementarstes Recht, 2.Arbeit, die eines Kulturmenschen würdig ist, 3.Arbeitszwang für diejenigen, die noch nicht gearbeitet haben, 4.Arbeitszwang für solche, denen die Erwerbslosenunterstützung zu hoch erscheint, 5.Arbeitszwang für die Durchhalter und Aushalter, 6. sofortige Einstellung der Hetze in den bürgerlichen Zeitungen, 7.kein Almosen, sondern Arbeit oder Unterstützung zum Lebensunterhalt, 8.sofortige Beschlagnahme aller Kapitalien, 9.Sozialisierung der Betriebe, 10.Herausgabe der durch Arbeitsschweiß erzielten Riesengewinne. Wir lehnen ab: 11.Verschickung der Familienväter zur Arbeit, 12.Trennung von der Familie, 13.Meldung zum Grenzschutz, 14.Eintritt in die Blutarbeit (Freiwill-

Anmerkungen zu Kap. II

- ligenregimenter), 15. Herabsetzung der Unterstützung auch nach dem 1. April". RF 42, 28.2.1919.
- 180 RF 33, 19.2.1919; 44, 2.3.1919.
- 181 RF 43, 1.3.1919.
- 182 Von 5,7 Mill. Mark im Dezember 1918 stiegen die Unterstützungsbeträge auf 22 Mill. Mark im Januar, 26 Mill. Mark im Februar und 24. Mill. Mark im März 1919. s. Kaeber, a.a.O., S. 367; STVO, 27.3.1919; V 92, 19.2.1919; F, 16.3.1919 M.
- 183 Ein Beispiel für die auf Selbständigkeit bedachten Räte war der Charlottenburger Arbeitslosenrat, der die Bereitstellung von Arbeitsräumen verlangte, die Übernahme der Räte in ein Anstellungsverhältnis aber ausdrücklich ablehnte. s. F, 20.3.1919 M.
- 184 F, 1.4.1919 A.
- 185 F, 6.4.1919 M; 7.4.1919 M; V 176, 5.4.1919; 179, 7.4.1919; RF 52, 17.4.1919. Das Berliner Tageblatt schrieb zur Bildung der Reichsvertretung der Arbeitslosen: "Anscheinend denken die Arbeitslosenräte daran, sich als dauernde Reichsinstitution zu etablieren. Nun ist die Arbeitslosigkeit zwar ein individuelles und soziales Unglück, aber kein Beruf". BT 144, 2.4.1919.
- 186 Vossische Zeitung Nr. 176, 5.4.1919.
- 187 F, 8.2.1919 A.
- 188 Drabkin, a.a.O., S. 425; Noske, a.a.O., S. 94, 105, 112. Resolutionen gegen die Freiwilligenverbände auf Arbeitslosenversammlungen s. RF 35, 21.2.1919; 38, 24.2.1919; 42, 28.2.1919.
- 189 Oeckel, Heinz: Die revolutionäre Volkswehr, Berlin 1968, S. 272, 277; Ay, Karl-Ludwig: Appelle einer Revolution, München 1968, Anlage 73.
- 190 Mitglieder des Reichserwerbslosenausschusses waren: Herrfurth (Berlin), Wendel (Berlin), Michler (Frankfurt), Stienen (Königsberg), Gubich (Chemnitz), Neumann (Leipzig), Werber, Hermann (Bayern), Müller, Frühling (Hamburg), Scharlach (Baden), Max (Groß-Thüringen), Mändel (Braunschweig), Schnepf (Württemberg), Reinhardt (Hessen).
- 191 F, 16.4.1919 A.
- 192 Lediglich in einem Beitrag von Richard Müller wurden die Belange der Arbeitslosen unter dem Aspekt der Pflicht des Staates und der Kommunen zur Bereitstellung von Arbeit, der Streckung und Kürzung der Arbeitszeit pro Schicht auf sechs Stunden bei vier Schichten am Tage und ordnungsgemäßer Lohn- und Wohnungsverhältnisse bei Vermittlung auf das Land behandelt. s. II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin, Berlin 1919, S. 193.
- 193 ebenda, S. 204.
- 194 ebenda, S. 37, 166, 177, 185, 188, 212.
- 195 F, 23.4.1919 A; RF 50, 28.4.1919.
- 196 F, 25.4.1919 M.
- 197 Briefs, a.a.O., S. 189.

Anmerkungen zu Kap. II

- 198 Mitglieder des Arbeiterrates der Arbeitslosen waren am 4.6.1919: Meyer, König, Riedel; am 15.10.1919: Meyer, Wurm(USPD), Zoske(USPD).
- 199 F, 13.8.1919 M.
- 200 F, 12.5.1919 A.
- 201 V, 314, 22.6.1919.
- 202 F, 16.5.1919 M; 17.5.1919 M.
- 203 F, 23.4.1919 A; 29.5.1919 A.
- 204 F, 27.6.1919 M; Struthahn, Arnold(Karl Radek): Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1919, S.9,15,19.
- 205 F, 13.9.1919 A.
- 206 F, 25.10.1919 M.
- 207 F, 17.5.1919 M.
- 208 So geschah es im Falle des Neuköllner Magistrats, der zur Gewährung einer Sonderbeihilfe bereit war. s.F, 4.10.1919 M.
- 209 F, 29.5.1919 A; 3.6.1919 M; 4.6.1919 M; V 274, 30.5.1919.
- 210 F, 23.5.1919 M.
- 211 F, 20.8.1919 M.
- 212 F, 11.9.1919 M.
- 213 Die Unproduktivität der Notstandsarbeiten veranlaßte das preußische Handelsministerium, die Überschreitung der Übertenerungszuschüsse durch die Gemeinden zu verbieten, worunter der Umfang der Notstandsarbeiten leiden mußte. s.V 355, 14.7.1919.
- 214 Der Stundenlohn bei Notstandsarbeitern betrug zwischen 1,25 Mark und 1,50 Mark, am Tage je nach Alter zwischen 8 bis 13 Mark, in der Woche im Höchstfall 78 Mark.s.F, 7.5.1919 A; 4.6.1919 M.
- 215 F, 11.5.1919 A; 6.6.1919 A; V 286, 6.6.1919; 376, 25.7.1919. Die Gewerkschaften, besonders die Metall-, Holz- und Bauarbeiter, standen diesem Versuch skeptisch gegenüber.
- 216 F, 1.8.1919 M; V 432, 25.8.1919.
- 217 F, 23.8.1919 M; Vossische Zeitung Nr.427, 23.8.1919.
- 218 V 432, 25.8.1919.
- 219 Die Rätezeitung, ursprünglich Organ der Hand- und Kopfarbeiterräte, später Erste Zeitung der Hand- und Kopfarbeiterräte Deutschlands, war bereits seit dem 3. Mai 1919 offizielles Organ des Reichsausschusses der Erwerbslosen. Der weitere Weg der Zeitung deutet das Scheitern der zentralen Erwerbslosenrätebewegung an. Sie wurde das 'Organ der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland und der Erwerbslosenräte Deutschlands'. s. Greuner, Ruth: Gegenspieler, Berlin 1969, S.169-171.
- 220 Radek, als Vertreter der russischen Regierung, unterstützte diese Bestrebungen: "Die russische Sowjetregierung bietet den deutschen gelernten Arbeitern und Technikern, die arbeitslos hier Gegenstand

Anmerkungen zu Kap. II

- der Mosketruppen sind, Arbeit an". "Wo sind die Demonstranten, die unter der Losung: Arbeit für die Arbeitslosen die Wiederaufnahme der Beziehungen zum proletarischen Rußland fordern?" Struthahn, a.a.O., S.57ff. Schüddekopf, Otto-Ernst: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, Archiv f. Sozialgeschichte Bd. II, 1962, S.101, 107-108.
- 221 Rätezeitung Nr. 38, 1919.
- 222 Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik., a.a.O., S.273, 274; Hillmann, Günther: Die Rätebewegung Bd. 1, Hamburg 1971, S.114-119; 150-154; F, 27.5.1919 A; 31.5.1919 M; 11.6.1919 M; 5.7.1919 A; 18.7.1919 M.
- 223 F, 15.10.1919 M.
- 224 Weitere Punkte der Beratung betrafen Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister Schlicke um eine Winterbeihilfe, die für die über achtzehn Jahre alten Arbeitslosen in Höhe eines drei- bis vierfachen Tagessatzes als monatliche Beihilfe gewährt wurde. Die Arbeitslosenvertreter der Vororte lehnten die Winterbeihilfe als völlig unzureichendes Almosen ab und verlangten den Neuaufbau der Erwerbslosenfürsorge.
- 225 F, 25.10.1919 M; 26.10.1919 M; V 548, 26.10.1919.
- 226 F, 20.6.1919 M.
- 227 Da sich die Vorstellungen von USPD und SPD über die Konzeption der Sozialpolitik nur durch den von der USPD verlangten Einbau der Räte unterschieden, ist die sozialpolitische Verwaltung in den Grundzügen nach den Vorstellungen der Konferenz aufgebaut worden.
- 228 F, 10.11.1919 A.
- 229 V 435, 26.8.1919.
- 230 Barth, Erwin: Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot, Berlin 1919, S.25.
- 231 ebenda, S.21, 24, 37, 40.
- 232 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S.59, 62.
- 233 ebenda, S.85, 87, 89, 90, 97.
- 234 ebenda, S.149.
- 235 ebenda, S.191.
- 236 V 395, 5.8.1919; 399, 7.8.1919; 417, 16.8.1919; 432, 25.8.1919; 435, 26.8.1919; 455, 6.9.1919; 468, 13.9.1919; 492, 26.9.1919.
- 237 Schneider, Dieter; Kuda, Rolf: Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/Main 1968, S.22.
- 238 Noske, a.a.O., S.188. Die Gewerkschaften paßten sich den Rätebestrebungen 1919 an. s. Schneider, a.a.O., S.30; Rettig, Rudolf: Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Gewerkschaften,

Anmerkungen zu Kap. II

- Phil.Diss. Hamburg 1955, S.10-12.
- 239 Schaeffer, a.a.O., S.140.
- 240 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags (der USPD) in Leipzig 1919, a.a.O., S.5.
- 241 ebenda, S.475.
- 242 ebenda, S.49.
- 243 ebenda, S.44,445,517. In der Stadtverordnetenversammlung hatte die USPD die Angleichung der weiblichen an die männlichen Unterstützungssätze im Juni 1919 zur Sprache gebracht. s.STVO,19.6.1919,Sp.410ff
- 244 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD.,a.a.O., S.185,321.
- 245 ebenda, S.232.
- 246 ebenda, S.268.
- 247 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (DuM) Bd.3, Berlin 1958, S. 186,333.
- 248 DuM Bd.VII/1, Berlin 1966, S.122ff.
- 249 Die Berliner Parteiorganisation der KPD lehnte die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen und die Arbeit in den Gewerkschaften ab und sah als einzige Kampfbasis die Betriebsorganisationen an. Diese sollten als örtlich begrenzte Organisationen alle Arbeiter (und Arbeitslosen) in einer Einheitsorganisation zusammenfassen. Diese syndikalistischen Vorstellungen wurden auf dem Gründungsparteitag der KPD von den Berliner Delegierten unterstützt. Der in Berlin nach dem Ruhrgebiet relativ am stärksten vertretene Syndikalismus propagierte auch die direkte Aktion zur Einleitung von revolutionären Kämpfen. s.Protokoll des Gründungsparteitages der KPD.,a.a.O.,S.133,160,174,182; Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik.,a.a.O.,S.322,323; Bock, a.a.O.,S.118; Bericht über den 2.Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20.bis 24.Oktober 1919,S.18f;DuM Bd.3,S.185f.
- 250 Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik ..,a.a.O.,S.146.
- 251 Die Beurteilung der linksradikalen Aktivitäten, besonders die der KPD, geht dahin, daß sie an der Verursachung der Hungerrevolten keinen entscheidenden Anteil hatten. Zwar sollte durch die Aufputschung der Arbeitslosen ein inneres Chaos geschaffen werden, sie sollten aber nicht als Vorspann beim Hauptstoß im Machtkampf dienen.s.Kolb,ebenda,S.293,304, 321.
- 252 Bericht über den 2.Parteitag der KPD.,S.26;Struthahn, a.a.O.,S.31.
- 253 RF 36, 22.2.1919.
- 254 Bericht über den 2.Parteitag der KPD.,S.42-43.
- 255 ebenda, S.33.
- 256 ebenda, S.51.
- 257 DuM Bd.VII/1, a.a.O.,S.161f; F,24.12.1919 A;Preller,

Anmerkungen zu Kap. II

- a.a.O., S.277.
- 258 Bock, a.a.O., S.109.
- 259 Angress, Werner T.: The Stillborn Revolution The communist bid for power 1921-1923, Princeton 1963, S.88; Flechtheim, Ossip: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969, S.215, 316, 317, 348.

Anmerkungen zu Kap. III

- 1 Münch, a.a.O., S.31ff; F, 9.9.1920 M.
- 2 RF 115, 27.6.1920.
- 3 GB, Jg.61, 1920, S.47, 125, 172, 317, 369, 406, 456; RABL 1920; Zahlen auf tausend abgerundet.
- 4 GB, Jg.61, 1920, S.172. Zahlen auf hundert abgerundet.
- 5 Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/1918 bis 1932/1933, Berlin 1966, S.168.
- 6 Griechen, a.a.O., S.88f. Unter Berechnung höherer Lebensmittelausgaben fiel die Differenz noch schärfer aus und zwar im Oktober 1919 113 zu 57 Mark, im Februar 1920 185 zu 72 Mark und im Mai 1920 269 zu 90 Mark.
- 7 Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter.., a.a.O., S.157; STJBB, NF Jg.1, 1924, S.31; Unterstützungssätze s. Anhang S.312 f.
- 8 RF 80, 18.5.1920; 273, 31.12.1920.
- 9 STVO, 20.5.1920, Sp.391.
- 10 F, 29.9.1920 A.
- 11 Die Internationale, Jg.2, 1920, H 25, S.21f; Rühle, a.a.O., S.359.
- 12 Rühle, a.a.O., S. 349.
- 13 ebenda, S.350.
- 14 ebenda, S.359.
- 15 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD abgehalten in Kassel vom 10. bis 16, Oktober 1920, Berlin 1920, S.239.
- 16 F, 29.9.1920 A; RF 246, 28.11.1920; V 97, 22.2.1920; Kessler, Harry Graf: Die Kinderhölle in Berlin, in: Die Deutsche Nation, Sonderheft November 1920; STVO, 15.5.1919, Sp.296.
- 17 Münch, a.a.O., S.39.
- 18 GB, Jg.61, 1920, S.125, 369.
- 19 GB, Jg.60, 1919; Jg.61, 1920. 50 Prozent der Mißbrauchsfälle fanden sich bei Militärangehörigen. S.F, 12.5.1920 M.
- 20 F, 21.11.1919 A.
- 21 STVO, 23.12.1919, Sp.908ff.
- 22 Lichtenberg zahlte einen Betrag in Höhe von 65 000 Mark, Charlottenburg 100 000 Mark, Wilmersdorf 75 000 Mark und Schöneberg 125 000 Mark.
- 23 STVO, 15.1.1920, Sp. 39ff.
- 24 F, 9.1.1920 M; V 15, 15.1.1920.
- 25 F, 14.2.1920 M.

Anmerkungen zu Kap. III

- 26 Noske, a.a.O., S.172; Protokoll der Verhandlungen der Reichskonferenz der SPD abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Berlin 1920, S.16.
- 27 F, 16.5.1920 M; RF 12,12.1.1920.
- 28 F, 21.5.1920 A; RF 31, 19.5.1920.
- 29 RF 88, 27.5.1920; F. 28.5.1920 M.
- 30 F, 29.5.1920 M; 30.5.1920 M; RF 91, 30.5.1920; 92, 1.6.1920. In der offiziellen Zählung der Kongresse war dies der Vierte.
- 31 F, 16.5.1920 A.
- 32 F, 22.6.1920 M.
- 33 F, 22.6.1920 A.
- 34 Bong, Wilfried: Die Bedeutung der Notstandsarbeiten und der öffentlichen Arbeiten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Eine kritische Untersuchung über die praktischen Maßnahmen der Reichsregierung bis 1933, Wirtschafts- und sozialwiss.Diss. Köln 1956; Schultheß Bd.LXI, 1920, S.180.
- 35 RF 88, 27.5.1920.
- 36 F, 6.6.1920 A.
- 37 RGBL 1920, S.161. Darin wurde in § 74 der Einfluß der Arbeiter durch ihre Räte auf Einstellung, Entlassung, Einschränkung und Stilllegung der Produktion ausgeschaltet, die Arbeitgeber lediglich zur Information des Betriebsrates verpflichtet, der eine Mitteilug an den Arbeitsnachweis verlangen konnte.
- 38 GB, Jg.61, 1920, S.234. Angriffe auf die Arbeitslosenräte erfolgten in der Stadtverordnetenversammlung bereits 1919. s.STVO, 3.4.1919, Sp.142, 143.
- 39 Die Einschätzung, daß nach der Neuwahl der Bürgerdeputierten und der Einführung des Betriebsrätegesetzes für den Rätegedanken innerhalb der Kommunalpolitik und -verwaltung keine Entwicklungsmöglichkeit mehr bestand, muß dahingehend bezüglich der Arbeitslosenräte ergänzt werden, daß für die städtischen Politiker weiterhin die Notwendigkeit bestand, sich der Arbeitslosenräte als Auffangbecken und Kanalisierung der Unruhe unter den Arbeitslosen zu bedienen. s. Bey-Heard, a.a.O., S.151.
- 40 F, 16.6.1920 M; STVO, 24.6.1920, S.478,484. Gegenüber der USPD beharrte die KPD auf den Räten als Kampforganen, die die politische Kontrolle über die Verwaltung ausüben sollten und zwar nicht von innen, da das zum Funktionswandel der Räte zu Verwaltungsorganen führe, sondern von außen gegen die Verwaltung. Die aktive Teilnahme an Verwaltungs-, Gemeinde- und Staatsaufgaben wie etwa der Lebensmittelversorgung seien abzulehnen, dagegen aus der Beschäftigung mit den öffentlichen Aufgaben Forderungen zu formulieren und diese gegen Gemeinden und Staat zu vertreten. s.Bericht über den 4. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14.und 15.April 1920, S.101ff. Aus Mangel an präziseren Leitsätzen für die Kommunalpolitik - diese erfolgten in Ansätzen erst auf dem

Anmerkungen zu Kap. III

- Parteitag in Jena 1921 und 1922 mit der Formulierung eines Kommunalprogramms - befolgte die KPD dennoch unter den Arbeitslosen eine Politik der USPD.
- 41 Handbuch für sozialdemokratische Wähler, Berlin 1920, S.3,35,37,38,42.
- 42 F, 28.5.1920 A; Prager,Eugen: Geschichte der USPD, Berlin 2/1922, S.217.
- 43 GdA Bd.3, a.a.O.,S.285; Tjaden,K.H.: Struktur und Funktion der 'KPD-Opposition' (KPO), Meisenheim am Glan 1964, S.8.
- 44 Bericht über den 4. Parteitag der KPD.,S.27.
- 45 F, 26.6.1920 M.
- 46 RF 122, 6.7.1920.
- 47 DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.283,289 (Politisches Rundschreiben vom 24.6.1920 und Richtlinien der Zentrale der KPD für die Zusammenfassung und Tätigkeit der Betriebsräte vom 29.6.1920).
- 48 Auf dem dritten Parteitag der KPD wurden Lebensmittelschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit als Gelegenheit zur Einberufung von Versammlungen und Ausgangsbasis für die Agitation am Rande erwähnt und besonders die Auswirkung der Krise auf die Arbeitslosigkeit der Frauen und deren ungleiche Behandlung durch die Unterstützung hervorgehoben. s.Bericht über den 3. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 25.und 26. Februar 1920, S.62.
- 49 Bericht über den 2. Parteitag der KPD., S.27.
- 50 Reichenbach, Bernhard: Zur Geschichte der KAPD, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Jg.13, 1926, S.121; Bock, a.a.O., S.239.
- 51 Bock, a.a.O., S.195.
- 52 ebenda, S.240.
- 53 RF 112, 24.6.1920; 124, 8.7.1920.
- 54 RF 113, 25.6.1920; 115, 27.6.1920. Die KPD lehnte auch praktische Schritte, wie die Zentralisierung des Arbeitsnachweises bei der Stadt, ab und forderte einen Arbeitsnachweis der Arbeitslosen- und Betriebsräte und Gewerkschaften, s.RF 125, 10.7.1920. Ebenfalls lehnte die KPD, worauf gerade die USPD ihre Hoffnung setzte, die Entgegensetzung der kommunalen zu den übrigen Staatsorganen ab und hielt an deren Ersetzung durch örtliche Arbeiterräte fest. s.RF 130, 15.7.1920.
- 55 RF 119, 2.7.1920; 122, 6.7.1920.
- 56 RF 131, 16.7.1920.
- 57 RF 134, 20.7.1920; 148, 5.8.1920.
- 58 RF 131, 16.7.1920.
- 59 F, 29.7.1920 M; RF 140, 27.7.1920; 146, 3.8.1920.
- 60 F, 7.7.1920 M; RF 123, 7.7.1920.
- 61 Juk Nr.31, 1920, S.42-45.
- 62 F, 5.8.1920 M; V 388, 5.8.1920; Schultheß Bd.LXI, 1920, S.231ff; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Kassel., S.80f.

Anmerkungen zu Kap. III

- 63 V 322, 27.6.1920; 361, 20.7.1920; 406, 15.8.1920;
444, 7.9.1920.
- 64 RF 152, 10.8.1920.
- 65 F, 12.8.1920; 14.8.1920; 17.8.1920 jeweils Morgen-
ausgabe.
- 66 RF 160, 19.8.1920; 138, 24.7.1920; V 404, 14.8.1920
- 67 F, 17.8.1920 M.
- 68 STVO, 3.8.1920, Sp.553.
- 69 RF 156, 14.8.1920.
- 70 RF 160, 19.8.1920.
- 71 RF 170, 31.8.1920.
- 72 F, 21.8.1920 M; RF 160, 21.8.1920; V 415, 20.8.1920;
448, 9.9.1920.
- 73 RF 163, 22.8.1920.
- 74 Der Oberbürgermeister Wermuth berichtet in seinen
Erinnerungen vom Ernährungswesen als seiner besten
Wehr gegen revolutionäre Bestrebungen, die aber im
Frühjahr 1920 abzustumpfen begann. Wermuth, a.a.O.,
S.432. Die Arbeitslosen waren im Herbst 1920 schon
so ausgehungert, daß auch Drohungen mit der Unter-
brechung der Lebensmittelversorgung sie nicht mehr
einschüchtern konnten.
- 75 Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand R 134, Bd.1, Bl.
20; Bd.2, Bl.12.
- 76 BA Bd.1, Bl.35,36,37,39; Bd.2, Bl.3.
- 77 F, 24.8.1920 A; V 420, 24.8.1920.
- 78 F, 24.8.1920 A.
- 79 RF 165, 25.8.1920.
- 80 F, 29.8.1920 M; 3.9.1920 M; RF 169, 29.8.1920; 170,
30.8.1920.
- 81 F, 2.9.1920 A; RF 172, 2.9.1920; 176, 7.9.1920; V
448, 9.9.1920.
- 82 RGBL 1920, S.1901.
- 83 F, 5.9.1920 M.
- 84 F, 2.9.1920 A.
- 85 V 436, 2.9.1920.
- 86 F, 2.9.1920 A.
- 87 BA Bd.2, Bl.27.
- 88 Reichenbach, a.a.O., S.123.
- 89 BA Bd.2, Bl.29.
- 90 RF 156, 14.8.1920; F, 30.8.1920 M; V 436, 2.9.1920.
- 91 V 444, 7.9.1920.
- 92 F, 9.9.1920 M; 10.9.1920 M.
- 93 F, 5.9.1920 M; 11.9.1920 M; 12.9.1920 M; 15.9.1920 M;
RF 138, 24.7.1920; 180, 11.9.1920.
- 94 F, 13.9.1920 M.
- 95 F, 16.9.1920 M.
- 96 F, 13.9.1920 A; RF 185, 17.9.1920; 193, 26.9.1920.
Die Auszahlung erfolgte in zwei Raten, die erste im
September mit 17 Mill. Mark, die zweite im Dezember
1920 mit 6 Mill. Mark.s.STVO, 21.12.1920, Sp.551.
- 97 F, 16.9.1920 M; 17.9.1920 A; RF 183, 15.9.1920; 185,
17.9.1920; JuK Nr.31, 1920, S.53; V 458, 15.9.1920.
- 98 BA Bd.2, Bl.28,47,55; RF 185, 17.9.1920. Die

Anmerkungen zu kap. III

- besetzten Betriebe waren die AEG in der Voltastr.,
 99 Bergmann-Rosenthal und Betriebe in Reinickendorf-Ost.
 RF 185, 17.9.1920; 187, 19.9.1920; 200, 5.10.1920.
 100 V 466, 19.9.1920; 467, 20.9.1920; 469, 21.9.1920.
 101 RF 189, 22.9.1920; 190, 23.9.1920.
 102 F, 15.9.1920 M; RF 235, 16.11.1920.
 103 F, 17.9.1920 M; RF 185, 17.9.1920. Zur Verhungerungs-
 furcht als Auslöser revolutionärer Aktivitäten s.
 Hentig, Hans von: Terror. Zur Psychologie der Macht-
 ergreifung, Frankfurt/Main 1970, S.90; Tarlé, Eugen:
 Napoleon, Berlin 1973, S.296.
 104 RF 188, 21.9.1920. Die Deputation ging damit auf die
 Bitte der Berliner Gewerkschaftskommission vom 18.
 September um Maßnahmen zur Linderung der Not ein.
 Das Reichsarbeitsministerium verwies auf in Aussicht
 gestellte Kanal- und Bahnbauten und erklärte mit
 dieser Auskunft die verlangte Aussprache als erle-
 digt. s. JuK Nr.31, 1920, S.45-47.
 105 F, 30.9.1920 M.
 106 RF 190, 23.9.1920.
 107 F, 18.9.1920 A.
 108 F, 29.9.1920 A; RF 196, 30.9.1920.
 109 RF 198, 2.10.1920.
 110 Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongre-
 ses der Betriebsräte Deutschlands abgehalten vom 5.
 bis 7. Oktober 1920 zu Berlin, Berlin 1920, S.270;
 Antrag der Arbeitslosen, S.45, 167; Schöck, Eva-Cor-
 nelia: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung Die
 Lage der Arbeiter und die kommunistische Gesell-
 schaftspolitik 1920-28, Frankfurt/Main 1977, S.29-33.
 111 ebenda, S.171.
 112 ebenda, S.170, 185. Die drei beschworenen Kampfge-
 meinschaften waren: 1. freie Gewerkschaften und klas-
 senbewußte Betriebsräte, 2. Hand- und Kopfarbeiter,
 3. Arbeitende und Arbeitslose. s. ebenda S.273.
 113 ebenda, S.46, 47; Unter Doppelexistenz verstand man
 in der Weimarer Zeit zwei selbständige Einkommen in
 einem Haushalt. s. Kap. IV S.185, Anm. 229.
 114 ebenda, S.66, 153, 162, 163.
 115 ebenda, S.66, 185. Diese Vorstellungen deckten sich
 mit denen der SPD. s. Protokoll über die Verhandlun-
 gen des Parteitages der SPD in Kassel., S.225-266,
 301-303, 316, 334. Das Kommunalisierungsprogramm be-
 deutete ein weiteres Abrücken von der Sozialisierung,
 die nur noch in einem wirtschaftlichen Teilbereich, der
 Bauwirtschaft, mit Hilfe der Kommunen bzw. der dort
 bestehenden Majoritäten der USPD durchgesetzt werden
 sollte. Ein USPD-Stadtverordneter aus Berlin ver-
 sprach sich von der Bildung der Gemeinde Groß-Berlin
 die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, da es die
 Stadtverordneten der USPD in der Hand hätten, Mittel
 für Notstandsarbeiten zu bewilligen. s. RF 199, 3.10.
 1920.
 116 Richard Miller und Heinrich Brandler.

Anmerkungen zu Kap. III

- 117 Erster Reichskongreß der Betriebsräte..., a.a.O., S. 167, 224, 238.
- 118 RF 218, 27.10.1920.
- 119 F, 7.10.1920 M; RF 201, 7.10.1920; V 496, 7.10.1920.
- 120 GB, Jg. 61, 1920, S. 390.
- 121 RF 207, 14.10.1920.
- 122 F, 29.7.1920 M; V 376, 29.7.1920; 464, 18.9.1920; RF 140, 27.7.1920; 146, 3.8.1920; 203, 9.10.1920.
- 123 RF 206, 13.10.1920; 207, 14.10.1920; V 516, 19.10.1920.
- 124 BA Bd. 3, Bl. 11.
- 125 1. Verw. bericht, a.a.O., H 2, S. 44.
- 126 BA Bd. 3, Bl. 10. Die Zuzugswarnungen des Magistrats blieben wirkungslos. s. GB, Jg. 61, 1920, S. 11, 471.
- 127 Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland, Berlin 1967, S. 20f; V 481, 28.9.1920; 563, 15.11.1920; JuK Nr. 31, 1920, S. 57-58.
- 128 F, 24.9.1920 A; Erster Reichskongreß der Betriebsräte..., a.a.O., S. 75.
- 129 RF 203, 9.10.1920; JuK Nr. 31, 1920, S. 53.
- 130 GB, Jg. 61, 1920, S. 395; F, 15.10.1920 M; 19.10.1920 M; 28.10.1920 M.
- 131 RF 209, 16.10.1920.
- 132 F, 28.10.1920 M; JuK Nr. 31, 1920, S. 54.
- 133 RF 238, 19.11.1920.
- 134 RF 221, 30.10.1920; F, 29.10.1920 M; BA Bd. 3, Bl. 55.
- 135 JuK Nr. 31, 1920, S. 54.
- 136 BA Bd. 3, Bl. 32, 39, 54. Aus der Sicht des Reichskommissars für öffentliche Ordnung versuchten die linksradikalen Parteien durch Streiks und Betriebs-einstellungen die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren "...da ihrer Meinung nach ein revolutionärer Vorstoß am besten mit diesen undisziplinierten und leicht fortzureißenden Massen begonnen und durchgeführt werden kann". s. ebenda, Bd. 3, Bl. 39.
- 137 BA Bd. 3, Bl. 54.
- 138 RF 209, 15.10.1920.
- 139 F, 21.10.1920 M.
- 140 BA Bd. 3, Bl. 32.
- 141 DuM Bd. VII/1, a.a.O., S. 304, 305 (Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD vom 5.10.1920).
- 142 In der Stadtverordnetenversammlung blieben von 86 Mitgliedern der USPD-Fraktion 65 beim rechten Flügel, nur 21 gingen mit dem linken Flügel. s. Lange, F.C.A.: Groß-Berliner Tagebuch, 1920-1933, Berlin 1951, S. 7. Die Betriebsrätezentrale, seit dem 21.10.1920 auch nur noch ein Rumpfgelbilde, empfahl im November 1920 den noch zu ihr haltenden Betriebsräten, an den von den Gewerkschaften einberufenen Versammlungen teilzunehmen und zu versuchen, in ihnen die Leitung zu übernehmen. s. F, 21.10.1920 M; 23.11.1920 A; 24.11.1920 A.
- 143 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag (der USPD) in Halle vom 12. bis

Anmerkungen zu Kap. III

17. Oktober 1920, Berlin 1920, S.5, 270; Prager, a.a.O., S.228.
- 144 Protokoll des Parteitages der USPD in Halle., a.a.O., S.272.
- 145 RF 187, 19.9.1920.
- 146 Bock, a.a.O., S.296.
- 147 BA Bd.3, Bl.54,86. Schon anlässlich der Schließung der Borsig-Werke war es zu Generalstreikdrohungen gekommen. s.RF 224,225,226/1920.
- 148 BA Bd.3, Bl.86; V 558, 12.11.1920.
- 149 BA Bd.3, Bl.85; RF 233, 13.11.1920; 235, 16.11.1920; 238, 19.11.1920; Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin, Berlin 1921, S.71.
- 150 RF 233, 13.11.1920.
- 151 In den Richtlinien über die Aufgaben der Betriebsräte, die der 5. Parteitag der KPD vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin beschloß, wurde diesen die Aufgabe der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß gestellt und die Unterstützung zum vollen Lohnsatz der Arbeitenden auf Kosten der Unternehmer gefordert. In den Leitsätzen für die politischen Arbeiterräte wurde lediglich festgestellt, daß sich der Kampf zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zum politischen Kampf um die Diktatur des Proletariats entwickle, ohne daraus konkrete Schritte zur Einleitung von Kämpfen anzugeben. s.DuM Bd.VIII/1, a.a.O., S.346,351.
- 152 F, 17.11.1920 M; BA Bd.3., Bl.146; V 564, 16.11.1920; 566, 17.11.1920.
- 153 BA Bd.3, Bl.146.
- 154 RF 199, 4.5.1921.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 1 Das radikale Absinken der Unterstützungszahlen stand mit einer erneuten Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 26 bzw. 13 Wochen in Zusammenhang, wodurch die Dauerarbeitslosen aus der Statistik verschwanden.
- 2 RABL 1920, 1921; STJBR, Jg.44, 1924-1925, S.299. Zahlen auf hundert abgerundet.
- 3 Münch, a.a.O., S.65; STJBR, Jg.44, 1924-1925, S.289; JuK Nr.32, 1921, S.73.
- 4 Münch, a.a.O., S.30.
- 5 Berliner Wirtschaftsberichte (BW), Jg.1, 1924, S.101f.
- 6 ebenda.
- 7 STJBR, Jg.41, 1920, S.260; Jg.42, 1921-1922, S.444; Jg.43, 1923, S.426,427. Der Vergleich der Werte des Reiches mit denen von Berlin-Brandenburg kann deshalb nur einen ungefähren Eindruck vermitteln, da

Anmerkungen zu Kap. IV

aus den Unterlagen der Statistik keine besonderen Werte für Berlin zu entnehmen sind.

8 s. Anhang Tab.4, S.308.

9 Die Zahl der durch die Gewerbeaufsicht erfaßten Industriearbeiter ergibt einen Anhaltspunkt für die absoluten Werte der Arbeitslosigkeit:

Beschäftigte in den wichtigsten Gewerbebezweigen
1 9 2 2

Metallverarbeitung	50 787
Maschinen, Instr., App. (darin Elektroind.)	251 454
Textilindustrie	12 437
Papierindustrie	14 782
Lederindustrie	9 410
Holz-u. Schnitzst.ind.	36 812
Nahrungs-u. Genußm.ind.	40 450
Bekleidung	71 119
Baugewerbe	6 076
Graph. Gewerbe	41 060 (STJBB, NF, Jg. 2, 1926, S. 68- 71)

20 Prozent Arbeitslose in der Holzindustrie bedeuten damit absolut rund 10 000 Arbeitslose allein in diesem Industriezweig, 10 Prozent in der Metallindustrie schon über 25 000.

10 JuK Nr.29, 1918, S.6.

11 s. Anhang Tab 5, S. 309.

12 JuK Nr.32, 1921, S.3.

13 Die Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens kam damit zuerst den Gelernten zugute. s. Münch, a.a.O., S.61.

14 s. Anhang Tab.6 S.311.

15 s. Kap.11, Anschn.3.

16 errechnet aus den Angaben im GB, Jgg.62,63,1921,1922.

17 ebenda. Die Angaben beziehen sich nur auf die unterstützten Jugendlichen.

18 JuK Nr.32, 1921, S.15.

19 Münch, a.a.O., S.33,34.

20 Ende 1921 machten die über 12 Monate Arbeitslosen nach Gewerkschaftsangaben 10 Prozent aus. s. JuK Nr. 32, 1921, S.15. Im Mai 1921 waren nach Berichten der 'Freiheit' 22,7 Prozent über sechs Monate und 6,8 Prozent über ein Jahr arbeitslos. s. F, 7.9.1921 M. Die absolute Zahl der über sechs Monate Arbeitslosen betrug im August 1921 38 000, der länger als ein Jahr Arbeitslosen 12 000. s. F, 25.9.1921 A.

21 errechnet aus GB, Jgg.61,62,1921,1922.

22 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD und der KPD..., S.126-152,252-254; F, 7.12.1920 M.

23 RF 244, 26.11.1920.

24 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD und der KPD..., S.133,134,139; Schöck a.a.O., S.33-35.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 25 ebenda, S.135,253.
- 26 ebenda, S.136.
- 27 ebenda, S.253,254.
- 28 ebenda, S.254.
- 29 RF 131, 16.7.1920.
- 30 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD und der KPD..., S.252.
- 31 ebenda, S.147.
- 32 ebenda, S.311.
- 33 ebenda, S.151.
- 34 ebenda, S.142, 146, 147. Vorbild für die Betriebsbesetzungen waren die italienischen Betriebsbesetzungen.
- 35 ebenda, S.144,146.
- 36 ebenda, S.146.
- 37 ebenda, S.140.
- 38 ebenda.
- 39 ebenda, S.148, 149.
- 40 ebenda, S.253.
- 41 RF 245, 27.11.1920. Verlangt wurden eine Unterstützung in Höhe von 200 Mark, die Wiedereröffnung der Betriebe und sechsstündige Arbeitszeit.
- 42 RF 262, 17.12.1920; GdA Bd.3, a.a.O., S.317.
- 43 RF 244, 26.11.1920.
- 44 Durch die Armenfürsorge wurden im Dezember 1920 rund 27 000 Klienten betreut. Griechen, a.a.O., S.80.
- 45 RF 255, 9.12.1920.
- 46 RF 254, 8.12.1920.
- 47 Auf diesem Gebiet hatte die Stadt auf Grund der angespannten Finanzen weniger als nötig unternehmen können. Obwohl von der Hochbauverwaltung der Stadt im Zeitraum von Dezember 1918 bis Juni 1920 400 Mill. Mark für Haus- und Straßenreparaturen und von der Tiefbauverwaltung 257 Mill.Mark, davon 110 Mill.Mark für den Bau der Nord-Südbahn und 16 Mill.Mark für den Westhafen bereit gestellt worden waren, reichten diese Beträge für eine wirkungsvolle Hilfe nicht aus. s.l.Verw.bericht, a.a.O., S.7, S.61-62.
- 48 STVO, 9.12.1920, Sp.483.
- 49 RF 246, 28.11.1920. Die VKPD lehnte die Kinderhilfsaktion als Wohltätigkeitsrummel ab, der mit dem politischen Hintergedanken der Milderung der Friedensbedingungen, die die Ablieferung von 800 000 Milchkühen verlangten, veranstaltet werde. "Uns kann unter den heutigen Verhältnissen nur eines wundern. Daß die deutschen Proletarier und vor allem die deutschen Proletarierfrauen mit solcher Lammsgeduld nicht nur das Elend.. ertragen, sondern auch die Verhöhnung ihrer Kinder durch die Kinderhilfswoche, durch alle möglichen Wohltätigkeitsquacksalbereien, durch Bettelei bei der Entente, widerspruchslos über sich ergehen lassen". RF 257, 11.12.1920. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission lehnte die Teilnahme an der Kinderhilfswoche ab.s.JuK Nr.31, 1920,

Anmerkungen zu Kap. IV

- S. 56-57.
- 50 STVO, 9.12.1920, Sp.481f, 483-486.
- 51 Die Preise betrugen am 1. Januar 1921 für Brot(1,5Kg) 4 Mark, für 500 Gr.Schmalz 16,50 Mark, für 500 Gr. Zucker 4,20 Mark, für 500 Gr.Margarine 14,50 Mark, ein Monteuranzug kostete 95 Mark und Arbeitsstiefel 165 Mark. s.Fürth, Henriette: Der Haushalt vor und nach dem Kriege, Jena 1922, S.22; STJBR, Jg.42, 1921-1922, S.291ff.
- 52 STVO, 21.12.1920, Sp.551. Die Preise für Heizmaterial betrugen für einen Festmeter Holz 120 Mark, für Bricketts am 1. Januar 1921 21,70 Mark, für Eierkohlen 31,55 Mark und für Hausbrandkohle 23,25 Mark.s.Fürth, a.a.O., S.44.
- 53 Der DVP-Vertreter erklärte in der Stadtverordnetenversammlung: "Daß die Unterstützung nicht als Armen-geld gilt, sondern als Wohlfahrtspflege, halte ich für selbstverständlich". s.STVO, 9.12.1920,Sp.486.
- 54 ebenda, Sp. 492ff; RF 265, 20.12.1920. Die Forderungen nach Erfassung der Mieträume reflektierten die allgemeine Wohnungsnot und speziell auch das Anwachsen der Obdachlosennot, deren Zahl von 18 714 im Dezember 1919 auf 66 571 im Dezember 1920 angewachsen war. s.GB, Jg.62, 1921, S.15.
- 55 BA Bd.4, Bl.62.
- 56 Deutlich drückte das die 'Rote Fahne' aus: "Die Haltung der Mehrheitssozialisten ist zweifelhaft. Die Berliner Bourgeoisie wird noch keineswegs zugrundegehen, wenn man den Arbeitslosen über die augenblickliche und härteste Not hinweghilft. Aber man muß sie jedenfalls derbe anpacken, und da sinkt den Mehrheitssozialisten das Herz in die Hose. Die Arbeitslosen müssen also nachhelfen. Sie können den Mehrheitssozialisten die Entscheidung zwischen der Schonung der Kassenschränke der Bourgeoisie und der Hilfe für arbeitslose Proletarier bedeutend erleichtern, wenn sie wieder zeigen, daß sie da sind. Arbeitslose! Vor Eurem Angesicht soll die Stadtverordnetenversammlung, sollen die Arbeitervertreter sich entscheiden, ob sie Euch mit leeren Händen abspeisen wollen, ob sie es fertig bringen, Euch an Weihnachten und nach Weihnachten hungern und frieren zu lassen wie bisher, ob sie Euch von der Schwelle weisen wollen, damit Berlin-W ihnen gnädig und gewogen bleibt", RF 267, 23.12.1920.
- 57 "In der proletarischen Unterwelt ist es scheinbar ruhig. Das verhungert und zerlumpt, langsam, klaglos.. Wir rufen den Millionen der Elendsten des Proletariats, den Millionen Arbeitslosen zu: Hervor, ans Tageslicht, zeigt euer Elend, zeigt eure Lumpen, zerreißt die freche Lüge von der Weihnachtsidylle...., treibt den Stachel in die dickhäutige Zufriedenheit der Ausbeuterwelt". RF 265, 20.12.1920.
- 58 ebenda.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 59 BA Bd.4, Bl.62.
- 60 An welcher empfindlicher Stelle die Agitation ansetzte, belegt ein zeitgenössischer Beobachter: "... am Gesundbrunnen, im Osten, im Norden, ein Elend, das dadurch noch scheußlicher wirkt, als man es verhindert, sich auf den Straßen zu zeigen. Betteln ist verboten!. Und das Traurigste ist, daß es Leuten so geht, die noch etwas verdienen. Was tun die Arbeitslosen? - Sie vertieren... Und ganz merkwürdig ist der Haß der Reichen gegen die Armen und vor allem gegen die Arbeiter. Wo früher noch Mitleid war - sentimentales, unnützes Mitleid, ist heute blanker Haß. Vermischt mit Angst. Werden sie uns am Kurfürstendamm etwas tun? Gott sei Dank, noch haben wir die Sicherheitswehr...". Tucholsky, Kurt: Auswahl 1920-1923, Berlin 1972, S.315-316.
- 61 STVO, 21.12.1920, Sp.540; F, 22.12.1920 M.
- 62 Die Vorschläge der Gewerkschaftskommission verlangten: 1. eine einmalige Beihilfe für alle Arbeitslosen a) bei sechswöchiger Arbeitslosigkeit 150 Mark, b) bei dreimonatiger Arbeitslosigkeit 300 Mark, c) bei halbjährlicher Arbeitslosigkeit 400 Mark, d) dreivierteljähriger und längerer Arbeitslosigkeit 500 Mark, 2. für Frauen und Angehörige einen Zuschlag von der Hälfte der Beträge in Punkt 1. a-d, 3. für Kinder einen Zuschlag in Höhe eines Viertels, 4. die generelle Erhöhung der Unterstützung um fünfzig Prozent, 5. die Erhöhung der Unterstützungen für Invaliden in dem Maße, daß die Beträge die der erhöhten Erwerbslosenunterstützung erreichen, 6. Schulspeisung für die Kinder der Arbeitslosen und kostenlose Milchabgabe für Arbeitslosenkinder bis sechs Jahren, 7. die Versorgung der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen mit warmer Winterbekleidung, Wäsche und Schuhen, in Notfällen kostenlose Abgabe, 8. Belieferung mit billigen Heizmaterial, 9. Feststellung aller größeren Wohnungen und deren Bereitstellung für die Wohnungslosen. JuK Nr.31, 1920, S.48-49.
- 63 F, 21.12.1920 A; V 623, 21.12.1920.
- 64 F, 22.12.1920 M; RF 268, 24.12.1920; Vossische Zeitung Nr.622, 22.12.1920.
- 65 STVO, 21.12.1920, Sp.540-567; 23.12.1920, Sp.585-595.
- 66 STVO, 21.12.1920, Sp.545-546; RF 265, 20.12.1920. Noch deutlicher hob sich die Geringfügigkeit des Erwerbsloseneinkommens beim Vergleich mit dem einer mittelbürgerlichen Familie ab, das sich 1920 auf 53 000 Mark belief. s.Fürth, a.a.O., S.26,27. Mit 6000 Mark im Jahr ließ sich eine Familie bis 1916 vor Not bewahren.s.Ostwald,Hans: Sittengeschichte der Inflation, Berlin 1931, S.73.
- 67 STVO, 21.12.1920, Sp.546.
- 68 ebenda, Sp.551. Angesprochen war das Ruhegehalt für den ausscheidenden Oberbürgermeister Wermuth in Höhe von 58 000 Mark und Gehälter für Bischöfe. s.RF 267,

Anmerkungen zu Kap. IV

- 23.12.1920.
- 69 STVO, 21.12.1920, Sp.549; F, 22.12.1920 M.
- 70 Erhebungen der Berliner Ortskrankenkasse ergaben, daß von 511 891 Mitgliedern im Jahre 1920 371 377 einen Tagelohn unter neun Mark und 224 802 sogar unter fünf Mark bezogen. s.F, 31.12.1920 A.
- 71 STVO, 21.12.1920, Sp.551;
- 72 ebenda, S.554. Zuruf des Stadtverordneten Adolph Hoffmann zum Vorschlag der Ausschußberatung: "Bestattungsausschuß!"
- 73 Meyer, Gert: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917-1930), in: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg.20, 1975, S.795ff.
- 74 STVO, 21.12.1920, Sp.556.
- 75 ebenda, Sp.563. Der Vertreter des Zentrums berechnete die Mehrbelastung durch die beantragte Beihilfe mit 70 Mill. Mark und durch die Unterstützungserhöhung mit 1 Mrd.Mark und erklärte: "Und ein Schuft, der mehr gibt, als er kann". ebenda, Sp.564.
- 76 "Es ist leicht, ausgehungerten, von Verzweiflung erfüllten Arbeitslosen einzureden, daß es nur an dem Willen ihrer Vertreter in der Gemeinde liege, dieses Elend mit einem Schlage zu bessern. Wer dies aber tut, handelt gewissenlos". F, 24.12.1920 M.
- 77 ebenda.
- 78 F, 23.12.1920 M.
- 79 STVO, 23.12.1920, Sp.583.
- 80 F, 22.12.1920 M; RF 268, 24.12.1920; 269, 25.12.1920.
- 81 Stadtverordneter Haß (SPD): "Wir wollen uns bemühen, in der neuen Stadtgemeinde mit der sozialistischen Mehrheit eine Verwaltung aufzurichten, die sich vor aller Welt sehen lassen kann..." STVO, 21.12.1920, Sp. 555. Da sich die Kommunisten dieser sozialistischen Mehrheit nicht unterordnen wollten, wenn sie Aufgabe ihrer Ziele bedeutete, suchte die SPD die Zusammenarbeit mit koalitionsbereiten Teilen der bürgerlichen Parteien und gab die Schuld dafür den Kommunisten.
- 82 RF 267, 23.12.1920. Der 'Vorwärts' sprach ebenfalls von einer Gefahr für Berlin durch die kommunistische Gemeindepolitik. s.V 629, 24.12.1920.
- 83 STVO, 23.12.1920, Sp. 585-595; BA Bd.4, Bl.72,87.
- 84 STVO, 23.12.1920, Sp.583.
- 85 ebenda. Auch die im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Arbeitslosen stellten einen Forderungskatalog auf, der sich an die allgemeinen Forderungen der Arbeitslosen anlehnte. s.RF 268, 14.12.1920; 271, 29.12.1920.
- 86 STVO, 23.12.1920, Sp.584.
- 87 Wunderlich, Frieda: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Beendigung des Krieges, Jena 1925, S.38ff; Deutsche Sozialpolitik, a.a.O.,S.136ff.
- 88 GB, Jg.62, 1921, S.4; STVO, 30.12.1920, Sp.634-678; F, 31.12.1920 M; RF 273, 31.12.1920.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 89 STVO, 30.12.1920, Sp.644. Obwohl die Einrichtung der produktiven Erwerbslosenfürsorge Arbeiten schon seit Oktober 1919 gesetzlich ermöglichte, geschah doch nichts Wesentliches in Berlin. Erst unter dem Druck der Arbeitslosen Mitte 1920 wurden neue Projekte zugesagt, darunter die Fortsetzung des Nord-Südbahnbaues, der bis März 1919 fast geruht hatte. s.Kaeber, a.a.O., S.440ff; F, 28.10.1920 A. Nach den ersten Schritten dabei mußten durch Überschreitungen der Kosten und Nachforderungen in Höhe von 100 Mill. Mark die Arbeiten an der Nord-Südbahn wieder gebremst werden. s.STVO, 9.9.1920, Sp.558; V 449, 9.9.1920; 516, 19.10.1920; Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919-1920, a.a.O., S.73, 78.
- 90 STVO, 30.12.1920, Sp.657.
- 91 Engeli, Christian: Gustav Böß Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971, S.40.
- 92 STVO, 30.12.1920, Sp.673.
- 93 RF 273, 31.12.1920.
- 94 ebenda.
- 95 F, 9.1.1921 M.
- 96 GB, Jg.62, 1921, S.27,28,30,43,56,57,59,102; Landesarchiv (LA), Rep. 207, Acc. 199, Nr.695, Bl.59-67.
- 97 ebenda, Bl.66.
- 98 RF 7, 6.1.1921.
- 99 RF 9, 7.1.1921; 11, 8.1.1921.
- 100 RF 7, 6.1.1921.
- 101 V 7, 6.1.1921; 9, 10.1.1921.
- 102 STVO, 13.1.1921, Sp.77-93; V 1, 1.1.1921.
- 103 Die Notstandsarbeiter empfahlen den SPD-Mitgliedern unter sich, sich von der Haltung ihrer Stadtverordneten zu distanzieren. s.RF 28, 18.1.1921; V 22, 24.1.1921.
- 104 RF 21, 14.1.1921; V 22, 14.1.1921.
- 105 RF 19, 13.1.1921; JuK Nr. 31, 1920, S.48-49, 60-62.
- 106 RF 21, 14.1.1921; 25, 16.1.1921.
- 107 F, 20.1.1921 A; JuK Nr.31, 1920, S.76; BA Bd.5, Bl.25.
- 108 RF 41, 26.1.1921.
- 109 In der Stadtverordnetensitzung am 22.März 1921 war nur noch von 300 Mill. Mark in Aussicht stehender Mittel die Rede, die aber nicht zur Verfügung standen. s.STVO, 22.3.1921, Sp.819.
- 110 RF 57, 4.2.1921; JuK Nr.31, 1920, S.76.
- 111 In Neukölln wurden Arbeiten am Volkspark Tempelhof und Zentralfriedhof Rudow trotz Vorarbeiten stillgelegt, in Charlottenburg sechs Mill. Mark für Notstandsarbeiten gestrichen. s.RF 111, 8.3.1921; GB, Jg.62, 1921, S.219. Auch in Schöneberg erfolgten Versuche, mit Hilfe der Arbeitslosen Tariflöhne zu unterlaufen und Notstandsarbeiten einzuschränken. s.RF 39, 25.1.1921.
- 112 Reisberg,Arnold: An den Quellen der Einheitsfront-

Anmerkungen zu Kap. IV

- politik, Berlin 1971, S.36.
- 113 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD und KPD., S.257; Rettig, a.a.O., S.54ff.
- 114 F, 23.1.1921 M.
- 115 RF 11, 8.1.1921.
- 116 V 626, 23.12.1920; RF 26, 17.1.1921.
- 117 Die VKPD hatte in Berlin wieder rund 50 000 Mitglieder unter ihre Führung gebracht. s.V 594, 4.12.1920. Die Berliner Leitung der VKPD nahm die KAPD in Schutz und bezeichnete ihre Fehler als das Spiegelbild der Sünden der VKPD. s.V 68, 10.2.1921. Da die KAPD bei der Kommunistischen Internationale als sympathisierende Partei zugelassen war, sah sich die VKPD weiterhin unter dem Druck der radikaleren Losungen der KAPD. s.V 11, 8.1.1921.
- 118 RF 11, 8.1.1921; Tjaden, a.a.O., S.13; Reisberg, a.a.O., S.53; Rettig, a.a.O., S.61ff; Bock, a.a.O., S.170f.
- 119 F, 13.1.1921 M; 26.1.1921 M.
- 120 V 14, 10.1.1921.
- 121 JuK Nr.31, 1920, S.60, 103.
- 122 RF 199, 4.5.1921.
- 123 Bock, a.a.O., S.173f.
- 124 RF 37, 23.1.1921; JuK Nr.31, 1920, S.76.
- 125 BA Bd.6, Bl.37.
- 126 Tjaden, a.a.O., S.13.
- 127 Korrespondenzblatt 26.2.1921. Innerhalb der Gewerkschaften setzte nun eine scharfe Abgrenzung gegen kommunistische Einflüsse ein, die bis zu Ausschlüssen ganzer Ortsgruppen führte. s.Rettig, a.a.O., S.68ff; JuK Nr.32, 1921, S.32-33.
- 128 BA Bd.4, Bl.144. Am weitesten fortgeschritten war der Aufbau der Erwerbslosenorganisation in Sachsen. s.BA Bd.5, Bl.80.
- 129 BA Bd.4, Bl.87, 132; RF 6, 5.1.1921; 31, 20.1.1921.
- 130 RF 47, 29.1.1921; 59, 5.2.1921; 73, 13.3.1921; 89, 23.2.1921. KAPD-Arbeitslosenräte: Fichtmann, Neumann, Börner, Grompe, Schwanicke, Schlüter; VKPD-Arbeitslosenräte: Sievers, Mulack, Fischer.
- 131 F, 23.1.1921 M; 5.2.1921 M; Preller, a.a.O., S.277. Die Gemeinden befürchteten von einem Arbeitsnachweisgesetz die Beschränkung ihrer Befugnisse über das gerade erst nach dem Weltkrieg unter ihrer Hoheit zusammengefaßte Arbeitsnachweiswesen. s.GB, Jg. 62, 1921, S.115 (Protest des Städtetages gegen den Gesetzentwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes).
- 132 F, 24.2.1921 A; V 109, 6.3.1921.
- 133 F, 31.3.1921 A; V 50, 31.1.1921; F, 3.2.1921 M, A; 28.4.1921 M. Bei der Beantragung von Mitteln für Bauarbeiten hatte das Zentrum in der preußischen Landesversammlung verlangt, das Handwerk besonders zu berücksichtigen. s.V 488, 2.10.1920. Im Hauptausschuß des Reichstages stellte sich dann im Januar 1921 heraus, daß von den für Berlin bereits seit

Anmerkungen zu Kap. IV

- november 1920 zur Verfügung stehenden 9 Mill. Mark bisher wenig Gebrauch gemacht worden war. s.F, 28. 10.1920 A; 5.2.1921 A. Die 'Rote Fahne' beschuldigte die Innungen, diese Arbeitsmöglichkeiten zu sabotieren, während die 'Freiheit' von bewußtem Reparaturstreik sprach. s.RF 66, 9.2.1921; F, 22.12.1920 M.
- 134 F, 5.2.1921 M.
- 135 Schultheß Bd.LXII, 1921, S.64ff; F, 24.2.1921 M; V 91, 24.2.1921; 95, 26.2.1921.
- 136 Preller, a.a.O., S.280-281. Eine endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung erfolgte erst 1927
- 137 F, 24.2.1921 M. In Berlin waren 1920 statt 5000 geplanter Wohnungsneubauten nur 1000 erstellt worden. s.GB, Jg.62, 1921, S.42. Die USPD verwies darauf, daß selbst mit einer Baurate von 5000 Wohnungen pro Jahr die Wohnungsnot erst in zehn bis fünfzehn Jahren zu beseitigen sei. s.STVO, 3.2.1921, Sp.251.
- 138 Schultheß Bd.LXII, 1921, S.64, 150.
- 139 F, 4.2.1921 M; RF 57, 4.2.1921; V 57, 4.2.1921; STVO, 3.2.1921, Sp.237-270.
- 140 Die Erwerbslosenfürsorge zahlte 50 Prozent der Unterstützungssätze als Krankengeld. Das bedeutete nach den geltenden Sätzen für Jugendliche drei bzw. zwei Mark, für einen erwachsenen Arbeitslosen fünf Mark und für deren Ehefrauen nur zwei mark Krankengeld pro Tag. s.RF 46, 28.1.1921; Anhang Tab.7 S.312.
- 141 STVO, 3.2.1921, Sp.237-244.
- 142 ebenda, Sp.264-267.
- 143 ebenda, Sp.245-250. Eine Schuhreparatur kostete zwischen fünfzig und achtzig Mark. s.ebenda, Sp.252.
- 144 ebenda, Sp.259.
- 145 ebenda, Sp.261-264.
- 146 Die Arbeitslosenräte der KAPD wurden angehalten, die legale Tätigkeit der gesetzlichen Räte als reformistisch und opportunistisch zu bekämpfen. s.BA Bd.6, Bl. 152. Die ablehnende Haltung der Stadtverordnetenversammlung gegenüber den Arbeitslosenforderungen bedeutete eine tendenzielle Unterstützung dieser Bestrebungen.
- 147 Auf dem 3. Parteitag der KAPD vom 15. bis 18. Februar 1921 wurde die erhöhte Angriffstätigkeit gegen die kapitalistische Wirtschaft beschlossen. Diese Aufgabe wurde neuwählenden revolutionären Aktionsausschüssen übertragen, zu denen auch die Arbeitslosen herangezogen werden sollten. s.BA Bd.4, Bl.146 Bd.5, Bl.76; Bd.4, Bl.133; Bock, a.a.O. S.241.
- 148 Zu Plünderungen war schon zu Beginn Januar 1921 in Berliner Arbeitslosenversammlungen aufgerufen worden. s.BA Bd.4, Bl.133. Dazu der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung: "Es muß deshalb der Arbeitslosenbewegung in den nächsten Wochen, besonders wenn im Frühjahr eine Lebensmittelkrise eintreten sollte, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden".

Anmerkungen zu Kap. IV

- BA Bd.6, Bl.92, am 22.Februar 1921; RF 113, 9.3.1921
- 149 Der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung berichtete unter dem 1.2.1921 über die Änderung der VKPD-Taktik zum unmittelbaren bewaffneten Aufstand ohne Umweg über den Generalstreik. s.BA Bd.5, Bl.68. Dagegen sprach aber, daß sowohl KAPD als auch VKPD den Generalstreik in der Zeit vor den Märzkämpfen propagierten. Der Linksschwenk der VKPD ist in der Literatur umstritten. s.Tjaden, a.a.O., S.14; Anm. 95-99; Collotti, Enzo: Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933, Milano 1961, S.24; Reisberg, a.a.O., S.62ff; GdA Bd.3, a.a.O., S.321.
- 150 Die Taktik des 'Offenen Briefes' war in der Kommunistischen Internationale selbst Gegenstand von Auseinandersetzungen.(Autorenkollektiv): Die Kommunistische Internationale, Berlin 1970, S.129-130.
- 151 Die KAPD beklagte sich bei der Komm. Internationale über die Zersplitterungspolitik der VKPD in der Erwerbslosenbewegung. s.BA Bd.6, Bl.19.
- 152 BA Bd.6, Bl.92.
- 153 RF 84, 19.2.1921.
- 154 Im Falle nicht kriegsbedingter Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit als Streikfolge konnte die Unterstützung versagt werden.
- 155 RF 91, 24.2.1921.
- 156 Die politischen Arbeitslosenräte wandten sich seit Januar an die Arbeiter in Betrieben und forderten sie zur Solidarität mit den Arbeitslosen auf. s.BA Bd.5, Bl.28, 79, 80; RF 89, 23.2.1921. Der Transportarbeiterverband unterstützte die Wahl wirtschaftlicher Arbeitslosenräte. s.BA Bd.6, Bl.168.
- 157 RF 87, 22.2.1921; 89, 23.3.1921.
- 158 RF 95, 26.2.1921.
- 159 RF 89, 23.2.1921.
- 160 RF 91, 24.2.1921.
- 161 "Die politischen Arbeitslosenräte erklären, daß die revolutionären Arbeitslosen nur an solchen Bewegungen teilzunehmen bereit sind, die in der Tat zu einer gemeinsamen revolutionären Aktion der Arbeitenden und Arbeitslosen einen Anstoß geben könnte". s.BA Bd.5, Bl.19. Die Führer der KAPD rekrutierten sich besonders aus den Erwerbslosenräten. s.BA Bd.6, Bl.90.
- 162 RF 89, 23.2.1921.
- 163 RF 113, 9.3.1921; 120, 12.3.1921.
- 164 Von den 59 000 Arbeitslosen in Alt-Berlin wurden 28 000 als organisiert registriert (GB, Jg.62, 1921, S.188), d.h. bei Annahme eines ähnlichen Organisationsgrades in Groß-Berlin nahmen entweder fast alle unorganisierten Arbeitslosen oder auch Teile der bei den Gewerkschaften organisierten Arbeitslosen an den Wahlen teil.
- 165 RF 120, 12.3.1921; GB, Jg.62, 1921, S.147.
- 166 F, 3.3.1921 M; RF 104, 3.3.1921; V 105, 4.3.1921;

Anmerkungen zu Kap. IV

- DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.438; Schwarz, Salomon:Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse (Kongresse des ADGB), Berlin 1930, S.139-141.
- 167 RF 153, 6.4.1921. Die Berliner Gewerkschaften zeigten darin eine weitergehende Aktionsbereitschaft als die zentralen Gewerkschaftsorganisationen.
- 168 RF 104, 3.3.1921; 106, 4.3.1921. Da der Achtstundentag bereits unter dem Druck der Unternehmer stand, wenn auch vorerst nur im Bergbau, schien eine Arbeitszeitverkürzung schwer durchsetzbar zu sein, zumal die Reichsregierung in ihrer ablehnenden Haltung durch den Ausgang der Preußenwahlen noch bestärkt worden war: "Diese Regierung der Reaktion... hat weder den Willen, noch den Mut, den Druck auf das Unternehmertum auszuüben, der notwendig wäre, damit diese Forderungen Erfüllung fänden". Die USPD attackierte die Duldung der Regierung durch die SPD und appellierte an die Gewerkschaften, den Einfluß auf die SPD in der gekennzeichneten Richtung auszuüben. "Darum aber lohnt es sich schon zu kämpfen. Will die Arbeiterschaft nicht dem Elend der Arbeitslosigkeit vollends anheimfallen, so wird sie in der Tat in absehbarer Zeit ihrerseits Forderungen an ihre leitenden Spitzenkörperschaften zu stellen haben, die dahin gehen, daß mit den Verhandlungen einmal ein Ende gemacht wird". F, 3.3.1921 M.
- 169 RF 45, 28.1.1921. Noch im April 1921 suchten täglich 2600 Obdachlose Unterkunft. Im ganzen Monat April 1921 wurde das Obdach von 73 000 Obdachlosen gegenüber 13 000 im April 1920 aufgesucht. s.GB,Jg. 62, 1921, S.257; RF 151, 5.4.1921. Unter Androhung von Strafen wurden die Obdachlosen ermahnt, innerhalb von zehn Tagen eine Unterkunft zu finden - bei gleichzeitig 100 000 eingeschriebenen Wohnungssuchenden. Nach zweimaligem Aufgreifen durch die Polizei wurden sie vor Gericht gestellt. Grundlage dieser Verfahrensweise war die Anweisung betreffend die Verwaltung der offenen Armenpflege der Stadt Berlin aus dem Jahre 1909, die auf Grund fehlender neuer Anweisungen in vielen Berliner Bezirken bis 1924 Gültigkeit behielt. Erst die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht schuf dann einheitliche Vorschriften.
- 170 STVO, 1.3.1921, Sp.503-523; RF 102, 2.3.1921.
- 171 ebenda, Sp.514,517. Der Abschiebungsvorschlag zielte auf die Wiedereinführung des Unterstützungswohnsitzes, einer Vorkriegsregelung, nach der der Geburtsort der Abgewanderten für die Unterstützung zuständig blieb. s.Syrup, Neuloh, a.a.O., S.207ff.
- 172 STVO, 8.3.1921, Sp. 596ff; RF 114, 9.3.1921.
- 173 ebenda, Sp.599.
- 174 ebenda, Sp.623.
- 175 ebenda, Sp.645.
- 176 RF 117, 11.3.1921; V 117, 11.3.1921; Müller,Harald:

Anmerkungen zu Kap. IV

- Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1918 bis 1933, Potsdam 1970, S.24.
- 177 F, 11.3.1921 M.
- 178 RF 117, 11.3.1921.
- 179 STVO, 10.3.1921, Sp.693.
- 180 F, 18.3.1921 M; RF 130, 18.3.1921; V 129, 18.3.1921; 131, 19.3.1921; STVO, 17.3.1921, Sp.759-780.
- 181 STVO, 17.3.1921, Sp.759.
- 182 ebenda, Sp.766-767. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollten also nicht für den normalen Wohnungsbau eingesetzt werden, sondern nur für Reparatur- und Änderungsarbeiten.
- 183 STVO, 17.3.1921, Sp.775.
- 184 ebenda, Sp.776-777.
- 185 Bereits am 8. März hatte die USPD zur Behandlung der Arbeitslosenfrage bemerkt: "Den Arbeitslosen sind bisher dauernd Versprechungen gemacht worden, und man kann wirklich verstehen, wenn sie in der Empörung über dieses Verhalten nicht mehr alles über sich ergehen lassen, wie das manche Herrschaften glauben möchten". s.STVO, 8.3.1921, Sp.599. Nun schrieb die 'Rote Fahne' in drohendem Ton: "Wir kennen die Psyche der bis zum äußersten gereizten Arbeits- und Obdachlosen zu genau, um zu wissen: ihr Langmut ist erschöpft. Vielleicht trennen uns nur noch wenige Tage von dem Augenblick, wo der, ob der Untätigkeit und der frechen Verhöhnung durch die Bourgeoisie mühsam zurückgedrängte Strom alle Schranken durchbrechen wird; dann Wehe den Verantwortlichen". RF 130, 18.3.1921.
- 186 RF 14.3.1921; BA Bd.5,Bl.93. Generalstreikdrohungen erfolgten anlässlich der Stilllegungen von Loewe und der drohenden Schließung der Ambi-Werke.s.F,26.1.1921 M; BA Bd.7, Bl.50,124. Auch die Obleute der Berliner Groß-Betriebe drohten der VKPD, zur KAPD abzuschwenken, wenn es zu keinen wirklichen Aktionen käme. s.BA Bd.7,Bl.88; Reisberg, a.a.O., S.69.
- 187 Tjaden, a.a.O., S.15; GdA Bd.3, a.a.O., S.326-327; Reisberg, a.a.O., S.97.
- 188 DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.442.
- 189 GdA Bd.3, a.a.O., S.326ff; Reisberg, a.a.O.,S.89ff.
- 190 BA Bd.8, Bl.27-34; F, 25.3.1921 M.
- 191 BA Bd.8, Bl.43,59.
- 192 ebenda, Bl.56-57; RF 142, 26.3.1921.
- 193 BA Bd.8, Bl.49-55; Reisberg, a.a.O., S.112.
- 194 BA Bd.8, Bl.125.
- 195 F, 27.3.1921 M.
- 196 BA, Bd.8, Bl.27.
- 197 F, 27.3.1921 M; 29.3.1921 A;30.3.1921 MA; V 144,27.3.1921; 146, 30.3.1921; 147, 30.3.1921; 149,31.3.1921; Reisberg, a.a.O., S.115. In den Streik traten die Gaswerke in Charlottenburg, Weißensee und Schmargendorf. Das Kabelwerk Oberspree wurde besetzt. Am 26.März wurde versucht, das Gaswerk Danzi-

Anmerkungen zu Kap. IV

- ger Straße stillzulegen. Bei Abstimmungen in den städtischen Elektrizitätswerken stimmten 70 Prozent der Arbeiter gegen den Streik. Am 29. März entschieden sich die Messingwerke Reinickendorf für den Streik, bei der Knorr-Bremse arbeitete nur eine Schicht weiter. Ebenso arbeitete nur die Hälfte der Belegschaft bei Stock, Panzer und bei den Metallwerken Borsigwalde. Die AEG hatte über die Ostertage Feierschichten eingelegt, bei Siemens und Borsig arbeiteten am 29. März wieder die vollen Belegschaften. Die AEG-Turbine entschloß sich erst am 30. März zum Streik.
- 198 Die Arbeitslosen unter Anleitung der KAPD hatten schon am 24. März Besetzungsversuche bei der AEG-Turbine unternommen. Demonstrationen der Arbeitslosen fanden am 26. März in Friedrichshain statt, zu Zusammenstößen kam es vor dem Arbeitsnachweis in der Friedrichstraße. s.F, 27.3.1921 M.
- 199 Erfolgreiche Besetzungen erfolgten bei der AEG-Turbine und bei Bergmann. Erfolglos blieb ein Besetzungsversuch bei Loewe. s.F, 29.3.1921 A; 30.3.1921 M.A.
- 200 Levi, Paul: Unser Weg wider den Putschismus, Berlin 1921, S.33.
- 201 Tjaden, a.a.O., S.15f; GdA Bd.3, a.a.O., S.328ff; Reisberg, a.a.O., S.86,130; Lucas, a.a.O., S.285-286.
- 202 BA Bd.7, Bl.162.
- 203 In seiner öffentlichen Kritik an dieser Entwicklung bezeichnete Levi die Politik der KPD als lumpenproletarischen Kampf der Arbeitslosen gegen die Arbeiter. s.Levi, a.a.O., S.32,35,36-39. Er wurde daraufhin aus der KPD ausgeschlossen.
- 204 DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.448 (Aufruf der Zentrale der VKPD zum Abbruch der Kämpfe in Mitteldeutschland); V 140,24.3.1921;141,25.3.1921;144,27.3.1921;146,29.3.1921; 147,30.3.1921;149,31.3.1921. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde von der SPD die Genesis des Konfliktes im Mansfelder Gebiet im März 1921 mit der raschen industriellen Entwicklung dieses Gebietes erklärt, die zu einem Zustrom von ungeschulten und unaufgeklärten Arbeitern geführt hätte. Mit der Andeutung, daß sich unter den Zuströmenden nicht die besten Elemente befunden hätten, arbeitete die SPD weiter mit lumpenproletarischen Verdächtigungen. s.V 196, 27.4.1921. Eine ähnliche Einschätzung wie die der Leuna-Arbeiter gab die SPD auch über die Hamborner Arbeiter ab, s.Lucas a.a.O., S.129. Lucas hat die unterschiedlichen Reaktionsmuster der Arbeiterschaft eines um die Jahrhundertwende entstandenen Industrieortes (Hamborn) und einer mit den industriellen Entwicklungsstufen sich entfaltenden Stadt (Remscheid) in breiterem Rahmen untersucht.
- 205 F, 31.3.1921 M.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 206 ebenda.
207 F, 8.4.1921 M; V 141, 25.3.1921; 149, 31.3.1921;
160, 6.4.1921; 163, 8.4.1921.
208 STVO, 7.4.1921, Sp.1113.
209 Dieser Vorschlag einer Art städtischer Siedlung
knüpfte an die Kriegserfahrungen mit dem Kleingartenwesen an (Kaeber, a.a.O., S.471-478) und war eine Vorform des Gedankens eines Kulturgürtels um Berlin.
210 Die bürgerlichen Parteien setzten im Ausschuß Vorschläge durch, die die produktive Erwerbslosenfürsorge dahingehend abwandeln, daß im Falle alliierter Sanktionen Arbeitsvergabe in möglichst großem Umfang an die Privatbetriebe erfolgen sollte.
211 StVO, 7.4.1921, Sp.1097.
212 ebenda, Sp.1108.
213 ebenda, Sp.1102; F, 8.4.1921 M.
214 RF 391, 26.8.1921.
215 STVO, 7.4.1921, Sp.1107.
216 ebenda, Sp.1110.
217 ebenda, Sp.1114.
218 F, 13.4.1921 M.
219 F, 20.5.1921 A.
220 F, 13.4.1921 M.
221 F, 27.4.1921 M; V 196, 27.4.1921; RF 189, 28.4.1921.
222 Im preußischen Landtag erklärte die Regierung, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit als Folge alliierter Wirtschaftsmaßnahmen, die produktive Erwerbslosenfürsorge weiterentwickeln zu wollen. Die Unterstützungspflicht des Staates habe aber Grenzen und die Unterstützungshöhe müsse nach dem Anreiz zu Arbeitsaufnahme bemessen werden. s. Schultheß Bd. LXII, 1921, S.123, 150; F, 4.5.1921 M; RF 201, 5.5.1921.
223 F, 4.5.1921 M; V 208, 4.5.1921; RF 199, 4.5.1921.
224 F, 31.5.1921 M; RF 219, 18.5.1921; 244, 1.6.1921; 247, 3.6.1921; 349, 2.8.1921; 352, 3.8.1921.
225 F, 30.6.1921 M; 1.7.1921 M; 14.7.1921 A; 15.7.1921 A; RF 340, 27.7.1921; 341, 28.7.1921.
226 F, 4.5.1921 M; 10.5.1921 M; RF 30.4.1921.
227 RF 211, 12.5.1921.
228 RF 304, 6.7.1921; V 140, 24.3.1921.
229 V 243, 26.5.1921; F, 25.6.1921 M; RF 301, 5.7.1921; 309, 9.7.1921; 321, 16.7.1921; 333, 23.7.1921; 409, 6.7.1921.
230 JuK Nr. 31, 1920, S. 63-71.
231 Eine Stadtbaudirektorstelle wurde schon im Mai 1921 ausgeschrieben, konnte aber bis Jahresende nicht besetzt werden, weil sich maßgebliche Kräfte im Magistrat, darunter der Oberbürgermeister Böß, gegen die Einflußnahme der Gewerkschaften auf das Wohnungs- und Siedlungswesen wandten. Die Gewerkschaften traten deshalb im Juni und Dezember 1921 mit Aufrufen an die Öffentlichkeit. Die Stelle wurde schließlich mit einem Anwärter besetzt, dessen ablehnende Haltung zur gemeinwirtschaftlichen Lösung

Anmerkungen zu Kap. IV

- des Wohnungs- und Siedlungswesens bekannt war. s. JuK Nr. 32, 1921, S. 46-50; V 316, 7.7.1921.
- 232 STVO, 10.5.1921, Sp. 1415-1434; F, 11.5.1921 M; V 218, 11.5.1921.
- 233 V 160, 6.4.1921.
- 234 STVO, 7.4.1921, Sp. 1100f.
- 235 GSTA, Rep. 90, Bl. 1149, Schreiben vom 24.5.1921.
- 236 STVO, 16.6.1921, Sp. 1821.
- 237 F, 3.3.1921 A.
- 238 JuK Nr. 32, 1921, S. 38ff.
- 239 STVO, 26.5.1921, Sp. 1592ff; 31.5.1921, Sp. 1665ff; F, 27.5.1921 M; RF 187, 27.4.1921; 198, 3.5.1921, 225, 21.5.1921.
- 240 STVO, 10.3.1921, Sp. 684.
- 241 ebenda, 26.5.1921, Sp. 1607.
- 242 ebenda, Sp. 1609.
- 243 ebenda, 28.6.1921, Sp. 2002.
- 244 V 139, 24.3.1921.
- 245 " .. an der Regierung liegt es, dieselbe Opferbereitschaft (wie die Kurzarbeiter) zu zeigen und die kapitalistischen Kreise dazu zu zwingen, ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Allgemeinheit insbesondere gegenüber dem immer größer werdenden Heer der Arbeitslosen und deren hungernden Familien zu erfüllen". V 105, 4.3.1921.
- 246 Von der 'Roten Fahne' wurde diese Taktik als Kampf um die Einsetzung von Kommissionen bezeichnet. s. RF 269, 16.6.1921. "Die Arbeitslosenfrage wird nicht in Sitzungen gelöst, in denen Herr Leipart seinen Säbel aus Pappe schwingt". RF 306, 7.7.1921.
- 247 F, 12.6.1921 A.
- 248 RF 293, 30.6.1921.
- 249 V 294, 24.6.1921; 299, 28.6.1921; F, 21.5.1921 A; STVO, 26.5.1921, Sp. 1601-1602; RF 239, 29.5.1921; 245, 2.6.1921.
- 250 V 243, 26.5.1921; 307, 2.7.1921.
- 251 F, 14.8.1921 M; V 381, 14.8.1921; RF 350, 2.8.1921; 371, 14.8.1921.
- 252 RF 160, 10.4.1921; DuM Bd. VII/1, a.a.O., S. 453-454.
- 253 BA Bd. 8, Bl. 60-65.
- 254 BA Bd. 7, Bl. 162.
- 255 BA Bd. 8, Bl. 67; RF 171, 17.4.1921.
- 256 Für die Anknüpfung an die Arbeitslosenforderungen des ADGB, für intensive Arbeit in den Gewerkschaften und für die Vorrangigkeit wirtschaftlicher Kämpfe war schon vor den Märzkämpfen in der VKPD-Leitung plädiert worden. s. Reisberg, a.a.O., S. 101.
- 257 V 155, 3.4.1921.
- 258 RF 153, 6.4.1921.
- 259 RF 166, 14.4.1921; 171, 17.4.1921; BA Bd. 8, Bl. 147.
- 260 RF 167, 15.4.1921; 183, 24.4.1921.
- 261 Die 'Rote Hilfe' unterstützte die durch die März-kämpfe arbeitslos gewordenen Mitglieder der VKPD und KAPD. s. RF 171, 17.4.1921.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 262 BA Bd.9, Bl.56,59-61.
 263 Reisberg, a.a.O., S.145; RF 199, 4.5.1921.
 264 BA Bd.10, Bl.33; Bd.11, Bl.18; RF 175, 20.4.1921.
 265 Die Gewerkschaftsführer wurden als politische Kunn-
 chen, Sozialverräter und Bonzen angegriffen. RF 179,
 22.4.1921.
 266 BA Bd.8, Bl.147; Bd.11, Bl.139-141; RF 199, 4.5.1921
 267 RF 167, 15.4.1921; 183, 24.4.1921.
 268 BA Bd.8, Bl.162-164.
 269 RF 183, 24.4.1921; 189, 28.4.1921.
 270 RF 196, 2.5.1921.
 271 RF 188, 27.4.1921; 189, 28.4.1921.
 272 RF 188, 27.4.1921.
 273 RF 191, 29.4.1921; DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.460ff;
 Reisberg, a.a.O., S.139.
 274 BA Bd.9, Bl.61-62.
 275 RF 199, 4.5.1921; BA Bd.11, Bl.139-141.
 276 RF 199, 4.5.1921. Der 'Vorwärts' warnte ausdrücklich
 vor Demonstrationen gegen die Gewerkschaften. s.V.
 208, 4.5.1921.
 277 RF 215, 14.5.1921.
 278 RF 219, 18.5.1921. Da sich der ADGB während der
 Märzaktion in seiner passiven Haltung zur Erwerbs-
 losenfrage enthüllt und die USPD nur eine Schein-
 aktion für die Arbeitslosen eingeleitet habe, befür-
 wortete die Leitung der VKPD die Demaskierung der
 Gewerkschaftsführer und die systematische Mobili-
 sierung der Arbeitslosen, um sie zum Kampf unter den
 vom Reichsausschuß aufgestellten Forderungen zu
 zwingen. s.DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.480ff(Polit.Rund-
 schreiben der VKPD-Zentrale vom 14.5.1921);Reisberg,
 a.a.O., S.146.
 279 BA Bd.8, Bl.67,185; RF 196, 2.5.1921.
 280 RF 191, 29.4.1921; 227, 22.5.1921.
 281 BA Bd.10, Bl.33-34.
 282 BA Bd.11, Bl.18.
 283 RF 244, 1.6.1921; 247, 3.6.1921.
 284 RF 231, 25.5.1921.
 285 BABd. 11, Bl.19. In den genannten Betrieben hatte
 sich bei den Betriebsratswahlen folgende Mandatsver-
 teilung ergeben:

AEG Henningsdorf	VKPD 10	USPD 5	SPD 2	
Kabelwerke Oberspree	" 12	" 6	" 3	Chr.Gew.1
Loewe	" 6	" 1	" 4	s.BA Bd.

9, Bl.10.
 286 BA Bd.11, Bl.190.
 287 BA Bd.11, Bl.90; JuK Nr.32, 1921. S.37.
 288 V 271, 11.6.1921.
 289 F, 11.6.1921 A.
 290 JuK Nr.32, 1921, S.37ff.
 291 BA Bd.11, Bl.18.
 292 RF 297, 15.6.1921.
 293 RF 269, 16.6.1921.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 294 V 277, 15.6.1921; F, 16.6.1921 M; RF 273, 18.6.1921.
 295 RF 270, 16.6.1921.
 296 RF 271, 17.6.1921.
 297 RF 269, 16.6.1921; DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.495-502
 (Polit.Rundschreiben der VKPD-Zentrale vom 14.6.
 1921).
 298 F, 17.6.1921 M; RF 272, 17.6.1921.
 299 RF 272, 17.6.1921.
 300 Die im gleichen Monat abgehaltene Jahrestagung der
 Holzarbeiter bestätigte gerade die durch unorgani-
 sierte Angelernte, Ungelernte und Frauen geschaffe-
 nen Schwierigkeiten bei der Erringung von angemesse-
 nen Arbeitsbedingungen. Die Verbandsleitung wurde
 wegen ihrer nachgiebigen Haltung bei der Verfolgung
 von Arbeitslosenforderungen kritisiert und der Vor-
 wurf erhoben, daß wenigstens eine der 'Zehn Forde-
 rungen' zu einer Kampfforderung hätte erhoben werden
 sollen. Ähnliche Kritik wurde auch im Zentralver-
 band der Angestellten laut. s.V 267, 9.6.1921; 273,
 12.6.1921; RF 315, 13.7.1921.
 301 RF 275, 19.6.1921: "Wie steht's nun mit den zehn
 Forderungen? Sind sie bereits den Parlamentstod ge-
 storben? Oder sind sie in der bekannten Ausschuß-
 grube versenkt worden?"
 302 BA Bd.11, Bl.156-157; RF 277, 21.6.1921; 294, 30.6.
 1921; V 287, 21.6.1921; F, 23.6.1921.
 303 F, 22.6.1921 M; V 289, 22.6.1921; 292, 23.6.1921;
 311, 5.7.1921. Auf USPD-Arbeitslosenversammlungen
 wurden jetzt unter Rückgabe der Angriffe auf die
 Gewerkschaftsführer die VKPD-Führer als die ärgsten
 Schädlinge der Arbeiterbewegung bezeichnet, mit de-
 nen gemeinsame Aktionen unmöglich seien, da sie sie
 kompromittierten. s.BA Bd.11, Bl.164.
 304 F, 22.6.1921 M; V 293, 24.6.1921; RF 283, 24.6.1921.
 305 RF 291, 29.6.1921.
 306 RF 279, 22.6.1921; 281, 23.6.1921; 283, 24.6.1921;
 286, 25.6.1921.
 307 F, 26.6.1921 M; V 300, 28.6.1921; 341, 22.7.1921.
 308 RF 287, 26.6.1921; 290, 28.6.1921. Die Haltung der
 Kommunistischen Internationale, die auf ihrem 3.
 Kongreß im Juli 1921 prinzipiell nicht von der be-
 sonderen Vertretung der Arbeitslosen durch die
 Kommunistischen Parteien abrückte, konnte von der
 USPD genutzt werden, um der VKPD eine Steuerung in
 diesen Fragen durch die KI anzudichten. s.RF 301,
 5.7.1921; F, 21.7.1921 A; BA Bd.12, Bl.104.
 309 F, 21.7.1921 M.
 310 F, 14.7.1921 A; 15.7.1921 A; 7.8.1921 A; RF 297,
 2.7.1921; 304, 6.7.1921; 306, 7.7.1921.
 311 BA Bd.12, Bl.20.
 312 BA Bd.12, Bl.12
 313 STVO, 3.2.1921, Sp.266.
 314 V 90, 18.2.1920; 286, 20.6.1921; RABL Nichtamt1.
 Teil 1921, S.343ff; STVO, 7.4.1921, Sp.1096.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 315 V 379, 13.8.1921; GSTA, Rep.90, Bd.1149, 11.8.1921; 30.8.1921; 26.9.1921.
- 316 1.Verw.bericht, a.a.O.,H.7, S.18,25. Die von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Schulabgänger hoffte man gleichfalls in der Landwirtschaft unterbringen zu können. s.GB, Jg.62, 1921, S.201.
- 317 GSTA, Rep.90, Bd.1149, 10.3.1921. Später konkretisierte sich die Kulturgürtelidee in der Berliner Stadtgüter G.m.b.H. s.BöB,Gustav: Berlin von heute, Berlin 1929, S.106,108-109.
- 318 RF 455, 3.10.1921; F, 6.10.1921 M; 27.10.1921 M.
- 319 GSTA, Rep.90, Bd.1149, 26.9.1921.
- 320 Hinsichtlich der Nord-Südbahn stand man im August 1921 wieder einmal vor dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen. s.V 401, 26.8.1921; STVO, 25.8.1921, Sp.2290-2305. Nachdem Preußen die Beteiligung an einer Bahngesellschaft endgültig abgelehnt hatte, wurde eine städtische Gesellschaft gegründet. s. GSTA, Rep.90, Bd.1149, 30.8.1921; V 588, 14.12.1921; GB, Jg.62, 1921, S.624; Jg.63, 1922, S.32.
- 321 STVO, 28.6.1921, Sp.2019. Der Oberbürgermeister erklärte: "... es kann nicht daran gedacht werden, außerhalb dieses Unternehmens (der Nord-Südbahn) noch in wesentlichem Umfang Mittel in dieser schweren Zeit zu Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen ". STVO, 25.8.1921, Sp.2300.
- 322 STVO, 31.5.1921, Sp.1690-1692, 1776-1781.
- 323 STVO, 25.8.1921, Sp.2250-2252.
- 324 F, 7.9.1921 M; V 397, 24.8.1921. Die 'Freiheit' faßte die Situation zusammen: "Ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit wäre die Vergabe von öffentlichen Arbeiten zur Herstellung gemeinnütziger Einrichtungen.. Lieber gewährt man Arbeitslosenunterstützungen, die natürlich weit hinter den Kosten der Lebenshaltung zurückbleiben. Der Hauptgrund für die Umgehung solcher öffentlicher Arbeiten war die Schwierigkeit der Finanzierung... Der Staat wollte durch die Herstellung von Banknoten diese Arbeiten nicht finanzieren, damit die Inflation und Entwertung der Valuta nicht gefördert werde. Die Finanzierungsinstitute wollten langwierige Kredite nicht gewähren, da die in Rede stehenden Arbeiten nur nach langer Zeit einen Ertrag abzuwerfen vermögen". F, 23.8.1921 A.
- 325 Münch, a.a.O., S.68.
- 326 BA B1.12, B1.77; F, 14.7.1921 A; 15.7.1921 A; V 336, 19.7.1921.
- 327 Die Besetzung des Neuköllner Rathauses durch Arbeitslose am 28.Juli 1921 deutete auf KAPD-Leitung. s.BA Bd.12, B1.104.
- 328 RF 340, 27.7.1921.
- 329 BABd. 12, B1.101; DuM Bd.VII/1, a.a.O., S.504f (Polit.Rundschreiben der VKPD-Zentrale vom 15.7.1921); Reisberg, a.a.O., S.200.

Anmerkungen zu Kap. IV

- 330 RF 306, 7.7.1921; 317, 14.7.1921; 327, 20.7.1921; 353, 4.8.1921.
- 331 Reisberg, a.a.O., S.211.
- 332 RF 303, 6.7.1921; 304, 6.7.1921; 339, 27.7.1921; 395, 28.8.1921.
- 333 RF 349, 2.8.1921; 355, 5.8.1921.
- 334 RF 308, 8.7.1921; 317, 14.7.1921; 321, 16.7.1921; 353, 4.8.1921.
- 335 RF 317, 14.7.1921; 324, 18.7.1921; 327, 20.7.1921; F.12.7.1921.
- 336 RF 335, 24.7.1921; V 377, 12.8.1921; Rettig, a.a.O., S.68ff,72,73.
- 337 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, S.231; V 405, 28.8.1921. In ihrem Aufruf zum 1. Mai 1920 hatte die SPD das Recht auf Arbeit und das Recht auf Erwerbslosenunterstützung unter der Rubrik 'Erreichtes' aufgeführt. s.V.198, 18.4.1920.
- 338 Einführung der alten Bezeichnung KPD nach August 1921.
- 339 GdA Bd.3, a.a.O., S.339-342; Tjaden, a.a.O., S.19.
- 340 Bericht über die Verhandlungen des 2.(=7.)Parteitages der KPD abgehalten in Jena vom 22.bis 26. August 1921, Leipzig 1921, S.259, 347.
- 341 ebenda, S.49,59,429.
- 342 ebenda, S.66,214.
- 343 ebenda, S.429.
- 344 Diese Richtung wurde auf dem Parteitag von Anträgen unterstützt, die die Forcierung der Erwerbslosen-kampagne im bisherigen Sinne verlangten. s.ebenda, S.136.
- 345 ebenda, S.259.
- 346 Beschlüsse des zweiten Parteitages der KPD , Leipzig 1921, S.10,13,17,18,19.
- 347 Bericht über die Verhandlungen des 2.Parteitages der KPD Jena 1921, S.429.
- 348 Die Berliner Gewerkschaftskommission warf der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale vor, daß sie zwischen gewerkschaftlichen, unorganisierten und gelben Betriebsräten keinen Unterschied mache. s.JuK Nr.31, 1920, S.11. Innerhalb der freien Gewerkschaften erhob sich gegen die Ausschließung der Unorganisierten von den Wahlen zu den Arbeitslosenräten Widerspruch. s.JuK Nr.31, 1920, S.55.
- 349 V 530, 9.11.1921; JuK Nr.32, 1921, S.71.
- 350 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der KPD Jena 1921, S.430-431. Zur Haltung der SPD in der Frage der Frauenbeschäftigung s.Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD Weimar 1919, S.487-488,496; Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1920, S.57; Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der SPD Berlin 1920, S. 65ff; Protokoll über die Verhandlungen des Partei-

Anmerkungen zu Kap. IV

- tages der SPD Kassel 1920, S.115,345ff, 392,399;
Kritik von seiten der USPD s.Protokoll über die
Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages
(der USPD) Leipzig 1919, S.500,513,517; Protokoll
über die Verhandlungen des Parteitages (der USPD)
Leipzig 1922, S.41ff,143,240; F, 5.9.1920 M; Be-
richt über den 3. Parteitag der KPD 1920, S.62; Be-
richt über die Verhandlungen des Vereinigungspartei-
tages der USPD und KPD Berlin 1920, S.191ff,286;
RF 122,172,215/1920;301,309,321,333,409/1921;F, 25.
6.1921 M.
- 351 V 451, 24.9.1921.
352 RF 175, 20.4.1921.
353 BA Bd.9, Bl.61; Bd.11, Bl.139-141.
354 BA Bd.11, Bl.18.
355 Kritik daran war schon innerhalb der Gewerkschaften
selbst geäußert worden. s.JuK Nr.31, 1920, S.51.
356 F, 21.7.1921 M.
357 RF 285, 25.6.1921; 314, 12.7.1921.
358 V 331, 16.7.1921.
359 RF 391, 26.8.1921; BA Bd.14, Bl.17-18.
360 STVO, 25.8.1921, Sp.2250-2251; 6.10.1921, Sp.2557;
BA Bd.16, Bl.17.
361 V 530, 9.11.1921; JuK Nr.32, 1921, S.71.
362 JuK Nr.32, 1921, S.72.
363 F, 10.11.1921 A; 18.2.1922 A.
364 JuK Nr.32, 1921, S.70.
365 ebenda, S.72; V 451, 24.9.1921.
366 RF 395, 28.8.1921.
367 Die KPD war mit 50, die KAPD mit 1, die SPD mit 4,
die USPD mit 5, die Syndikalistinnen mit 3, die AAU mit
1 und die Unorganisierten mit 4 Delegierten vertre-
ten, s.RF 439, 26.9.1921; 440, 27.9.1921.
368 BA Bd.14, Bl.18,26,104,115-119; Bd.15,Bl.140; RF
444, 29.9.1921.
369 JuK Nr.33, 1922-1924, S.42.
370 BA Bd.20, Bl.79; Bd.21, Bl.46,109; DuM Bd.VII/2,a.a.
O., S.328.
371 F, 7.10.1921 M; V 473, 7.10.1921. Die 'Rote Fahne'
begrüßte diese freundliche Haltung gegenüber den Ar-
beitslosen und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß sie
auch nach der Wahl erhalten bleiben möge. RF 458,
7.10.1921.
372 Die SPD hielt der KPD vor, kein Kommunalprogramm zu
besitzen und diesen Mangel durch demagogische Reden
im Parlament zu überdecken. V 411, 1.9.1921; RF 398,
30.8.1921; 428, 20.9.1921; 465, 11.10.1921. Auf dem
Jenner Parteitag lenkte die KPD ihre Aufmerksamkeit
besonders auf kommunale Fragen und beschloß die Ein-
richtung von kommunalpolitischen Abteilungen bei den
Bezirksleitungen, die Herausgabe einer kommunalpoli-
tischen Zeitschrift, Richtlinien für die Gemeinde-
vertreter und die Abhaltung einer Konferenz der
Kommunalvertreter der Partei. s.Bericht über die

Anmerkungen zu Kap. IV

- Verhandlungen des 2. Parteitags der KPD Jena 1921, S.19,35,44.
- 373 RF 275, 19.6.1921; 398, 30.8.1921; 465, 11.10.1921; BA Bd.15,BI.67. Die Taktik der KPD bei dieser Wahl zielte darauf, die Versöhnungspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien zu verhindern und die USPD zu klaren Entscheidungen für die Arbeiterschaft zu zwingen. s.RF 451, 3.10.1921.
- 374 RF 465, 11.10.1921; 473, 14.10.1921; BA Bd.15,BI.70.
- 375 RF 426, 18.9.1921; 432, 22.9.1921; 433, 22.9.1921; 458, 7.10.1921; 461, 8.10.1921; STVO, 27.9.1921, Sp. 2458-2460.
- 376 RF 471, 14.10.1921. Bemerkenswerterweise zitierte der 'Vorwärts' am Wahltag die Bezeichnung 'Lumpengesindel' durch bürgerliche Stimmen und appellierte damit an ein gesamtproletarisches Bewußtsein. s.V 489, 16.10.1921.
- 377 BA Bd. 15,BI.67; Reichardt,Hans: Wahlen in Berlin 1809 bis 1967, Berlin 1970, S.33-34.
- 378 BA Bd.15, BI.134-135.
- 379 BA Bd.15, BI.140; Bd.16, BI.5,18.
- 380 RF 492, 27.10.1921.
- 381 V 506, 26.10.1921; JuK Nr.32, 1921, S.15.
- 382 RF 498, 30.10.1921; 502, 2.11.1921.
- 383 RF 514, 9.11.1921. Nach dem Austritt der KAPD aus der Kommunistischen Internationale war die Basis für gemeinsame Aktionen und gegenseitige Berücksichtigung entfallen. Im Dezember 1921 gab die KAPD das Konzept der Aktionsausschüsse auf und organisierte ebenfalls Fraktionen auf den Arbeitsnachweisen. s.BA Bd.16, BI.53. Sie sank in der Folgezeit zu einer bedeutungslosen Gruppierung ab, die sich der Bearbeitung der am meisten deklassierten Arbeitslosen und der Obdachlosen widmete.
- 384 BA Bd.16, BI.17; RF 502, 2.11.1921.
- 385 STJBR, Jg.42, 1921-1922, S.291ff.
- 386 s.Anhang Tab. 7, S.312.
- 387 STJBR, Jg.42, 1921-1922, S.307; RF 529, 19.11.1921.
- 388 BA Bd.16, BI.28. Später gab die KAPD eine halb als Vorwand, halb als Selbstkritik klingende Erklärung für ihre politische Arbeit unter den Arbeitslosen und Obdachlosen. Danach hätten sich diese ohne jede politische Leitung als Banden in Hungerkrawalle gestürzt. Zwischen den politisch geleiteten und wilden Hungerkrawallen war indes kein Unterschied mehr festzustellen. s.BA Bd.17, BI.80.
- 389 RF 535, 23.11.1921. Nach der Theorie des Reichskommissars für öffentliche Ordnung wäre es "... der KPD am liebsten gewesen, wenn es bei den Ausschreitungen zu Kämpfen gekommen wäre und sie mit Hinweis auf Arbeitermord und vergossenes Arbeiterblut die Massen hätte aufputschen können". Die schlechte wirtschaftliche Lage und die Verelendung wären aber nicht so weit fortgeschritten, um die Arbeiter zum

Anmerkungen zu Kap. IV

- Kampf zu vereinigen. Daher habe sie vorsichtig aus dem Hintergrund agiert. s.BA Bd.16, Bl.28.
- 390 RF 525, 16.11.1921.
- 391 RF 527, 18.11.1921.
- 392 ebenda.
- 393 RF 534, 22.11.1921; 535, 23.11.1921; F, 23.11.1921M
- 394 RF 537, 24.11.1921; V 554, 24.11.1921, 560, 27.11.1921.
- 395 RF 535, 23.11.1921.
- 396 JuK Nr.32, 1921, S.67, F, 26.11.1921; Schwarz, a.a.O. S.141. Da die staatlichen Unterstützungen nicht ausreichten, mußten die Arbeiterorganisationen durch eigene Weihnachtsbeihilfen den Arbeitslosen unter die Arme greifen, so die Gewerkschaften mit einer Sammlung, Transportarbeiter, Metallarbeiter und die 'Rote Hilfe' mit Extraunterstützungen. s.JuK Nr.32, 1921, S.76; RF 568, 12.12.1921; 577, 17.12.1921; V 537, 13.12.1921.
- 397 Vergleichsweise betrug die Obdachlosenzahl im Dezember 1920 66 000. s.RF9, 6.1.1922; RF 558, 6.12.1921; 577, 17.12.1921.

Anmerkungen zu Kap. V

- 1 RF 538, 24.11.1921.
- 2 V 13, 18.1.1922; JuK Nr.33, 1922-1924, S.37.
- 3 V 536, 12.11.1921; 544, 18.11.1921; 594, 17.12.1921; RF 598, 30.12.1921.
- 4 V 579, 8.12.1921; 605, 23.12.1921; 3,3.1.1922; JuK Nr.32, 1921, S.105-106; JuK Nr.33, 1922-1924, S.33; RF 514, 9.11.1921; 530, 19.11.1921; 595, 29.12.1921; 267, 11.6.1922; 285, 22.6.1922; F, 4.1.1922 A.
- 5 RF 150, 29.3.1922.
- 6 JuK Nr.33, 1922-1924, S.5.
- 7 RF 30, 5.2.1923. Die Obdachlosenzahl erhöhte sich von 1679 im Januar 1918 auf 69 780 im Januar 1921, 78 263 im Januar 1922 und 116 574 im Januar 1923. Böß, Die Not in Berlin, a.a.O., S.30.
- 8 RF 285, 22.6.1922; 406, 14.9.1922.
- 9 RF 376, 18.8.1922.
- 10 Die Zahl der Obdachlosenbenutzer in Spandau, der ersten Station der Zuwanderer nach Berlin, stieg von 608 im Jahre 1920 auf 5764 1922 und 10 599 1923. s.1.Verw.bericht, a.a.O., H 16, S.17.
- 11 STJBB, NF, Jg.1, 1924, S.91; Münch, a.a.O., S.38.
- 12 RF 74, 13.3.1922.
- 13 GB, Jg.63, 1922, S.58.
- 14 Münch, a.a.O., S.94.
- 15 RF 27, 17.1.1922; 1.Verw.Bericht, a.a.O., H.7, S.14. Die Kontrollabteilung der Erwerbslosenfürsorge deckte bis 1924 60 000 Betrugsfälle auf.
- 16 RF 26, 16.1.1922.
- 17 RF 56, 2.2.1922.
- 18 Münch, a.a.O., S.92-93; RF458, 14.10.1922.

Anmerkungen zu Kap. V

- 19 STJBB, MF, Jg.1, 1924, S.31. Unterstützungssätze s. Anhang Tabelle 7, S.313.
- 20 100 Jahre Berliner Statistik, Berlin 1962, S.37; Tyszka, Carl von: Ernährung und Lebenshaltung des deutschen Volkes, Berlin 1934, S.14; Jahoda, Marie: Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/Main 1975, S.125.
- 21 Tyszka, a.a.O., S.17, 53-57. In einem mittelbürgerlichen Haushalt stieg der Anteil von 27 Prozent 1913 auf 49 Prozent 1920. s.Fürth, a.a.O., S.28.
- 22 Tyszka, a.a.O., S.23.
- 23 Jahoda, a.a.O., S.49; Tyszka, a.a.O., S.45; Grotjahn, Alfred: Soziale Pathologie, Berlin 1915, S.303. Zwischen 1913 und 1922 sank der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf von 45 auf 28 Kg. RF 269, 13.6.1922. Der Anteil der Kosten für Fleisch an den Lebensmittelkosten in einem mittelbürgerlichen Haushalt sank von 1913 mit 19,4 Prozent bis 1921 auf nur 18 Prozent. s.Fürth, a.a.O., S.31. Beobachtungen während der Weltwirtschaftskrise zeigten dann später, daß 70 Prozent der Arbeitslosen nur einmal in der Woche Fleisch aßen. s.Jahoda, a.a.O., S.45.
- 24 Tyszka, a.a.O., S.40, 86.
- 25 Grotjahn, a.a.O., S.307; Rühle, a.a.O., S.397-398, 400.
- 26 Im Mai 1918 wies Alt-Berlin 8 Prozent, Spandau, Treptow und Weissensee je 10 Prozent überfüllte Wohnungen auf. s.STJBB, MF, Jg.1, 1924, S.11. Seit 1913 hatte sich die Lage durch Neubauten fast nicht und durch Umbauten nur leicht gebessert. s.Rühle, a.a.O., S.385.
- 27 Rühle, a.a.O., S.358-359; RF 515, 21.11.1921.
- 28 Münch, a.a.O., S.36-38; Böß, Die Not in Berlin, a.a.O., S.21.
- 29 Münch, a.a.O., S.164.
- 30 Tyszka, a.a.O., S.92, 93-97; RF 307, 9.7.1922; 339, 28.7.1922.
- 31 Grotjahn, a.a.O., S.52-55, 257-259, 265; RF 307, 9.7.1922; 331, 23.7.1922.
- 32 STJBB, MF, Jg.1, 1924, S.8; RF 87, 21.2.1922; Gruhle, Hans W.: Selbstmord, Leipzig 1940, S.18, 32. Verglichen mit allen anderen Städten sank zwischen 1913 und 1924 nur in Berlin die Selbstmordquote nicht. s. ebenda, S.65; zur Entwicklung der Selbstmordzahlen in der Vorkriegszeit s.Hirschberg, Die soziale Lage ... a.a.O., S.56; TBC-Todesfälle in der Vorkriegszeit, bei Hirschberg, Die soziale Lage.. a.a.O., S.66; Grotjahn a.a.O., S.51f.
- 33 Böß, Die Not in Berlin, a.a.O., S.21, 22.
- 34 Landesarbeitsamt Tätigkeitsbericht 1.10.1920-31.3.1925, Berlin 1925, S.97. Der Befund bestätigte sich auch noch im zweiten Tätigkeitsbericht des Landesarbeitsamtes vom 1.4.1925-30.9.1927, Berlin 1927, Anlage 11.

Anmerkungen zu Kap. V

- 35 BW, Jg.2, 1925, S.26; 1.Verw.bericht, a.a.O., H.3, S.139; zur Entwicklung der Geburtenziffern in der Vorkriegszeit s.Gruber, Max von: Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich, München 1914, S.5-8, 13, 14, 27; Theilhaber, Felix A.: Das sterile Berlin, Berlin 1913; Hirschberg, Die soziale Lage ... a.a.O., S.54.
- 36 Berliner kommunalpolitik 1921-1925 Tätigkeitsbericht der Berliner Stadtverordnetenfraktion der SPD, Berlin 1925, S.59.
- 37 V 470, 14.9.1919.
- 38 BA Bd.18, Bl.60.
- 39 RF 29, 18.1.1922; 56, 2.2.1922; 117, 10.3.1922; 165, 7.4.1922.
- 40 GB, Jg.63, 1922, S.457.
- 41 ebenda, S.73, 496.
- 42 BA Bd.17, Bl.18.
- 43 RF 559, 7.12.1921; 56, 2.2.1922; 150, 29.3.1922; F, 18.2.1922 A; 25.2.1922 A.
- 44 RF 23, 14.1.1922; 103, 2.3.1922.
- 45 BA Bd. 17, Bl.81-82; Bd.18, Bl.158.
- 46 BA Bd.17, Bl.17, 80-82.
- 47 RF 123, 14.3.1922.
- 48 BA Bd.17, Bl.87.
- 49 DuM Bd.VII/2, a.a.O., S.166.
- 50 ebenda, S.72.
- 51 Internationale Jg.4, 1922, H.12, S.283-284.
- 52 BA Bd.18, Bl.158.
- 53 ebenda, Bl.27, 36; DuM Bd.VII/2, a.a.O., S.190; Reiberg, a.a.O., S.577, 583, 595, 675.
- 54 JuK Nr.33, 1922-1924, S.36-37; DuM Bd.VII/2, a.a.O., S.48, 52, 59; BA Bd.17, Bl.65; Protokoll der SPD-Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1923, S.8; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages (der USPD) in Leipzig vom 8.bis 12.Januar 1922, Leipzig 1922, S.81; Preller, a.a.O., S.269-277; Schwarz, a.a.O., S.141-142; Internationale Pressekorrespondenz Jg.2, 1922, S.1159, 1500; F, 19.1.1922 M; 24.1.1922 A; RF 109, 5.3.1922; 155, 1.4.1922; 179, 16.4.1922; 185, 21.4.1922; 299, 1.7.1922; 302, 6.7.1922; 312, 12.7.1922.
- 55 DuM Bd.VII/2, a.a.O., S.90-91; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der USPD Leipzig 1922, S.97, 186; Schwarz, a.a.O., S.142; RF 267, 11.6.1922; 285, 22.6.1922. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission bestand gegenüber dem ADGB auf der Beibehaltung des Fürsorgeprinzips. s.JuK Nr.33, 1922-1924, S.36.
- 56 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der USPD Leipzig 1922, S.41, 143, 237, 240.
- 57 STJBB, NF, Jg.1, 1924, S.40.
- 58 BW, Jg.1. 1924, S.49-51; Jg.3, 1926, S.1-4; Berliner Kommunalpolitik 1921-1925, a.a.O., S.23ff, 168ff; Die Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung

Anmerkungen zu Kap. V

- Material zur Berliner Kommunalpolitik, Berlin 1925, S.24ff; 1.Verw.bericht, a.a.O., H.1, S.33; LA,Rep. 49,Acc. 1651,nr.9304,9305.
- 59 STJBB,nF,Jg.2,1926,S.71; Jg.3,1927,S.75.
- 60 STJBB,nF,Jg.1,1924,S.27; Jg.2,1926,S.90.
- 61 Die Angaben über die Wanderungsverluste schwanken zwischen 10 747, davon 7419 aus den Innenbezirken und 24 027, davon 19 983 aus den Innenbezirken. STJBB,nF,Jg.2,1926,S.25; BW Jg.9,1932,S.77.
- 62 BW,Jg.1,1924,S.101.
- 63 Berechnet aus den Angaben über die Arbeitsuchenden in Berlin und im Reich. s.RABL 1923; Woytinsky, Die Welt in Zahlen Bd.2, a.a.O.,S.349.
- 64 Berechnet aus den Angaben über die Hauptunterstützten. s.STJBB,nF,Jg.1,1924,S.40; Woytinsky Bd.2,a.a.O.,S.349.
- 65 BW,Jg.1,1924,S.102.
- 66 ebenda, S.104; STJBB,nF,Jg.1,1924,S.40.
- 67 BW,Jg.1,1924,S.103;Jg.3,1927,S.81.
- 68 Zimm,Alfred: Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin, Berlin 1959, S.168.
- 69 s.Anhang Tab.5, S.309-310.
- 70 s.Anhang Tab.6, S.311.
- 71 BA Bd.18,B1.159-160.
- 72 BA Bd.20,B1.64,76-79.
- 73 GB,Jg.64,1923,S.81.
- 74 RF 36,13.2.1923.
- 75 RF 42,20.2.1923; STJBB,nF,Jg.1,1924,S.31.
- 76 RF 128,7.6.1923.
- 77 RF 135,15.5.1923; STJBB,nF,Jg.1,1924,S.31.
- 78 RF 30,5.2.1923; 47,25.2.1923; 54,6.3.1923; 78,4.4.1923; Böß, die Not in Berlin, a.a.O.,S.14.
- 79 Böß, Die Not in Berlin, a.a.O., S.8; RF 58,10.3.1923; 93,27.4.1923. In der Vorkriegszeit wurden täglich 1,2 Mill.Liter Milch nach Berlin geliefert, notwendig waren mindestens 600 000 Liter, 1923 wurden nur 200 000 Liter geliefert.
- 80 Böß, Die Not in Berlin, a.a.O.,S.21.
- 81 RF 46, 24.2.1923.
- 82 GB,Jg.64,1923,S.88,103; RF 73,28.3.1923.
- 83 GB,Jg.64,1923,S.96; RF 74,29.3.1923; 78,4.4.1923.
- 84 GB,Jg.64,1923,S.185.
- 85 RF 41,18.2.1923; 78,4.4.1923.
- 86 RF100,5.5.1923; 136,16.6.1923; GB,Jg.64,1923,S.259; Berliner Kommunalpolitik 1921-1925, a.a.O.,S.67.
- 87 GB,Jg.64,1923,S.148;RF 111,18.5.1923; 118,26.5.1923.
- 88 RF 139,20.6.1923; GB,Jg.64,1923,S.201.
- 89 RF 89,22.4.1923.
- 90 GSTA,Rep.90,Bd.1150,B1.319.
- 91 ebenda, B1.337.
- 92 Die Kontinuität der Erwerbslosenpolitik der KPD kam auch darin zum Ausdruck, daß ein Vertreter im 15er-Ausschuß der frühere Vorsitzende des Reichsaus-

Anmerkungen zu Kap. V

- schusses der Erwerbslosenräte war.
- 93 RF 130, 9.6.1923.
- 94 RF 17, 21.1.1923; 22, 27.1.1923; 107, 13.5.1923.
- 95 BA Bd.19, Bl.74.
- 96 RF 57, 9.4.1923; 74, 29.4.1923.
- 97 RF 54, 6.3.1923; 58, 10.3.1923.
- 98 RF 73, 28.3.1923.
- 99 BA Bd.20, Bl.10,26,38.
- 100 BA Bd.20, Bl.38.
- 101 BA Bd.20, Bl.31,78.
- 102 RF 93, 27.4.1923; 94, 28.4.1923; BA Bd.20,Bl.79;
Bd.21,Bl.46.
- 103 DuM Bd.VII/2, a.a.O., S.326; RF 88, 21.4.1923; 93,
27.4.1923; 98, 3.5.1923.
- 104 RF 137, 17.6.1923.
- 105 JuK Nr.33, 1922-1924, S.42, 51-52,57,93f; RF 211,
19.9.1923.
- 106 BA Bd.22, Bl.21.
- 107 BA Bd.20, Bl.29,49,74-75; Bd.21,Bl.9; GSTA,Rep.84a,
Bd.8472, Bl.123.
- 108 BABd.20,Bl.72,76-79; RF 91, 25.4.1923; Wenzel,Otto:
Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre
1923, Phil.Diss. FU Berlin 1955, S.82-83.
- 109 RF 117, 25.5.1923; 146, 28.6.1923; BA Bd.20,Bl.79;
Bd.21, Bl.117; Wenzel, a.a.O., S.140.
- 110 RF 38, 15.2.1923; 130, 9.6.1923; 160,14.7.1923;
Schultheß Bd.LXIV,1923, S.33.
- 111 RF 95, 29.4.1923; 130, 9.6.1923. Anträgen auf Aner-
kennung der Kontrollausschüsse in Weisköln versuch-
ten die dortigen Parteien durch die Bildung von
Vertrauenskommissionen zusammen mit den Gewerkschaf-
ten zu begegnen. Als diese nicht darauf eingingen,
wurde auch die Anerkennung der Kontrollausschüsse
verweigert.
- 112 130, 9.6.1923; 142, 23.6.1923; 146, 28.6.1923.
- 113 RF 93, 27.4.1923; 94, 28.4.1923; 98, 3.5.1923; 113,
20.5.1923; 130, 9.6.1923; 133, 13.6.1923; 137, 17.6.
1923.
- 114 RF 113, 20.5.1923.
- 115 RF 147, 29.6.1923.
- 116 RF 133, 13.6.1923.
- 117 RF 149, 1.7.1923.
- 118 RF 153, 6.7.1923; 154, 7.7.1923.
- 119 BA Bd.21,Bl.46,109,117; RF 160, 14.7.1923; 217,9.10.
1923. Die Befürchtungen des Reichskommissars für
die öffentliche Ordnung, daß die KPD die Arbeits-
losen als Vortrupp für neue Kämpfe einsetzen werde,
beruhten auf den Erfahrungen des Jahres 1921, wurden
derer derzeitiger Haltung aber nicht gerecht. Ähnlich
wurde der Eintritt in die Gewerkschaften und die An-
gliederung der Arbeitslosen an die Gewerkschaften
als Unterwanderung und Zersetzungsversuch ausgelegt.
s.BA Bd.21,Bl.120;RF 330,22.7.1923.
- 120 Internationale Jg.5,1923,H.8,S.231.

Anmerkungen zu Kap. V

- 121 Im Generalstreikaufruf gegen die Regierung Cuno stand die Forderung nach Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Produktion erst unter Punkt sieben. S.GdA. Bd.3, a.a.O., S.659.
- 122 RF 209, 16.9.1923. Ähnlich lauteten auch die Forderungen eines Rundschreibens der KPD vom 25.8.1923. s.BA Bd.21, Bl.110.
- 123 BA Bd.21, Bl.106.
- 124 BA Bd.21, Bl.109,117.
- 125 RF 211, 19.9.1923.
- 126 RF 210, 18.9.1923; GB, Jg.64, 1923, S.259,260,294, 296,311,326,328; Berliner Kommunalpolitik 1921-1925, S.91ff.
- 127 GB, Jg.64, 1923, S.223; RF 174, 31.7.1923. In ihrem Tätigkeitsbericht für die Kommunalwahlen 1925 unterschlug die SPD ihre Haltung zur Unterstützungsfrage, indem sie schrieb: "Die ungeheure Zahl der Erwerbslosen und deren Familienangehörigen ermöglichten es der Stadtgemeinde Berlin, in den Inflationsjahren 1922 und 1923 nur eine kleine Zahl von Erwerbslosen zu beschäftigen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, die Unterstützungssätze den Verhältnissen entsprechend festzusetzen". Das geschah allerdings erst 1923. "Den Forderungen der Erwerbslosen, neben den von der Stadt an besonders Bedürftige gewährten Naturalien Sonderunterstützungen zu gewähren, konnte keine Folge geleistet werden, weil alle Sonderunterstützungen in bar vom Staate in Anrechnung gebracht wurden, die Gemeinde also .. belastet(!), aber den Erwerbslosen nicht geholfen wäre. Um alle Erwerbslosen gleichmässig zu behandeln, war es deshalb die allein richtige Einstellung, die Unterstützungssätze so festzusetzen, damit die Familien der Erwerbslosen vor der größten Not geschützt wurden". s.Berliner kommunalpolitik 1921-1925, a.a.O., S.177. Erstaunlich bleibt, wie die SPD die Verfahrensweise der Jahre 1921-1923 als Hilfsmaßnahme und als Erfolg hinzustellen wagte.
- 128 GB, Jg.64, 1923, S.294.
- 129 Engeli, a.a.O., S.144.
- 130 GB, Jg.64, 1923, S.185,375.
- 131 RF 206, 13.9.1923; 210, 18.9.1923; 215, 23.9.1923; GB, Jg.64, 1923, S.297.
- 132 BA Bd.21, Bl.90-94, 107,116; RF 199, 22.8.1923; Internationale Pressekorrespondenz Jg.3, 1923, S.1255.
- 133 Wenzel, a.a.O., S.188-203; GdA Bd.3, a.a.O., S.429.
- 134 Internationale Pressekorrespondenz Jg.3, 1923, S. 1530.
- 135 ebenda, S.1538.
- 136 RF 217, 9.10.1923.
- 137 BA Bd.22, Bl.3; Wenzel, a.a.O., S.216. Die Hungerunruhen waren von der KPD schon im September 1923

Anmerkungen zu Kap. V

als fehlerhafter Kreislauf eingeschätzt worden. s. Internationale Pressekorrespondenz Jg.3,1923,S.1278. Unter Außerachtlassung der differenzierenden Haltung der KPD bezeichnete die SPD deren Arbeit unter den Unorganisierten als Mißbrauch der Unorganisierten zu Bürgerkriegszwecken. s.Handbuch für den sozialdemokratischen Wähler, Berlin 1924, S.175.

138 Internationale Jg.5, 1923, H.12, S.337; Erg.H.1,S.58

139 Internationale Jg.5, 1923, Erg.H.1, S.40.

140 RF 217, 9.10.1923; Wenzel, a.a.O., S.253; Internationale Jg.5, 1923, Erg.H.1, S.9, 62.

141 Münzenberg,Willi: Fünf Jahre Internationale Arbeiterhilfe, Berlin 1926, S.18-19.

142 Internationale Jg.5, 1923, Erg.H.1,S.9,14,18,64.

143 BA Bd.22, Bl.21; GSTA, Rep.219, Bd.81, Bl.61,62,94, 165; Rep.84a, Bd.8473, Bl.32.

Verzeichnis der zitierten Literatur

I. Quellen

1. Archivalien

Bundesarchiv Koblenz

Bestand R 134: Reichskommissar für die Überwachung
der öffentlichen Ordnung, Bd.1-21.

Geheimes Staatsarchiv

Rep. 84a: Preußisches Justizministerium, Bd.4346,
8053, 8472, 8473.

Rep. 90 : Staatsministerium, Bd.1149,1150.

Rep. 219: Preußisches Landeskriminalpolizeiamt,
Bd.81.

Landesarchiv Berlin

Rep. 49, Acc.1651, Bd.9304,9305.

Rep.207, Acc.199, Bd.695.

2. Statistische Quellen, Parteitagsprotokolle, Hand- bücher, Geschäfts- und Verwaltungsberichte

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte
Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember im Abgeord-
netenhaus zu Berlin Stenographischer Bericht,
Berlin 1919.

Zweiter Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-
räte Deutschlands vom 8. bis 14. April 1919 im
Herrenhaus zu Berlin Stenographischer Bericht,
Berlin 1919

Anweisung betreffend die Verwaltung der offenen
Armenpflege der Stadt Berlin, Berlin 1909.

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunisti-
schen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30.
Dezember 1919 bis 1. Januar 1920, o.O.o.J.

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen
Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24.
Oktober 1919, o.O.o.J.

Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen
Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26.
Februar 1920, o.O.o.J.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen
Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 14. und 15.
April 1920, o.O.o.J.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungspar-
teitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakus-
bund) abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember
1920, Berlin 1921.

Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion

- der Kommunistischen Internationale) abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922.
- Beschlüsse des zweiten Parteitages der KPD abgehalten vom 22. bis 26. August 1921 in Jena, Berlin 1921.
- Böckh, Richard: Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 2. December 1895, Berlin 1900.
- Deutsche Wirtschaftskunde, Berlin 1930.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung:
Reihe II, Bd.3, Januar 1919 - Mai 1919, Berlin 1958
Bd.VII/1, Februar 1919 - Dezember 1921, Berlin 1966
Bd.VII/2, Januar 1922 - Dezember 1923, Berlin 1966.
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler, Berlin 1920.
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler, Berlin 1924.
- Kolb, Eberhard/Rürup, Reinhard: Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918 - 8. 4. 1919, Leiden 1968.
- Geschäftsbericht des Verbandes der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeindebetrieben, Berlin 1900.
- Jahres- und Kassenbericht der Berliner Gewerkschaftskommission (ab 1913...der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung), Nr.19, 1907, Berlin 1908
Nr.20, 1908, Berlin 1909
Nr.21, 1909, Berlin 1910
Nr.24, 1912, Berlin 1913
Nr.25, 1913, Berlin 1914
Nr.29, 1918, Berlin 1919
Nr.30, 1919, Berlin 1920
Nr.31, 1920, Berlin 1921
Nr.32, 1921, Berlin 1922
Nr.33, 1922-1924, Berlin 1925.
- Berliner Kommunalpolitik 1921-1925. Tätigkeitsbericht der Berliner Stadtverordnetenfraktion der SPD, Berlin 1925.
- Die Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung. Material zur Berliner Kommunalpolitik, Berlin 1925.
- Kriegsverwaltungsbericht der Stadt Neukölln für die Geschäftsjahre 1914 bis 1918, Neukölln 1918.
- Landesarbeitsamt. Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1925, Berlin 1925.
- Landesarbeitsamt. Berlin Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 1. April 1925 bis zum 30. September 1927, Berlin 1927.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919.

- Protokoll der Verhandlungen des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands abgehalten zu Dresden vom 26. Juni bis 1. Juli 1911, Berlin o.J.
- Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Berlin 1920
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920, Berlin 1920.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921.
- Protokoll der sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1923.
- Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands abgehalten vom 5. bis 7. Oktober zu Berlin, o.O.o.J.
- Schröder, Wilhelm: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage, Bd.1, 1863-1909, München 1910, Bd.2, 1910-1913, München 1917.
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, NF, Jgg. LXI, LXII, LXIV; 1920, 1921, 1923.
- Schwarz, Salomon: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse (Kongresse des ADGB), Berlin 1930.
- Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen vom 18. August bis 3. September 1910, Berlin 1910.
- Statistische Monatsberichte, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Jg.5; 1915-1919.
- Statistische Jahrbücher der Stadt Berlin, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Jgg.21-23; 1894-1896.
- Statistische Jahrbücher der Stadt Berlin, NF, Jgg.1-3; 1924, 1926, 1927.
- Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Jg.7; 1909.
- Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich, Jgg. 41-44; 1920-1925.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, o.O.o.J.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, o.O.o.J.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag
in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, o.O.o.J.

Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde
Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum
31. März 1924, Berlin 1926.

Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919-1920,
Neukölln 1922.

Woytinsky, Wladimir: Die Welt in Zahlen, Bd.2, Bd.5,
Berlin 1926.

3. Zeitungen, Zeitschriften, Periodika

Der Arbeiterrat, Jg.1919.

Berliner Wirtschaftsberichte, Jgg.1,2,3,9; 1924,1925,
1926,1932.

Die Freiheit, Jgg.1918-1922.

Gemeindeblatt, Jgg.59-64;1918-1923.

Internationale, Jgg.2,4,5;1920,1922,1923.

Internationale Pressekorrespondenz, Jg.3;1923.

Reichsarbeitsblatt, Jgg.17-21;1919-1922.

Die Rote Fahne, Jgg.1918-1923.

Vorwärts, Jgg.1918-1921.

II. Literatur

Angress, Werner T.: The Stillborn Revolution.

The communist bid for power in Germany 1921-1923,
Princeton 1963.

Ay, Karl Ludwig: Appelle einer Revolution, München
1968.

Baar, Lothar: Die Berliner Industrie in der indu-
striellen Revolution, Berlin 1966.

Barth, Erwin: Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot, Ber-
lin 1919.

Becker, Walter: Die Bedeutung der nichtagrarischen
Wanderungen für die Herausbildung des industri-
ellen Proletariats in Deutschland, in: Mottek, Hans
(Hrsg.): Studien zur Geschichte der industri-
ellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960.

Bergmann, Hans-Wilhelm: Kritisches und Antikriti-
sches zur Theorie der industriellen Reservearmee,
Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Diss.
Rostock 1930.

- Bernstein, Eduard: Die Berliner Arbeiterbewegung von 1890 bis 1905, Berlin 1924.
- ders.: Die deutsche Revolution. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921.
- Bey-Heard, Frauke: Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Berlin 1969.
- Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1922. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalist), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim / Glan 1969.
- Bong, Wilfried: Die Bedeutung der Notstandsarbeiten und der öffentlichen Arbeiten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine kritische Untersuchung über die praktischen Maßnahmen der Reichsregierung bis 1933, Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1956.
- Born, Karl Erich: Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Wehler, Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966.
- BöB, Gustav: Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft, Berlin 1929.
- ders.: Die Not in Berlin. Tatsachen und Zahlen, Berlin 1923.
- Briefs, Goetz: Das gewerbliche Proletariat, in: Grundriß der Sozialökonomik Bd.IX, Tübingen 1926.
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934, München 1972.
- Collotti, Enzo: Die Kommunistische Partei Deutschlands, Milano 1961.
- Conrad, J.: Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie Bd.2, Jena 1904.
- Conze, Werner: Vom 'Pöbel' zum 'Proletariat', in: Wehler, Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966.
- Czada, Peter: Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung, Berlin 1969.
- Deutsche Geschichte in Daten, Berlin 1969.
- Deutsche Sozialpolitik 1918-1928. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministers, Berlin 1929.
- Drabkin, I.S.: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968.

- Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden; Dresden 1926.
- Engeli, Christian: Gustav Böß .Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Berlin 1971.
- Engels, Friedrich: Briefe an Bebel, Berlin 1958.
- ders.: Vorbemerkung zu 'Der deutsche Bauernkrieg', Marx-Engels Werke Bd.7, Berlin 1960.
- Feiler, Arthur: Die Konjunktur-Periode 1907-1913 in Deutschland, Jena 1914.
- Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969.
- Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914), Leipzig 1962
- Fugger, Karl: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1949.
- Fülberth, Georg: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument, Jg.13, 1971.
- Fürth, Henriette: Der Haushalt vor und nach dem Kriege. Dargestellt an Hand eines mittelbürgerlichen Budgets, Jena 1922.
- Furtwängler, Franz Josef: Die Gewerkschaften. Ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1956.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.2 u.3, Berlin 1965.
- Gleitze, Bruno: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland vor dem Kriege, in: Wcytinsky, Wladimir: Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919-1929, Berlin 1930.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966.
- Grieken, Friedrich-Wilhelm van: Die offene Armenpflege der Stadt Berlin, Diss. Giessen 1927.
- Grotjahn, Alfred: Soziale Pathologie. Versuch einer Lehre von den sozialen Beziehungen der menschlichen Krankheiten als Grundlage der sozialen Medizin und der sozialen Hygiene, Berlin 1915.
- Gruhle, Hans W.: Selbstmord, Leipzig 1940.
- Greuner, Ruth: Gegenspieler, Berlin 1969.
- Gruber, Max von: Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich, München 1914.
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1966
- Hentig, Hans von: Terror. Zur Psychologie der Machtergreifung, Frankfurt/Main 1970.

- Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage, Bd.1 u.2, Berlin 7/1921.
- Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital, Frankfurt/Main 1968.
- Hillmann, Günther: Die Rätebewegung Bd.1, Hamburg 1971
- Hirsch, Paul: Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege, Berlin 1919.
- ders.: 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1908.
- Hirschberg, Ernst: Die Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit, Berlin 1894.
- ders.: Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, Berlin 1897.
- Hölz, Max: Vom 'Weissen Kreuz' zur roten Fahne, Berlin 1929.
- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929.
- 100 Jahre Berliner Statistik 1862-1962. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes, Berlin 1962.
- 75 Jahre Industriegewerkschaft 1892-1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/Main 1966.
- Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul R.; Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Leipzig 1933, Neuaufl. Frankfurt/Main 1975.
- Jung, Franz: Der Torpedokäfer (Neuaufgabe von: Der Weg nach unten), Berlin 1972.
- Kaeber, Ernst: Berlin im Weltkrieg. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit, Berlin 1921.
- Kessler, Harry Graf: Die Kinderhölle in Berlin, in: Die Deutsche Nation, Sonderheft November 1920.
- Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Wirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967.
- Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.
- Die Kommunistische Internationale. kurzer historischer Abriß, Berlin 1970.
- Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1917/1918 bis 1932/1933, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus T.1, Bd.5, Berlin 1966.
- ders.: Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart,

- Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus T.1, Bd.18, Berlin 1963.
- Kumpmann, Karl: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaft, Jena 1923.
- Lange, Friedrich C.A.: Groß-Berliner Tagebuch 1920-1933, Berlin 1951.
- Leidig, Hermann: Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg, Berlin 1911.
- Lenin, Wladimir I.: Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: Ausgewählte Werke Bd.3, Berlin 1966.
- Levi, Paul: Unser Weg wider den Putschismus, Berlin 1921.
- Leyden, Friedrich: Groß-Berlin. Geographie einer Weltstadt, Breslau 1933.
- Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung Frankfurt/Main, 1976.
- Luxemburg, Rosa: Erörterungen über Taktik, in: Ges. Werke Bd.1/1, Berlin 1970.
- dies.: Ermattung oder Kampf?, in: Ges. Werke Bd.2, Berlin 1972.
- dies.: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Politische Schriften Bd.1, Frankfurt/Main 1966.
- Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels Werke Bd.8, Berlin 1960.
- ders.: Das Kapital Bd.1, Berlin 1966.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Das Kommunistische Manifest, Berlin 1970; Marx-Engels Werke Bd.4, Berlin 1959.
- Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Bd.2, Berlin 1960.
- Meyer, Gert: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917-1930), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.20, 1975.
- Müller, Harald: Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1918 bis 1933, Potsdam 1970.
- Müller, Hermann: Die Novemberrevolution Erinnerungen Berlin 1928.
- Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik Bd.2, Die Novemberrevolution, Wien 1925.
- Münch, Erwin: Maßnahmen für Erwerbslose in Groß-Berlin nach dem Weltkriege, Staatswiss.Diss.Berlin 1923.
- Münzenberg, Willi: Fünf Jahre Internationale Arbeiterhilfe, Berlin 1926.

- Kettl, Peter: Rosa Luxemburg, Köln 1968.
- Kissle, Werner: Zur Frage der Erwerbslosigkeit.
Der Altersaufbau der Erwerbslosen, Wirtschafts-
und sozialwiss. Diss. Frankfurt 1921.
- Moske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der
deutschen Revolution, Berlin 1920.
- Oeckel, Heinz: Die revolutionäre Volkswehr. Die
deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die revolutionäre
Volkswehr, Berlin 1968.
- Opel, Fritz: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband
während des ersten Weltkrieges und der Revolution,
Hannover 1957.
- Ostwald, Hans: Sittengeschichte der Inflation.
Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marksturzes,
Berlin 1931.
- Pohle, Ludwig: Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert, Leipzig 1904.
- Prager, Eugen: Geschichte der USPD, Berlin 1922.
- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- Raase, Werner: Die freien deutschen Gewerkschaften
in den Jahren des ersten Weltkrieges, Berlin o.J.
- Rathenau, Walther: Neue Briefe, Dresden 1927.
- Reichardt, Hans J.: Wahlen in Berlin 1809 bis 1967,
Berlin 1970.
- Reichenbach, Bernhard: Zur Geschichte der KAPD, in:
Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der
Arbeiterbewegung, Jg.13, 1928.
- Reichert, J.: Entstehung, Bedeutung und Ziel der
Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1919.
- Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfront-
politik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit
in Deutschland 1921-1922, Berlin 1971.
- Rettig, Rudolf: Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925
unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften,
Phil.Diss. Hamburg 1955.
- Richter, Werner: Gewerkschaften, Monopolkapital und
Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution, Berlin 1959.
- Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne: Die deutsche Revolution 1918-1919, Frankfurt/Main 1968.
- Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik,
Frankfurt/Main 1961.
- Rühle, Otto: Illustrierte Kultur- und Sittenge -

- schichte des Proletariats, Frankfurt/Main 1971
(Neudruck der Erstausgabe 1930).
- Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918-1919, Wiesbaden 1968.
- Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921.
- Schmidt, Günter: Zur Klassenkampftaktik der Bourgeoisie vor der Novemberrevolution, Phil.Diss. Humboldt-Universität Berlin 1966.
- Schmoller, Gustav: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1908
- Schneider, Dieter/Kuda, Rudolf: Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/Main 1968.
- Schüddekopf, Otto-Ernst: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd.II, 1962.
- Sombart, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 8/1919.
- ders.: Die gewerbliche Arbeiterfrage, Berlin 1912.
- ders.: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Berlin 7/1927.
- Struthahn, Arnold: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1919.(= Karl Radek)
- Syrup, Friedrich/Meuloh, Otto: 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839-1939, Stuttgart 1957.
- 100 Jahre Berliner Statistik 1862-1962. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes, Berlin 1962.
- Tarlé, Eugen: Napoleon, Berlin 1973.
- Theilhaber, Felix A.: Das sterile Berlin, Berlin 1913.
- Tjaden, K.H.: Struktur und Funktion der 'KPD-Opposition' (KPO), Meisenheim/Glan 1964.
- Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918-1922, Tübingen 1924.
- Tucholsky, Kurt: Auswahl 1920-1923, Berlin 1972.
- Tyszkä, Carl von: Ernährung und Lebenshaltung des deutschen Volkes, Berlin 1934.
- Varain, Heinz Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, Düsseldorf 1956.
- Weidner, Albert: Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1905.
- Weiss, Bernhard: Polizei und Politik, Berlin 1928.
- Wenzel, Otto: Die Kommunistische Partei Deutschlands

im Jahre 1923, Phil.Diss. FU Berlin 1955.

Wermel, Michael T./Urban, Roswitha: Arbeitslosen-
fürsorge und Arbeitslosenversicherung in Deutsch-
land, München 1949.

Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben .Erinnerungen,
Berlin 1922.

Wunderlich, Frieda: Die Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit in Deutschland seit Beendigung des
Krieges, Jena 1925.

Zimm, Alfred: Die Entwicklung des Industriestand-
ortes Berlin. Tendenzen der geographischen Loka-
lisation bei den Berliner Industriezweigen von
überörtlicher Bedeutung sowie die territoriale
Stadtentwicklung bis 1945, Berlin 1959.

Tab.1

Absoluter Umfang der Arbeitslosigkeit 1909 - 1913

Jahres- periode	1909	1910	1911	1912	1913
1	-	16 495	24 751	26 848	30 004
2	-	14 321	22 041	23 491	27 010
3	-	11 971	17 145	20 475	25 521
4	-	11 513	17 297	20 583	26 636
5	-	12 494	17 396	21 353	27 815
6	-	13 086	15 824	20 986	28 438
7	-	14 202	15 885	20 383	27 982
8	14 023	13 665	15 117	18 789	27 278
9	11 597	12 769	13 202	16 934	24 383
10	11 954	13 294	12 728	17 268	24 411
11	12 270	14 624	15 632	19 743	26 905
12	12 300	17 004	20 158	22 492	30 338
13	15 741	23 754	23 786	29 623	-

aus: 25.Jahres-und
Kassenbericht für 1913
der Gewerkschaftskom-
mission Berlins und
Umgebung, Berlin 1914,
S.80

Die Arbeitslosigkeit der Berliner Gewerkschaftsmit-
glieder 1909 - 1914

Zeitpunkt jeweils Monatsende	männlich	weiblich	zusammen
August 1909	7 772	272	8 044
Januar 1910	8 419	364	8 783
Juni 1910	3 181	110	3 291
Januar 1911	14 358	396	14 754
Juni 1911	10 905	351	11 265
Januar 1912	14 755	642	15 397
Juni 1912	18 693	1 251	19 944
Januar 1913	15 246	604	15 850
Juni 1913	15 309	596	15 905
Januar 1914	19 760	846	20 606
Juni 1914	15 389	636	16 045

aus: Groß-Berlin, Stat.
Monatsberichte Jg.1-4,
(1910-1914)

Tab.2

Unterstützte Arbeitslose in Groß-Berlin und im Reich
1919 - 1923

Monat	Groß-Berlin	Reich
1/1919	189 000	905 000
2/1919	271 000	1 076 000
3/1919	249 000	1 053 000
4/1919	226 000	829 000
5/1919	204 000	700 000
6/1919	183 000	620 000
7/1919	155 000	560 000
8/1919	130 000	550 000
9/1919	116 000	535 000
10/1919	101 000	520 000
11/1919	-	500 000
12/1919	-	470 000
1/1920	93 000	454 000
2/1920	-	430 000
3/1920	77 000	370 000
4/1920	73 000	329 000
5/1920	56 000	292 000
6/1920	60 000	271 000
7/1920	79 000	322 000
8/1920	87 000	403 000
9/1920	91 000	414 000
10/1920	93 000	392 000
11/1920	94 000	361 000
12/1920	106 000	350 000
1/1921	105 000	410 000
2/1921	113 000	423 000
3/1921	131 000	426 000
4/1921	115 000	413 000
5/1921	116 000	394 000
6/1921	126 000	357 000
7/1921	120 000	314 000
8/1921	108 000	267 000
9/1921	92 000	232 000
10/1921	74 000	185 000
11/1921	68 000	150 000
12/1921	57 000	149 000
1/1922	55 000	165 000
2/1922	52 000	202 000
3/1922	42 000	212 000
4/1922	27 000	115 000
5/1922	7 000	64 000
6/1922	4 800	28 000
7/1922	3 800	19 000
8/1922	2 600	15 000
9/1922	2 500	11 000
10/1922	3 500	16 000
11/1922	5 400	24 000
12/1922	7 500	42 000

Fortsetzung Tab. 2

1/1923	11 000	85 000
2/1923	17 000	150 000
3/1923	30 000	222 000
4/1923	44 000	267 000
5/1923	52 000	254 000
6/1923	35 000	186 000
7/1923	29 000	139 000
8/1923	33 000	249 000
9/1923	98 000	534 000
10/1923	144 000	955 000
11/1923	204 000	1 474 000
12/1923	235 000	1 534 000.

aus: GB, Jgg. 60-64; RABJ;
 STJBB, nF, Jg. 1, 1924;
 Kuczynski, Lage der
 Arbeiter, (1966), S. 159

Tab.3

Arbeitsuchenie in Groß-Berlin und im Reich 1921-1923

Monat	Groß-Berlin	Reich
1/1921	113 000	-
2/1921	119 000	-
3/1921	120 000	-
4/1921	126 000	-
5/1921	84 000	-
6/1921	113 000	-
7/1921	108 000	-
8/1921	103 000	-
9/1921	96 000	-
10/1921	92 000	-
11/1921	87 000	-
12/1921	68 000	-
1/1922	68 000	-
2/1922	70 000	-
3/1922	-	-
4/1922	87 000	811 000
5/1922	96 000	819 000
6/1922	88 000	750 000
7/1922	93 000	732 000
8/1922	115 000	766 000
9/1922	116 000	742 000
10/1922	152 000	786 000
11/1922	151 000	797 000
12/1922	138 000	733 000
1/1923	140 000	-
2/1923	164 000	851 000
3/1923	172 000	-
4/1923	101 000	1 152 000
5/1923	90 000	1 112 000
6/1923	68 000	1 055 000
7/1923	63 000	935 000
8/1923	98 000	1 142 000
9/1923	157 000	1 381 000
10/1923	210 000	1 660 000
11/1923	274 000	2 241 000
12/1923	286 000	2 580 000

aus: GB, Jgg. 62-64,
1922-1924; JuK Nr. 33,
1922-1924, S. 5; Weytins-
ky, Die Welt in Zahlen
Bd. 2, a. a. O., S. 349

Tab.4

Arbeitslosigkeit nach den Angaben der Gewerkschaftsverbände in Berlin-Brandenburg 1919 - 1922 (in v.H. der Mitglieder jeweils Vierteljahresende)

Verband	1/19	2/19	3/19	4/19	1/20	2/20	3/20	4/20
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	2,6	1,5	1,3	1,3	2,4	2,9	5,1	9,8
Spinnstoffgew.	2,7	1,7	1,5	2,0	2,0	5,9	3,0	1,9
Lederind.	24,5	9,5	11,4	7,2	0,9	20,5	19,0	7,0
Holz-u. Schnitzstoffgewerbe	15,3	6,5	3,4	2,4	2,9	14,7	20,3	11,3
Nahrungs-u. Genußmittelgew.	11,7	8,5	7,4	6,0	3,8	4,6	6,5	4,0
Baugewerbe	8,8	6,8	3,6	7,5	3,2	4,2	5,5	11,6
Vervielf.gew.	9,1	5,4	4,1	3,6	3,3	6,3	5,3	4,2
Handel-Verkehr	5,9	3,2	2,6	2,4	2,0	2,7	3,1	3,2
Gesamtheit der Verbände B-B	7,2	3,5	2,8	2,6	2,7	4,9	5,6	6,8
Reich	4,1	2,6	2,2	3,0	2,0	4,1	4,7	4,3
	1/21	2/21	3/21	4/21	1/22	2/22	3/22	4/22
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	10,4	10,9	4,0	1,6	1,1	0,4	0,5	1,2
Spinnstoffgew.	4,0	1,7	0,3	1,1	0,6	0,3	1,2	2,5
Lederind.	13,3	11,8	6,9	5,6	3,6	3,5	3,4	11,4
Holz-u. Schnitzstoffgewerbe	10,1	11,1	5,7	1,7	1,0	1,3	2,1	2,7
Nahrungs-u. Genußmittelgew.	4,7	5,6	1,6	6,6	10,9	6,2	3,7	17,1
Baugewerbe	10,1	6,3	0,8	7,7	2,3	0,7	1,6	4,1
Vervielf.gew.	1,9	1,5	2,1	0,9	2,0	1,1	6,0	9,7
Handel-Verkehr	3,6	3,9	3,1	0,8	1,7	1,1	0,7	1,2
Gesamtheit der Verbände B-B	6,5	6,2	3,0	2,3	1,8	1,2	1,4	3,0
Reich	3,8	3,1	1,1	1,7	1,2	0,6	0,9	2,9

aus: STJBR Jg.41,1920,
S.260; Jg.42,1921-
1922, S.444-445

Tab.5

Arbeitsgesuche, offene und besetzte Stellen beim Berliner Arbeitsnachweis (abgerundet auf tausend)

Männlich

Berufsgruppen	Arb.gesuche	off. Stellen	bes. Stellen	Differenz Arb.ges-bes Stellen
---------------	-------------	--------------	--------------	-------------------------------

Oktober 1920 - März 1921

Sonst.Lohnarbeit	91 000	40 000	39 000	52 000
Baugewerbe	28 000	11 000	11 000	17 000
Gast-u.Schankgew.	21 000	17 000	16 000	5 000
Nahrungs-u.Gen.m.	15 000	25 000	25 000	---
Handelsgewerbe	14 000	5 000	5 000	9 000
Holz-u.Schnitzst.	12 000	10 000	9 000	3 000
Metallindustrie	12 000	4 000	4 000	8 000
Lehrlinge	12 000	4 000	2 000	10 000
Bekleidung-Reinig.	8 000	6 000	5 000	3 000
Freie Berufe	4 000	1 000	1 000	3 000

alle Berufsgruppen	249 000	139 000	132 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

April 1921 - März 1922

Sonst.Lohnarbeit	178 000	102 000	96 000	82 000
Metallindustrie	85 000	104 000	73 000	12 000
Gast-u.Schankgew.	57 000	56 000	55 000	2 000
Baugewerbe	54 000	34 000	32 000	22 000
Holz-u.Schnitzst.	33 000	35 000	26 000	7 000
Nahrungs-u.Gen.m.	32 000	32 000	32 000	---
Maschinisten,Hei- zer,Fabr.arbeiter	17 000	6 000	6 000	9 000
Handelsgewerbe	17 000	9 000	8 000	9 000
Lehrlinge	16 000	7 000	3 000	13 000
Bekleidung-Reinig.	12 000	17 000	11 000	1 000
Freie Berufe	10 000	7 000	7 000	3 000

alle Berufsgruppen	541 000	436 000	372 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

April 1922 - März 1923

Metallindustrie	164 000	173 000	125 000	39 000
Verkehrsgewerbe	99 000	66 000	61 000	38 000
Sonst.Lohnarbeit	96 000	57 000	54 000	42 000
Gastwirtsgewerbe	57 000	54 000	52 000	5 000
Baugewerbe	48 000	34 000	32 000	16 000
Nahrung-u.Gen.m.	38 000	31 000	28 000	10 000
Holz-u.Schnitzst.	38 000	32 000	26 000	12 000
Kaufm.Angestellte	32 000	18 000	14 000	18 000
Vervielfält.gew.	19 000	15 000	14 000	5 000
Bekleidung	14 000	12 000	9 000	5 000
Büroangestellte	11 000	9 000	6 000	5 000
Techniker	5 000	3 000	2 000	3 000

alle Berufsgruppen	699 000	571 000	485 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

Fortsetzung Tab. 5

April 1923 - März 1924

Metallindustrie	161 000	70 000	49 000	112 000
Sonst.Lohnarbeit	132 000	46 000	45 000	87 000
Verkehrsgewerbe	82 000	29 000	26 000	56 000
Baugewerbe	65 000	24 000	23 000	42 000
Gastwirtschaftsgewerbe	53 000	46 000	45 000	8 000
kaufm.Angestellte	52 000	10 000	9 000	43 000
Holzindustrie	47 000	31 000	27 000	20 000
Vervielfält.gew.	36 000	16 000	14 000	22 000
Nahrungs-u.Gen.m.	31 000	21 000	20 000	11 000
Bekleidung	26 000	10 000	8 000	18 000
Theater-Musik	18 000	13 000	13 000	5 000
Büroangestellte	13 000	3 000	2 000	11 000
Techniker	13 000	4 000	3 000	10 000
alle Berufsgruppen	810 000	383 000	338 000	

aus: 1.Ver.ber.
a.a.O.,H7,S.20-21

Tab.6

Arbeitsgesuche, offene und besetzte Stellen beim Berliner Arbeitsnachweis (abgerundet auf tausend)

Weiblich

Berufsgruppen	Arb.gesuche	off. Stellen	bes. Stellen	Differenz Arb.ges-bes Stellen
---------------	-------------	--------------	--------------	-------------------------------

Oktober 1920 - März 1921

Sonst.Lohnarbeit	77 000	75 000	60 000	17 000
Handelsgewerbe	17 000	6 000	4 000	13 000
Fabrikarbeiterinn.	15 000	4 000	4 000	11 000
Bekleidung-Reinig.	14 000	11 000	11 000	3 000
Gast-u.Schankgew.	9 000	7 000	7 000	2 000
Lehrlinge	8 000	2 000	1 000	7 000

alle Berufsgruppen	164 000	129 000	104 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

April 1921 - März 1922

Sonst.Lohnarbeit	162 000	187 000	142 000	20 000
Metallindustrie	34 000	61 000	41 000	---
Fabrikarbeiterinn.	26 000	15 000	15 000	11 000
Gast-u.Schankgew.	22 000	19 000	18 000	4 000
Handelsgewerbe	22 000	13 000	8 000	14 000
Bekleidung-Reinig.	20 000	36 000	19 000	1 000
Lehrlinge	4 000	3 000	1 000	3 000

alle Berufsgruppen	333 000	380 000	283 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

April 1922 - März 1923

Häusl.Dienste	185 000	224 000	164 000	21 000
Sonst.Lohnarbeit	58 000	28 000	24 000	34 000
Metallindustrie	58 000	59 000	37 000	21 000
Bekleidungsgew.	31 000	28 000	22 000	9 000
Kaufm.Angestellte	31 000	27 000	16 000	15 000
Gastwirtsgew.	27 000	25 000	21 000	6 000
Büroangestellte	15 000	13 000	6 000	9 000

alle Berufsgruppen	491 000	478 000	350 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

April 1923 - März 1924

Häusl.Dienste	231 000	274 000	209 000	22 000
Sonst.Lohnarbeit	85 000	38 000	32 000	53 000
Kaufm.Angestellte	57 000	26 000	11 000	46 000
Metallindustrie	50 000	31 000	26 000	24 000
Bekleidungsgew.	48 000	30 000	26 000	22 000
Gastwirtsgew.	34 000	37 000	26 000	12 000
Büroangestellte	24 000	17 000	7 000	14 000

alle Berufsgruppen	625 000	536 000	405 000	
--------------------	---------	---------	---------	--

aus: 1.Verw.ber.
a.a.O.,H.7,S.20-
21

Tab.7

Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge pro Tag
1919 - 1923 (ab 1922 in Auswahl)

Zeitraum	Männlich	Weiblich
bis 5.1. 1919	über 17 Jahre 4,00 M 14-17 Jahre 3,00 "	3,00 M 2,50 "
	Zuschläge f.Ehefrau;Kinder,Angeh. 1,00 M	
6.1.1919	14-16 Jahre 3,00 M	2,50 M
-2.3.1919	16-18 Jahre 4,00 " 18-20 Jahre 5,50 " über 20 Jahre unverheiratet 7,00 " verheiratet 8,00 "	3,00 " 4,00 " 5,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen 1,50 M " f.Kinder u.Angeh. je 1,25 "	
3.3.1919	14-16 Jahre 2,50 M	2,00 M
-31.1.1920	16-18 Jahre 3,50 " 18-21 Jahre 4,25 " über 21 Jahre unverheiratet 6,00 " verheiratet 7,00 "	2,50 " 3,50 "
	Zuschläge f.Ehefrauen 1,50 M " f.kinder u.Angeh. je 1,00 "	
1.2.1920	16-18 Jahre 3,50 M	3,00 M
-29.4.1920	18-21 Jahre 4,25 " über 21 Jahre unselbständig 6,00 " selbständig 7,00 "	3,00 " 4,25 " 5,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen 2,50 " f.Kinder u.Angeh. je 1,75 "	
30.4.1920	unter 21 Jahre 5,00 M	3,00 M
-31.10.1920	über 21 Jahre fremder Haush. 7,00 " eigener Haush. 8,00 "	5,00 " 6,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen 3,00 M " f.Kinder u.Angeh. 2,00 "	
1.11.1920	16-21 Jahre 6,00 M	4,00 M
-31.7.1921	über 21 Jahre fremder Haush. 8,00 " eigener Haush. 10,00 "	6,00 " 8,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen u.Kinder 4,00 M f.Angehörige 3,00 "	
1.8.1921	16-21 Jahre 7,25 M	4,75 M
-4.12.1921	über 21 Jahre fremder Haush. 10,00 " eigener Haush. 12,00 "	4,75 " 7,25 "
	Zuschläge f.Ehefrauen 5,00 M " f.Kinder u.Angeh. je 4,25 "	

Fortsetzung Tab.7

Zeitraum	Männlich	Weiblich
5.12.1921	16-21 Jahre	8,50 M
-12.2.1922	über 21 Jahre	7,00 M
	fremder Haush.	12,50 "
	eigener Haush.	8,50 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	12,50 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	7,00 M
Februar 1922	16-21 Jahre	10,00 M
	über 21 Jahre	8,00 M
	fremder Haush.	15,00 "
	eigener Haush.	10,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	13,50 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	8,75 M
Oktober 1922	16-21 Jahre	10,00 M
	über 21 Jahre	8,00 M
	fremder Haush.	15,00 "
	eigener Haush.	10,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	28,00 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	22,50 "
Dezember 1922	16-21 Jahre	50,00 M
	über 21 Jahre	40,00 M
	fremder Haush.	100,00 "
	eigener Haush.	65,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	140,00 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	11,25 "
Februar 1923	16-21 Jahre	900,00 M
	über 21 Jahre	800,00 M
	fremder Haush.	1300,00 "
	eigener Haush.	1100,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	1500,00 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	65,00 M
Juli 1923	16-21 Jahre	5500,00 M
	über 21 Jahre	5000,00 M
	fremder Haush.	7200,00 "
	eigener Haush.	6500,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	9000,00 "
	" f.Kinder u.Angeh.je	7200,00 "
August 1923	16-21 Jahre	20500,00 M
	über 21 Jahre	18000,00 M
	fremder Haush.	29000,00 "
	eigener Haush.	25000,00 "
	Zuschläge f.Ehefrauen	33000,00 "
	" f.Kinder und Angeh.je	2500,00 "
		aus: Münch,a.a.O., S.97-98; RF 42,147, 174/1923

Tab.8

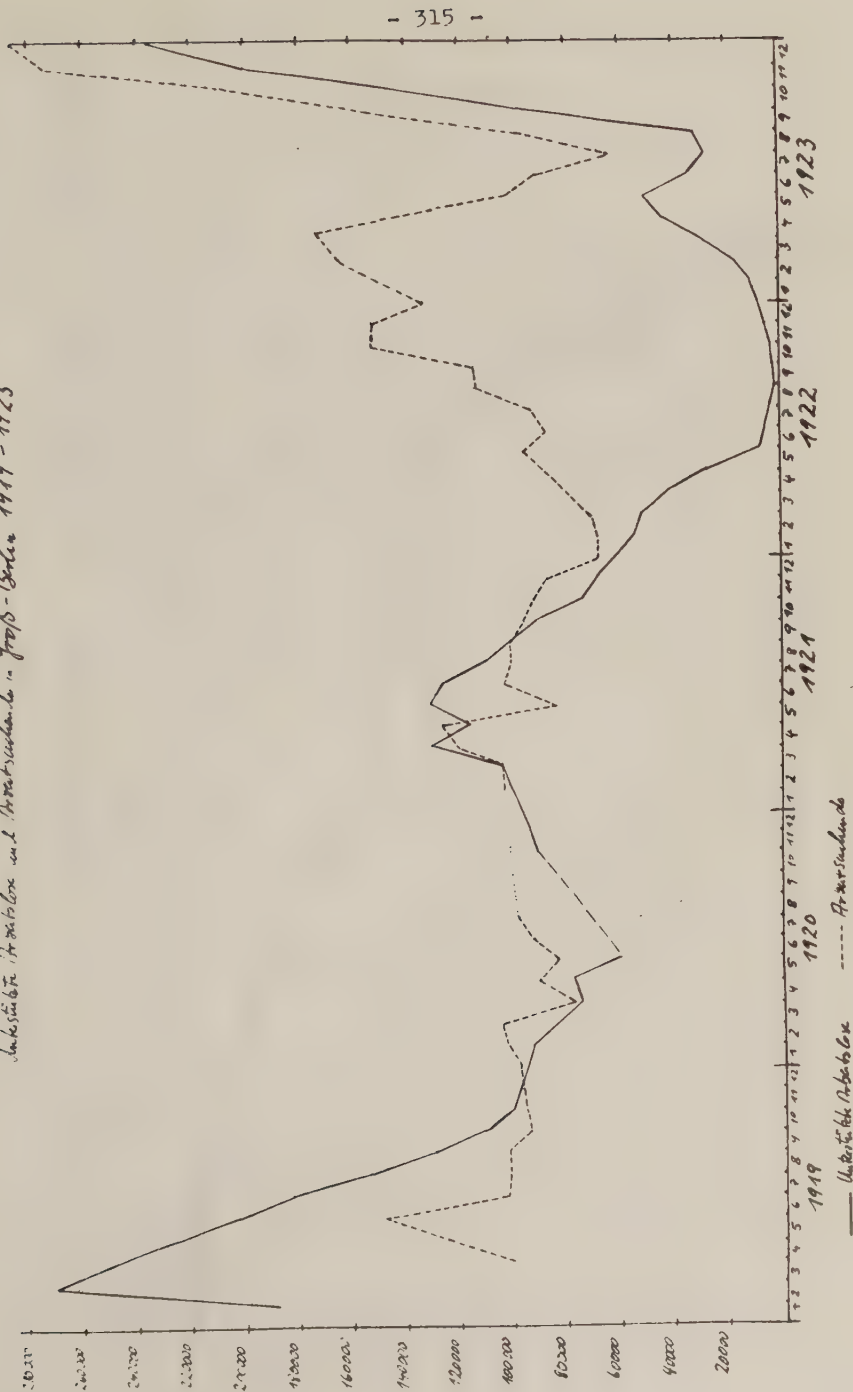
Erwerbslosenunterstützung (EU) und Kosten des Ernährungs-
bedarfs (E) pro Woche 1919 - 1922

Mann Mann u. Frau Mann, Frau, 2 Kinder

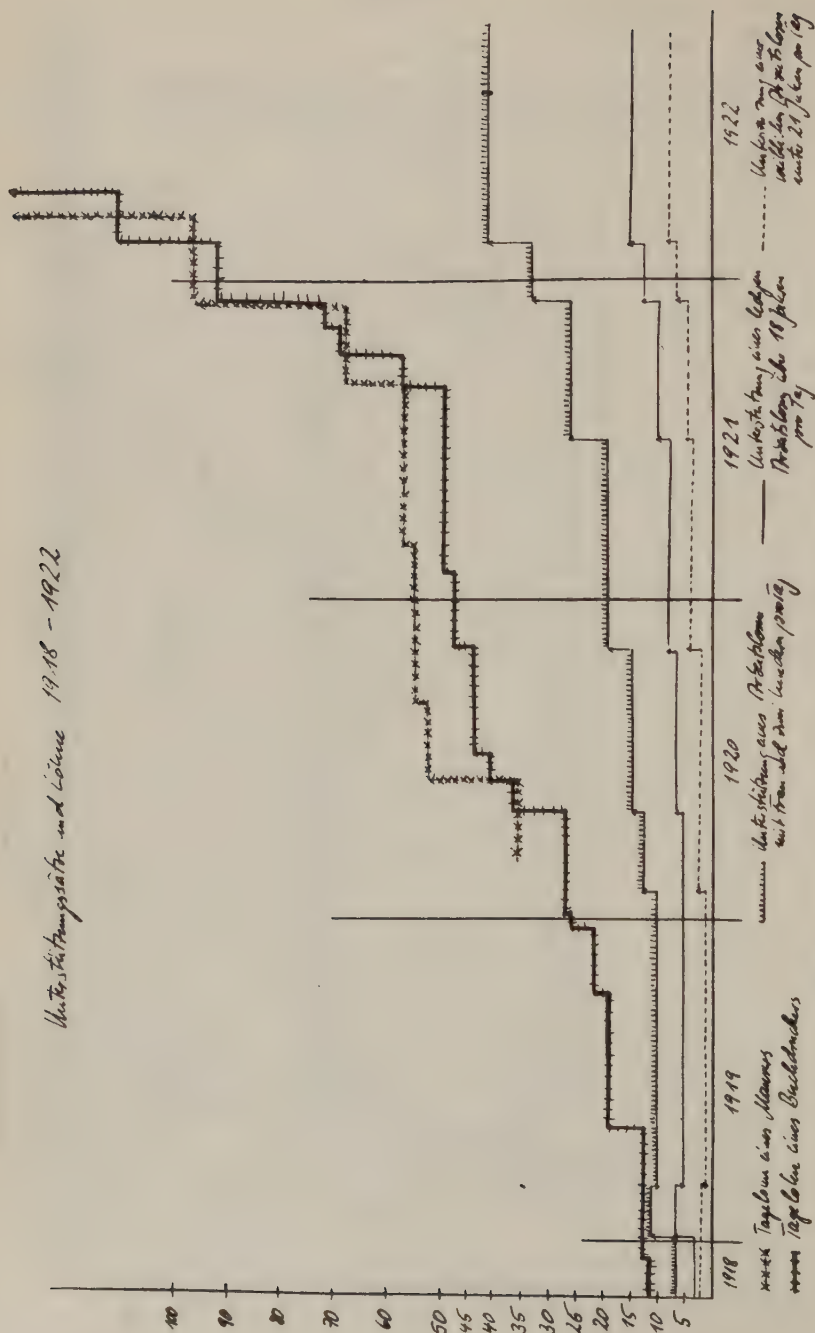
Monat	E	EU	E	EU	E	EU
8/1919	27		42		46	
9/1919	36		54		55	
10/1919	46	36	70	51	73	63
11/1919	52		82		85	
12/1919	58		86		91	
1/1920	63		95		108	
2/1920	63		97		117	
3/1920	68	36	106	57	129	78
4/1920	71		121		138	
5/1920	70		116		137	
6/1920	68		115		135	
7/1920	62	42	104	66	123	90
8/1920	57		98		116	
9/1920	57		98		117	
10/1920	60		102		124	
11/1920	60		103		125	
12/1920	61		106		131	
1/1921	61		106		131	
2/1921	58		101		125	
3/1921	56	48	101	84	124	132
4/1921	55		99		121	
5/1921	55		99		120	
6/1921	57		103		124	
7/1921	60		109		130	
8/1921	62		113		137	
9/1921	64	60	115	102	143	153
10/1921	69		125		154	
11/1921	88		151		179	
12/1921	93	75	160	132	192	204
1/1922	95		166		198	
2/1922	103		176		209	
3/1922	120		213		254	
4/1922	151	90	271	154	322	253
5/1922	160		287		343	
6/1922	176		316		377	
7/1922	237		427		518	
8/1922	353		627		762	
9/1922	639		1115		1356	
10/1922	1009		1762		2147	381
11/1922	2177		3802		4645	
12/1922	3380	600	5973	1230	7432	1830

aus: STJBB, u.F, Jg. 1, 1924,
S. 31; Münch, a. a. O.,
S. 97-98

Industrielle Produktion und Absatz in Groß-Berlin 1919 - 1923



Unterstützungssätze und Löhne 1918 - 1922



Lebenslauf

Als einziges Kind des Angestellten Walter Dettmer, gefallen 1945 in Berlin, und seiner Ehefrau Anna-Elisabeth Dettmer, geborene Scheel, wurde ich am 16. März 1944 in Stolp (Pommern) geboren. Von September 1950 bis März 1954 besuchte ich die Grundschule in Berlin-Zehlendorf, von April 1954 bis Februar 1963 die Schadow-Schule, ebenfalls in Berlin-Zehlendorf, auf der ich auch das Abitur ablegte. Im Sommersemester 1963 immatrikulierte ich mich an der Freien Universität Berlin, studierte zwei Semester Volkswirtschaft, setzte dann meine Studien in den Fächern Geschichte und Anglistik fort und schloß das Studium im Wintersemester 1971/72 mit dem Staatsexamen ab. Das Rigorosum legte ich im Doppelhauptfach Geschichte und im Nebenfach Anglistik ab.

